ISSN 2199-3572

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Nr. 12 (64) Dezember 2019/ / Kislew – Tewet 5780 UNABHÄNGIGE MONATSZEITUNG · HERAUSGEGEBEN VON DR. R. KORENZECHER 3,70 €

Die alljährliche Weihnachts-Show in Bethlehem

Die Abbas-Behörde täuscht die Weltöffentlichkeit über die stille Vertreibung der Christen

SEITE 15

Kein Platz für Ronald Reagan im roten Berlin

Die linken Parteien können nicht von alten Feindbildern lassen.

SEITE 8

König Herodes war besser als sein Ruf

Was Sie über den jüdischen König aus der Weihnachtsgeschichte wissen sollten

SEITE 42-43

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

Zeit ist ein ganz besonders subjektives Phänomen. Aber dennoch werden ganz sicher nicht wenige von Ihnen meine ganz persönliche Empfindung teilen. Viel schneller als gedacht liegt schon wieder eine Dezember-Ausgabe unserer JÜDISCHEN RUNDSCHAU druckfrisch vor Ihnen. Das Jahr 2019 und mit ihm die Zehner-Jahre dieses ersten Jahrhunderts im dritten Jahrtausend seit der auf den Juden Jesus bezogenen christlichen Zeitrechnung sind in ihre letzte Phase getreten und werden sehr bald nur noch ein weiteres Kapitel auf dem langen und verschlungenen Weg der menschlichen Geschichte sein.

Unser Jahrhundert ist volljährig geworden und tritt in seine Twenties. Ob es „Roaring Twenties" werden, darf mit gutem Grund bezweifelt werden, angesichts der ausgerechnet von unserer Jugend zusehends Besitz ergreifenden, über die Grenzen des Absurd-Grotesken weit hinausgehenden Gender-Gleichschaltungs-Prüderie und der jeder Lebensfreude entgegenstehenden, geradezu nostradamisch-düsteren Apokalypse-Prophezeiungen der klima-religiösen Zeugen-Gretas-Sektierer, der klamauk-artig, aber nicht unmilitant von Holocaust-Bagatellisierern angeführten Extinction Rebellions und anderen, von der Wiedergeburt des im letzten Jahrhundert grandios gescheiterten Sozialismus träumenden Konsum-Askese-Predigern.

Die Zahl unserer Leser hat auch in diesem bewegten Jahr 2019 weiter zugenommen. Erfreut nehmen wir zur Kenntnis, dass unsere den Gegebenheiten der Zeit entsprechenden, keinerlei Fakten ausblendenden, nicht selten kritischen und unbequemen Beiträge nicht nur von unseren jüdischen, sondern auch von unseren nichtjüdischen Lesern immer häufiger als unverzichtbare authentische Alternative, Informationsquelle und Korrektiv der vielfach gleichsinnig-einseitigen, verzerrten und Faktenfilternden Israel-aversen Darstellung der regierungsnahen öffentlich-rechtlichen und anderer Mainstreammedien angenommen werden.

„Die JÜDISCHE RUNDSCHAU ist eine kleine Wasserstelle der Freiheit in der Steppe der hiesigen Presse" ist nur eines von vielen Zitaten aus den Reihen unserer Lesergemeinde, das uns mit Stolz und großer Genugtuung erfüllt. Ihr Zuspruch ist für uns vor allem Motivation und Verpflichtung, dem hohen Anspruch an unsere Inhalte als unabhängige jüdische Zeitung auch künftig gerecht zu werden, und ohne die hier in Politik und Mainstream-Medien übliche Täter-Opfer-Verdrehung unbestechlich

Fortsetzung Seite 2 ▶▶

Österreich 3,70 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF; Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande 4,60 €; Slowakei 4,50 €; Slowenien 35 KN

12

4 198807 003709

Die wahre Botschaft von Chanukka

Von Dovid Gernetz

Als Rebbezin (Frau des Rabbiners) Rachel Posner im Winter 1932 dieses Foto machte, sah die Zukunft des jüdischen Volkes in Deutschland und ganz Europa alles andere als gut aus. Die NSDAP, angeführt von Adolf Hitler, war mittlerweile zur größten Fraktion des deutschen Parlaments gewachsen, bevor sie wenige Monate später 1933 an die Macht kam. Fahnen mit Hakenkreuz wehten in allen großen Städten Deutschlands und kündigten das bevorstehende Unheil an. Sie und ihr Mann, Rabbiner Akiva Posner, waren zu dem Schluss gekommen, dass ihnen nichts Anderes übrigbleibt, als Deutschland zu verlassen und er seine Rabbiner-Stellung in Kiel aufgeben muss.

Chanukka kam, und wie jedes Jahr entzündete die Familie Posner ihren 8-armigen Leuchter auf dem Fenstersims. Auf dem Gebäude gegenüber war die Fahne mit dem Hakenkreuz deutlich zu sehen und schaute bedrohlich zu ihnen hinüber. Mit dem Hakenkreuz im Hintergrund und Fokus auf die Chanukkia machte Rachel ein Bild, das viele Jahre später weltberühmt werden würde. Auf der Rückseite des Fotos kommentierte sie:

„Juda verrecke"
Die Fahne spricht
„Juda lebt ewig"
Erwidert das Licht

Familie Posner schaffte es vor dem Krieg nach Israel zu emigrieren und übergab diese Chanukkia mit dem Foto an das Holocaust-Museum Yad Vashem. Dort wird sie das ganze Jahr über ausgestellt, nur für Chanukka nehmen die Nachkommen der Posner-Familie die besondere Chanukkia zurück, um sie zu entzünden.

Unsere Weisen lehren, dass nachdem der Maschiach (Messias) kommen wird, alle jüdischen Feiertage nicht mehr aktuell sein werden, außer Chanukka und Purim. Aus dem Grund, dass die Ereignisse, die während des Maschaichs passieren werden, alle Feiertage in den Schatten stellen werden. Was ist jedoch so besonders an Chanukka, dass es sogar nach dem Kommen des Maschiachs und dessen Wundern erhalten bleibt?

Für viele beschränkt sich Chanukka nur auf das symbolische Entzünden der Chanukkia, dem Essen von Sufganiot (Donuts) und Spielen mit dem Sevivon (Dreidel). Um aber die wahre Botschaft von Chanukka zu verstehen, müssen wir uns den historischen Hintergrund dieses Festes genauer ansehen:

Nachdem Alexander der Große im relativ jungen Alter verstarb, zerbrach sein Weltreich und wurde zwischen seinen Heerführern aufgeteilt. Das Land Israel, damals Judäa genannt, fiel unter die Herrschaft der Seleukiden. Dies waren Syrer, jedoch verehrten sie die griechische Kultur, die sich langsam in der ganzen Region verbreitete. Deren Oberhaupt, König Antiochus IV., führte die griechische Kultur in Judäa ein, und wer sich dem verweigerte, wurde mit dem Tod bestraft. Der größte Teil der Bevölkerung Judäas aber war von der neuen Kultur begeistert, und feierte ihre neuen Eroberer.

Die wenigen Juden, welche der jüdischen Tradition treu geblieben waren, flohen in die Berge, um den harschen Strafen für die Praktizierung des Judentums zu entgehen. Der syrische König schickte Truppen in die Berge, um sie aufzuspüren und zu bestrafen. Die Situation war beinahe hoffnungslos. Die Familie der Makkabäer war eine der wenigen, die sich in den Bergen versteckte und unentdeckt geblieben war – aber sie wussten, dass es nur eine Frage der Zeit ist, bis man sie aufspüren würde.

Sie kamen daher zu der Einsicht, dass ihnen nichts Anderes übrigbleibt als gegen die Eroberer zu kämpfen, um überleben zu können und die Unabhängigkeit Judäas wiederherzustellen. Viele jüdischen Hellenisten schlossen sich der griechisch-syrischen Armee an und gemeinsam waren sie ein riesiges Heer, mit schweren Waffen und Elefanten. Es war ein Krieg der Ideologien: Das Judentum gegen den Hellenismus. Obwohl sie in der Unterzahl waren, ohne richtige Waffen und Schutz, zogen die Makkabäer in den Krieg – mit dem Wissen, dass diese Offensive blanker Selbstmord ist und sie keine Chance, aber einen starken Glauben an G´tt haben.

Fortsetzung auf Seite 2 ▶▶

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

Die wahre Botschaft von Chanukka

Hinter dem Entzünden der Kerzen steckt ganz viel Geschichte

G´tt sah ihre Bereitschaft, sich für das Judentum aufzuopfern und verhalf ihnen zum Sieg. Dieser Sieg war ein militärisches Wunder und allen war klar, dass dies nur mit G´ttes Hilfe möglich gewesen ist.

Sie vertrieben die Seleukiden aus ihrem Reich und stellen die jüdische Monarchie wieder her. Nachdem der Tempel von den Götzen der Hellenisten gereinigt war, zündeten sie die Menora an, nachdem sie, wiederum wie durch ein Wunder, einen unversehrten Krug mit reinem Öl fanden.

Der Grund, warum die Menora so eine zentrale Rolle in dieser Episode spielt, ist, dass die Menora die Kontinuität des jüdischen Volkes symbolisiert. Sie verkündet, dass obwohl das jüdische Volk unterdrückt und verfolgt ist, man niemals die Hoffnung aufgeben soll und wir einen Beschützer haben, der ständig über uns wacht.

Vielleicht ließen die Römer aus diesem Grund ausgerechnet das Bild der Menora in den Titusbogen einmeißeln, wie sie nach der Zerstörung des Zweiten Tempels nach Rom verschleppt wird, um zu symbolisieren, dass sie es schlussendlich geschafft haben, das jüdische Volk zu bekämpfen und zu knechten. Aber wie immer in der Geschichte des jüdischen Volkes, gehören unsere Peiniger längst der Vergangenheit an und wir, das jüdische Volk, sind noch immer gegenwärtig.

Über einen großen Rabbiner, Rabbi Yosef Schlomo Kahanemann, wird erzählt, dass er sich auf Durchreise in Italien befand. Er sagte seinem Begleiter, dass er den Titusbogen besuchen möchte. Dieser war sehr verwundert, denn für gewöhnlich besuchte der Rabbiner keine Sehenswürdigkeiten, und außerdem war es recht weit von ihrem Hotel entfernt. Verwirrt begleitete er seinen Lehrer. Als sie dort angekommen waren, bat der Rabbiner den Chauffeur einige Minuten zu warten. Rabbi Yosef Kahanemann schaute zum Titusbogen hinauf und rief: „Titus, Titus! Wo bist du, und wo sind wir?“ Er stieg ins Taxi und sie fuhren zurück.

Seine Botschaft war deutlich: Sehr oft in der leidgeprägten Geschichte des jüdischen Volkes stehen wir einem scheinbar unbesiegbaren Gegner gegenüber. Es scheint, dass es aus mit uns sei und es keinen Ausweg mehr gebe. Aber das jüdische Volk hat alle und alles überstanden.

Die Menora bzw. Chanukkia ist die stumme Zeugin des schweren Exils des jüdischen Volkes, aber mit der klaren Botschaft, dass egal wie hoffnungslos die Situation zu sein scheint, man niemals den Glauben an das Überleben des jüdischen Volkes aufgeben darf und wir niemals allein in diesem düsteren Exil sind.

Das ist die wahre Botschaft von Chanukka. Aus diesem Grund bleibt dieser Feiertag auch nach dem Kommen des Maschiachs erhalten, obwohl die Wunder des Maschiachs alle anderen Wunder in den Schatten stellen werden. Chanukka ist eine Ausnahme, denn nur dank der Hoffnung und dem Glauben an das Überleben des jüdischen Volkes, war es möglich die schweren Zeiten zu überstehen und nicht aufzugeben. Das Licht des jüdischen Volkes ist manchmal nur noch ein Funken, aber solange es noch nicht gänzlich erloschen ist, brennt es weiter.

Während sich graue Wolken über der Zukunft des jüdischen Volkes in Deutschland und ganz Europa zusammenziehen, soll uns das Bild der Chanukkia mit dem Hakenkreuz im Hintergrund daran erinnern, dass es immer Hoffnung gibt – auch wenn draußen Fahnen mit Hakenkreuz wehen und Neonazis Aufmärsche organisieren.

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

und kompromisslos gegen Antisemitismus und gegen die Delegitimierung des demokratischen jüdischen Staates, für die jüdische Sache, für Israel und für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung einzustehen.

Auch wenn der jüdische Staat nicht von Gewalt und islamischem Terror verschont geblieben ist und arabische Mord-Angriffe auf seine Menschen in der ungeteilten und ewigen Hauptstadt Jerusalem oder in den befreiten Gebieten Judäa, Samaria und Galiläas, sowie von unseren Medien kaum noch erwähnter häufiger, auch von hiesigen Steuergeldern finanzierter Raketen-Beschuss aus Gaza Schatten werfen und uns mit Trauer um jedes verlorene Leben der jüdischen Terror-Opfer erfüllen, so vermittelt uns der Blick nach Israel trotz der nicht einfachen wiederholten Wahlsituationen viel Anlass zu großer Zuversicht, Freude und Genugtuung über die positiven Entwicklungen der zurückliegenden Monate.

High-Tech-Großmacht Israel

Israel ist dank seiner hervorragenden wissenschaftlichen Potentials und des hohen Bildungsstandes seiner Menschen zu einer weltweit unumstrittenen und anerkannten technologischen Hochburg und Großmacht des neuen IT-Zeitalters geworden und erlebt eine nie dagewesene wirtschaftliche Blüte als unverzichtbarer Pionier, Schrittmacher und Exportland der voranschreitenden digitalen Revolution in nahezu allen Lebensbereichen. Dies hat den kleinen Staat Israel zu einem immer gewichtigeren, unverzichtbaren globalen Technologie-Partner gemacht.

Es ist trotz aller ausufernden Häme der hiesigen, unser bislang prosperierendes Land in vielerlei Hinsicht zu Grunde richtenden politischen Versager und ihrer Medien vor allem die fähige und umsichtige Politik und Diplomatie der bisherigen Netanjahu-Regierung der der kleine demokratische Staat Israel – wenn natürlich auch nicht in dem Islam-verliebten und sich zusehends dem Islam unterwerfenden Westeuropa – zunehmende diplomatische Anerkennung einer weltweit wachsenden Zahl von Völkern, vor allem auch aus den Aufbruchsstaaten Asiens und anderen Teilen der Welt, von der beispielgebenden Haltung der US-Administration unter Präsident Trump ganz zu schweigen.

Dies ist umso bemerkenswerter als das kleine Israel allen Erfolg für seine Menschen unterschiedlichster Herkunft und auch für seine Muslime trotz massiver Anfeindung durch die riesigen islamischen Unrechts-Staaten, trotz Boykottaufrufen der westeuropäischen Islam-Anbiederer sowie der vorsätzlichen und ständigen singuläre Delegitimierung durch die UNO. Dass diese antisemitische Dämonisierungs-Praxis Israels durch die UN gerade in der deutschen Regierung und dem dortigen Außenminister Maas derart massive Unterstützung erhält, ist auch schon wegen der besonderen geschichtlichen Bürde Deutschlands – aber nicht nur deshalb – ein Skandal, der nur noch dadurch übertroffen wird, dass offizielle jüdische Stellen hier und weltweit, jüdische Verdienstpreise dadurch entehren und entwerten, indem sie – wie in diesem Jahr an Frau Merkel und Heiko Maas geschehen – derartige Preise in Judenrats-Manier an eingeschworene Unterstützer und Freunde von Israel-Feinden verleihen.

Trotz des unbeschreiblichen Flächenbrandes und des Zerstörungs-Desasters, das die islamischen Regime in Syrien und der ganzen Region angerichtet haben, trotz der Judenmord-Banden PLO , Hamas und Hizbollah, trotz der Judenvernichtungs-Mullahs im Iran, trotz des expansiven Panislamisten Erdogan, seiner westeuropäischen Unterstützer und trotz aller auf Vernichtung des israelischen Staates sinnenden Feinde – der jüdische Staat Israel und seine Menschen haben dank der hohen Verteidigungsbereitschaft seiner heldenhaften und moralisch hochstehenden Armee ein weiteres Jahr in Frieden, Sicherheit und Wohlergehen verbracht und Israel für die Zukunft für sicherer gemacht. Die gilt für die Bürger Israels ebenso wie für die jüdischen Menschen, die in immer stärkeren Maße aus dem sich zusehends islamisierenden und judenfeindlichen West-Europa zuwandern.

Genau an dieser Stelle, an der man die erfreuten Augen von Israel etwa auf West-Europa und Deutschland wendet, verliert der Blick auf den hinter uns liegenden großen Teil des Jahres 2019 seinen positiven Glanz.

Eingezäunte Weihnachtsmärkte als westeuropäische Normalität

Genährt durch die gegenüber der Mehrheits-Population hochgradig verantwortungslose, links-romantisierende, dogmatische und suizidale deutsche und westeuropäische Islam-Einlasspolitik hat die Islamisierung und damit die nachhaltige Zerstörung unserer bislang freiheitlich-demokratischen, säkularen, Religions-getrennten und Religions-toleranten abendländischen Wertewelt massiv an Fahrt zugenommen. Islamischer Terror und islamische Populationen beherrschen – von unseren Medien wegen der alltäglichen Vielzahl der Vorkommnisse kaum noch thematisiert – Angst vor der Nutzung öffentlicher Plätze, Fußgängerzonen und ehemals als Schmuckstücke der europäischen Städte geltender Parkanlagen: Furcht vor der Fahrt in öffentlichen Verkehrsmitteln, Gewalt an Schulen, vornehmlich gegenüber jüdischen Schülern, sexuelle Übergriffe und Vergewaltigungen, Messerangriffe, Autoattacken und Prügelangriffe auf alle und jeden beherrschen nicht nur wie gerade in London und Den Haag auch das deutsche Tagesgeschehen. Die Politik der gegenüber dem Islam offenen Außengrenzen hat zu eingezäunten Weihnachtsmärkten und grenzartigen Schutzwällen vor anderen Veranstaltungsorten geführt.

Trotzdem wird von der westeuropäischen Islam-Appeasement Politik beharrlich geleugnet, was längst nicht mehr nicht zu leugnen ist und jeder Zusammenhang der desaströsen westeuropäischen Sicherheitslage mit dem Islam bestritten, obwohl der Nachweis in Osteuropa bereits geführt ist. Die Visegrad-Staaten sind von der islamischen Gewalt schlichtweg vor allem deshalb verschont, weil sie sich der muslimischen Massenzuwanderung verweigern.

Das erhöhte, überzufällige Vorkommen von Krebs und anderen Erkrankungen beim Rauchen von Zigaretten, hat folgerichtig nahezu überall zu einer weitgehenden Verbannung der Zigarette geführt. Beim Islam versagen sich unsere linkslastigen westeuropäischen und deutschen Gutmenschen dieser Logik vollständig. Das überzufällige und nachgewiesen erheblich erhöhte Aufkommen von Gewalt und Terror bei Populationen mit hohem islamischen Bevölkerungsanteil führt hierzulande widersinnigerweise nicht zu einer Begrenzung der islamischen Einwanderung.

Rechtsruck durch Merkels Politik

Diese widersinnige Politik hat zu einer Spaltung Europas und unserer Gesellschaften geführt. Dazu hat die Politik der Kanzlerin Merkel zu dem größten reaktiven Rechtsruck in der deutschen Nachkriegsgeschichte und wie in diesem Jahr in Halle zu weiteren Risiken vor allem für den jüdischen Bevölkerungsteil geführt.

Das , was das Leben bereits für die nichtjüdische Bevölkerungsmehrheit erschwert, stellt für die Juden in Deutschland und Westeuropa eine weitgehende Verunmöglichung eines würdigen und normalen jüdischen Lebens dar, in dem Juden sich und ihre Kinder nicht dem zwischenzeitlich vorerst offiziös und hinter vorgehaltener Hand empfohlenen Verbergen ihrer jüdischen Identität in der Öffentlichkeit unterwerfen müssen, um Beschimpfungen, Beleidigungen und körperlichen Angriffen vor allem von muslimischer Seite zu entgehen.

Die zum Aufrechterhalten der allgemeinen Sicherheit und auch jüdischer Einrichtungen verstärkt erforderlich gewordene Polizei verliert zusehends das Vertrauen der Bevölkerung und wird bald kaum noch zum Schutz besonders jüdischer Einrichtungen und Menschen geeignet sein, da sie selbst nach Aussagen ihrer eigenen Vertreter bereits erheblich von kriminellen, islamischen Großfamilien unterwandert ist und wird. Gleiches geschieht bereits in öffentlichen Behörden und zusehends auch in der kommunalen Politik.

Die Zustände verschlechtern sich nach französischem, belgischem und schwedischem Muster hierzulande mit der Zunahme der islamischen Populationsdichte, die nach aktuellen Erhebungen selbst bei künftiger – bisher keinesfalls hinreichend vollzogener – Sicherung unserer Grenzen erheblich weiter wachsen wird. Dies gilt besonders drastisch für die vor den untätigen, wenn nicht sogar billigenden Augen der politisch Verantwortlichen bereits sichtbar hinausgedrängte und abwandernde jüdische Minderheit.

Importierter gewalttätiger Judenhass muslimischer Einwanderer bleibt nahezu ungeahndet. Eine Abhilfe ist weder von der Seite der etablierten Politik noch von den sich bei der Kanzlerin und ihrer Entourage anbiedernden und bestens domestizierten jüdischen Berufsvertreter zu erwarten, die ganz offensichtlich beharrlich und tragisch die gegenwärtigen Gegebenheiten und die vom etablierten linken Parteienspektrum verursachten wirklichen heutigen Gefahren für jüdisches Leben verkennen. In treuem Schulterschluss mit der deutlich abgewählten linkslastigen Merkel-Regierung, verteufeln sie im Interesse des Machterhalts dieser Kanzlerin die einzige nennenswerte Opposition gegen die nahezu ausschließlich von Islam-Appeasement, Israel-Anfeindung und starkem antijüdischen Vorbehalt geprägte etablierte Politik, die jetzt mit dem durch die neue Vorstandswahl noch offensichtlicher gewordenen Linksruck in der SPD noch Realitäts-entrückter links-dogmatisch geworden ist. Es sieht ganz so aus als ob der linkere GroKo-Partner und mit ihm auch die kaum noch weniger linksstehende Kanzler-Partei nicht nur an Realitätsverlust leidet, sondern ihn auch noch bis zum bitteren und nicht mehr allzu fernen Ende genießt.

Fortsetzung auf Seite 9 ▶▶

„Klimanotstand“ auf Bestellung

Gerade rechtzeitig zum Klimagipfel in Madrid und den Billionen-Plänen von der Leyens geht es dem Klima angeblich besonders schlecht.

Von Dushan Wegner

Haben Sie sich schon einmal dieses Internet angeguckt? In diesem Internet gibt es die wildesten Ideen zu lesen, mein lieber Scholli! Einmal las ich – halten Sie sich gut fest! – dass das Gebäude des EU-Parlaments in Straßburg den Original-Fotos des halbfertigen Turms zu Babel nachgebaut wurde. Das stand auf russischen Websites, und was dort steht, das ist alles wahr. Es gibt ja Langweiler, die sagen, das Parlamentsgebäude sei in Wahrheit einem römischen Amphitheater nachempfunden, nicht Bruegels Gemälde des Turmbaus zu Babel – na gut, wenn das EU-Parlament sich symbolisch an einen Ort anlehnt, wo man Christen den Löwen zum Fraß vorwarf (man nannte es poetisch die „Damnatio ad bestias“), dann steht es mir nicht an, die Klugheit dieser hohen Damen und Herren in Zweifel zu ziehen – nicht dass ich am Ende selbst noch den Bestien vorgeworfen werde!

Natürlich dürfen wir feststellen, dass aus bestimmten Winkeln die Architektur des EU-Parlaments uns an Bruegels Gemälde des Turmbaus zu Babel erinnert. Und das ist der Punkt, wo es spannend wird: Wir wissen, dass es die Idee des Turmbaus war, einen Turm zu bauen, „dessen Spitze bis an den Himmel reiche“ (Genesis 11:4). Und wie endete das Vorhaben? Gott verwirrte ihre Sprachen, so dass sie einander nicht verstanden (Genesis 11:7-9).

An der Symbolkraft seiner Handlung gemessen werden

Eben dieses EU-Parlament hat am Donnerstag, den 28. November 2019, den „Klimanotstand“ ausgerufen. Es ist eine „symbolische“ Handlung, so hört man, es soll „Druck aufbauen“, entsprechende Gesetze zu erlassen. Ignorieren wir für einen Augenblick das ganze EU-Kasperletheater, das sonst vor allem abnickt, was die Kommission ihr in den Schlund schiebt – die Kommission wohlgemerkt, die angeführt wurde vom fröhlichen Herrn Juncker und jetzt von der gewiss stets gut beratenen Frau von der Leyen. Der ausgerufene Notstand nun aber hat keine direkte gesetzliche Wirkung, was ist aber dann der Zweck?

Dr. Hingerl schreibt: „Nun hat das Parlament der EU nach Konstanz und weiß nicht wem sonst noch den „Klimanotstand“ ausgerufen. Dem Wetter und seinem dreißigjährigen Durchschnitt Klima ist das egal.“

Man redet vom „klimaneutralen Kontinent“, und doch betont man, dass es sich nur um „Symbolik“ handeln soll. Gut, nehmen wir sie beim Wort, und betrachten wir die Symbolik. Es ist nicht das erste Mal, dass in Europa ein Notstand erklärt wird, da war nämlich etwas, vor 85 Jahren – wer seine Handlung nicht praktisch mit dem konkreten Nutzen begründet, sondern mit „Symbolik“, der sollte es begrüßen, an der Symbolkraft seiner Handlung gemessen zu werden.

Ein von oben erklärter „Notstand“ hat in Europa eine eher schwierige Geschichte, um es höflich zu sagen. Adolf Hitlers eigentliche Machtergreifung geschah 1933 durch das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“, das als „Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933“ bekannt ist. Der Schrecken des Dritten Reiches begann damit, dass, basierend auf der Stimmung im Volk, ein Notstand ausgerufen wurde, der erst die emotional-moralische und dann die rechtliche Grundlage schuf, die üblichen Regeln von Rechtsstaat und

MARTI KAINULAINEN/AFP

Demokratie aufzuheben und die Macht bei Hitler selbst zu konzentrieren.

„Revolution ist halt kein Ponyhof“

Dafür, dass es abstrakte Parallelen zwischen dem Notstand von 2019 und dem von 1933 gibt, würde die Tatsache sprechen, dass der deutsche Staatsfunk es dementiert: „Klimanotstand – Keine Parallele zur Notverordnung 1933“ (tagesschau.de, 28.11.2019, kaum überraschend von einem gewissen Herrn Gensing).

Nein, die symbolische Erklärung eines angeblichen „Klimanotstands“ durch das Parlament von Babel, Pardon: von Europa, das ist natürlich noch kein Ermächtigungsgesetz – jedoch: In derselben Debatte, teils von denselben Leuten, die der Ausrufung des Notstands applaudieren, hören und lesen wir offen anti-demokratische Ideen.

Öko-Aktivisten veranstalten „Tumult im Bundestag“, und als von ihnen mehr Respekt gegenüber der parlamentarischen Demokratie verlangt wird, heißt es lapidar: „Revolution ist halt kein Ponyhof“ (@luisaneubauer, 4.6.2019/ archiviert – ja, jene Dame, die für ein politisches Großevent ausgerechnet im Berliner Olympiastadion trommelt). Ja, dieses Wort: „Revolution“. – Mario Sixtus etwa, „bekannt aus Funk und Fernsehen“, wie man so sagt, stellt in den Debattenraum, man könne „Krise ausrufen, Krisenregierung einberufen“ um „diese Krise zu lösen“, denn: „Alles andere ist nachrangig, inklusive privatem Eigentum oder persönlichen Lebensplanungen.“ (@sixtus, 30.5.2019/ archiviert) – Die Grenzen zwischen Sozialisten und Öko-Aktivisten sind fließend, die Schnittmenge erheblich.

Ähnlich wie demonstrierende Politiker ist die Erklärung eines Notstands ein Akt des Misstrauens in die üblichen Verfahren der Demokratie. Es soll, über rationale, besonnene und damit demokratische Debatte hinaus, ein emotionaler Druck aufgebaut werden – mit welchem Ziel? Öko-Aktivisten und manche „Grüne“ haben in der vergangenen Zeit den Eindruck erweckt, dass sie das Thema Umweltschutz sowieso vielleicht nur als Mittel zum Zweck nutzen – und der Zweck wäre dann wohl irgendwas mit Sozialismus.

Die EU wirft den Verstand den Löwen zum Fraß vor

Ich erinnere mich noch gut an die Tage, als erst die Mauer fiel, und dann (gegen den Widerstand von SPD und Grünen) die Wiedervereinigung geschah. Ich hätte mir viele Szenarien ausgemalt, wie die Zukunft aussehen würde – dieses aber nicht, wahrlich nicht. 30 Jahre nach dem Mauerfall stinkt es nach einem neuen Sozialismus, einer DDR 2.0, diesmal europaweit und im Namen vorgeblichen Naturschutzes. Das Gespenst geht wieder um in Europa, und es ist noch immer das alte Gespenst.

Der Turmbau zu Babel steht für menschliche Hybris, für Überheblichkeit und Größenwahn. Die demokratische Geisteshaltung muss bescheiden sein, sonst ist sie bald nicht mehr demokratisch.

Natürlich erwartet niemand nun ernsthaft, dass die EU-Parlamentarier irgendwelche eigenen Konsequenzen aus dem erklärten „Klimanotstand“ ziehen werden – sie werden weiter in Europa umherfliegen, sie werden weiter unnütz in ihren klimatisierten Büros sitzen, sie werden ihre gutbezahlten und sehr klugen Köpfe weiter in standesgemäßen Autos umherfahren.

Die EU war einst eine gute Idee, doch diese EU erinnert tatsächlich an den Turmbau zu Babel – zu viel Hybris, zu wenig Verstand. Die EU hat sich ein Amphitheater gebaut, und sie wirft den Verstand den Löwen zum Fraß vor.

Die Demokratie hat heute einen schweren Stand. Bürger werden rund um die Uhr emotional weichgekocht, bis sie eines Tages auch undemokratische Maßnahmen hinnehmen werden. Sogenannte Öko-Aktivisten, von denen viele inzwischen offen einen weiteren Sozialismus-Anlauf planen, stellen ihre hysterische Augenblicksmoral über die Grundwerte der Demokratie.

Weltklima-Rettung durch Deutschlands Deindustrialisierung?

Egal, was linke „Demokratiekritiker“ sagen: Die Demokratie ist die beste politische Staatsform, um Naturschutz durchzusetzen – sozialistische Diktaturen sind nicht eben für ihren Naturschutz bekannt, im Gegenteil – und selbst wenn Demokratie nicht die beste Staatsform zum Zweck des Naturschutzes wäre, wäre es unsere Aufgabe, dieses und jedes andere Projekt dennoch innerhalb des demokratischen Systems zu versuchen.

Wer wirklich Naturschutz wollte, der würde Demokratie stärken, statt sie zu schwächen. Es scheint täglich mehr, dass die von teils aus dem Ausland finanzierten NGOs geschürte Öko-Hysterie die Beschädigung der Demokratie in Kauf nimmt – und wir hoffen, dass die Beschädigung und Aufhebung der Demokratie nicht eines ihrer wahren Ziele ist.

Ich erwische mich in den Tagen immer wieder beim Gedanken: Erzählt das doch dem Weihnachtsmann! (Und es gibt ein T-Shirt- und Pulli-Design dazu, passend zur Saison!)

Weltklima retten, indem man Deutschlands Industrie in die Knie zwingt? Natur schützen, indem man Artenschutz lockert und Bäume abholzt, und dann mit hunderten von Metern hohen Stahlmonstern die Landschaft verschandelt? Politische Maßnahmen von aufgepeitschten Kindern bestimmen lassen? Hysterie schüren, demokratische Wege umgehen wollen und nebenbei wieder Sozialismus einzuführen versuchen – und hoffen, dass es diesmal klappen wird, diesmal ganz bestimmt? Ach, erzählt das alles doch dem Weihnachtsmann!

Solange die Menschheit existiert, wurde noch keine kluge Entscheidung durch emotionalen Aufruhr getroffen, weil und indem die Masse in tumbe Hysterie aufgepeitscht wurde. Wer „Notstand“ sagt, will populistisch Emotionen wecken, will die Menschen manipulieren – das kann man „gut“ finden, aber nicht so wirklich im Geist der Demokratie.

Der „Klimanotstand“ sei „symbolisch“, sagen die Politiker – okay: Ein erklärter Notstand steht geschichtlich regelmäßig für den Versuch, Demokratie und Rechtsstaat auszuhebeln. Was soll das also für eine Symbolik sein?

Je schäumender, schriller und irrationaler Propagandisten und Populisten werden, um so ruhiger will ich werden. „Notstand“ sagt ihr? Ja, wir steuern auf einen „Notstand“ der Demokratie zu – und auf ganz andere Notstände, teils mit Dienstwagen und horrenden Diäten.

Je lauter die „Aktivisten“ kreischen, um so kühler sollten wir selbst werden. Wenn diese Mädchen, ob sie nun Greta, Luisa oder Carola heißen, uns vom Weltuntergang erzählen, wenn der Onkel im Fernsehen in die Kamera seine ganz spezielle Version der Wahrheit erzählt, wenn der ahnungslose Politiker mir erklärt, warum ich auf dieses und jenes verzichten soll – und er nicht, klar – dann atme ich tief durch, ich lasse meinen Puls runterkommen, und ich antworte in aller Ruhe: Erzähl das doch dem Weihnachtsmann!

Dieser Beitrag erschien zuerst auf dushanwegner.com.

Dushan Wegner (geb. 1974 in Tschechien, Mag. Philosophie 2008 in Köln) pendelt als Publizist zwischen Berlin, Bayern und den Kanaren. In seinem Buch „Relevante Strukturen“ erklärt Wegner, wie er ethische Vorhersagen trifft und warum Glück immer Ordnung braucht.

Bibeltreue Christen als pro-israelische Lobby-Gruppe in den USA

Populärer Irrtum: Nicht die Juden, sondern die konservativen Christen sind die zahlenmäßig größte Unterstützer-Gruppe Israels in den USA.

Von Felizitas Küble

In den Vereinigten Staaten sind es vor allem die Republikaner, und damit die politisch Konservativen im Lande, die sich für die Existenzberechtigung und die Sicherheitsinteressen Israels einsetzen. Die eher linksliberalen Demokraten verhalten sich diesbezüglich ambivalenter, was sich vor allem bei jenen aus ihren Reihen zeigt, die in den letzten Jahrzehnten als Präsidenten regierten.

Carter – ein evangelikaler Linker?

Während Jimmy Carter in seiner Amtszeit zunächst wenigstens grundsätzlich die traditionell pro-israelische Politik der USA weiterführte, schrieb er später ein pro-arabisches Buch unter dem Titel „Palästina – Frieden, nicht Apartheid“ (Originaltitel: Palestine Peace Not Apartheid).

Das im November 2006 erschienene Buch sorgte in den USA für erbitterte Diskussionen über den Nahostkonflikt und die Politik Israels, zumal er dem jüdischen Staat ein „System der Apartheid“ gegenüber den „Palästinensern“ in Judäa und Samaria vorwirft. Carters einseitige Positionierung ist insofern einigermaßen überraschend, als er eigentlich dem evangelikalen „Lager“ angehört, das sich üblicherweise als ausgesprochen israelfreundlich erweist.

Die Situation verschärfte sich mit dem Demokraten-Präsidenten Barack Obama, dessen Administration sich von vornherein stärker dem islamisch-arabischen Lager zuwandte.

Hingegen war es für US-Staatschefs aus der Republikaner-Partei – denken wir z.B. an Ronald Reagan oder die beiden Bush-Präsidenten – eine ausgemachte Sache, dass sich die Vereinigten Staaten als Bündnispartner der Israelis verstehen und den jüdischen Staat strategisch gleichsam als „westlichen Brückenkopf“ im Nahen Osten ansehen und würdigen. Dies war während des Kalten Krieges besonders wichtig, als die Sowjetunion und der mit ihr alliierte Ostblock sowohl wirtschaftlich wie militärisch eng mit arabischen Staaten kooperierten und damit ihren antizionistischen Fanatismus sowie die Gegnerschaft zu den USA forcierten.

Mit Trump verbessern sich die israelisch-amerikanischen Beziehungen

Mit der Wahl des Republikaner-Präsidenten Donald Trump kehrte eine dem jüdischen Staat wohlgesonnene Politik aus der Bush-Ära wieder zurück und wurde sogar noch verstärkt – denken wir etwa an die Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels und den damit verbundenen Beschluss, die US-Botschaft nach Jerusalem zu verlegen. Dieser Programmpunkt wurde jahrzehntelang von der US-Administration zwar angekündigt, aber erst unter Trump wirklich umgesetzt.

Diese pro-israelische Linie bewährt sich derzeit auch im Konflikt zwischen Israel und der EU, denn der Europäische Gerichtshof entschied am 12. November dieses Jahres, Produkte israelischer Siedler müssten in der EU speziell gekennzeichnet sein. Offenbar hat man aus der Geschichte nichts gelernt und die berüchtigte NS-Parole „Kauft nicht bei Juden!“ dem aktuellen israelfeindlichen Stand der Dinge angepasst: „Kauft nicht bei Juden – aus Judäa und Samaria!“

Mike Pence ist gläubiger Christ und engagierter Israelfreund.

Mit derartigen Fehlentscheidungen soll offener Antisemitismus unter dem Tarnmantel vermeintlicher „Israelkritik“ kaschiert werden. Offenbar geht es bei dieser Ausgrenzung und Anprangerung des Staates Israel um eine fatale Solidarität mit der linken BDS-Bewegung.

Der US-amerikanische Außenminister Mike Pompeo widersprach diesen Boykottversuchen der EU und verkündete am 18. November 2019 in Washington, dass die US-Regierung in den israelischen Siedlungen keineswegs einen Verstoß gegen internationales Recht sieht. Wieder einmal haben sich die Vereinigten Staaten auf die Seite des jüdischen Staates gestellt – wie dies auch bei den zahlreichen israelfeindlichen Resolutionen der UNO seit Jahrzehnten zumeist der Fall ist.

Angesichts der traditionell israelfreundlichen Politik der Vereinigten Staaten stellt sich nicht nur für ultrarechte Antisemiten oder linke Antizionisten, sondern auch für manche wenig oder falsch informierten Bürger die Frage, wie es überhaupt zu diesem festen Schulterschluss Nordamerikas mit dem jüdischen Staat gekommen ist.

Ist die Ursache hierfür in der jüdischen „Lobby“ zu sehen? Liegt es an reichen oder zumindest einflussreichen Juden in den USA, die dafür sorgen, dass die Regierung sich wohlwollend gegenüber Israel – der einzigen rechtsstaatlichen Demokratie im Nahen Osten – verhält?

Ohne die Evangelikalen geht es nicht

Dass sich jüdische Bürger in den USA weitgehend – aber keineswegs durchgängig – für eine pro-israelische Politik einsetzen, versteht sich. Doch die jüdische Minderheit allein wäre nie in der Lage – selbst wenn sie noch so gut vernetzt wäre – diese solidarische Haltung der US-Administration gegenüber Israel zu gewährleisten.

Der Hintergrund für die kraftvolle Unterstützung des Existenzrechts Israels ist neben geostrategischen Interessen der USA vor allem in der Positionierung des dort sehr starken evangelikalen Spektrums zu suchen.

Die evangelikale Bewegung ist bibelorientiert und theologisch konservativ. Dies wiederum harmoniert mit klassischen bürgerlichen Prinzipien der Republikanischen Partei vor allem hinsichtlich der (heterosexuellen) Ehe, Familie, Erziehungsrecht der Eltern, Lebensrecht ungeborener Kinder, Privatschulen, freie Marktwirtschaft, Bewahrung der christlichen Kultur usw.

Die Zehn Gebote vor allem sind es, welche Juden und Christen sittlich prägen und verbinden. Auch die Hebräische Bibel wird von kirchlicher Seite als „Altes Testament“ wertgeschätzt, ja als verbindliches Gotteswort neben dem Neuen Testament anerkannt. Zugleich sind Juden und Christen weltweit durch einen gemeinsamen Feind bedroht, den politischen Islam. Nicht nur der Iran ist ein Beispiel dafür, wie ein fanatisch-islamisches Regime die Menschenrechte seiner nichtmuslimischen Bürger missachtet.

Mike Pence als Vertreter des Christentums im Weißen Haus

Die pro-israelische Haltung des konservativen christlichen Spektrums in den USA zeigt sich beispielhaft bei dem republikanischen Vizepräsidenten Mike Pence, einem „evangelikalen Katholiken“.

Der frühere Gouverneur von Indiana und dreifache Familienvater ist von seiner Persönlichkeit her ganz anders gestrickt als Präsident Trump, der eher wie ein „Mann fürs Grobe“ wirkt. Doch bei aller Besonnenheit in Rede und Auftreten vertritt der scharfsinnige Jurist Pence sehr klar seine Prinzipien. Zudem ist bei ihm die christliche Prägung deutlicher und glaubwürdiger als beim US-Präsidenten. Nicht wenige Bürger dürften deshalb für Trump gestimmt haben, weil er den konservativen Pence vorweg als seinen Stellvertreter bzw. Vize-Kandidaten präsentierte. Ohne starken Rückhalt im „Bibelgürtel“ – also vor allem in den evangelikal orientierten Südstaaten – kann in den USA kaum jemand erfolgreich ins Weiße Haus einziehen.

Pence ist als Sohn irischer Einwanderer von Hause aus katholisch, besuchte eine kirchliche Privatschule und steht zugleich dem evangelikalen Lager sehr nahe – genauer gesagt der sog. „Tea-Party-Bewegung“, die freiheitlich-konservativ ausgerichtet ist (in Wirtschaftsfragen liberal, in ethischer Hinsicht konservativ). Als entschiedener Abtreibungsgegner sorgte Pence einst dafür, dass im US-Bundesstaat Indiana eines der strengsten Lebensschutz-Gesetze der USA eingeführt wurde.

Zugleich macht Pence aus seinen israelfreundlichen Standpunkten kein Geheimnis. Er bezeichnete den jüdischen Staat sogar als „ewigen Verbündeten“ der USA, wobei er betonte, seine Haltung sei nicht nur politisch-strategisch motiviert, sondern erwachse aus seinem christlichen Glauben. Glasklar erklärte der Vizepräsident beispielsweise:

„Israels Feinde sind unsere Feinde, die Sache Israels ist unsere Sache. Wenn diese Welt sonst nichts anderes weiß, aber dies soll sie wissen: Amerika steht zu Israel.“

Deutsche Leitmedien gegen Pence

Natürlich sind sowohl Präsident Trump wie sein Stellvertreter Pence in den deutschen Leitmedien denkbar unbeliebt. Das linke Spektrum tarnt seinen Antisemitismus gerne als „Israelkritik“, nicht zuletzt die „Süddeutsche Zeitung“ und der „Spiegel“.

Typisch hierfür ist ein süffisanter Artikel aus dem Online-Portal des „Spiegel“ vom 21. Januar 2018. Schon der Titel lässt tief blicken: „US-Vizepräsident vor Nahost-Reise – Mike Pence, der unerwünschte Christ.“

Dann heißt es, die israelische Regierung habe Pence „wie einen Helden“ empfangen, doch arabische Christen in der Region wollten angeblich von ihm nichts wissen.

Wenig erstaunlich, dass der „Spiegel“-Autor den christlichen Republikaner nicht ausstehen kann: „Pence gilt auch als die treibende Kraft hinter Donald Trumps Entscheidung, Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen.“ – Wenige Abschnitte später heißt es erneut, Pence werde von Israels Premier Netanjahu sehr geschätzt, weil der Vize „maßgeblich dafür gesorgt hat, dass der langgehegte Wunsch Israels nach der Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt endlich erfüllt wird.“

Was dem „Spiegel“ missfällt, ist für bibelbewusste Christen ein Grund zum Aufatmen, denn diese Entscheidung der US-Administration war überfällig.

Juden und Christen sind Schicksalsgefährten und „geborene“ Bündnispartner in einer immer gottloser werdenden Welt, in der die Zehn Gebote zunehmend mit Füßen getreten werden, wobei zugleich der radikale Islam sich anschickt, den dekadenten Westen zu überrollen und das geistige Vakuum zu füllen, das die Abwendung von christlich-jüdischen Werten und Prinzipien hinterlassen hat.

Wie die Araber in den 1960er Jahren das Wort „Palästinenser“ stahlen

Eine Lektion Realpolitik für die faktenresistente EU

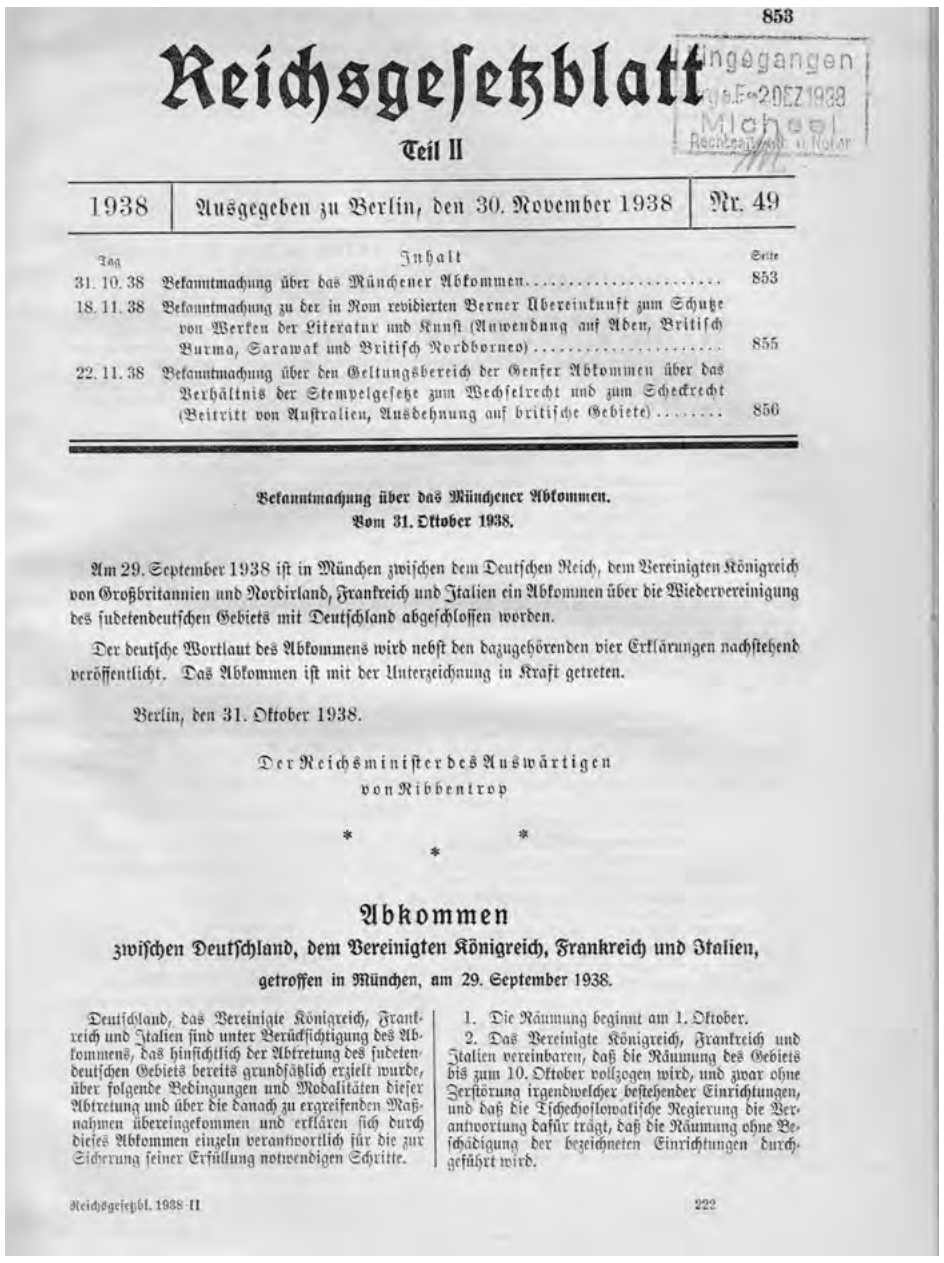
Von Lothar Klein (Vorsitzender der Sächsischen Israelfreunde e.V.)

Dass Federica Mogherini stoisch am alteingefahrenen EU-Kurs festhält, muss niemanden verwundern. Hat sie doch schon als italienische Jungkommunistin auf Arafats Schoß gesessen. In den Oslo-Verträgen ist an keiner einzigen Stelle von einer „Zwei-Staaten-Lösung“ die Rede, doch das jahrelange Wiederholen dieser Phrase hat dazu geführt, dass sie inzwischen von vielen Politikern für die Wahrheit gehalten wird.

Dort steht, dass Israel im Zuge des Friedensprozesses „Gebiete“ und nicht „die Gebiete“ abgibt. Das ist jedoch mit dem Gaza-Jericho-Abkommen, dem freiwilligen Israels Abzug aus dem Gazastreifen und weiteren Gebietsabgaben schon geschehen. Bei den Oslo-Verhandlungen wollte Jassir Arafat sicherstellen, dass in den „palästinensischen“ Autonomiestädten keine israelischen Soldaten patrouillieren und hat deswegen darauf gedrungen, dass Israel für seine Siedlungen eigene Erschließungsstraßen baut. Dies kann man als De-facto-Anerkennung der Siedlungen ansehen. Im Übrigen hat das von den Europäern verfolgte Prinzip „Land für Frieden“ schon 1938 beim Münchner Abkommen zwischen Hitler, Mussolini, Chamberlain und Daladiér nicht funktioniert, sondern Begehrlichkeiten geweckt, die geradewegs in den Zweiten Weltkrieg führten. Der ehemalige Botschafter Israels in den USA, Zalman Shoval, sagte einmal: „Land für Frieden ist wie Geld für Liebe – das älteste Gewerbe der Welt.“ Oder möchten die EU-Außenbeauftragte, die deutsche Bundeskanzlerin und ihr UN-Botschafter die Stadt Hebron, wo die Erzväter und -mütter des jüdischen Volkes ihre letzte Ruhestätte haben, tatsächlich erneut „judenrein“, wie schon einmal nach dem Massaker von 1929, als es weder einen Staat Israel noch eine Besatzung gab?

„Die Palästinenser“ als Volk hat Jassir Arafat übrigens erst 1968 erfunden, wie Walter Ulbricht 1949 das „Volk der DDR“ erfand. Heute leben viele „Palästinenser“ in Judäa und Samaria in guter Nachbarschaft mit den sogenannten jüdischen Siedlern, die in ihren Kommunen Infrastruktur und Arbeitsplätze auch für die arabischen Familienväter geschaffen haben, die durch EU-Boykotte und -Kennzeichnungswahnsinn infrage gestellt werden. Die Hälfte der Studenten an der Universität der Stadt Ariel in Samaria sind Araber aus den Städten und Dörfern des Westjordanlandes. Da lernt, arbeitet und feiert man gemeinsam mit den „bösen Siedlern“ und hat eine Perspektive für seine Kinder. Nach israelischem Recht ist es übrigens verboten, Häuser auf Land zu errichten, das einem nicht gehört. Bei Zuwiderhandlung erfolgt Abriss! Auch wenn es immer mal wieder Extremisten auf beiden Seiten gibt, lebt man längst den Frieden, den „Palästinenser“-Führer, UN-, US- und EU-Politiker in Jahrzehnten nicht zustande gebracht haben und dies darum auch nicht wahrhaben wollen – bis auf die US-Regierung.

Genau genommen gibt es im ehemaligen britischen Mandatsgebiet Palästina, das man den Juden in der Balfour-Deklaration vom 2. November 1917 im Auftrag des Völkerbundes als Heimstatt versprochen hat, zwei Staaten: den arabischen Staat Jordanien, der 77 Prozent Palästinas umfasst, und den jüdischen Staat Israel mit 23 Prozent. Sogar der Golan gehörte bis 1922 zu Palästina! Da es jedoch für Muslime einer Bankrotterklärung Allahs gleichkäme, wenn Land, das schon einmal unter islamischer Herrschaft stand, nicht wieder unter selbige käme, – ein Problem, mit dem heute auch die Europäer konfrontiert sind – haben die arabischen Führer ihre eigenen Leute, die im Zuge der Kampfhandlungen gegen den neugegründeten Staat Israel 1948 zu Flüchtlingen wurden, bis heute als politisches Faustpfand missbraucht und in Flüchtlingslagern gehalten, statt diese rund 750.000 Menschen zu integrieren.



853

Reichsgesetzblatt

Teil II

1938 | Ausgegeben zu Berlin, den 30. November 1938 | Nr. 49

Tag	Inhalt	Seite
31. 10. 38	Bekanntmachung über das Münchener Abkommen	853
18. 11. 38	Bekanntmachung zu der in Rom revidierten Berner Übereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst (Anwendung auf Aden, Britisch Burma, Sarawak und Britisch Nordborneo)	855
22. 11. 38	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Genfer Abkommen über das Verhältnis der Stempelgesetze zum Wechselrecht und zum Scheckrecht (Beitritt von Australien, Ausdehnung auf britische Gebiete)	856

Bekanntmachung über das Münchener Abkommen.
Vom 31. Oktober 1938.

Am 29. September 1938 ist in München zwischen dem Deutschen Reich, dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland, Frankreich und Italien ein Abkommen über die Wiedervereinigung des sudetendeutschen Gebiets mit Deutschland abgeschlossen worden.

Der deutsche Wortlaut des Abkommens wird nebst den dazugehörenden vier Erklärungen nachstehend veröffentlicht. Das Abkommen ist mit der Unterzeichnung in Kraft getreten.

Berlin, den 31. Oktober 1938.

Der Reichsminister des Auswärtigen
von Ribbentrop

* * *

Abkommen
zwischen Deutschland, dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Italien,
getroffen in München, am 29. September 1938.

Deutschland, das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien sind unter Berücksichtigung des Abkommens, das hinsichtlich der Abtretung des sudetendeutschen Gebiets bereits grundsätzlich erzielt wurde, über folgende Bedingungen und Modalitäten dieser Abtretung und über die danach zu ergreifenden Maßnahmen übereingekommen und erklären sich durch dieses Abkommen einzeln verantwortlich für die zur Sicherung seiner Erfüllung notwendigen Schritte.

1. Die Räumung beginnt am 1. Oktober.
2. Das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien vereinbaren, daß die Räumung des Gebiets bis zum 10. Oktober vollzogen wird, und zwar ohne Zerstörung irgendwelcher bestehender Einrichtungen, und daß die Tschechoslowakische Regierung die Verantwortung dafür trägt, daß die Räumung ohne Beschädigung der bezeichneten Einrichtungen durchgeführt wird.

Reichsgesetzbl. 1938 II 222

Amtliche Verkündung des „Münchener Abkommens“ von 1938.

Israel hat hingegen die rund 860.000 jüdischen Flüchtlinge, die seit der Staatsgründung aus arabischen Staaten fliehen mussten bzw. vertrieben wurden, in seinen Staat integriert. Damit hat im Grunde ein Bevölkerungsaustausch stattgefunden, den die Weltgemeinschaft bezüglich der jüdischen Flüchtlinge aus arabischen Ländern bis heute ignoriert.

Die jüdische Aufbau-Arbeit machte das Land auch für die Araber attraktiv

Die britische Peel-Kommission hat übrigens schon 1937 festgestellt, dass es ohne die Entwicklung der Region durch die wegen des wachsenden Antisemitismus Ende des 19. Jahrhunderts aus der europäischen Diaspora heimkehrenden Juden keine Zuwanderung von Arabern aus den Nachbarstaaten gegeben hätte. Und wenn viele dieser bedauernswerten Araber nicht den Aufrufen ihrer Führer gefolgt wären, das Land bis zur Befreiung von den Juden zu verlassen, sondern sich auf David Ben Gurions Angebot eingelassen hätten, das Land gemeinsam aufzubauen, wäre es nie zu dieser Flüchtlingstragödie gekommen, aus der korrupte Politiker bis heute Kapital schlagen, von dem wenig bei den Betroffenen angekommen ist. Wenn die US-Administration nicht länger bereit ist, dieses üble Spiel mitzuspielen, ist das ein mutiger Schritt Richtung Wahrhaftigkeit, von dem die EU leider noch weit entfernt zu sein scheint. Man könnte den Eindruck bekommen, dass so manche EU-Politiker gegenüber den „Palästinensern“ unter einer Art kollektivem Stockholm-Syndrom leiden. Denn die ständigen Wiederholungen fadenscheinig konstruierten „Völkerrechts“ tragen nicht zur Lösung bei, sondern sind Teil des Problems!

Der Autor: Lothar Klein war 1990 Abgeordneter der letzten DDR-Volkskammer, gehörte von 1991-94 der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament an und war von 1999-2017 Kommunalpolitiker in Dresden. Seit 1998 ist er Mitglied des Landesfachausschusses „Innere Sicherheit“ der sächsischen CDU. Seit Gründung der Sächsischen Israelfreunde e.V. 1998 ist er deren Vorsitzender.

STEPHANE DE SAKUTIN, AFP

Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini

Türkei: Wie sich Erdogan Einfluss in Deutschland kauft

Die Spuren des hinter dem „Europäischen Islamophobie-Bericht“ stehenden Thinktanks SETA führen direkt ins nahe private Umfeld des türkischen Präsidenten.

Von Birgit Gärtner (Mena Watch)

Die Fraktion der Partei DIE LINKE im Deutschen Bundestag stellte kürzlich eine Schriftliche Kleine Anfrage an die Bundesregierung bezüglich der 2005 in der Türkei als „Siyaset, Ekonomi ve Toplum Arastirmalari Vakfi“ („Stiftung für politische, wirtschaftliche und soziale Forschung, kurz: SETA) gegründeten Organisation mit Niederlassungen in Washington DC, Brüssel und Berlin (Mena Watch berichtete). Gefragt wurde u. a. nach den Kenntnissen der Bundesregierung hinsichtlich der Finanzierung der Stiftung, nach etwaigen Verbindungen zu nationalistischen und fundamental-islamischen Vereinigungen in Deutschland sowie nach Kontakten von SETA zur Bundesregierung.

Die Antworten sind in vielerlei Hinsicht gleichermaßen aufschlussreich wie alarmierend: Demzufolge finanziert primär eine dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan nahestehende einflussreiche Familie, die Familie Albayrak, die Stiftung. Außerdem gab es in der Vergangenheit Kontakte zwischen der türkischen SETA und der „Union Internationaler Demokraten“ (UID, ehemals UETD), quasi die Auslandsorganisation der türkischen Regierungspartei AKP (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung). Kontakte zur Bundesregierung können nicht ausgeschlossen werden.

Global Player mit lukrativem Briefkasten…

Erinnern Sie sich noch an die Panama-Papers? Dabei handelte es sich um etwa 2,6 Terabyte Daten, die einem Journalisten der „Süddeutschen Zeitung“ zugespielt und von einem internationalen Reporterteam ausgewertet wurden. Das Fazit: Die Materialien belegen legale Strategien der Steuervermeidung, aber auch Steuer- und Geldwäschedelikte, den Bruch von UN-Sanktionen sowie andere Straftaten durch Kunden der Firma Mossack Fonseca, einem globalen Rechtsdienstleistungsunternehmen mit Sitz in Panama.

Eine spezielle Dienstleistung der Firma Mossack Fonseca war die Vermietung von Briefkästen, die ganze Firmen beherbergen und Gelder in Millionenhöhe sichern konnten wie ein von der Erde verschluckter Bunker. Nach Bekanntwerden dieser fragwürdigen Praktiken wurde die Firma geschlossen, weil sie großen ökonomischen Schaden genommen und ihr Ansehen gelitten habe, wie auf der Webseite zu lesen ist.

28 deutsche Banken arbeiteten mit Mossack Fonseca zusammen, darunter auch die Deutsche Bank. Für Österreich wurden die Raiffeisen-Bankengruppe sowie die Hypo-Bank Vorarlberg genannt. Außer in Europa waren Staaten in Amerika und Asien betroffen.

… für den sich in der Türkei kaum jemand interessiert

In der Türkei spielten die Panama-Papers keine große Rolle, auch, weil regierungsnahe Medien wenig Interesse an dem Thema hatten, wenngleich auch Personen aus dem nahen Umfeld des Präsidenten darin auftauchen.

Ein im Zusammenhang mit SETA interessanter Name befand sich an einem der Briefkästen: Çalık Holding. Dabei handelt es sich um einen Privatkonzern, zu dem 34 Unternehmen gehören, die in den Sektoren Bau, Energie, Finanzen, Textilien, Logistik und Mediengewerbe tätig sind. Genau genommen war es der Name einer Tochterfirma im weitverzweigten Geflecht der Çalık-Holding, die vor 2003 gegründet wurde und ihren Sitz auf den Britischen Jungferninseln hatte. An dem Mutterkonzern Çalık Holding ist der inzwischen zurückgetretene Emir von Katar, Hamad bin Chalifa Al Thani, mittels eines seiner Unternehmen mit 25 % beteiligt. Der ehemalige Präsident Abdullah Gül hatte den Emir mit Firmeninhaber Çalık bekannt gemacht.

Der Erdogan-Clan bei der Hochzeit von Tochter Esra

Medienkonzentration zu Gunsten Erdoğans

In die Kritik geriet die Holding u.a., als sie 2008 den Medienkonzern Sabah durch einen Kredit aus staatlichen Banken erwarb. Die Tageszeitung „Sabah“ ist eine der auflagenstärksten der Türkei. Dem deutschen Publikum ist sie vor allem dadurch bekannt, dass 2013 zum Auftakt des Münchner NSU-Prozesses eine Kölner Medienkanzlei im Auftrag von Sabah eine Eilentscheidung erwirkte, derzufolge ausländische Journalisten angemessen bedacht werden mussten bei der Platzvergabe an die Medien für den Gerichtssaal. Angesichts der Sachlage ein berechtigtes Interesse, das auch andere Medien teilten.

Der Medienkonzern wurde als Turkumaz Medya Grubu in die Çalık Holding eingegliedert, deren CEO Berat Albayrak ab 2007 war, bis er in die Politik ging: zunächst als Abgeordneter der AKP, der dann im November 2015 zum Minister für Energie und Bodenschätze ernannt wurde. Sein Nachfolger als CEO der Turkumaz Medya Grubu wurde Serhat Albayrak, sein älterer Bruder. Der zum Energieminister aufgestiegene Berat ist der Schwiegersohn von Recep Tayyip Erdoğan, der im Juni 2004 die älteste Erdoğan-Tochter Esra heiratete. Es handelte sich dabei um eine arrangierte Ehe: Der Schwiegervater suchte sich seinen Schwiegersohn selbst aus. Dessen Vater, der Journalist, Schriftsteller und Politiker Sadık Albayrak ist ein alter Weggefährte Erdoğans aus der von Necmettin Erbakan gegründeten Wohlfahrtspartei (Refah Partisi).

Vetternwirtschaft

Berat Albayrak arbeitete seit 1999 bei der Çalık Holding, ab 2002 wurde er der Finanzdirektor der Niederlassung in den USA. Zeitgleich absolvierte er ein Studium und wurde 2004 Leiter der Çalık Holding in den USA.

Auch Esra Erdoğan studierte in den USA. 2014 wurde sie an der University of California in Berkeley in Soziologie promoviert. Ihre jüngere Schwester Sümeyye studierte ebenfalls in den USA und in London. Die Erdoğans schickten ihre Töchter ins Ausland, da damals islamische Verschleierung an türkischen Hochschulen verboten war. Auch Sohn Bilal studierte im Ausland. Finanziert hat diesen Luxus ein reicher Geschäftsmann und Freund Erdoğans.

Sümeyye wurde im Juni 2016 mit Selçuk Bayraktar, dem Sohn eines Rüstungsunternehmers, verheiratet. Zu den Gästen zählten auch Politiker aus anderen islamischen Ländern, u.a. der pakistanische Regierungschef Nawaz Sharif.

Bei der Hochzeit von Erdoğans Sohn Bilal mit Reyyan Uzuner im August 2003 ließ es sich der damalige italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi nicht nehmen, dem Paar persönlich zu gratulieren. Dabei machte er sich jedoch erst einmal unbeliebt, weil er sich anschickte, der Braut die Hand zu küssen. Ein absolutes No-Go in streng religiösen Kreisen. Reyyan Uzuner war zum Zeitpunkt der Hochzeit 16 Jahre alt. Da in der Türkei das offizielle Heiratsalter 18 Jahre beträgt, musste eine behördliche Erlaubnis eingeholt werden.

Esra und Bilal Erdoğan sitzen beide im Verwaltungsrat der TÜRGEV-Stiftung, die Studentenwohnheime baut und betreibt – für rechtgeleitete, sprich streng religiöse Studenten, versteht sich. Außerdem soll sie den Bau der Imam-Hatip-Schulen, streng religiöse Einrichtungen, vorantreiben. Ein wesentlicher Baustein in Erdoğans ehrgeizigem Plan, sein Sultanat in ein einen religiösen Staat zu verwandeln.

Die Stiftung scheint sehr effizient zu „arbeiten“, das Vermögen wird auf etwa 100 Mio. € geschätzt, die „Frankfurter Rundschau“ (FR) schrieb, dabei handele es sich „angeblich“ um den „Haupt-Spendentopf der Familie“. Nicht nur die Familie Erdoğan und ihr nahestehende Personen gerieten häufiger unter Korruptionsverdacht, auch die Stiftung ist in einen Korruptionsskandal im Zusam-

menhang mit dem Erwerb einer lukrativen Liegenschaft in Istanbul verwickelt, außerdem in eine Spendengeld-Affäre, bei der es um 99.999.999,- US-$ geht, etwa 72 Mio. €. Die Oppositionspartei CHP vermutete damals, das Geld, das im Zeitraum 2008 bis 2012 auf das Konto der Stiftung eingegangen war, stamme aus einem arabischen Land.

Geschäfte mit dem IS?

Bilal Erdoğan geriet zudem unter Verdacht, dass seine Reederei BMZ Group mit Öl handele, das aus dem Nordirak stammt, vom IS billig in den Weltmarkt eingespeist wurde und dort für allerhand Verwerfungen sorgte: Berat Albayrak gründete die BMZ-Group 2013 mit Mustafa Erdoğan, dem Bruder von Recep Tayyip, und mit dessen Schwager Ziya Ilgen, dem Ehemann von Erdogans Schwester Vesile. Der Name eines Schiffes – der des Öltanker Agdaş, Wert rund 25 Mio. €, das der BMZ Group gehören soll – taucht laut „Der Standard“ ebenfalls im Zusammenhang mit den Panama- und den Malta-Papers auf. Wie das österreichische Blatt schreibt, profitiert die Firma der Familie von Recep Tayyip Erdoğans zweiten Schwiegersohn Selçuk Bayraktar, die u. a. Drohnen baut, von den Eroberungsfeldzügen des türkischen Präsidenten in Syrien.

Einflussnahme in Deutschland

Das System Erdoğan ist äußerst vielschichtig, verfügt über viel Geld, gute Kontakte, die noch mehr Geld bringen, das nicht nur Macht und Einfluss in der Türkei sichert, sondern auch im Ausland, etwa in Deutschland.

Alles in allem lässt sich sagen, der türkische Präsident umgibt sich mit religiösen und politischen Weggefährten – in den meisten Fällen beides –, reichen Geschäftsleuten, Politikern aus dem In- und Ausland sowie ihm genehmen oder nützlichen Staatsmännern. Ein wesentlicher Baustein in diesem System ist die Wahl der Schwiegerkinder, um Bande, z. B. zur Familie Albayrak, zu festigen. Die Hochzeiten sind zudem ein probates Mittel, die Grenzen zwischen internationalen diplomatischen und freundschaftlichen Beziehungen verschwimmen zu lassen.

In dieses System ist die gesamte Familie Erdoğan eingebunden: Geschwister, Schwager und die Schwiegersöhne. Die Damen Erdoğan halten sich dezent im Hintergrund, wirken im Stillen, nehmen repräsentative Aufgaben wahr und betätigen sich vordergründig karitativ.

Lukratives und einflussreiches Netzwerk

Alte Freundschaften werden durch Gefälligkeiten am Leben erhalten, z. B. wie „Der Standard“ schreibt, durch Rüstungsaufträge an die Firma der Familie von Schwiegersohn Selçuk Bayraktar. Immer wieder fällt ein lukrativer Posten ab, der mit Personen aus diesem Netzwerk besetzt wird, bei größeren Investitionsvorhaben und mangelnder Liquidität werden schon mal staatliche Banken eingeschaltet, um diese realisieren zu können. Eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten; so wird das komplizierte und undurchsichtige Geflecht zusammengehalten, trotz aller Korruptionsvorwürfe.

Dieses System instrumentalisiert der türkische Präsident, um Einfluss auch im Ausland zu nehmen, auch – oder gerade – in Deutschland auf dort lebende türkischstämmige Menschen, aber auch auf den gesellschaftlichen Diskurs und politische Entscheidungen, z. B. mittels Mitarbeiter vor Ort mit besten Kontakten zur Regierungspartei.

Anfrage der Linken

Die Anfrage der Linksfraktion an die Bundesregierung ergab, dass es Kontakte gab zwischen der SETA-Stiftung und der UETD, die quasi als AKP-Auslandsorganisation fungierte und in Deutschland u.a. den Wahlkampf für Recep Tayyip Erdoğan, seine Auftritte sowie die anderer AKP-Politiker organisierte. Kontakte der Bundesregierung können nicht ausgeschlossen werden, damit auch nicht, dass sich die Bundesregierung bei ihrer Türkei-Politik auch auf SETA-Expertise stützt.

„Bestand oder besteht ein Kontakt zwischen Vertretern der SETA-Stiftung und der Bundesregierung oder Bundesbehörden, falls ja, in welchem Rahmen?“, fragt die LINKEN-Politikerin Ulla Jelpke.

Die Bundesregierung antwortete: „Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass es am Rande von Veranstaltungen oder sonstigen Terminen zu Kontakten mit Vertreterinnen und Vertretern der SETA-Stiftung gekommen ist. (…) In das Lagebild der Bundesregierung fließen eine Vielzahl von Gesprächen, Berichten und Meinungsäußerungen unterschiedlicher Organisationen ein.“

So recht deutlich mochte die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Frage Ulla Jelpkes nicht werden, aber klar verneinen konnte sie diese wohl auch nicht.

Wie die „Deutsche Welle“ herausfand, arbeitete Zafer Meşe, der Leiter der Berliner Niederlassung der Stiftung, acht Jahre lang als wissenschaftlicher Mitarbeiter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit Schwerpunkt Außen- und Sicherheitspolitik. Warum sollte er seine alten Kontakte nicht nutzen?

Es ist mehr als befremdlich, dass eine Stiftung, von der die Bundesregierung wusste, dass sie vom ökonomisch und politischen Netzwerk um den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan finanziert wird, hinter dem wiederum das katarische Herrscherhaus steht, eine Niederlassung in Berlin eröffnen konnte und – das legt zumindest die Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage Ulla Jelpkes nahe – vermutlich selbst Kontakte zur Bundesregierung und zu den Behörden pflegt.

Bezahlt der Iran die spanischen Kommunisten?

Die Sozialdemokraten in Spanien streben eine Koalition mit den Iran-Komplizen von der kommunistischen „Podemos“ an.

Von Redaktion Audiatur

Die führende Organisation in Spanien im Kampf gegen den Antisemitismus, „ACOM – Action and Communication on the Middle East“, äußert ihre tiefe Besorgnis über die in Spanien erzielte Vereinbarung zwischen der Sozialistischen Partei PSOE und Unidos Podemos. In einer solchen Koalitionsregierung wäre der Vizepräsident Pablo Iglesias, Vorsitzender der chavistischen und pro-iranischen Partei Podemos.

Es sei völlig unverantwortlich und inakzeptabel für die PSOE und ganz besonders für ihren Generalsekretär und amtierenden Premierminister Pedro Sánchez, eine eindeutig antisemitische Partei in die Regierung des Landes zu integrieren. Podemos habe von Anfang an eine Kampagne des Hasses und der Diskriminierung gegen die Juden gefördert und unterhalte aktive und offensichtliche Verbindungen zu einem Dschihad-Regime mit Völkermordambitionen wie dem Iran, schreibt ACOM in einer Mitteilung.

Der Hass von Podemos auf die Juden und auf Israel stehe im Einklang mit dessen Nähe zum islamistischen Regime des Iran, von dem die Gründung der Partei finanziert wurde und das heute Pablo Iglesias und andere Mitglieder von Podemos großzügig für ihre Mitwirkung an Fernsehprogrammen der Islamischen Republik auf Spanisch, wie „Hispan-TV“, bezahlt.

Bereits Annette Prosinger schrieb in der „Welt am Sonntag“ vom 25. Januar 2016 in ihrem Artikel „Hat der Iran die spanische Linke finanziert?“:

„Es war auf einer Tagung der kommunistischen Jugend Spaniens, als Iglesias auf die Frage einging, wieso er als Linker ausgerechnet für den Iran eine Fernsehsendung produziere. Iglesias antwortete mit einem Beispiel und erstaunlich offen. Als die Deutschen einst Lenin einen verplombten Zug zur Verfügung stellten, damit er nach Moskau fahren und die Revolution in Gang bringen konnte, hätten sie nur eins im Sinn gehabt: Russland zu destabilisieren. Und nicht anders sei das mit seiner politischen Debattensendung, die er an einen iranischen Staatssender verkauft: ‚Den Iranern geht es darum, dass sich in Lateinamerika und Spanien ein linker Diskurs verbreitet, der ihren Feinden schadet.‘ Das gelte es für die eigene Sache auszunutzen.

***

Laut der Zeitung ‚ABC‘ soll Iglesias in den Jahren 2013 bis 2015 bei dem iranischen Sender 93.000 Euro netto verdient haben. Die Internetzeitung ‚El Confidencial‘ dagegen schrieb, dass Iglesias und seine Mitarbeiter für jede Sendung 15.000 Euro bekämen, das sei sehr viel mehr, als vergleichbare Sendungen bei HispanTV erhielten – zumal Kosten wie technisches Equipment, Visagistin und selbst das Handy des Moderators vom Sender übernommen würden.

***

Die Honoraranweisungen seien aufgebläht worden, um so heimlich die Gründung und den Aufstieg der Podemos-Partei zu finanzieren. Insgesamt soll Podemos von der iranischen Regierung bis zu fünf Millionen Euro bekommen haben, berichtet ‚El Confidencial‘ und beruft sich dabei auf Informationen aus Polizeikreisen. Parteifinanzierung durch eine ausländische Regierung ist in Spanien illegal, die Polizei und möglicherweise gar der Geheimdienst prüften nun den Fall.“

Der sozialdemokratische Premierminister Spaniens Pedro Sanchez mit dem Führer der Kommunisten von Podemos, Pablo Iglesias.

„Israel will Palästina tot sehen.“

Im April 2018 „moderierte“ Pablo Iglesias eine Diskussion über „Zionistische Macht in den USA“. Aussagen seiner Gäste wie: „Man kann sich fragen, ob die Pro-Israel-Lobby die amerikanische Politik leitet“; „Von Goldman Sachs bis zu den großen Finanzinstituten an der Wall Street sind praktisch alle in den Händen von Juden“, nahm er wohlwollend zur Kenntnis.

Eineinhalb Monate später widmete der Chef von Podemos eine weitere Fernsehsendung dem israelisch-„palästinensischen“ Konflikt. Er wählte den Titel: „Israel will Palästina tot sehen.“ In der Sendung fielen Aussagen wie: „Israel ist eine Gefahr für Europa“; „Palästinenser stehen vor einer der gewalttätigsten Entitäten der Welt“. Pablo Iglesias seinerseits verurteilte das „globale rechte Projekt Israel“.

Viele spanische Stadtverwaltungen, in denen die linksextreme Podemos an der Regierung beteiligt ist, haben sich zur „Zonen ohne israelische Apartheid“ erklärt.

Laut dem spanischen Parlamentsabgeordnete Juan Carlos Girauta, steht Podemos hinter der Vielzahl von BDS-Anträgen, die in den letzten Jahren durch spanische Gemeinden gegangen sind, um dann von den Gerichten abgelehnt zu werden, nachdem sie mit rechtlichen Schritten der in Madrid ansässigen ACOM konfrontiert wurden.

„Diese unverantwortliche Fehlentwicklung gefährdet die spanischen Juden, weshalb wir die internationale Gemeinschaft auffordern, Sánchez vor den schwerwiegenden Folgen seiner Entscheidung und der Prüfung seiner Handlungen und derjenigen seiner Partner zu warnen“, sagte Ángel Más von ACOM auf Anfrage.

Kein Platz für Ronald Reagan im roten Berlin

Der US-amerikanische Präsident der 80er trug wesentlich zum Fall des Eisernen Vorhangs und damit zur Wiedervereinigung Berlins bei – doch die in „Die Linke“ umbenannte SED, die Grünen und die SPD wollen von ihren alten Feindbildern nicht lassen.

AFP

Botschafter Grenell und Außenminister Pompeo auf dem Dach der amerikanischen Botschaft in Berlin

Von Michail Goldberg

Im November feierte ganz Deutschland 30 Jahre Mauerfall. Es wurden Reden gehalten, Politiker gaben sich den Erinnerungen an die damalige Zeit hin und beschworen die Treue zur Demokratie. Viele glaubten es ihnen. Allerdings wussten die ehemaligen sowjetischen Staatsbürger, die hinter dem selben Eisernen Vorhang wie die DDR-Bürger lebten: Das Wichtigste wird nicht in einer Lobrede ausgesprochen, denn über das Wichtigste wird gerne geschwiegen.

Wir erinnern uns an die Feierlichkeiten im Mai 2019: 70 Jahre Berliner Luftbrücke. Mehr als ein Dutzend historischer Maschinen vom Typ Douglas DC-3 – die berühmten Rosinenbomber, welche damals, während der sowjetischen Blockade, die Berliner vor dem Hungertod bewahrt hatten –, flogen über Berlin. Sie durften allerdings nicht wie geplant auf dem ehemaligen Flughafen Tempelhof landen oder das Brandenburger Tor überfliegen. Diese Erlaubnis wurde vom Berliner Senat nicht erteilt.

Vom 1981 bis 1989 war Ronald Reagan amerikanischer Präsident. Sein politisches Credo war so einfach wie resolut: Er befürwortete freie Marktwirtschaft, bekannte sich zu christlich-konservativen Werten und hielt den Kommunismus für eine tödliche Gefahr für die freie Welt, eine Gefahr, welche es zu bekämpfen galt, und zwar tatkräftig. Als im „Reich des Bösen“ Michail Gorbatschow an die Macht kam und aus dem Kreml andere Worte als zuvor zu vernehmen waren, forderte Reagan, dass Moskau diesen Worten auch Taten folgen lässt: Am 12. Juni 1987 forderte Reagan in West-Berlin Gorbatschow am Brandenburger Tor auf: „Mr. Gorbachev, open this gate, Mr. Gorbachev, tear down this wall!“. Nach zweieinhalb Jahren gab es diese Mauer nicht mehr, nicht zuletzt dank der konsequenten Politik Reagans.

Bereits damals wirkte er wie ein rotes Tuch auf die deutschen Linken, der Medien inklusive. Es gab Demonstrationen gegen seinen Besuch; hier sei gesagt – dies ist wohl das Schicksal eines jeden Republikaners, ob Reagan, Bush oder Trump.

Auch Reagans Tod 2004 versöhnte das linke Berlin nicht mit ihm. Jahrelang versuchten amerikanische Diplomaten, in der Hauptstadt des vereinten Deutschlands die Erinnerung an diesen herausragenden Präsidenten, dessen Politik eine entscheidende Rolle beim Mauerfall gespielt hatte, zu bewahren.

Fadenscheinige Gründe

Obwohl nach 1989 auf der ganzen Welt Reagan-Denkmäler aufgestellt wurden, blieben die Berliner Politiker erstaunlich standhaft. Erst 1992 ließen sie sich dazu hinreißen, Reagan zusammen mit Gorbatschow und Kohl den Titel „Ehrenbürger Berlins“ zu verleihen. Das wurde dann später als Ausrede genutzt, wenn erneut die Frage über Reagans Andenken gestellt wurde: Man verwies auf die Verleihung des Titels – das würde genügen, hieß es. Und es gab ja recht viele große Staatsmänner und man könne nicht allen Denkmäler aufstellen oder einen Platz zu ihren Ehren umbenennen! Dies war natürlich nur ein Vorwand: Im Falle des Präsidenten John F. Kennedy wurde der Platz vor dem Rathaus in Berlin Schöneberg, wo er vom Balkon aus seine berühmte Rede hielt, ganz schnell umbenannt; später kam noch ein Museum neben dem Brandenburger Tor hinzu.

Mit Präsident Reagan war es da ganz anders. 2004 schlugen die liberalen Kräfte Berlins vor, den Washingtonplatz zu seinen Ehren umzubenennen, dies lehnten die Sozialdemokraten des Berliner Senats jedoch ab, mit dem Argument, dass eine Änderung der Toponyme frühestens fünf Jahre nach dem Tod der betreffenden Person zulässig sei. 2007 kam der Vorschlag erneut, diesmal von der CDU. Daraufhin wurden vom Berliner Senat an alle Stadtbezirke Anfragen geschickt. Als vier Jahre später, 2011, aus einem der Bezirke die entsprechende Antwort – mit einem Angebot – kam, wurde dieses von den Grünen und Sozialdemokraten als ein „Wahltrick der Konservativen“ abgetan und abgelehnt. Im Juni 2017 schlug die AfD-Fraktion vor, zu Ehren Reagans die Karl-Liebknecht-Straße in Berlin-Mitte umzubenennen („Ronald Reagan hat mit seiner unnachgiebigen Haltung gegenüber den kommunistischen Diktatoren in aller Welt ein klares Zeichen für Demokratie und Freiheit gesetzt“, begründete die AfD ihren Umbenennungsantrag, „Berliner Morgenpost“, 08. Juni 2017, - Anm. d. Übers.). Dem Antrag wurde nicht entsprochen.

Inzwischen hat Donald Trump im Weißen Haus das Sagen. Von ihm nominiert und vom US-Senat bestätigt, beschäftigte sich als US-Botschafter in Deutschland Richard Grenell mit der Frage der Erinnerung an Ronald Reagan. Am 8. November 2019 fand in Anwesenheit des US-Außenministers Mike Pompeo die feierliche Enthüllung der überlebensgroßen Reagan-Statue auf der Dachterrasse der US-Botschaft statt – einige Meter von dem Ort, wo der 40. Präsident der Vereinigten Staaten seine historische Rede hielt. Sogar der verstorbene Reagan erwies sich als stärker als seine linken Opponenten.

Deutschland stimmt gegen Israel, meint es aber gut mit dem Land

Mit einer hanebüchenen Begründung beteiligt sich die BRD immer wieder an israelfeindlichen Aktionen der UNO.

Von Henryk Broder

ANGELA WEISS, AFP

Heiko Maas und Christoph Heusgen

Finden Sie es auch seltsam, dass der deutsche Botschafter bei den Vereinten Nationen sieben Mal gegen Israel die Hand hebt, während sein Chef, Außenminister Heiko Maas, im jüdischen Museum Berlin den „Preis für Verständigung und Toleranz“ entgegennimmt und als Kämpfer gegen Antisemitismus und Rechtspopulismus gefeiert wird? Wie ist das Eine mit dem Anderen zu vereinbaren? Weiß die eine Hand nicht, was die andere tut, ist der Minister ein Heuchler oder will sein Mann bei den UN „den Außenminister zum Gespött“ machen, fragt BILD.

Möglich auch, dass der deutsche UN-Vertreter eine eigene Agenda hat. So ließe sich erklären, dass er immer wieder gegen Israel stimmt – zum stummen Entsetzen von Heiko Maas, der „wegen Auschwitz in die Politik“ gegangen ist. Und wenn er Auschwitz sagt, dann meint er auch Auschwitz – und sonst gar nichts.

Es gäbe allerdings noch eine Erklärung, die zwar dem Grundsatz „Tertium non datur“ widerspricht, aber nicht ausgeschlossen werden kann. Deutschland stimmt gegen Israel, „um Schlimmeres“ zu verhindern. Eine Strategie, die sich schon öfter bewährt hat. Auch Hans Globke war fest davon überzeugt, er habe mit seiner Auslegung der Nürnberger Rassegesetze „Leben retten wollen". Es sind ja auch tausende von Volksgenossen in die NSDAP eingetreten, um zu verhindern, dass echte Nazis die Partei unterwandern.

Und heute? Auf eine Anfrage beim Auswärtigen Amt zum Abstimmungsverhalten des deutschen Botschafters bei den UN gab die Pressestelle des AA Folgendes zu Protokoll:

„Deutschland tritt einer unfairen Behandlung Israels in den Vereinten Nationen entgegen. In den Vereinten Nationen setzen wir uns mit Nachdruck für ausgewogene Resolutionstexte im Interesse eines dauerhaften Friedens im Nahen Osten im Rahmen einer verhandelten Zwei-Staaten-Lösung ein. Dabei stimmen wir uns eng mit unseren EU-Partnern ab. Die gemeinsame Verhandlungs- und Abstimmungsstrategie der EU bei den Resolutionen ermöglicht uns, in den Textverhandlungen Einfluss zu nehmen, um für Israel noch nachteiligere Beschlüsse zu verhindern. Das tut das Auswärtige Amt in einem engen Austausch mit der Ständigen Vertretung in New York. Grundlage für das letztendliche Abstimmungsverhalten sind dann eine sowohl das deutsche Ziel, einer unfairen Behandlung Israels entgegen zu wirken als auch eine umfassende völkerrechtliche und politische Prüfung des Sachverhalts. Botschafter Heusgen und sein Team vertreten in New York die Haltung der Bundesregierung. Den Antisemitismus-Vorwurf weisen wir entschieden zurück...“

Witzischkeit kennt keine Grenzen. Man stimmt gegen Israel, um für Israel noch nachteiligere Beschlüsse zu verhindern. Das ist etwa so, als würde ein Judenfreund einem Juden auf der Straße „Saujud!“ nachrufen, damit niemand auf die Idee kommt, ihm „du gehörst vergast“ nachzurufen. Aber mit Antisemitismus hat es nichts tun. Immerhin erfahren wir, dass der deutsche UN-Botschafter und sein Team die Haltung der Bundesregierung vertreten, also nicht auf eigene Faust handeln.

Heiko Maas wird nicht ausgetrickst. Letztendlich macht der Botschafter das, was der Minister von ihm erwartet. Er hat den „Preis für Verständigung und Toleranz“ zu Recht bekommen. Und jetzt droht er damit, weiterzumachen. „Dieser Preis ist für mich etwas Besonderes – ich betrachte ihn aber auch als Aufgabe, weiter mein Mögliches für eine offene Gesellschaft zu geben.“

Versuch’s doch mal mit dem Unmöglichen, Heiko. Dafür gibt es dann den Orden wider den tierischen Ernst.

◀◀ Fortsetzung von Seite 2

Linke Empathielosigkeit gegenüber den hier lebenden Juden, abgrundtiefe Anfeindung des jüdischen Staates gepaart mit linksideologischer Islamanbiederung, Verständnis für islamischen Terror gegen Israel, linke Kumpanei mit dezidierten, die Vernichtung Israels und der Juden anstrebenden islamischen Judenfeinden und das auf linker Weltsicht beruhende Kleinreden von Islam-generierten Gewaltverbrechen gegenüber jüdischen Menschen sind heute die wirklichen Gründe für die zunehmende Ausgrenzung und Verunmöglichung jüdischen Lebens in unserem Lande und in ganz Westeuropa.

„Nazi-Keule“ selbst gegen Juden

Jede Stimme der oppositionellen Vernunft wird larmoyant von linker Seite dämonisiert und in die rechtsradikale Ecke geschoben oder gar mit dem zum Dauer-Totschlagargument gewordenen Begriff „Nazi“ belegt. Davon bleiben irrwitzigerweise selbst Juden, die Nachkommen im Holocaust umgekommener Vorfahren sind, nicht ausgespart.

Dabei ist völlig eindeutig, dass die Juden aus Deutschland und West-Europa trotz der dortigen rechten Unappetitlichkeiten nicht wegen Herrn Gauland, Frau Storch oder Herrn Chrupalla, Frau Weidel und Herrn Meuthen verlassen, sondern wegen der von Frau Merkel und ihrer Regierung geduldeten und durch Einlass geförderten gewalttätigen islamischen Judenhass-Mehrung.

Leider stehen die Zeichen eher gegen eine Änderung dieser zumindest fahrlässigen Politik. Der Islam nimmt Besitz von Deutschland und West-Europa sowie er es im Mittleren Osten getan hat und jetzt auch in Myanmar, Thailand und bald ganz Südostasien und überall dort tut, wo es ihm eine leichtfertige Selbstaufgabe-Politik im Stile der deutschen Kanzlerin und ihrer politischen Helfer möglich machen.

Der Islam ist allem anderen voran eine sich hinter dem Alibi eines sehr schlechten Religionsplagiats tarnende, in jeder Hinsicht gegenüber Andersdenkenden unduldsame, hegemoniale und expansive, radikale Weltbeherrschungsideologie.

Sich dem Islam anbiedernde Kirchenoberen

Als Andersdenkender unangefochten neben dem Islam zu leben, ist – wenn überhaupt – dann nur dort möglich, wo der Islam noch nicht prävalent ist. Da, wo der Islam dominiert, gibt es keine Rechte und keinen Schutz für Andersdenkende. Das belegt die Minderheiten-Situation in quasi ausnahmslos allen islamischen Regimen. Sich der aggressiven Ausbreitung des Islam und seiner Anhänger entgegenzustellen, ist ein Vernunft-gebotenes grundliegendes Anliegen simpelster Selbsterhaltung und somit ein legitimer Akt fundamentaler Notwehr. Dies sollte, wie nicht zuletzt das Beispiel Betlehem und etwa 150 Millionen zumeist in islamischen Ländern verfolgte Christen trotz konsequenter Bagatellisierung durch die sich dem Islam anbiedernden hiesigen Kirchenoberen gerade in der bevorstehenden Weihnachtszeit auch den Christen jeder Provenienz bewusst werden.

Da wo der Islam zu Hause ist gibt es weder Freiheit noch Toleranz – nicht für Christen und schon gar nicht für Juden. Die Geschichte der Christen- und Judenvertreibungen aus dem zwischenzeitlich nahezu vollständigen islamischen Mittleren Osten gibt beredtes Beispiel dafür.

Dank der Existenz des wehrhaften demokratischen Staates Israel werden die Juden dieses Mal nicht abgewiesen von Land zu Land herumirren müssen.

Allen nichtjüdischen Freunden eine schöne Adventszeit und ein frohes Weihnachtsfest!

Allen jüdischen Lesern, allen Kindern, dem jüdischen Volk und dem Staat Israel

Ein glückliches und fröhliches Chanuka Sameach!

Am Israel Chai!
Dr. Rafael Korenzecher
i.A. Simon Akstinat

„Die Linke“ Kassel: Gedenken ja – aber bitte ohne Israel!

Ein Mitglied der umbenannten SED vergleicht Israel mit Saudi-Arabien

Von Stefan Frank

Nach dem antisemitisch motivierten Terroranschlag von Halle an der Saale hisste die Stadt Kassel die israelische Flagge vor dem Rathaus. Daran entzündete sich ein in der Öffentlichkeit ausgetragener politischer Streit – ein Stadtratsabgeordneter der Linken nahm daran Anstoß und verlangte vom Oberbürgermeister eine Erklärung.

Am 9. Oktober hatte in Halle ein erklärter Judenhasser versucht, während des Jom-Kippur-Gottesdienstes in eine Synagoge einzudringen, um dort ein Blutbad anzurichten. Sein Plan scheiterte daran, dass er die abgeschlossene Tür nicht aufbrechen konnte; so ermordete er statt der Juden in der Synagoge zwei Menschen (beide nichtjüdisch), die ihm zufällig über den Weg liefen.

Kasseler Anteilnahme

Gleich am folgenden Tag, den 10. Oktober, hisste die Stadt Kassel als Zeichen der Anteilnahme und Solidarität die israelische Fahne vor dem Rathaus. Kassel unterhält eine Städtepartnerschaft mit der israelischen Stadt Ramat Gan bei Tel Aviv, und hat aus diesem Grund immer eine solche Flagge in ihren Beständen, sagte ein Sprecher der Stadtverwaltung auf Anfrage von Mena-Watch. Er erläuterte, dass es neben der Flagge ein Banner mit dem Slogan und Twitter-Hashtag „#ZusammenSindWirStark!“ gegeben habe. Das sei bereits das Motto einer Großdemonstration nach der Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke im Juni gewesen.

In einer Erklärung, die Kassels Oberbürgermeister Christian Geselle nach dem Anschlag veröffentlichte, schrieb er, die Stadt Kassel sei „tief erschüttert und schockiert über den mörderischen Angriff auf Menschen und den feigen Anschlag auf die Jüdische Gemeinde in Halle an der Saale.“

Den Angehörigen der Opfer drückte er sein Mitgefühl aus, der betroffenen jüdischen Gemeinde seine Anteilnahme und Solidarität. „Antisemitismus, Menschen- und Fremdenhass haben in unserer Gesellschaft keinen Platz. Dem treten wir entschieden entgegen. Wir müssen jetzt noch fester gegen jeden Versuch zusammenstehen, unsere Gesellschaft durch Hetze, Hass, Extremismus und Gewalt zu spalten.“ Als „Zeichen der Betroffenheit und Solidarität“, so die Erklärung, „wurde vor dem Rathaus in Kassel die Israel-Flagge gehisst.“

Empörung der Linken

Wie die Lokalzeitung „Hessische Niedersächsische Allgemeine“ (HNA) Anfang November berichtete, missfiel die Aktion dem Linken-Stadtratsabgeordneten Simon Aulepp, der seiner Wut bei der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 4. November Luft machte. An den Oberbürgermeister richtete er die Frage: „Würde die Kasseler Stadtverwaltung am Rathaus die Flagge von Saudi-Arabien hissen, wenn bei einem Anschlag in Deutschland Muslime getötet würden?“ Der Anschlag, so Aulepp weiter, sei „kein Anschlag auf den Staat Israel, sondern auf eine Glaubensgemeinschaft“ gewesen. „Der Bezug zum Nationalstaat leuchtet mir nicht ein.“

Saudi-Arabien ist bekannt als Staat, in dem die Bürger zu absolutem Gehorsam gegenüber dem Monarchen verpflichtet sind, die Menschenrechte keine Geltung haben und willkürlich drakonische Strafen bis hin zu Auspeitschung und Todesstrafe verhängt werden. Saudi-Arabiens Flagge wurde schon Anfang des 20. Jahrhunderts als Kriegsflagge der wahhabitischen Armeen unter Ibn Saud benutzt. Sie steht mithin für Glaubenskrieg, Tyrannei, Mord und Totschlag.

Es war sicherlich kein Versehen, dass der Linken-Abgeordnete die israelische Flagge ausgerechnet mit ihr in Verbindung brachte: So kritisierte er nicht nur einen ihm angeblich unverständlichen Verwaltungsakt, sondern brachte gleichzeitig seine Verachtung des jüdischen Staates zum Ausdruck. Aulepp machte auch einen Vorschlag: Als Reaktion auf den Terroranschlag von Halle hätte man in Kassel „die deutsche Flagge auf halbmast setzen“ oder „einen siebenarmigen Messing-Leuchter prominent ausstellen“ können.

„Ein richtiges und wichtiges Signal“

Markus Hartmann, der Vorsitzende der Kasseler Arbeitsgemeinschaft der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, nannte gegenüber Mena-Watch das Hissen der israelischen Flagge vor dem Rathaus „ein richtiges und wichtiges Signal“. Der Anschlag habe sich „gegen alle Juden in Deutschland“ gerichtet. „Da Israel das einzige Land ist, wo jüdische Religion und das jüdische Volk dasselbe sind, steht die israelische Flagge stellvertretend zum einen für den Staat Israel, die jüdische Religion aber auch für alle Juden weltweit.“

Christian Gessele, Oberbürgermeister von Kassel, wurde von Simon Aulepp von „Die Linke“ attackiert.

Die rhetorische Frage des Linken-Abgeordneten Aulepp – „Würde die Kasseler Stadtverwaltung am Rathaus die Flagge von Saudi-Arabien hissen, wenn bei einem Anschlag in Deutschland Muslime getötet würden? – findet Hartmann „einfach nicht passend, es sei denn die Muslime wären auch Saudis gewesen“.

Im Hinblick auf Aulepps Einwand, man hätte ja auch die deutsche Flagge auf halbmast setzen können, weist Hartmann auf die verwaltungsrechtliche Lage hin: „Die Stadt Kassel darf die deutsche Flagge von sich aus gar nicht auf Halbmast setzen, denn dies muss durch den hessischen Innenminister angeordnet werden.“

Keine Reaktion Aulepps

Um die Gefahr auszuschließen, Aulepps Argumente falsch oder verkürzt darzustellen, bat Mena-Watch Aulepp per E-Mail um eine Stellungnahme für diesen Artikel, erhielt aber die ganze Woche über keine Antwort. In einem Redebeitrag, dessen Text Mena-Watch vorliegt, antwortete Oberbürgermeister Geselle in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung auf Aulepps Kritik, indem er noch einmal sein Anliegen darstellte:

„Mit dem Hissen der israelischen Flagge vor dem Rathaus und dem Anbringen des Banners ‚#Zusammen sind wir stark!‘ hat die Stadt Kassel ihre Anteilnahme mit den Opfern des offenbar rechtsextremistischen Täters ausgedrückt. Zugleich war dies ein deutliches Zeichen der Solidarität mit den Menschen jüdischen Glaubens. Dieses ist von der Jüdischen Gemeinde in Kassel als solches dankbar begrüßt worden.“

Antisemitismus breite sich in Deutschland wieder aus:

„Neben rechtsextremen Ansichten und in bestimmten Kulturkreisen oft anerzogener Judenfeindlichkeit gibt es auch den auf Israel bezogenen Judenhass. Jede antisemitische Aktion ist deshalb auch immer ein Angriff auf den Staat Israel. In Zeiten wie diesen, in denen Juden wieder offen diskriminiert und angegriffen werden, gilt es deshalb, klare Kante zu zeigen – vor allem gegen rechts aber auch gegen jede andere Form von Extremismus.

Im historischen Bewusstsein um den Völkermord an sechs Millionen Juden, stehen unser Land und unsere Gesellschaft unverbrüchlich an der Seite Israels – unabhängig von der israelischen Tagespolitik. Das gehört zu unserer Staatsräson. Wir alle müssen Verantwortung übernehmen und antisemitischen Tendenzen vehement entgegenwirken. Das erwarte ich insbesondere von allen politisch Aktiven.“

Esther Haß, Vorstandsmitglied der Jüdischen Gemeinde Kassel, sagte der HNA: „Die Flagge war eine Solidaritätsbekundung für Juden. Ich habe mich gefreut, dass sie vor dem Rathaus hing.“

Sie interessieren Sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem…

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de/shop die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Linksextreme Israelfeinde schmücken sich mit Verfolgten

Die von den „Linken“ dominierte VVN-BdA verliert ihre Gemeinnützigkeit – mit Recht, wie ein Blick in seine Geschichte verrät.

Von Dr. Nikoline Hansen

Es gab einen gemäßigten Aufschrei: Das Auschwitz-Komitee und der Antisemitismusbeauftragte der Jüdischen Gemeinde zu Berlin waren zu Gast auf dem Parteitag der Berliner Linken, und protestierten lautstark gegen den Entzug der Gemeinnützigkeit einer Organisation, die aufgrund linksextremistischer Betätigung immer wieder ins Visier des Verfassungsschutzes geriet:

1982 wurde die Westberliner „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ mit etwa 300 Mitgliedern als SEW-gesteuerte Organisation aufgeführt, die sich in erster Linie gegen die „NATO-Nachrüstung“ engagierte. 1990 wurde sie als mitgliederstärkste kommunistische Bündnisorganisation aufgeführt: „In ihr konnten Kommunisten weiterhin auf allen Ebenen einflussreiche Positionen besetzen.“ Allerdings bescheinigte der Bericht auch, dass sie ihre „antifaschistische“ Vorreiterrolle nur noch auf lokaler und regionaler Ebene durchsetzen konnte. Somit geriet sie zwischenzeitlich aus dem Fokus.

Mit der Auflösung der Verfolgtenverbände, die sich als Interessenvertretung verstanden – dazu gehören der „Zentralverband demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen“ (ZdWV) und regionale Verbände wie etwa der „Bund der Verfolgten des Naziregimes“ Berlin (BVN), der Ende 2016 unter Vorsitz der Autorin, Dr. Nikoline Hansen, aufgelöst wurde –, ging eine Ära zu Ende, und die VVN blieb als vermeintliche „Verfolgtenorganisation“ zurück. So beschreibt sie es selbst auf ihrer Webseite: „Die VVN-BdA ist ein überparteilicher Zusammenschluss von Verfolgten des Naziregimes, Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfern, Antifaschistinnen und Antifaschisten aller Generationen.“

Dass es tatsächlich auch einige ehemals Verfolgte in diesem Verband gibt, gehört zu einer Strategie, die bereits während des Kalten Krieges ein erfolgreiches Überleben und Einbringen in die westdeutsche Erinnerungskultur ermöglichte. Dass dieser Verein jedoch, wie in der Selbstdarstellung behauptet, überparteilich sei, hält einer kritischen Überprüfung nicht stand – zumal sich die VVN-BdA nach wie vor kommunistisch und extrem links positioniert, und teilweise gewaltbereiten Vertretern dieses politischen Spektrums eine Heimat bietet. Vertreter bürgerlicher Parteien dürften sich in diesem Verband, der auch israelfeindlich agiert, nach wie vor schnell fehl am Platz fühlen.

Ehe man in den Chor derjenigen einstimmt, die den Entzug der Gemeinnützigkeit für einen Skandal halten, lohnt es sich außerdem einen Blick auf die Geschichte der Verfolgtenverbände und die Erinnerungskultur nach 1945 zu werfen. Umfassende historische Quellen dazu liefert das trotz Redundanzen spannende Werk des Historikers Gerd Kühling „Erinnerung an nationalsozialistische Verbrechen in Berlin. Verfolgte des Dritten Reiches und geschichtspolitisches Engagement im Kalten Krieg 1945-1979“, das 2016 im Metropol-Verlag erschienen ist. Er beschreibt die Gründung der Verfolgtenverbände im

Heinrich Fink (rechts), langjähriger VVN-Vorsitzender und Stasi-IM.

Osten und Westen des Landes, darunter auch die des VVN, der in der DDR 1953 aufgelöst wurde, weil die SED sie als eigenständige Organisation fürchtete. In Westberlin betrieb sie dagegen sogenannte Westarbeit im Sinne der SED. Schon zuvor hatte die VVN sich nicht durch ein Bemühen um Neutralität hervorgetan. Heinz Galinski, Vorsitzender der jüdischen Gemeinde zu Berlin, trat bereits am 25. November 1948 wieder aus. Er war zusammen mit Jeanette Wolff und dem SED-Funktionär Walter Bartel erst im Januar 1948 auf der Gründungsversammlung zum Vorsitzenden gewählt worden.

BVN vs. VVN

Die Berliner SPD-Bundestagsabgeordnete Jeanette Wolff engagierte sich in dem Bemühen, die sozialistischen Kräfte zu bündeln, weiterhin in der VVN, trat aber 1951 schließlich dem 1950 gegründeten BVN bei, in dem die Parteien CDU, FDP und SPD vertreten waren. Dieser Verband hatte angesichts ehemaliger NSDAP-Mitglieder in einflussreichen Funktionen und der Masse an Heimatvertriebenen einen schweren Stand – der Kampf um die deutsche Erinnerungskultur in der Nachkriegszeit liest sich daher wie ein spannender Kriminalroman. Er zeigt allerdings auch zweierlei: Dass es die Verfolgten des Naziregimes trotz der Unterstützung der Alliierten nicht leicht hatten gehört zu werden, und dass der Kalte Krieg einen entscheidenden Einfluss auf die Ausgestaltung der Arbeit hatte, besonders in Berlin. So unterstützten die Amerikaner die Gründung der „Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit“, die noch heute Verständigungsarbeit zwischen den Religionen leistet. Es war die unter Vorsitz des Berliner CDU-Abgeordneten Werner Goldberg begonnene Strategie des BVN, nach Regelung des Berliner Gesetzes der Renten für ehemals politisch, rassisch und religiös Verfolgte (PRV) und Installierung einer reichhaltigen Gedenklandschaft, die im Zentralorgan des Vereins, der Zeitschrift „Die Mahnung“ engmaschig kommentiert und in diversen Beiräten begleitet wurde, die Arbeit mangels Betroffener einzustellen und der nächsten Generation das Engagement in anderen Organisationen wie „Gegen Vergessen für Demokratie“ nahezulegen. Man sah sich eben nicht als politische Kampforganisation, auch wenn die Gründung 1950 eine Kampfansage gegen die von der SED gesteuerte VVN gewesen war.

Es ist bei der Beurteilung der Hintergründe für den Entzug der Gemeinnützigkeit wichtig, all diese Informationen zu betrachten und den Verein als das zu beurteilen, was er ist, und nicht als das, was er vorgibt zu sein. Dazu kommt, dass in einer Zeit, in der jeder auch vermeintlich neutrale Informationen entscheidend beeinflussen kann, Fehlinformationen an der Tagesordnung sind. Das betrifft besonders die gerne genutzte Quelle Wikipedia, die am Ende eine Mehrheitsmeinung engagierter Einzelpersonen darstellt. Masse macht historische Darstellungen aber nicht richtig, sondern bedeutet nur eine eigene Schreibung der Geschichte. Das wird im Israel-Palästina-Konflikt deutlich, aber auch im Hinblick auf die deutsche Gedenkkultur: So wird der „Bund der Verfolgten des Naziregimes“ in Wikipedia als „Christdemokratische und dezidiert antikommunistische Abspaltung der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ diffamiert.

Wir befinden uns in Deutschland in einem neuen Kalten Krieg: Nach der Wiedervereinigung ist die Version Kalter Krieg 2.0 an den Start gegangen. So hat sich „Die Linke“ nach einem Umweg über die PDS einen starken Start verschafft und arbeitet daran, die SPD in die Bedeutungslosigkeit zu drängen. Als Folge hat sich eine neue Rechte etabliert, die mit der teilweise auch konservativ gemäßigt auftretenden AfD ungeahnt erfolgreich ist. Der Kampf der Extreme hat begonnen und die ehemals bürgerlichen Parteien CDU, SPD und FDP, die demokratischer Prinzipientreue folgen, werden bedeutungsloser.

Auch wenn sie daran selbst mit Schuld haben, darf man die Tatsache nicht vergessen, dass eine Demokratie auch immer wieder gefordert ist, sich selbst zu verteidigen. Der Entzug der Gemeinnützigkeit für Organisationen, die sich verfassungsfeindlich betätigen, ist kein „Radikalenerlass“, wie das jetzt gerne behauptet wird, sondern notwendiger Selbstschutz. Es ist heute umso wichtiger, Organisationen zu unterstützen, die ohne vordergründige politische Interessen Antisemitismus entschieden entgegentreten – denn an antisemitische Einstellungen sind unter den Deutschen auch nach 1945 noch immer weitverbreitet, aller Gedenkkultur zum Trotz.

Nachtrag: Die VVN-BdA gibt als Sitz heute die Magdalenenstraße 19 in Berlin-Lichtenberg an. Ironischerweise sitzt sie damit in direkter Nachbarschaft der ehemaligen Zentrale des gefürchteten SED-Geheimdienstes Stasi von Erich Mielke. Die VVN ist somit gewissermaßen zu ihren Wurzeln zurückgekehrt – an den Sitz ihres ehemaligen Geldgebers.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTLICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

- **Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;**
- **Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.**

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Landsbergis: „Deutschland gleitet ein drittes Mal in den Sozialismus ab“

Litauens erster post-kommunistischer Staatschef Vytautas Landsbergis geht mit der „politischen Korrektheit“ der Deutschen hart ins Gericht.

Von Boris Reitschuster

Die politische Korrektheit führe die Welt in den Abgrund, mahnt der litauische Ex-Staatschef Vytautas Landsbergis: Sie sei nichts anderes als die Lüge. Den Deutschen wirft er vor, sie mieden Tabuthemen. Ihre Sympathien für den Kommunismus kann er nicht verstehen.

Tichys Einblick: Von Ihnen stammt der Ausspruch, die Westeuropäer hätten 70 Jahre Urlaub von der Geschichte gehabt, sie hätten nur Freiheit, Frieden und Wohlstand kennengelernt und hielten das für ein Naturgesetz – und sie hätten das bei Ihnen in Osteuropa allgegenwärtige Gefühl dafür verloren, wie zerbrechlich diese großen Errungenschaften seien. Wie kommen Sie zu diesem Schluss?

Vytautas Landsbergis: Den Westeuropäern ist nicht nur das Gefühl für die Gefahr verlorengegangen, sondern auch das Gefühl für den Sinn des Lebens.

Tichys Einblick: Warum?

Landsbergis: Das müssen Sie die Westeuropäer fragen, nicht mich! Ich denke, die Vorhersagen Dostojewskis bewahrheiten sich vor unseren Augen. Wenn es keinen Gott mehr gibt, ist alles erlaubt. Alles wird gleich, die Werte gehen verloren. Alles wird nichtig, außer kurzlebigen, nichtigen Sachen. Wir haben es mit dem zu tun, was Friedrich Nietzsche vorhergesagt hat, dem letzten Menschen: konfliktscheu, sicherheitsfixiert und verwöhnt. Ohne Ziele, ohne Werte.

Tichys Einblick: Sie sprechen von Morallosigkeit. Im Westen glauben viele, Moral sei links.

Landsbergis: Sozialistische Ideen sind sehr beliebt. Ich sehe keinen Zusammenhang zwischen Sozialismus und Moral. Im Gegenteil. Die Idee, Wohlstand für viele zu haben, konsumieren, konsumieren und noch mal zu konsumieren, was ist daran moralisch? Das sind banale Freuden.

Tichys Einblick: Viele Linke sehen sich als Kämpfer für Moral, wollen die Welt verbessern.

Landsbergis: Wie soll die Welt besser werden, wenn man die einen Menschen besserstellen will als die anderen? Diese Leute glauben, im Namen des vermeintlich Guten könnten sie Menschen unterdrücken. Das ist schon in sich unmoralisch. Aber man muss sich auch fragen, was dieses Gute ist, das sie angeblich anstreben.

Tichys Einblick: Und was ist es?

Landsbergis: Ein richtiges Ziel wäre eine friedliche Koexistenz zwischen Menschen mit guten Absichten. Nicht gut ist es, wenn man selektiert, wen man fördert und auf wen man Druck ausübt, und diese Selektion dann damit rechtfertigt, das geschehe ja nur, um jemandem oder einer Gruppe zu helfen. Mit genau diesem Denken beginnt der Bolschewismus.

Tichys Einblick: Was halten sie von der Politik der offenen Grenzen, die viele fordern?

Landsbergis: Europa hat seinen Lebenstrieb eingestellt, die Europäer wollen keine Kinder mehr auf die Welt bringen, zumindest nicht genügend zur Reproduktion. Deshalb braucht Europa Menschen von außen, um seinen Konsum sicherzustellen. Dazu holt man dann Menschen ins Land, die aus Krisengebieten kommen. Wie soll man mit dem Problem des Migrationsdrucks umgehen? Kann man Afrika absperren? Nein. Europa abschotten? Es kommen Millionen hungriger Menschen. Stephen Hawking hat gesagt, dass der Erde noch 200 Jahre bleiben. In 200 Jahren kann man sich erfolgreich selbst vernichten. Die Überbevölkerung ist ein großes Problem, und ich sehe keine Lösung. Außer vielleicht, dass die Natur eine findet. Die Frage ist, wie lange die sich von einer einzigen Gattung, dem Menschen, auf der Nase herumtanzen lässt. Die Natur protestiert schon gegen uns, aber die meisten Menschen denken nur an den nächsten Tag.

Tichys Einblick: Wo ist der Ausweg?

Landsbergis: Wir müssen die Philosophie des Lebens ändern. Dem Marxismus und der Political Correctness den Kampf ansagen, die Dinge beim Namen nennen und unseren Verstand einschalten.

Tichys Einblick: Und wenn das nicht gelingt?

Landsbergis: Dann können wir uns aussuchen, welchen Krieg wir wollen, Afrika gegen Europa, China gegen Russland oder Russland gegen Amerika. Wir bewegen uns auf alle drei Szenarien zu.

Tichys Einblick: Wo genau liegen die Gefahren von Marxismus und politischer Korrektheit?

Landsbergis: Der Marxismus ist eine Ideologie, die auf der Annahme beruht, dass der Mensch für den anderen Menschen ein Feind ist, dass die Menschen einander ausnutzen, dass alles ungerecht ist und die Ungerechtigkeit zu Hass und Rache führt. Das alles will der Marxismus ändern und die Übeltäter im Zweifelsfall vernichten. Die Bourgeoisie muss gehen, entweder freiwillig oder sie muss vernichtet werden. Marxismus – das sind erfundene, angeblich wissenschaftliche Regeln, die nichts anderes sind als eine neue Religion. Man fragt nicht mehr Gott, was gut und schlecht ist, sondern die Geschichte lehrt es.

Tichys Einblick: Und die Ideologen bestimmen dann, was genau die Geschichte lehrt?

Landsbergis: Ja, bis hin zu dem Schluss, dass alle, die dagegen sind, unwürdig sind. Selbst der junge Marx hat ja von progressiven Völkern in Europa gesprochen und von rückständigen Völkern, die bald Geschichte sein würden. Das sei normal, schrieb Marx, und man könnte diesen Völkern auch helfen beim Verschwinden aus der Geschichte.

Tichys Einblick: Warum sind die linken Ideen heute noch oder wieder so populär?

Landsbergis: Weil sie vereinfachen und weil sie dem Menschen seine bösen Absichten versüßen. Wer diesen Ideen anhängt, der braucht selbst nichts Gutes zu tun. Er fordert das Gute von den anderen, anstatt von sich selbst. Und wenn er nicht bekommt, was er will, dann macht er die anderen dafür verantwortlich, ist wütend auf die anderen, aber hinterfragt nicht sich selbst.

Tichys Einblick: Warum halten Sie die politische Korrektheit für so gefährlich?

Landsbergis: Sie ist nichts anderes als eine Lüge. Oder deren Kaschierung. Wir sollen nicht aussprechen, was uns nicht gefällt.

Tichys Einblick: Warum wurde diese Lüge im Westen so übermächtig?

Landsbergis: Weil der Mensch dazu neigt, sich selbst zu betrügen. Der Mensch liebt die Wahrheit nicht und auch nicht, sich selbst im Spiegel anzusehen. Er liebt es, den Spiegel durch etwas anderes zu ersetzen – das ihm genau das Bild zeigt, das er sehen will. Genau dieser Wunschspiegel ist die politische Korrektheit.

Tichys Einblick: Ist die stärker im Westen als bei Ihnen in Osteuropa?

Landsbergis: Mir fällt es schwer, das zu vergleichen. Aber die Menschheit wird nicht überleben, wenn sie nicht dazu zurückkehrt, die Dinge beim Namen zu nennen.

Tichys Einblick: Erinnert Sie die politische Korrektheit an Sowjetunion und Kommunismus?

Landsbergis: Der Kommunismus hat die Menschen unterteilt in solche, die es wert sind zu leben, und solche, die es nicht sind. Ich würde das als „Klassen“-Rassismus bezeichnen. Daran wurde dann alles andere ausgerichtet – das Regime, die Diktatur. Und das Motto war immer: Wir haben die Wahrheit auf unserer Seite. Jeder, der gegen diese Wahrheit ist, ist ein Schädling. Und den muss man vernichten. Keine Gespräche mit dem Feind!

Tichys Einblick: In Deutschland laufen heute viele sozialistischen Ideen hinterher, und wer das kritisiert, läuft Gefahr, als „rechts“ oder als „Nazi“ diffamiert zu werden. Erinnert Sie das an die Sowjetunion?

Landsbergis: Ja. Es war ja schon damals so, dass man, wenn man Zweifel hatte, als verdächtig galt. Oder wenn man eine Brille hatte – da galt man als jemand, der potenziell liest und damit gefährlich war. Sozialismus – das steht für einen Umbau der Gesellschaft und des Lebens mit Gewalt, unter Berufung auf die angeblichen Gesetze der Geschichte. Denen ordnet man alles unter: Man bringt jemanden um, weil er aus der falschen Klasse ist, die falsche Hautfarbe hat und das falsche Grundstück besitzt.

Tichys Einblick: In Deutschland wird strikt unterschieden zwischen Sozialismus und Nationalsozialismus.

Landsbergis: Das ist der größte Betrug, dass man jetzt immer so tut, als gäbe es einen Unterschied zwischen

AFP

Vytautas Landsbergis, erster Präsident Litauens nach der sowjetischen Besatzung.

den Totalitarismen, zwischen nationalem und internationalem Sozialismus. Aber den gibt es nicht. Nur die Lackierung ist anders. Die Dissidenten in der Sowjetunion haben die Kommunisten rote Faschisten genannt. Und sie hatten recht. Die Diktaturen sind in ihrem Wesen alle gleich, sie sind alle faschistisch, sie setzen auf Gewalt und berufen sich auf eine Philosophie, um diese Gewalt zu rechtfertigen. De facto sind sie sozialdarwinistisch. Egal, ob rot, braun oder schwarz.

Tichys Einblick: Warum wurden Sie nicht wie vorgesehen Ehrendoktor der Uni Leipzig?

Landsbergis: Die Verleihung wurde abgeblasen, weil ich darüber sprach, dass auch die Rote Armee in Deutschland schreckliche Verbrechen begangen hat. Das ist ein Tabuthema, die Deutschen trauen sich nicht, darüber zu sprechen. Man hat den Deutschen das Rückgrat gebrochen, sie sind arme Menschen. Sie können sowjetische Menschen werden, leider sind sie dazu bereit.

Tichys Einblick: Inwiefern?

Landsbergis: Es ist erstaunlich, wie man sich in Deutschland denjenigen gegenüber verhält, die gegen den Kommunismus kämpften. Die Kommunisten haben nach dem Krieg die alten Konzentrationslager Hitlers wieder in Betrieb genommen, nach den braunen Faschisten dienten die den roten Faschisten. Gegenüber den Opfern des Kommunismus gibt es bis heute ein Grundmisstrauen in Deutschland. Selbst die Aufschriften auf den Denkmälern für sie sind ganz andere als bei denen, die gegen die Nazis kämpften. Da steht nichts von verbrecherischer Diktatur, gegen die sie kämpften – da ist dann nur verbrämt von Fehlern zu lesen und dergleichen. Ganz sanft. Kein Wort darüber, dass sie gegen eine kriminelle Ideologie kämpften, eine, die auf Hass baute, darauf, Menschen zu den Feinden anderer Menschen zu machen. Das sind Tabuthemen. Ich bin jetzt 86 Jahre, ich kann offen reden, mein Leben geht zu Ende, es lohnt sich nicht mehr, jemanden auf mich anzusetzen, der mir Gift untermischt oder Rufmord betreibt. Andere müssen da mehr Angst haben, offen zu sprechen.

Tichys Einblick: Wie wird es weitergehen?

Landsbergis: Die Lüge blüht. Und alle sagen sich: Wie soll man die Lüge so schlucken, ohne dass man dabei irgendjemandem Unbequemlichkeiten zumutet? Das war damals so. Und das ist auch heute so. Etwa auch im Umgang mit Putin. Genauso wie man unter Stalin sagte – bloß den Mund halten, sonst wird unser Freund im Kreml wütend, genauso macht man das heute.

Tichys Einblick: Wie erklären Sie sich das Verhalten der Deutschen?

Landsbergis: Sie begraben sich selbst. Bei ihnen ist es heute so, dass es als unanständig gilt, wenn man seine eigene Meinung hat, man muss das denken, was die Mehrheit denkt, das, was der Chef vorbetet.

Tichys Einblick: Und woher kommt die Affinität zu Russland?

Landsbergis: Die Deutschen sind den Russen in ihrer Denkweise und in ihrer Mentalität sehr ähnlich. Sie passen sehr gut zu dem russischen Imperium, das Putin bauen will. Michail Jurjew beschreibt das ganz offen in seinem Buch „Das dritte Imperium“. Sinngemäß steht da: Ein enges Bündnis Russlands und Deutschlands ist unausweichlich, das ist für beide Länder sehr vorteilhaft, das hat schon Bismarck verstanden. Deshalb wird es auch kommen. Die angelsächsische Welt konnte das zweimal verhindern, aber das dritte Mal wird ihnen das nicht gelingen. Sobald Amerika schwach wird, wird Europa seine Souveränität verlieren. Die Frage wird nur sein, ob es unter dem Einfluss Russlands, eines russisch-deutschen Staates oder der islamischen Welt stehen wird. Wer weiß. Jedenfalls ist klar, dass der Glaube an die EU als eigenständige Kraft, die eine Rolle in der Weltpolitik spielt, nur ein Witz ist, wenn auch ein weitverbreiteter. Genau auf diesen Zerfall Europas arbeitet Russland hin.

Tichys Einblick: Das sehen viele im Westen aber nicht so.

Landsbergis: Viele Politiker bei Ihnen hofften, Russland würde sich ändern und westliche Werte übernehmen. In Moskau war man klüger. Man wusste: Der Westen wird sich den Zuständen in Russland annähern und sich verkaufen. Daran arbeitet man hart, man gibt Milliarden aus, um Europa zu zersetzen. Wenn man die Gehirne besetzt, muss man keine Territorien mehr besetzen. Genau das erleben wir heute: die geistige Okkupation Europas.

Tichys Einblick: Wäre Deutschland im Zweifelsfall ein zuverlässiger Bündnispartner für Litauen?

Landsbergis: Wir wollen enge Beziehungen mit Deutschland, wir haben sehr viel gemeinsam. Aber wir können nicht überzeugt sein, dass uns die Deutschen nicht verkaufen. Werden sie uns wirklich verteidigen, wenn wir angegriffen werden? Oder Sitzungen abhalten und diskutieren, warum man uns besser nicht helfen sollte? Weil man nicht mit Putin streiten will? Weil man lieber mit ihm Geschäfte machen wird.

Tichys Einblick: In Deutschland ist die Überzeugung weit verbreitet, alle wollten doch nur Frieden. Stimmt die?

Landsbergis: Klar. Auch Putin will Frieden. Stalin wollte den auch. Nur wollen sie den eben zu ihren Bedingungen. Wer ihre Bedingungen nicht erfüllt, der ist ein Feind, und mit dem kann man dann eben keinen Frieden haben. Es geht um Macht. Um Einfluss. Der ist für die eben wichtiger als Frieden. Es ist sehr naiv, dass so viele im Westen das nicht verstehen. Dabei hatten wir das doch in der Geschichte: Pax Romana. Rom eroberte alles, und danach war da Frieden. Klar, so einen Frieden will Putin auch. Pax Russena. Den Krieg gegen Georgien nannte man in Russland „Aktion des Erzwingens von Frieden“. Und in Deutschland, glaube ich, sehnen sich viele regelrecht nach so einem Frieden. In Moskau macht niemand einen Hehl daraus, dass man ein großes russisches Imperium will.

Tichys Einblick: Warum schauen die Menschen weg?

Landsbergis Weil sie dumm sind. Und feige. Wenn man alle Informationen, die es gibt, sammelt und zu Ende denkt, muss man alles sehen. Aber man will es nicht.

Tichys Einblick: Wie sehen Sie es, dass die umbenannten Kommunisten heute in Deutschland in einigen Bundesländern wieder mitregieren?

Landsbergis: Ich kann Ihnen vorhersagen, dass die Kommunisten Deutschland wieder regieren werden. Die Methoden, mit denen sie die Regierung übernehmen, sind bekannt. Man muss nur in die Geschichtsbücher schauen! Verzeihen Sie mir den Galgenhumor. Es ist sehr traurig, dass die Deutschen ihre Lektion nicht gelernt haben – aus der Geschichte, aus dem nationalen Sozialismus, aus dem DDR-Sozialismus – und dass sie jetzt offenbar ein drittes Mal in den Sozialismus abgleiten.

Vytautas Landsbergis (86) war als Vorsitzender des provisorischen Parlaments der erste Staatschef Litauens nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit 1990. Er gilt als eine der zentralen Figuren beim Zerfall der Sowjetunion und riskierte für die Unabhängigkeit Leben und Freiheit. Landsbergis ist Musikwissenschaftler und war von 1978 bis 1990 Professor an der Musikakademie in Vilnius. Er war später Parlamentspräsident und bis 2014 Mitglied des EU-Parlaments.

„Einmal Palästina und zurück. Ein jüdischer Lebensweg“

Zum Vortrag des Zeitzeugen Karl Pfeifer in der Synagogen-Gemeinde Köln

Von Monika Winter

Karl Pfeifer, geboren 1928 in Wien, ist Schoah-Überlebender, Zeitzeuge und Journalist. Seine Kindheits- und Jugenderinnerungen hat er veröffentlich in dem Buch „Einmal Palästina und zurück. Ein jüdischer Lebensweg“. Neben seiner Arbeit als Buchautor schreibt Pfeifer auch mit über 90 noch zahlreiche Artikel und Kritiken für Medien in ganz Europa. Der Wiener erhielt mehrere Auszeichnungen, u.a. die Joseph-Samuel-Bloch-Medaille der Aktion gegen Antisemitismus in Österreich oder das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich.

Karl Pfeifer betonte, dass es ihm sehr wichtig wäre, seine Geschichte zu erzählen. Sie ist ja eng mit der Gründung Israels verbunden.

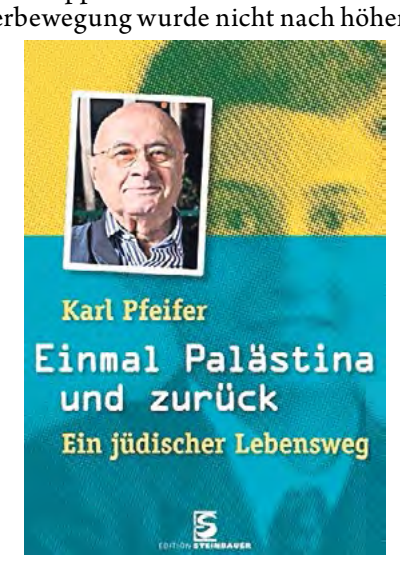
Sehr interessant waren Karl Pfeifers Erzählungen, die trotz der Ernsthaftigkeit des Themas auch immer einen Schuss Heiterkeit enthielten. In seinen Vortrag bettet Pfeifer ausführlich das politische Geschehen, so wie miterlebt, ein. Bereits als Kind in der Volksschule in Österreich wurde er mit Antisemitismus konfrontiert, der sich dann immer mehr ausweitete. Pfeifer war Mitglied der Jugendbewegung von Hashomer Hatzair an, und dort fühlte er sich wohl. Es war auch eine Art „Ersatzfamilie“, denn schon 1940 verstarb seine Mutter an einer Krankheit.

Sein älterer Bruder ging schon früher nach Palästina, 1943 folgte Karl ihm dann. Karl Pfeifer erzählte Episoden von dieser abenteuerlichen Reise. Auch ohne jemals Staatsbürger Israels geworden zu sein, fühle er eine innige Beziehung zu Israel.

Die Flucht aus Ungarn und die Arbeiterbewegung Israels

Karl Pfeifer erzählte, wie er und andere Juden aus Ungarn und weiteren Ländern sich in die Arbeiterbewegung in Israel einreihten. Es war zu dieser Zeit das britische Mandatsgebiet Palästina. Es war eine Flucht und sie war „abenteuerlich“. Er ging in einen Kibbuz, denn die die sozialistisch-zionistische Idee von Kibbuzim faszinierte ihn und viele andere auch. Er hatte sich jedoch das Leben im Kibbuz in seinen Kinder- und Jugendträumen etwas anders vorgestellt. Die Arbeit in der Landwirtschaft war nicht sein Lebenstraum.

Nur Israel war das Land, in dem Juden als Gruppe leben konnten. In der Arbeiterbewegung wurde nicht nach höheren



Löhnen oder Arbeitsbedingungen geschrien, sondern nach Freiheit. Jeden Abend wurde über anstehende Fragen diskutiert. Die Gruppe empfand sich als internationalistisch, Hitler und Stalin waren kein großes Thema. Alles wurde demokratisch abgestimmt. Nach einer ärztlichen Überprüfung der Anwärter am 14. März 1946 wurde Karl Pfeifer bereits am 15. März 1946 im Militär aufgenommen, bewegt von dem Gedanken „Wir werden jetzt das jüdische Volk verteidigen“.

Als die ersten ehemaligen KZ-Häftlinge Israel erreichten, sorgten deren Berichte natürlich für großes Entsetzen.

Rückkehr nach Österreich

Trotzdem wollte Pfeifer nach Österreich zurück. Es war ein gefährlicher und schwieriger Weg über die Schweiz und Frankreich, den er auch detailgerecht im Vortrag beschrieb.

Alle Geschehnisse werden in dem Buch von Karl Pfeifer „Einmal Palästina und zurück“ ausführlich beschrieben. Deshalb wollen wir auch nicht vorgreifen. Das Buch in Taschenbuchformat finden Sie bei Amazon oder in allen gängigen Buchhandlungen. Eventuell müssen Sie sich aber etwas Zeit nehmen und es vorbestellen. Es lohnt sich!

Karl Pfeifer, „Einmal Palästina und zurück: Ein jüdischer Lebensweg“
176 Seiten,
Verlag: Edition Steinbauer;
ISBN-13: 978-3902494627

Angriff auf Satire: GEZ-Journalist Mario Sixtus vergleicht Dieter Nuhr mit Hitler

Der für öffentlich-rechtliche Medien arbeitende Journalist diffamiert nicht nur den Satiriker, sondern relativiert die Gräuel der Nazi-Diktatur

Von Tina Rachel Adcock

Der Satiriker Dieter Nuhr wird gehasst und geliebt.

Der deutsche Komiker Dieter Nuhr bestimmte mit seinem „Greta-Gate“ die Schlagzeilen der Woche. Bereits seit längerem hat Nuhr die junge Klimaaktivistin und ihre Anhänger auf dem Kieker, äußerte sich schon einige Male zuvor über die junge Schwedin.

Bei seiner Bühnenshow in Kiel mit dem Namen „Kein Scherz“ soll Nuhr – laut „Kieler Nachrichten“ – Gretas „Radikalität“ sinngemäß mit Stalin und Hitler verglichen haben. Nuhr selbst äußerte sich in einem Statement zu dem Vorfall und stritt diese Behauptung ab: „Ich habe Greta nicht mit der Ideologie Hitlers oder Stalins in Verbindung gebracht. Dies wäre völlig irrsinnig.“ Schlussendlich mussten sich die „Kieler Nachrichten“ für ihre erfundene Geschichte entschuldigen.

Dennoch – viele mehr oder minder bekannte Persönlichkeiten äußerten sich, vor allem in den sozialen Medien, zu Nuhrs angeblicher Aussage. Ein Beispiel hierfür ist Mario Sixtus, ein deutscher Filmemacher und Journalist. Er twitterte am 25. November: „Adolf Hitler, für mich der Dieter Nuhr unter den Faschisten.“ Eine unsagbare Verharmlosung des millionenfachen Mörders durch den in der Vergangenheit mehrmals vom ZDF engagierten Medienmacher.

Auch der Anwalt Peter Nagel, welcher sich aktiv für den Klimastreik engagiert, twitterte: „Und das nächste Mal vergleicht Herr Nuhr das Pariser Abkommen mit dem Hitler-Stalin-Pakt. Passend dazu trägt er einen dekorativen Aluhut“.

Satire lässt viel Raum für Freiheit. Nuhr und seine Äußerungen über Greta Thunberg muss man nicht mögen („Dieses vermeintliche Kind ist momentan die wahrscheinlich mächtigste Frau der Welt, kontrolliert weite Teile der Massenmedien und spricht auf höchster Ebene mit den Staatschefs der Welt.“). Man kann jedoch jederzeit umschalten.

Antipathie gegen Nuhr entschuldigt nicht die Relativierung des Holocaust-Initiators durch Mario Sixtus, der – so ist anzunehmen – zum Zeitpunkt seines Tweets vermutlich nichts von der Lüge der „Kieler Nachrichten“ wusste. Dennoch müsste ein erfahrener Journalist wissen, wie unpassend und verletzend solche saloppen Gleichsetzungen für Opfer des NS-Regimes sein können.

Es bleibt zu hoffen, dass Journalisten wie Mario Sixtus sich in Zukunft nicht mehr zu Hassreden verleiten lassen und die Journalisten der „Kieler Nachrichten“ keine Zitate mehr erfinden.

Ex-Grüne zeigen Parteispitze wegen Verleumdung an

Die des Islamismus Verdächtigten drohen mit Klage gegen ihre ehemaligen Parteifreunde. Die SPD nimmt genau diese grünen Aussteiger bereitwillig auf.

(Achse des Guten) Nachdem mehrere Mitglieder der Hamburger Grünen die Partei nach Extremismus-Vorwürfen verlassen und in die SPD eingetreten sind, sollen zwei von ihnen nun Strafanzeige gegen die Parteiführung gestellt haben, meldet welt.de. Nach Informationen der „Bild“-Zeitung hätten die ehemaligen Grünen-Mitglieder Fatih Karismaz und Shafi Sediqi sowohl gegen Anna Gallina, Parteivorsitzende der Hamburger Grünen, und ihren Stellvertreter, Martin Bill, als auch den langjährigen Fraktionschef der Grünen in Hamburg-Mitte, Michael Osterburg, Strafanzeige wegen des Verdachts auf Beleidigung, übler Nachrede und Verleumdung gestellt.

Hintergrund sei ein Streit zwischen den bei den Bezirkswahlen im Mai neu gewählten Abgeordneten Karismaz und Sediqi auf der einen Seite und der Parteiführung auf der anderen Seite gewesen. Kurz nach der Wahl hätte der Landesvorstand der Grünen gegen die beiden Abgeordneten Islamismus-Vorwürfe erhoben. Einer von ihnen soll demnach auf Facebook für eine salafistische Hilfsorganisation geworben und auch für den Verein gespendet haben. Es gehe um mögliche Propaganda und Unterstützung der islamischen Hilfsorganisation „Ansaar International“. Dem anderen Abgeordneten sei vorgeworfen worden, der radikal-islamischen Bewegung „Mili Görüs“ nahezustehen. Der Landesvorstand der Grünen hätte seinerzeit mitgeteilt, dass begründete Zweifel aufgekommen wären, ob sich die beiden Abgeordneten „in vollem Umfang zum Grundgesetz und unseren Grundwerten bekennen“.

Karismaz und Sediqi hätten die Vorwürfe stets bestritten, von Rufmord gesprochen und betont, Extremismus in jeder Form abzulehnen. Aufgrund dieser Vorwürfe wären sie dennoch nicht in die Grünen-Fraktion der Bezirksversammlung aufgenommen worden. Mit Unterstützern aus den Reihen der Grünen-Abgeordneten hatten sie als Reaktion darauf eine zweite Grünen-Fraktion gegründet. Das galt der Parteiführung wiederum als parteischädigendes Verhalten, weshalb sie nun ein Parteiausschlussverfahren gegen die Fraktionsgründer anstrengte.

Nachdem die beiden Anzeigeerstatter und vier weitere Mitstreiter bei den Grünen ausgetreten sind und jetzt für die SPD in der Bezirksversammlung Mitte sitzen, wird es kein Parteiverfahren gegen Shafi Sediqi und Fatih Can Karismaz mehr geben. Somit wird auch über die Extremismus-Vorwürfe nicht mehr öffentlich verhandelt. Genau das geben die beiden nun als Grund an, warum sie jetzt mit der Strafanzeige eine juristische Klärung wollen, berichtet die „Hamburger Morgenpost“. Das sei der einzige Weg, um noch aufzuarbeiten, was mit ihnen gemacht wurde. „Diese medial verbreiteten Vorwürfe zerstörten über Nacht Existenz und Zukunft von zwei jungen Menschen“, heiße es in einer Pressemitteilung. „Sobald ihre Namen gegoogelt werden, erscheinen sofort unzählige Zeitungsartikel, die sie mit der Unterstützung von Terrorgruppen oder Islamisten in Verbindung bringen.“

Anna Gallina, Parteivorsitzende der Hamburger Grünen

Die „Welt“ hatte trotz der Veröffentlichungen in „Bild“ und „Morgenpost“ bei der Hamburger Staatsanwaltschaft nachgefragt und keine Bestätigung über den Eingang der Anzeige bekommen. Doch für den Verdacht, die beiden Ex-Grünen würden zur Ruf-Rettung eine Strafanzeige erfinden, ist es zu früh. Eher könnte man an einer zeitgemäßen Arbeitsweise der Justizbehörde zweifeln, wenn diese den Kollegen der „Welt“ selbst ergänzend mitteilt, dass es eine gewisse Zeit dauere, bis eingegangene Anzeigen im System verarbeitet seien.

Die alljährliche Weihnachts-Show der geheuchelten „christlich-moslemischen Harmonie“ in Bethlehem

Die Abbas-Behörde täuscht die Weltöffentlichkeit über die bereits erfolgte weitestgehende Vertreibung der Christen aus dem Westjordanland.

Von Bassam Tawil (Redaktion Audiatur)

Nasser Nasser/AFP

Machmud Abbas in der Geburtskirche in Bethlehem.

In nur wenigen Wochen wird die „Palästinensische Autonomiebehörde“ (PA) einmal mehr zu Weihnachten ihre alljährliche Täuschungs-Show aufführen. Wie gewohnt wird die PA ausländische Journalisten und Diplomaten nach Bethlehem einladen, wo ihre Imageberater sich mit blumigen Reden ins Zeug legen werden, um kurz vor Weihnachten von den guten Beziehungen und der Harmonie zwischen Christen und Moslems in der Stadt zu schwärmen. Offizielle Vertreter der PA nutzen diese Gelegenheit häufig, um Israel für die „Notlage“ der „palästinensischen“ Christen verantwortlich zu machen, die nur ein Prozent der „palästinensischen“ Bevölkerung des Westjordanlands und des Gazastreifens ausmachen.

Es gibt allerdings einen Vorfall, den die offiziellen PA-Vertreter mit allen Mitteln unter Verschluss halten wollen. Es ist die Geschichte der 63-jährigen Terez Ta‘amneh, einer Christin aus der Stadt Bait Dschala, in der Nähe von Bethlehem, die starb, als Polizeibeamte der PA eine Razzia in ihrem Haus durchführten, um ihren Sohn Yusef wegen unbezahlter Schulden zu verhaften.

Ta‘amnehs Geschichte ist einer jener Vorfälle, der der Propagandamaschinerie der PA ernsthaften Schaden zufügen könnte. Diese jedoch ist voll und ganz damit beschäftigt, Israel die Schuld daran zu geben, dass eine große Anzahl von Christen in den vergangenen Jahrzehnten das Westjordanland und den Gazastreifen verlassen hat.

Die Anzahl der im Gazastreifen lebenden Christen wird derzeit auf wenige Hundert geschätzt. Bis vor zehn Jahren lebten noch rund 3.500 Christen unter der Herrschaft der Hamas. Die meisten von ihnen flüchteten nach Israel, ins Westjordanland oder andere Länder.

Laut einer Erhebung des „Palästinensischen Zentralbüros für Statistik“ aus dem Jahr 2017 leben ungefähr 47.000 Christen im Westjordanland, dem Gazastreifen und Ost-Jerusalem. In den vergangenen 70 Jahren seit der Staatsgründung Israels emigrierten Zehntausende Christen in die USA, Kanada, Europa und Lateinamerika, hauptsächlich aus wirtschaftlichen Gründen. Die niedrige Geburtenrate unter den Christen sowie die massive Auswanderung hatten einen starken Rückgang der christlichen Bevölkerung in den „palästinensischen“ Autonomiegebieten zur Folge – von schätzungsweise 10 % im Jahre 1948 auf gegenwärtig rund ein Prozent.

Der Zeitpunkt des Todes von Ta‘amneh in Bait Dschala hätte für die Führung der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ nicht ungünstiger sein können, denn jetzt, kurz vor Weihnachten, scheuen PA-Präsident Machmud Abbas und seine hochrangigen Vertreter für gewöhnlich keine Mühen, um ein rosarotes Bild der Umstände zu zeichnen, unter denen die Christen unter ihrer Herrschaft in Bethlehem und anderen Regionen des Westjordanlands leben.

Abbas selbst hat es sich zur Gewohnheit gemacht, jedes Jahr an Heiligabend an den Feierlichkeiten auf dem Manger-Platz und in der Geburtskirche in Bethlehem teilzunehmen. Auf diese Weise will er der Welt zeigen, wie sehr er um das Wohl und die Sicherheit der Christen besorgt ist.

Ta‘amnehs Tochter, Marian al-Hajal, zeichnet jedoch ein anderes Bild. Sie beschuldigte die Polizei der „Palästinensischen Autonomiebehörde“: „Ihr habt meine Mutter getötet“, und sagt weiter, dass sie als Christin kein Vertrauen in das „palästinensische“ Gesetz und die Polizei habe.

Ihre Anschuldigungen brachte Marian in einem Video vor, das sie kurz nach dem Tod ihrer Mutter auf Facebook postete. „Mein Name ist Marian al-Hajal, ich komme aus Bait Dschala und bin die Tochter der verstorbenen Terez Ta‘amneh, die die jordanische Staatsbürgerschaft hatte“, erklärte sie in dem Video.

„Ich appelliere an Seine Majestät König Abdullah, Gerechtigkeit für meine Mutter zu fordern, die infolge des barbarischen Verhaltens der palästinensischen Polizei starb, als diese das Haus meiner Mutter überfiel.“

Nach Angaben der Tochter ereignete sich der Vorfall am 5. Oktober 2019 um 22:30 Uhr.

„Die palästinensische Polizei war zum Haus meiner Mutter in Bait Dschala gekommen, um meinen Bruder Yusef wegen finanzieller Streitigkeiten mit einer anderen Person zu verhaften.“

Marian betonte, dass es nach „palästinensischem“ Gesetz der Polizei lediglich zwischen 7:00 und 19:00 Uhr erlaubt ist, sich mit Finanzstreitigkeiten zu befassen. „Die sieben Polizeibeamten, die die Razzia im Haus durchführten, wurden angeführt von Jamal Hmeid, dem Neffen von Kamel Hmeid, dem palästinensischen Gouverneur Bethlehems“, berichtete sie weiter. „An dieser Stelle erlaube ich mir, die Frage zu stellen: Ist es die Aufgabe der Polizei, die Bevölkerung zu schützen oder ist sie ein Privatunternehmen, das Schulden eintreibt?“

Die Polizeibeamten, so berichtete die Tochter, attackierten ihren Bruder und fingen an, ihn vor den Augen ihrer Mutter zu schlagen. „Meine Mutter sagte ihnen, dass Yusef an Diabetes und Bluthochdruck leidet“, so Marian weiter.

„Sie flehte sie an, mit den Schlägen aufzuhören. Als Antwort zielte der Befehlshaber der Truppe, Jamal Hmeid, mit einer Pistole auf den Kopf meines Bruders und drohte, er werde schießen. Er sagte zu meiner Mutter: Wir haben Anordnung, das Feuer auf ihn zu eröffnen.“

Nach Auskunft von Marian geriet ihre Mutter daraufhin in Panik und brach auf der Stelle tot zusammen. „Ich weiß nicht, was mit ihr geschehen ist, aber sie stürzte zu Boden und starb“, berichtete sie.

„Am nächsten Tag gingen meine Schwester und ich zum Krankenhaus, um den Leichnam meiner Mutter abzuholen und für die Beerdigung vorzubereiten. Wir waren geschockt, als wir feststellten, dass der Leichnam meiner Mutter nicht im Leichenschauhaus war. Man sagte uns, die Leiche sei zur Obduktion geschickt worden. Wer gab ihnen das Recht, ohne unser Wissen eine Autopsie am Leichnam unserer Mutter durchzuführen? Als palästinensische Bürgerin habe ich kein Vertrauen in das palästinensische Forensik-Institut. Ich habe auch kein Vertrauen in das palästinensische Gesetz. Ich bin mir sicher, dass das Ergebnis der Autopsie zugunsten der Polizei ausfallen wird und nicht zugunsten meiner Mutter.“

Die Tochter sagte, die PA habe keine Maßnahmen gegen die Polizeibeamten ergriffen, die nach ihrer Aussage für den Tod ihrer Mutter verantwortlich sind. „Wie kann mich das palästinensische Gesetz beschützen, wenn es die Gesetzesvertreter selbst waren, die meine Mutter getötet haben?“, fragte Marian. „Die Palästinensische Autonomiebehörde hat uns Geld geboten, damit wir schweigen. Sie versuchen, uns zu bestechen, damit wir Stillschweigen über die Verbrechen der Polizei bewahren.“

Der derzeit in Lateinamerika lebende „palästinensische“ Professor Jamal Harfoush rief Abbas auf, unmittelbare Untersuchungen über die Umstände des Todes der Christin einzuleiten. Harfoush äußerte außerdem seine Empörung darüber, dass hochrangige PA-Vertreter versuchten, die Familie der Frau zu bestechen, um sie zum Schweigen zu bringen. An Abbas gerichtet sagte der Professor: „Wir wollen einen zivilen und humanen Staat, basierend auf Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit.“

Business as usual

Ein Sprecher der Polizei der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ im Westjordanland gab an, Ta‘amnehs Sohn Yusef habe versucht zu fliehen und er habe die Polizeibeamten angegriffen, die zu seiner Verhaftung erschienen waren. Darüber hinaus bestritt der Sprecher, dass die Polizeibeamten das Haus Ta‘amnehs betreten hatten und beharrte darauf, ihr Sohn sei außerhalb des Gebäudes verhaftet worden.

Was Marian betrifft, so ist die Version der Polizei einzig und allein ein Versuch, ihr kriminelles Verhalten zu vertuschen. Sie und viele andere Christen wollen, dass die Welt gerade jetzt, kurz vor Weihnachten erfährt, dass Christen unter der PA im Westjordanland und der Hamas im Gazastreifen zur leichten Beute geworden sind.

Soweit es Abbas betrifft, ist das Ganze „business as usual“. Die Rufe der christlichen Familie in Bait Dschala stoßen bei ihm auf taube Ohren. Nächsten Monat werden er und seine Führungsriege in Bethlehem eintreffen und einmal mehr Reden über die Harmonie und die brüderlichen Beziehungen zwischen Christen und Moslems im Heiligen Land schwingen.

Möglicherweise macht sich Abbas Sorgen um die Zukunft der saftigen Finanzhilfen, die er aus christlichen Ländern und von christlichen Organisationen erhält, sollten diese herausfinden, was seine Polizei der christlichen Familie in Bait Dschala angetan hat. Was er auf jeden Fall will, ist weiterhin erfolgreich die „palästinensische“ Lüge aufrechtzuerhalten, nach der die Christen wegen Israel fliehen.

Ein neuer Tag, eine neue Gelegenheit. Werden die internationale Gemeinschaft und die Medien weiterhin – wie jedes Jahr – die Lügen schlucken, die die PA-Führung und -Sprecher ihnen auftischen? Marian jedenfalls ist sich sicher, dass sie sich weder auf die internationale Gemeinschaft noch die PA verlassen kann, wenn es darum geht, ihrer Familie Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Aber wer dann wird sich dafür einsetzen?

Bassam Tawil ist ein im Nahen Osten lebender muslimischer Araber. Auf Englisch zuerst erschienen bei Gatestone Institute. Übersetzung Audiatur-Online.

Der Siedlungsbau ist nicht illegal

Wann immer es um den Friedensprozess im Nahen Osten geht, wird für dessen Stillstand der israelische Siedlungsbau verantwortlich gemacht. Höchste Zeit, einige zentrale Punkte sachlich zu klären.

Von Arthur Cohn (Cicero)

Das Argument, wonach die Siedlungen in Judäa und Samaria illegal seien, basiert auf dem 49. Artikel der Vierten Genfer Konvention, die nach dem Zweiten Weltkrieg und der Nazibesetzung europäischer Staaten 1949 in Kraft getreten ist. Danach ist die gewaltsame Transferierung einer Zivilbevölkerung in andere Staaten verboten.

Eine solche fand aber im Westjordanland nie statt. Auch hat Israel keine Gebiete eines anerkannten, souveränen Staates besetzt. Jordanien, von dem Israel diese Gebiete im Sechstagekrieg (der von den arabischen Staaten provoziert wurde) übernahm, konnte dort nie seine Souveränität geltend machen, weil Jordaniens Besetzung dieser Gebiete ungesetzlich war und von keinem Staat der Welt außer von England und Pakistan anerkannt wurde.

Jerusalem gehört auch den Juden

Vor allem aber muss in aller Deutlichkeit daran erinnert werden, dass der Völkerbund – dessen Entscheidungen von der UNO übernommen wurden (Artikel 80 der UNO-Charta) 1920 in San Remo klar festgelegt hatte, dass Juden sich in allen Gebieten Palästinas ansiedeln können.

Es handelt sich also bei diesen Gebieten nicht um „besetzte Gebiete", und der Bau von Siedlungen dort widerspricht nicht dem internationalen Recht. Der mit vielen bedrückenden Assoziationen verbundene Ausdruck „occupation" oder „Besetzung", wonach das Westjordanland „gestohlenes" Land ist, muss demnach bei politischen Diskussionen gestrichen werden.

Das heißt natürlich nicht, dass bei einer Friedenseinigung im Nahen Osten das Land nicht wieder geteilt wird. Doch die moralische und rechtliche Grundlage für die Friedensverhandlungen müssen klar definiert werden: Es handelt sich sicher nicht um illegal besetzte, sondern um umstrittene Gebiete, auf welche zwei Völker Anspruch erheben und deren Zukunft im Rahmen eines Friedensvertrages festgelegt werden muss.

Dennoch hält sich die Annahme: „Jerusalem ist eine arabische Stadt, und Juden dürfen dort nicht bauen." Dies ist eine völlig unhaltbare Feststellung. Seit Jahrtausenden (siehe 1. Könige 8,48) beten Juden in aller Welt auf Jerusalem ausgerichtet – nicht zuletzt für das Wohl ihrer Heiligen Stadt und in der Hoffnung, bald wieder in diese „Stadt des Friedens" (uru-salem) zurückkehren zu können.

In den 2000 Jahren seit der römischen Herrschaft haben Juden fast ununterbrochen in der Heiligen Stadt gewohnt, und seit 150 Jahren bilden sie wieder die Mehrheit in Jerusalem.

Jerusalem kommt im Koran nicht vor

Den Arabern hingegen war Jerusalem bis 1967 kein bedeutendes Zentrum. Die Stadt wird im Koran kein einziges Mal erwähnt, und während der unrechtmäßigen jordanischen Herrschaft von 1948 bis 1967 über sie hat außer – naturgemäß – dem jordanischen König Abdallah kein einziger arabischer Repräsentant besucht. Erst 1967, als – nach einem erneuten Angriff der arabischen Staaten – Israel die Verwaltung der Stadt übernahm, wurde das Interesse der Araber an Jerusalem plötzlich enorm groß. Aber auch danach war immer klar, dass Jerusalem für die Araber keine aufrichtige Bedeutung hat: Als der ägyptische Präsident Anwar al Sadat bei seinem historischen Besuch in Israel 1977 nach Jerusalem kam und auf dem Tempelberg betete, wandte er sich … nach Mekka.

Nasser Nasser / AFP

Autor Arthur Cohn

Juden war der Zugang zur Klagemauer bis 1967 strikt untersagt. Ganz im Gegensatz dazu überließ der Staat Israel danach die Verwaltung des Tempelbergs und seiner Moscheen der arabischen Seite, um die Basis für eine friedliche Atmosphäre in Jerusalem zu schaffen. Dieser religionsfreundliche Akt wurde allerdings nicht belohnt: Bis heute ist es Juden strikt verboten, auf dem Tempelberg zu beten.

All diesen Tatsachen zum Trotz soll es Juden in weiten Teilen Jerusalems verboten sein, dort ihr Heim aufzubauen – welche Ironie! Weil die Araber 1948 die Juden gewaltsam aus Jerusalem vertrieben haben, soll diesen nun die Rückkehr in die Stadt ihrer Träume strikt verboten sein? Eigenartig!

Vom Siedlungsstopp ist in den Osloer Verträgen keine Rede

Was aber ist von der Aussage zu halten „Der Siedlungsbau verhindert die Fortsetzung der Friedensgespräche"? Die absolute Gegnerschaft gegen Israels Existenz hat den jüdischen Staat seit seiner Gründung 1948 begleitet. Die PLO (Palestinian Liberation Organization), der Vorläufer der Arafat-Abu-Mazen-Autonomie, wurde 1964 gegründet, also zu einer Zeit, als es noch keine „besetzten" Gebiete gab. Es sei denn, man erachtet ganz Israel, also auch Tel Aviv, Haifa und Beerscheba, als ungesetzlich besetztes Gebiet! Aber am wichtigsten ist: In den Oslo-Abkommen, auf die sich die „palästinensisch"-israelischen Friedensbemühungen stützen, ist keine Rede von einem Siedlungsstopp als Bedingung für Friedensverhandlungen. Es ist dort ausdrücklich festgehalten, dass die Siedlungsfragen erst in der letzten Phase der Friedensverhandlungen diskutiert werden sollen.

Wie aber kam es überhaupt zum Ausbau der Siedlungen? Gleich nach dem Sechstagekrieg von 1967, in dem Israel den Angriff der arabischen Staaten erfolgreich zurückweisen konnte, wurden die Altstadt Jerusalems und das Westjordanland von der illegalen Besetzung Jordaniens befreit, und Israel hoffte auf Friedensverhandlungen. Aber in Khartum beschlossen acht arabische Staaten einheitlich ein dreimaliges Nein: keine Friedensverhandlungen, keine Anerkennung Israels, kein Frieden mit Israel. Damals begannen die Israelis aus historischen und sicherheitsbedingten Gründen, in erster Linie jene Gebiete zu besiedeln, die unmittelbarer Teil der jüdischen Geschichte waren, wie etwa die Gegend um Jerusalem und Hebron. Diese Bautätigkeit in Israels Urland hat sich dann wegen des Widerstands der Araber, mit Israel zu verhandeln, ausgeweitet. Allerdings wurde immer klar bestimmt, dass kein privates Land besiedelt werden darf, und bis heute leisten Israels Gerichte Arabern Beistand, die privates Eigentum nachweisen können.

> „Jerusalem wird im Koran kein einziges Mal erwähnt, und während der unrechtmäßigen jordanischen Herrschaft von 1948 bis 1967 hat außer – naturgemäß – dem jordanischen König Abdallah kein einziger arabischer Repräsentant die Stadt besucht."

Dabei war immer klar, dass im Rahmen von wirklichen Friedensverhandlungen gewisse Siedlungen geräumt würden. So geschah es für den Friedensvertrag mit Ägypten, als Israel den Sinai aufgab. Später zog sich Israel von 25 (!) blühenden Siedlungen im Gazastreifen zurück, wodurch 10.000 Menschen ihr Heim verloren, um einen Friedensprozess zu fördern. Auch dies wurde nicht belohnt: Statt dort „palästinensische" Flüchtlinge anzusiedeln, wurden diese Siedlungen Terrorbasen, von welchen aus Städte im Süden Israels und deren Zivilbevölkerung ständig bombardiert werden. Keine vertrauenserweckende Entwicklung für zukünftige Verhandlungen über die Siedlungen!

Vor drei Jahren hat Ministerpräsident Benjamin Netanjahu auf Drängen der USA einen zehnmonatigen Siedlungsstopp angeordnet, um die Friedensverhandlungen zu fördern – auch dies ohne Erfolg, ja nicht einmal mit einer würdigenden, positiven Resonanz.

Wie also kann die Siedlungsfrage im Rahmen eines Friedensvertrags gelöst werden? Durch aufrichtigen Willen von allen Seiten, im Nahen Osten friedlich zusammenzuleben. Dazu ist es nötig, den jeweils anderen zu akzeptieren, seine Rechte anzuerkennen und an einen Modus vivendi zu glauben.

Israel ist auf die „Palästinenser" zugegangen

Israel hat in dieser Beziehung viel getan. Es anerkennt Rechte der „palästinensischen" Araber und ihr Anliegen für einen eigenen Staat, es verbietet (auch durch seine Gerichte) Angriffe auf dessen Bevölkerung. Auch hat Israel bewiesen, dass innerhalb des jüdischen Staates eine große arabische Minderheit (weit über eine Million Menschen) mit vollen Zivilrechten frei leben kann.

Die „palästinensischen" Araber müssen diesbezüglich noch manches unternehmen. Vorerst sprechen sie auch in offiziellen Dokumenten den Juden jegliche historischen Rechte auf Israel und das Heilige Land ab, lehnen die Formel „zwei Staaten für zwei Völker" ab und sind nicht bereit, Israel als jüdischen Staat anzuerkennen. Stattdessen nutzen sie ihre offiziellen Medien, um gegen Israel und das Judentum aufzuhetzen und die schlimmsten Terroristen zu preisen. Und was die Siedlungen betrifft, erklären sie immer wieder, dass das Westjordanland völlig „judenrein" sein muss!

Trotz aller inneren Schwierigkeiten müssen die „palästinensischen" Araber endlich ihre Grundeinstellung zu Israel und den Juden ändern – dann ist auch die Siedlungsfrage sicher zu lösen, sei es durch Auflösung von Siedlungen in dicht von „palästinensischen" Arabern bewohnten Gebieten, sei es durch Austausch von Gebieten oder sei es durch das friedliche Zusammenleben auch in einem „palästinensischen" Staat, wie es seit 65 Jahren in Israel der Fall ist. Im Weiteren wäre es wohl auch eine natürliche Lösung, das Westjordanland mit Jordanien zu verbinden. Schließlich herrscht Jordanien über 77 Prozent des klassischen Mandats Palästina, und die Mehrheit seiner Bürger sind „palästinensische" Araber.

Mit einem aufrichtigen Willen von allen Seiten können sicher Wege zu einem wahren friedvollen Zusammenleben im Heiligen Land gefunden werden.

Wie schon Secharja (8,19) schrieb: „Liebet Wahrheit und Frieden."

Dieser Artikel erschien zuerst in Oktober 2013 im „Cicero". Aus aktuellem Anlass veröffentlichen wir ihn hier erneut.

Autoreninfo
Arthur Cohn ist einer der erfolgreichsten Filmproduzenten. Seine Filme, darunter "Die Gärten der Finzi Contini", "Ein Tag im September" gewannen sechs Oscars.

„Wir werden ‚Juden‘ genannt, weil wir aus Judäa kommen.“

Die USA betrachten den israelischen Siedlungsbau in Judäa und Samaria als legal

SAUL LOEB, AFP

US-Außenminister Mike Pompeo teilte der Öffentlichkeit den amerikanischen Standpunkt mit.

(Israelnetz) Die US-Regierung betrachtet den israelischen Siedlungsbau nicht länger als illegal. Das hat Außenminister Mike Pompeo am Montag in Washington mitgeteilt. Er betonte dabei, die rechtliche Debatte habe den israelisch-„palästinensischen“ Konflikt einer Lösung nicht nähergebracht. Das Problem sei nicht juristisch, sondern politisch durch Verhandlungen zu lösen.

Der israelische Regierungschef Benjamin Netanjahu begrüßte den Schritt. Noch am Montag teilte er mit, Donald Trump habe eine „historische Ungerechtigkeit“ beseitigt. Dies habe er Trump in einem Telefonat mitgeteilt. „Ich sagte Präsident Trump, dass wir nicht in einem fremden Land sind. Das ist seit 3.000 Jahren unser Heimatland. Wir werden ‚Juden‘ genannt, weil wir aus Judäa kommen.“ Das Gebiet, in dem die israelischen Siedlungen stehen, wird gemeinhin als Westjordanland bezeichnet. Die biblisch-historische Bezeichnung lautet Judäa und Samaria.

Der israelische Justizminister Amir Ohana sagte, der Schritt „erkennt die Verbindung der israelischen Nation zum Land Israel an“. Der Gesandte des Siedlungsrates, Oded Revivi, sagte der Onlinezeitung „Times of Israel“, der amerikanische Botschafter in Israel, David Friedman, habe großen Anteil an dem Politikwechsel. Vor seinem Amtsantritt als Botschafter war Friedman Vorsitzender der „Amerikanischen Freunde von Beit El“, einer 1977 gegründeten Siedlung nördlich von Jerusalem.

„Palästinenser“: Siedlungsbau „eindeutig illegal“

Die „Palästinenser“ kritisierten die Entscheidung der USA. Der Generalsekretär der „Palästinensischen Befreiungsorganisation“ (PLO), Saeb Erekat, teilte mit, nach internationalem Recht seien Siedlungen „eindeutig illegal“. „Israelische Siedlungen stehlen den Palästinensern Land, beschlagnahmen und nutzen palästinensische Ressourcen. Sie trennen und verscheuchen Palästinenser und schränken deren Bewegungsfreiheit ein.“

Auch die Terror-Organisation Hamas, die den Gazastreifen kontrolliert, äußerte sich zu der Entscheidung der USA. Der Schritt zeige, dass sich die USA daran beteiligen, „palästinensische Rechte anzugreifen“, sagte Hamas-Sprecher Hasem Kasem. Aus seiner Stellungnahme geht hervor, dass die Hamas nicht nur die Siedlungen im Westjordanland, sondern ganz Israel als illegal betrachtet: „Die israelischen Siedlungen sind illegal, und die Palästinenser werden weiterhin gegen die israelische Besatzung kämpfen, bis sie zu ihren Heimatstädten und Dörfern zurückgekehrt sind, von denen sie 1948 vertrieben wurden.“

Die scheidende Außenbeauftragte des Staatenverbundes Europäische Union, Federica Mogherini, betonte indes, ihre Haltung nicht zu ändern: „Jegliche Siedlungsaktivität ist dem internationalen Recht nach illegal und höhlt eine lebensfähige Zwei-Staaten-Lösung und die Aussicht auf dauerhaften Frieden aus.“ Die Italienerin rief Israel dazu auf, „alle Siedlungsaktivitäten zu beenden“. Die Zwei-Staaten-Lösung sei der „einzige realistische und tragfähige Weg“, um den „legitimen Forderungen beider Seiten“ nachzukommen.

Pompeo: Einzigartige Situation

Pompeo erklärte in seiner Stellungnahme zu der Entscheidung, dass die USA damit nicht den rechtlichen Status einzelner Siedlungen bewerteten; es gehe um den Siedlungsbau „an sich“. So hätten israelische Gerichte manche Siedlungen als legitim anerkannt, andere nicht. Mit dem Schritt legten die USA zudem nicht den Status des Westjordanlandes fest; dies sei Sache der Israelis und der „Palästinenser“.

Der amerikanische Außenminister führte weiter aus, die Schlussfolgerung, Siedlungsbau sei an sich nicht illegal, beruhe auf der einzigartigen Situation vor Ort. Faktoren wie die Geschichte des Landes und die Bedingungen, unter denen die Siedlungen entstanden, kämen dabei in Betracht. Die Schlussfolgerung könne nicht ohne weiteres auf andere Gebiete dieser Welt übertragen werden.

Die USA haben seit dem Amtsantritt von US-Präsident Trump im Januar 2017 eine entschieden pro-israelische Außenpolitik betrieben. Den Anfang bildete dabei die Anerkennung Jerusalems als israelischer Hauptstadt im Dezember 2017. Im Mai 2018 folgte die Verlegung der US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem. Im März dieses Jahres erkannten die USA die israelische Annexion der Golanhöhen an.

Pompeo ging in seiner Stellungnahme explizit auf das amerikanische Abstimmungsverhalten im Weltsicherheitsrat im Dezember 2016 ein. Die USA hatten damals darauf verzichtet, ihr Veto gegen die Resolution 2334 einzulegen. Diese verurteilt den Siedlungsbau als „abscheuliche Verletzung unter internationalem Recht“. Für Pompeo haben die USA damit die „angebliche Illegalität der Siedlungen bestätigt“ und ihre bislang über Jahrzehnte gültige ausgewogene Politik bezüglich dieser Thematik verändert.

Streit um Rechtsstatus

Der rechtliche Status der Siedlungen gilt als umstritten. Wer die Ortschaften als „illegal nach internationalem Recht“ einstuft, beruft sich meist auf die Vierte Genfer Konvention von 1949, die den Umgang mit Zivilisten in Kriegszeiten festlegt. Dort heißt es in Artikel 49, eine Besatzungsmacht dürfe die eigene Bevölkerung nicht in das besetzte Gebiet transferieren oder deportieren.

Dem entgegnen andere, dass Israel keine Deportationen durchgeführt hat. Vielmehr sei nach dem Sechs-Tage-Krieg Siedlungsbewegung entstanden; alle Israelis, die heute in diesen Gebieten wohnen, sind freiwillig dorthin gezogen, am Anfang auch gegen den Willen der israelischen Regierung.

Abgesehen davon ist auch strittig, ob Israel eine Besatzungsmacht im eigentlichen Sinne darstellt: Dies setzt nach dem III. Abschnitt des Haager Abkommens voraus, dass das im Sechs-Tage-Krieg eroberte Westjordanland einem anderen Staat gehörte – dies war aber nicht der Fall. Faktisch gilt das Westjordanland als „besetztes Gebiet“, da es nicht unter der Souveränität eines Staates steht.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTLICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

- **Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;**
- **Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.**

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

2019: Mit Israel geht's bergauf, mit Deutschland bergab.

Ein optimistischer Rückblick auf das israelische Erfolgsjahr 2019: Von der Mondsonde über den Eurovision Song Contest und künstliche Organe bis zu sportlichen Erfolgen in mehreren Disziplinen – der jüdische Staat startet durch!

Die Show zum ESC in Tel Aviv, rechts unten die israelische ESC-Gewinnerin Netta

Von Michal Kornblum

Das Jahr 2019 neigt sich dem Ende und während mir eiskalter norddeutscher Wind um die Nase weht, möchte ich es Revue passieren lassen. Das Jahr, in dem Deutschland aus meiner Sicht vom einen politischen Fettnäpfchen zum nächsten hopste, wohingegen 2019 für Israel ein Jahr mit großen Erfolgen auf so vielen verschiedenen Gebieten war.

Aber auch für mich war 2019 ein Jahr mit einer starken persönlichen Entwicklung. Aus meinem Verliebtsein in Bezug auf Israel als Urlaubsland ist eine leidenschaftliche und unerschütterliche Liebe zu Israel als Wunschheimat geworden. Auch wenn ich offensichtlich nicht objektiv bin, war dieses Jahr voll von phänomenalen israelischen Leistungen, Errungenschaften und Erfolgen. Gleichzeitig zeichnet sich eine schwierige politische Situation ab, da nach zwei Wahldurchgängen noch keine Regierung in Sicht ist und die dritte Wahl wie ein Damoklesschwert über der Knesset schwebt. Bei aller berechtigten Kritik an dieser Lage, sollten wir trotzdem nicht vergessen, was für ein Unikum die echte und unverfälschte Demokratie in dieser geografischen Zone, aber auch weltweit ist. Dass man überhaupt die Wahl hat, dass politischer Diskurs lebendig und aktiv geführt wird und, dass die Parteien und Politiker für ihre Werte und Wahlversprechen einstehen und sie nicht für Macht um jeden Preis aufgeben – all das sind Zeichen einer blühenden und lebendigen Demokratie, von der viele Bürger anderer Länder nur träumen können.

Ich erinnere mich an den April dieses Jahres, kurz vor der ersten Wahl in Israel. Israel schreibt Weltgeschichte und will als vierte Nation auf dem Mond landen. Die israelische Mondsonde „Beresheet" kam zwar auf dem Mond an, aber zugebenermaßen war die Landung verbesserungswürdig, da „Beresheet" auf dem Mond zerschellte. Die Tatsache aber, dass die Sonde überhaupt so weit gekommen ist, ist schon ein unglaublicher Erfolg für die junge (Raumfahrt-)Nation. Die nächste und hoffentlich tatsächliche Mondlandung ist bereits in Planung. Wohingegen Israels Nachbarn höchstens Raketen auf Israel schießen, ist es genau das, was Israel meiner Meinung nach ausmacht: Nicht aufzugeben. Misserfolge zu analysieren, aus ihnen zu lernen und es wieder zu versuchen. Hartnäckigkeit und exzellent ausgebildete Spezialisten sowie eine gehörige Portion Chuzpe sind das Rezept der israelischen Erfolgsgeschichte!

> „Ich hatte beim ESC eine circa zwei Meter große Israelflagge dabei, die meine Eltern wenige Wochen vorher in Ausschwitz, wo meine Urgroßeltern umgebracht wurden, beim „March of the Living" getragen hatten."

Netta

Im Mai durfte ich selber bei einem gesellschaftlichen Meilenstein israelischer Geschichte dabei sein. Nachdem Netta 2018 den Eurovision Song Contest in Lissabon mit „Toy" gewonnen hat, fand der ESC 2019 in Israel statt. Nach langer Debatte über den Austragungsort wurde schlussendlich die Expo in Tel Aviv auserwählt. Als mittelklassiger ESC-Fan wollte ich schon immer mal einen ESC live erleben und als Hardcore-Israel-Fan wollte ich 2019 unbedingt dabei sein.

Ich habe diesen Entschluss in der Nacht nach Nettas Sieg 2018 gefasst und hatte noch keine Ahnung, welche verrückte Aktion ich mir da in den Kopf gesetzt habe. Als ich versuchte eine Eintrittskarte zu ergattern, trennten mich 65.535 Leute und über eine Stunde Wartezeit von meinem Wunschticket, meine Chancen waren gleich null. Im zweiten Anlauf gehörte ich dann aber zu den wenigen Glücklichen, die doch noch ein Ticket abbekommen haben.

Dann saß ich eines kalten und ziemlich frühen Morgens im Auto auf dem Weg zum Hamburger Flughafen. Als ich einige Stunden später im warmen Tel Aviv landete, war der Geist des ESC an jeder Ecke zu spüren. Bereits der Flughafen und seine Mitarbeiter hießen alle internationalen ESC-Gäste herzlich willkommen. Jeder Einwohner von Tel Aviv hat sich als Gastgeber verstanden und außer durch das sommerliche Wetter wurde das Klima mindestens genauso durch die warme Art der Israelis bestimmt.

Das Eurovision Village, ein Park der ganz im Zeichen des ESC mit Bühnen und Ständen aller Art für die Fans der Musikveranstaltung errichtet wurde, war überfüllt mit Menschen aus der ganzen Welt und verkörperte genau das, wofür Tel Aviv steht. Bunt, schrill und laut sein, unabhängig von Nationalität, Religion oder sexueller Ausrichtung, gemeinsam die Musik feiern, tanzen und Spaß haben. Ich stellte bei Gesprächen mit Musikfans aus aller Welt fest, dass Politik hier und heute kein Thema war. Man war da, um – ganz im Sinne des Grand Prix – die verbindende Kraft der Musik zu zelebrieren.

Die Stadtverwaltung von Tel Aviv hat

AFP

„Blockieren“ ist allgemeines Programm in Deutschland

sich für dieses Ereignis der Superlative enorm ins Zeug gelegt. Die Organisation war makellos. Am Freitagabend hatte jeder die Möglichkeit zu einer Familie, einem Verein oder einer Gemeinde zu gehen, um einen gemeinsamen Schabbat zu verbringen.

Als dann endlich der Abend des großen Finales da war, fuhr ich mit dem – ebenfalls von der Stadtverwaltung organisierten und kostenlosen – Zubringer zur Expo-Halle. Ich hatte nicht nur eine Menge Vorfreude und Lebenslust, sondern auch eine circa zwei Meter große Israelflagge dabei, die meine Eltern wenige Wochen vorher in Ausschwitz, wo meine Urgroßeltern umgebracht wurden, beim „March of the Living“ getragen hatten. Ich bekam Gänsehaut und mir kamen die Tränen bei dem Gedanken, dass ich nun diese Flagge hier in Tel Aviv als Zeichen meines Patriotismus und als Beweis dafür, dass das jüdische Volk lebt und sich nicht vernichten lässt, bei mir trage.

Da ich wohl doch etwas typisch jeckisch bin und als eine der Ersten in der Halle war, sah ich wie sie sich langsam füllte. Es waren Menschen aus den unterschiedlichsten Ländern und den verschiedensten Subkulturen; von religiösen Juden bis kostümierten Zuschauern waren alle vertreten.

Die Show an sich war unglaublich gut, eine sehr positive und freundschaftliche Stimmung, toll geplant und wirklich professionell umgesetzt. Für mich war es besonders schön zu erleben, wie patriotisch die Atmosphäre war. Nach dem israelischen Auftritt gab es minutenlange Standing Ovations und beim deplatzierten politischen Statement des isländischen Gruselkabinetts wurde dies gemeinschaftlich ausgebuht.

Deutschland an der Seite der Anti-Demokraten

Es war ein Fest zur Verständigung der Völker, von Diversität, von Religionsfreiheit, der Liebe zueinander und zur Musik. Im November bewiesen Deutschland, die UN und die EU ihr besonderes Verhältnis zu Israel. Die UN verurteilte Israel in acht Resolutionen, auch Deutschland stimmte – wie es bereits gute Tradition ist – siebenmal für die von Kuba, Algerien, Tunesien, Kuwait, Venezuela und Ägypten eingebrachten Anträge gegen den einzigen jüdischen Staat der Welt. Selbstredend handelt es sich bei diesen Staaten ausschließlich um Vorbilder in puncto Grundrechte, Menschenwürde und Demokratie. Die EU macht sich stark für Verbraucherrechte und führte damit die Verpflichtung zur Kennzeichnung von Produkten aus israelisch „besetzten“ Gebieten, also den Siedlungen, ein.

Sowohl die UN-Resolutionen als auch die Kennzeichnungspflicht der EU zeigen, dass Israel der Jude unter den Staaten bleibt und „Kauft nicht bei Juden!“ zeitlos ist, wenn es nur modern genug ausdrückt wird. Man sieht, dass die Zeiten sich ändern, die Sitten aber nicht.

Ein Spruch aus dem babylonischen Talmud besagt, dass die Luft im Lande Israel klug mache. Die alte religiöse Weisheit scheint sich zu bewahrheiten, denn im Frühjahr dieses Jahres gelang israelischen Forschern ein besonderer Durchbruch beim 3D-Druck von künstlichem biologischem Gewebe. Sie schafften es, ein sehr kleines aber funktionierendes Herz zu drucken. Das ist nicht nur eine wissenschaftliche Sensation, sondern ein weiterer Schritt in Richtung künstlichen Organersatz, der in Zukunft hoffentlich vielen Menschen helfen wird. Grundsätzlich ist Israel eine Wissenschaftsnation und auf vielen Gebieten führend. In meinem Studium wurde sehr häufig auf israelische Studien und Erkenntnisse verwiesen, die laut meinen Dozenten viel weiter fortgeschritten sind als bei uns in Deutschland.

Deutschland steigt ab

In Deutschland dagegen befindet sich die Wissenschaft im freien Fall. Nobelpreise in den Naturwissenschaften gab es länger nicht mehr. Stattdessen beschäftigt sich Deutschland seit diesem Jahr intensiv mit dem Klimanotstand. Schüler gehen freitags nicht zur Schule, um für ein besseres Klima zu demonstrieren und alles Umweltschädliche muss teurer werden. Dass Deutschland sich regelrecht in einen Klimawahn stürzen würde und dieses Thema Politik und Gesellschaft dominieren wird, hätte ich im letzten Jahr nicht zu glauben gewagt. Hysterisch den in Kürze bevorstehenden Weltuntergang zu erwarten, ist die neue German Angst. Der Kampf gegen den Feind CO_2 wird zur Staatsräson. Man muss seine Feinde gut kennen, um sie zu besiegen. Deswegen habe ich aus Neugier engagierte Kämpfer gegen das böse CO_2 gefragt, wie viel CO_2 in der Luft enthalten ist. Die Antworten waren amüsant und erschreckend, denn sie erstreckten sich von happigen 70 % bis zu 30 % bei den Optimisten. In Wahrheit liegt der CO_2-Wert in der Luft bei ärmlichen 0,04 %. Albert Einstein hatte recht, als er sagte: „Zwei Dinge sind unendlich, das Universum und die menschliche Dummheit – aber bei dem Universum bin ich mir noch nicht ganz sicher.“

Israel war dieses Jahr auch sportlich sehr erfolgreich. In zahlreichen Sportarten, in denen Israel bislang nicht in Erscheinung getreten ist, glänzten die Athleten 2019. In Kampfsportarten wie Judo und Taekwondo konnten israelische Sportler viele Medaillen gewinnen, in der Gymnastik konnten mehrere Preise abgeräumt werden und der 24-jährige Yuval Freilich wurde erster israelischer Fecht-Europameister in Düsseldorf. Auch sind für Olympia 2020 so viele israelische Sportler qualifiziert wie nie zuvor. Für mich als begeisterte Reiterin ist besonders erfreulich, dass sich erstmalig ein israelisches Springreiterteam für Olympia qualifizieren konnte.

Es gab dieses Jahr andauernde Raketenbeschüsse auf Israel und mehrere terroristische Anschläge. Wir in Deutschland haben bei jedem Raketenalarm Sorge um unsere Familie in Israel, um die 10 Monate alten Zwillingen einer meiner Cousins (es würde zu weit ausufern hier auf die genaue Mischpochologie einzugehen), die in ihrem jungen Alter schon im Bunker Unterschlupf suchen mussten. Inzwischen wendet sich das Blatt jedoch und unsere Familie macht sich aufgrund des steigenden Antisemitismus hier vermehrt Sorgen um uns in Deutschland. Gerade der Anschlag von Halle war eine Zäsur für das Leben der Juden in Deutschland – aber war er das wirklich?

Obwohl Antisemitismus in Deutschland täglich stattfindet, wird Halle zum neuen Maßstab auf der Messlatte des Antisemitismus. Es war ein schrecklicher Anschlag, aber wer bei den gegenwärtigen Zahlen von antisemitischen Straftaten überrascht wurde, oder es als „Alarmzeichen“ sieht, hat sich die letzten Monate im Dornröschenschlaf befunden. Halle wird zu einem Symbol stilisiert; demnächst werden Menschen wohl wegen Halle in die Politik gehen. Dabei passiert die Essenz von Halle, der Judenhass, täglich von Flensburg bis München in unserer bunten Republik.

Ich durfte dieses Jahr den Sommer in Jerusalem verbringen. Es war das erste Mal, dass ich für eine längere Zeit als drei Wochen in Israel gelebt habe. Ich bin dankbar für jeden einzelnen Menschen, den ich kennenlernen durfte, für jede Erfahrung und jede Begegnung, für jedes Gespräch mit meinem gebrochenen Hebräisch, für die Herzlichkeit der Menschen und für die Möglichkeit, die Liebe zu meinem Land zu vertiefen. Ich kann jetzt behaupten, dass ich Stolz für Israel empfinde und wohl eine waschechte Zionistin geworden bin. Der ESC sowie mein Sommer in Jerusalem haben mich geprägt. Hier in Deutschland vermisse ich nicht nur die oberflächlichen Vorteile von Israel wie das gute Wetter, das frische Gemüse, das flächendeckende relativ günstige Internet sowie das Nutzen des öffentlichen Nahverkehrs ohne gleich eine Hypothek aufnehmen zu müssen, sondern auch die profunden Wichtigkeiten, die Mentalität, das Zusammengehörigkeitsgefühl, ein Teil des Ganzen zu sein und nicht der Exot einer kleinen Minderheit. Für mich war 2019 das Jahr, in dem meine Liebe zu Israel entfacht und ich gleichzeitig so sehr von Deutschland, meinem Geburtsland, enttäuscht wurde.

Während mir in Israel Wärme und Herzlichkeit zuteilwurde, nehme ich Deutschland – entgegen der allseits angenommenen Klimaerwärmung – immer unterkühlter wahr; die Eiszeit ist im Anmarsch. Ich fühlte mich in Jerusalem zu Hause und wie schon Elie Wiesel sagte:

„Wenn ein Jude Jerusalem zum ersten Mal besucht, ist es nicht das erste Mal; es ist ein Nachhausekommen.“

Warme Bilder für kalte Tage

Beeindruckende Reisefotos aus dem Süden Israels

Die richtig kalten und unangenehmen Tage stehen uns nun bevor. Damit die Leser der JÜDISCHEN RUNDSCHAU wenigstens ein bisschen Sonne im Herzen haben, zeigen wir Ihnen hier einige sonnige Bilder vornehmlich aus dem Süden Israels von unserem Leserreporter Andreas Boldt.

Sie mögen Ihnen, liebe Leserinnen und liebe Leser, Inspiration für ihre nächste eigene Reise nach Israel sein.

Cocktail am Schnorchelstrand in Eilat

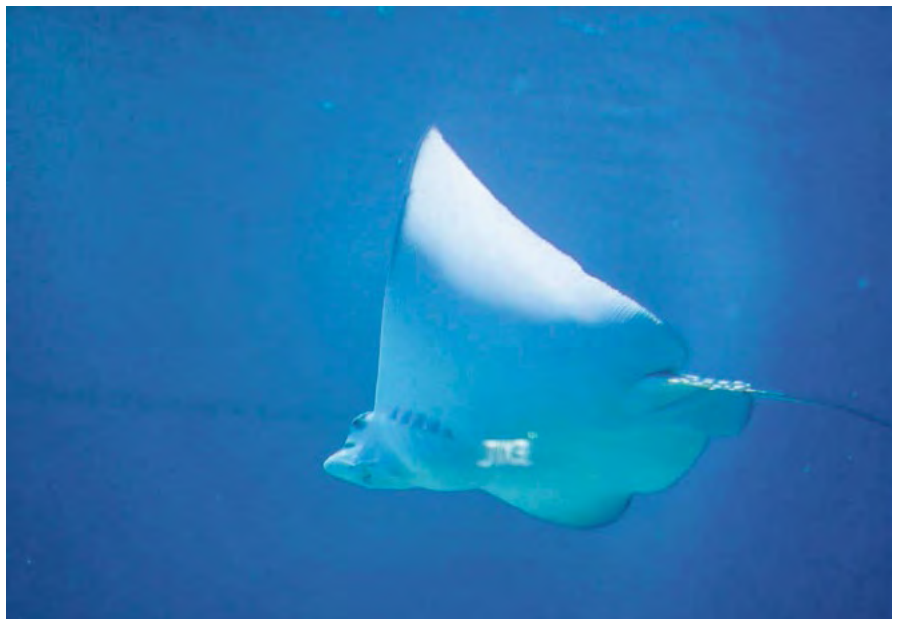
Ein Meer aus Land

Ferienhausanlagen in Eilat

Shakshuka zum Frühstück

In Jerusalem vor den Mauern der Altstadt

Die Beresheet Hotelanlagen am Krater Mizpe Ramon



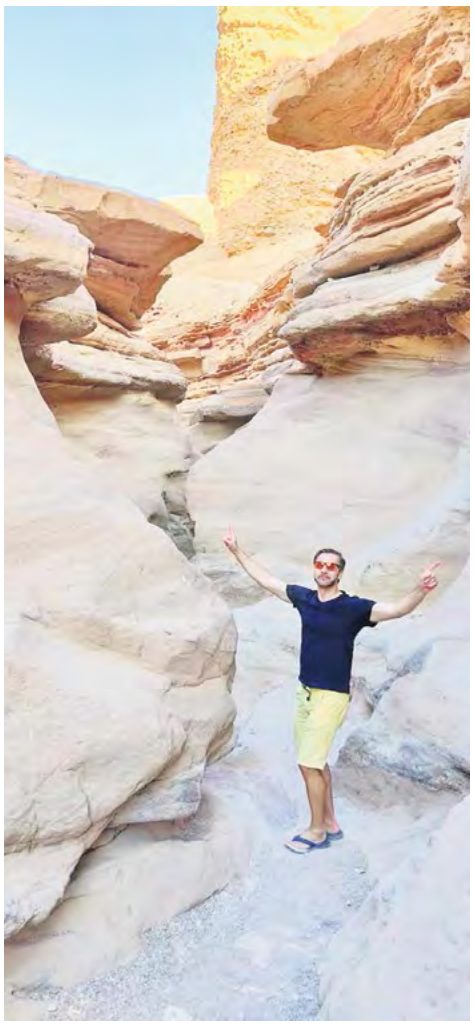
Rochen im Unterwasserobservatorium von Eilat

Flagge Israels und der Himmel über Israels südlichster Stadt.

Badestrand in Eilat, Blick in Richtung der jordanischen Grenze

Sonnenuntergang mit Blick auf die Grenze Ägyptens.

Der Red Canyon in der Negevwüste, ca. 20 Autominuten nördlich von Eilat, zum Ersten...



... und zum Dritten.

Ein Korallenriff in Unterwasserobservatorium von Eilat

...zum Zweiten...

Ein Gericht als Spielball der Linksradikalen

Linksideologisierte Richter des übermächtigen Obersten Gerichtshofes Israels (BaGaZ) verwischen die Grenze zwischen Legislative und Judikative

Von Lisa Jüdin

AFP

Esther Hayut, Vorsitzende des Obersten Gerichts (BaGaZ)

In großen Teilen der israelischen Gesellschaft kommt seit geraumer Zeit Unmut darüber auf, wie Richter zeitweise ihre Befugnisse überschreiten und bestehende Gesetze in eine linksliberale ideologische Richtung verbiegen.

Kurz vor den Parlamentswahlen im April 2019 betonte Ministerpräsident Netanyahu: „Es war stets mein Grundsatz, einen starken und unabhängigen Justizapparat aufrechtzuerhalten – das heißt aber keinesfalls, dass das Gericht allmächtig ist. […] Wir wollen nur die nötige Balance zwischen den staatlichen Institutionen in Israel wiederherstellen.“ Es handle sich dabei darum, die Gesetze, welche den Erwartungen des Volkes entsprechen und im Sinne der Gerechtigkeit sind, zu verabschieden – die Einführung der Todesstrafe für Terroristen, die Deportation ihren Familien oder die Abschiebung illegaler Migranten. Dafür bedürfe es dreierlei neuer Regelungen.

Zum einen, eine legitime Möglichkeit, die Aufhebung des Gesetzes durch den Obersten Gerichtshof zu übergehen, falls eine bestimmte Anzahl der Knesset-Abgeordneten sich für das aufzuhebende Gesetz ausspricht. Zum anderen, es müsse ein Gesetz über die automatisch in Kraft tretende Immunität von Abgeordneten im Falle einer strafrechtlichen Verfolgung durchgebracht werden. Und, zu guter Letzt, man brauche eine Regelung, gerichtliche Forderungen dahingehend einzuschränken, dass sie lediglich von konkreten Geschädigten eingereicht werden und nicht von NGOs oder anderen gesellschaftlichen Organisation als Anklage einer „allgemeinen Ungerechtigkeit“.

Unter weiteren Forderungen des rechten Blocks sind Änderungen des Prozederes von Richterernennungen und Beschränkung auf maximal 12 Dienstjahre usw. Bei den Gerichten führten diese Pläne zu panischen Reaktionen. Um die Gesellschaft vom Kern des Problems abzulenken, verbreitete man die These, Netanyahu, unter dem Damoklesschwert der gegen ihn wegen der Korruptionsvorwürfe erhobenen Anklage, würde seine „natürlichen Verbündeten“ aus ultrarechten Kreisen nicht mehr bremsen, was wiederum dazu führen würde, dass die besagten Ultrarechten eine politische Kontrolle über die Polizei und Staatsanwaltschaft bekämen, die säkularen Gerichte abschaffen und Israel in einen „halachischen Staat“ verwandeln könnten. Ob das stimmt?

Die Abkürzung BaGaZ (hebräische Abkürzung von „Bet din Gewoha leZedek“ – „das Hohe Haus der Gerechtigkeit“, – Anm. d. Übers.) nimmt tendenziell mehr Platz nicht nur in den Medien ein, sondern auch in Gesprächen in der Gesellschaft.

Was ist der BaGaZ?

Als der Oberste Gerichtshof ist er gleichzeitig auch ein Appellationsgericht und ist in dieser Funktion als Prüfer von Entscheidungen der niederen Instanzen eine Zweite Instanz; nicht selten aber arbeitet er als die erste und letzte Instanz. In seinem Gesuch, adressiert an BaGaZ, muss sein Anmelder auf die Verletzung eines privaten oder öffentlichen Interesses hinweisen und dabei selbst ein Teil der betroffenen Community sein. Dieses Prinzip wird allerdings seit längerer Zeit nicht mehr beachtet: Es genügt auf eine Unstimmigkeit in Sachen des öffentlichen Interesses hinzuweisen; niemand fragt mehr danach, welcher Bezug der Antragsteller zu der genannten „Unstimmigkeit“ hat. Diese Tatsache wird seitens linksradikaler Kreise ausgenutzt und ihre Gesuche und Anträge häufen sich.

Am Obersten Gerichtshof Israels tut das BDS-Geld aus der EU seine Wirkung

Zu beachten wäre noch ein Aspekt, nämlich der, dass die Funktion des BaGaZ als Oberster Gerichtshofs weder ein Ermittlungsverfahren noch die Sammlung von Indizien vorsieht. So kann einfach eine emotionale Darstellung zum Erfolg führen. Nicht selten werden Entscheidungen zugunsten der „palästinensischen“ Antragsteller gefällt, welche von den Aktivisten der „Jesch Din“ vertreten werden und lediglich auf einem einzigen alten Dokument über den Landbesitz basieren, dessen Authentizität nicht überprüft wurde (Jesch Din – aus dem Hebr.: „Es gibt Recht“ – nennt sich eine israelische Menschenrechtsorganisation, die den „Palästinensern“ aus den sogenannten „besetzten Gebieten“ einen rechtlichen Beistand bietet. Jesch Din wird von der EU sowie von diversen Organisationen finanziell unterstützt, darunter von der BDS-Unterstützerin „Oxfam Deutschland“, – Anm. d. Übers.).

Es stellt sich hier die Frage, wie die BaGaZ-Entscheidung ausfallen würde, sollte jemand ein mürbes, 200 Jahre altes Papier vorlegen, dem man entnehmen könnte, dass das Stück Land, auf dem heute sowohl die Knesset als auch die BaGaZ-Gebäude stehen, zum arabischen Dorf Sheich Badr gehöre, dessen Bewohner im Zuge des israelischen Unabhängigkeitskrieges geflohen seien?

Wer bestimmt die 15 Richter?

Als das Oberste und gleichzeitig das Appellationsgericht kann BaGaZ jede Entscheidung einer untergeordneten gerichtlichen Instanz sowie aller staatlichen Institutionen, Kommunen, staatlicher Unternehmen anfechten oder für ungültig erklären. Wer aber wählt die 15 mächtigen Richter? Wir, das Volk, tun es nicht.

Alle Richter, auch die der niedrigeren Instanzen, werden vom Präsidenten ernannt, nachdem sie ihm durch ein dafür gebildetes Komitee vorgestellt werden. Das Komitee besteht aus drei Richtern des BaGaZ, zwei Ministern, einem Knesset-Abgeordneten und einem Mitglied der Anwaltskammer. Der Ernannte übt diese Tätigkeit aus bis zur Vollendung seines 70. Lebensjahres; die darauffolgende Rente beträgt über 50.000 Schekel monatlich (zum Vergleich: Das Durchschnittseinkommen in Israel belief sich im April 2019 auf 10.600 Schekel, also etwa 2.660 Euro, – Anm.

d. Übers.). Und wer wird unter diesen Umständen nicht mit den anderen BaGaZ-Richtern unisono singen, um diese Stelle zu behalten?

Vorschriften für Soldaten

Dem BaGaZ obliegt die Entscheidung in Fällen, wo gegen die staatlichen Institutionen und Organisationen geklagt wird, außerdem in jeder Sache, welche – der richterlichen Meinung nach – eine Ungerechtigkeit aufweist. Ja, nach richterlicher Meinung, wohlgemerkt. Ein Beispiel: Auf das Verlangen des Gerichts hin wurde eine Anweisung – ein 14-seitiges Dokument – entwickelt, die vorschreibt, wie sich ein Soldat der IDF bei einer Terrorattacke zu verhalten hat, speziell den Gebrauch der Waffe betreffend. Man stelle sich vor, im Bruchteil einer Sekunde muss man im Kopf 14 Seiten durchgeblättert haben, um eine korrekte Entscheidung zu treffen!

Verwischen die Grenzen zwischen Legislative und Judikative?

Man könnte das Bestreben der Richter, für jeden Bereich des gesellschaftlichen Lebens zuständig zu sein, „gerichtlichen Aktivismus“ nennen, der zur Vermischung der Legislativen und Judikativen führen würde, was nicht passieren darf. Dennoch finden solche Präzedenzfälle statt. Wir erinnern uns an die Geschichte mit dem oberen Militärrabbinern: Der Generalstabchef ernennt – völlig legitim – den Rabbiner Eyal Karim; seitens des Verteidigungsministers wird dies genehmigt. An dieser Stelle kommt BaGaZ ins Spiel und annulliert diese Ernennung, was von der Meretz-Partei initiiert wurde. Wie kam es, dass diese Ernennung in den Kompetenzbereich des Obersten Gerichts gelang?

Die religiös-politischen Ansichten der zu nominierenden Person stimmten mit denen der Meretz-Partei nicht überein. Wir sind aber doch „die einzige Demokratie im Nahen Osten“! Also kollidieren solche Ansichten nicht mit dem Gesetz. BaGaZ verfügt über keine Befugnisse, die Entscheidung der Exekutive rückgängig zu machen, solange sie dem Gesetz nicht widerspricht. Andernfalls würde es bedeuten, es handele sich um keine juristische, sondern eine „moralische“ Entscheidung, und man könnte meinen, dass die „Moral“ für BaGaZ ein dehnbarer Begriff wäre. Am 22. November 2016 verschob das Oberste Gericht zum wiederholten Male die Evakuierung der illegalen beduinischen Siedlung Umm al-Hiran in der Negev. Kurz davor wurde der Antrag auf die siebenmonatige Verschiebung der Räumung des jüdischen Außenpostens Amona jedoch abgelehnt.

Die Ungleichbehandlung zweier Dörfer

Seinerzeit stoppte BaGaZ die Entscheidung des zuständigen Gerichts über die Räumung im Dorf Beit Hanin: Sie betraf arabische Häuser, die auf jüdischem Boden gebaut worden sind. Die Begründung des Richters Danziger lautete damals: Die arabischen Einwohner hätten keine andere Behausung, das sei deren einziger Wohnraum… Im Fall Amona kam ein derartiges Argument niemandem in den Sinn. Der Beschluss über die Räumung in Beit Hanin wurde gefasst, nachdem die jüdischen Besitzer ihre Rechte auf das entsprechendes Stück Land vorweisen konnten. Dieser Fall und der Fall von Amona wiesen unübersehbare Ähnlichkeiten auf, dennoch befand das Oberste Gericht es für nötig, einzugreifen und den Entscheid über die Räumung der arabischen Häuser aufzuheben.

Ein jüdisches Haus in Amona vor seinem Abriss, den das Oberste Gericht beschlossen hat.

In seinem Artikel „Die Schlüsse, welche die Rechten aus der Zerstörung Amonas ziehen sollten“ schrieb Erez Tadmor:

„Seit bereits zweieinhalb Jahrzehnten treten die Richter des BaGaZ die Demokratie in unserem Land mit Füßen und fällen Entscheidungen der linken Agenda entsprechend. Richter und juristische Berater haben den Soldaten die Hände gebunden. Sie nahmen dem Staat die Möglichkeit, das Problem der illegalen afrikanischen Einwanderer vernünftig zu lösen. Immer wieder forderten sie eine Verschiebung des Sicherheitszauns, mit dem Ziel, diesen so weit wie möglich bis hinter die „grüne Linie“ zu verrücken (der Sicherheitszaun, in Deutschland besser als „Mauer“ oder „Sperranlagen“ bekannt, ist über 700 km lang und verläuft an der Grenze zu den sog. „besetzten Gebieten“ – Judäa und Samaria, im Westen „Westjordanland“ genannt. Der Bau des Zaunes begann 2002 nach der Zweiten Intifada und hat die Anzahl der Terroranschläge auf Israelis erheblich reduziert, – Anm. d. Übers.). Sie legalisierten den Landraub durch Araber in Judäa und Samaria, in Galiläa, in der Negev und in Jerusalem. Und, last but not least, sie mischten sich in politische Fragen ein.“

Die Linken haben Macht in Medien und Justiz

Was können also die Rechten daraus lernen? Nach 1977, als die Likud-Partei mit Menachem Begin an der Spitze an die Macht gekommen war und die Linken abgelöst hatte, nutzten diese eine andere Strategie, um das Land zu kontrollieren: Sie machten sich die Medien und das gesamte Rechtssystem zu eigen. Seitdem regieren sie das Land trotz wiederholter Wahlniederlagen durch diese Strukturen.

> Am 22. November 2016 verschob das Oberste Gericht zum wiederholten Male die Evakuierung der illegalen beduinischen Siedlung Umm al-Hiran in der Negev. Kurz davor wurde der Antrag auf die siebenmonatige Verschiebung der Räumung des jüdischen Außenpostens Amona jedoch abgelehnt.

Die Judikative steht über dem durch die Legislative gesetzten Recht. Wozu die Gesetze verabschieden, wenn sie von BaGaZ ohnehin verworfen werden? Außerdem: Wie findet die gegenseitige Kontrolle der drei Staatsgewalten statt? Wer kontrolliert den BaGaZ, den Obersten Gerichtshof? Was bedeutet „Gerechtigkeit“? Was für den Richter Danziger „gerecht“ ist, kann für mich verbrecherisch sein. Wer hat recht? Wie es der Wirtschaftswissenschaftler, Nobelpreisträger Milton Friedman formulierte: „Ich bin kein Verfechter der Gerechtigkeit. Ich bevorzuge die Freiheit, und Freiheit und Gerechtigkeit sind nicht dasselbe. Die Gerechtigkeit setzt voraus, dass jemand bewerten wird, was gerecht ist und was nicht.“ Eine solche Bewertung basiert aber auf der eigenen Position und den eigenen Interessen.

Es sollte dem Gericht verboten werden, die Gesetze zu interpretieren, insbesondere im Sinne „moralischer Werte“ und des „Humanismus“, denn diese Begriffe sind dehnbar und unpräzise. Ein Hühnerfrikassee ist sehr human für den Richter, den es sättigt, brutal jedoch für das Huhn. Wer kann entscheiden, dass Danzigers moralische Werte höher sind als die der Einwohner von Amona und Gusch Katif?

Der einzige Grund für die Aufhebung einer Entscheidung der Regierung muss ausschließlich der Umstand einer eindeutigen Gesetzeswidrigkeit sein. Die Interpretation eines Gesetzes im Sinne der „moralischen Werte“ ist der kürzeste Weg zum Amtsmissbrauch seitens der Justiz. Heutzutage beschäftigt sich BaGaZ, ohne dazu befugt zu sein, mit noch so kleinen Anliegen, welche zum Kompetenzbereich der Regierung gehören. Das rechte Lager kann die Wahlen gewinnen, die Knesset kann ganz rechts sein – es werden trotzdem keine Änderungen zu erwarten sein, solange das heutige BaGaZ bestehen bleibt. Im Grunde genommen, wird das Land vom BaGaZ regiert.

Ein Haufen Emporkömmlinge, welche aus ihren persönlichen Überzeugungen heraus über Staatsangelegenheiten richten – das ist das heutige BaGaZ. Demokratie? Fehlanzeige.

Das ist es, was die Rechten in ihren Vorhaben beachten sollten.

Israel muss man fühlen

Der bekannte Wanderweg Israel Trail ist mehr als nur eine sportliche Herausforderung.

Von Christian Seebauer

Autor Christian Seebauer

Meine Kinder träumen noch von einer besseren Welt. Viele Erwachsene haben das im Laufe der Zeit verlernt. Anstatt vom Guten zu träumen und daran zu arbeiten, bedienen wir im großen Stile Vorurteile und Klischees. Soziale Medien multiplizieren das noch. Wer Israel nur aus den Medien kennt, ist womöglich in einer negativen Filterblase gefangen, ohne es zu wissen und ohne das Land Israel und seine wunderbaren Menschen jemals selbst kennen gelernt zu haben. Da fällt es schwer, sich zu befreien und die Welt endlich einmal mit dem Herzen zu sehen.

Und wenn wir schon alles in einen Topf werfen, können wir auch gleich noch hinterfragen, wie wir bei uns zu Hause eigentlich dem Antisemitismus begegnen oder der Schoah gedenken. Wie sollen eigentlich meine Töchter etwas fühlen und begreifen, wenn schon manche Lehrer kaum etwas darüber wissen (wollen) und womöglich am liebsten um all das einen großen Bogen machen? Der Lehrplan hilft uns hier ebenso wenig weiter wie unsere Medien. Vergessen wir sie doch einmal kurz für den Augenblick!

Es geht um Zugangswege, am besten um ganz unbeschwerte und unpolitische Zugangswege. Es geht darum, Land und Leute kennenzulernen, Gefühle zu teilen, gemeinsam zu lachen, gemeinsam feuchte Augen zu bekommen. Und es geht auch einmal darum, den großartigen und vielfältigen jüdischen Anteil an unserer Kultur zu vermitteln.

Es geht um Gefühle, nicht um Theorie

Es ist wie bei einer Fremdsprache: Der eine lernt sie nur, weil er muss und kann nichts damit anfangen. Für den anderen sind ein paar Brocken in einer fremden Sprache der Zugang, um Gefühle zu teilen, um etwas zu verstehen. Zu verstehen, dass der andere ein interessanter, wertvoller und charmanter Mensch ist. Einer, der unsere Welt bereichert und Teil unserer Kultur ist. Einer, mit dem man etwas gemeinsam hat und einer, für den man etwas empfinden kann. Vielleicht sogar einer, in den man sich verlieben kann, oder in dem man einen guten Freund findet. Darum geht es nämlich! Es geht um echte Gefühle und die gelebte Praxis. Nicht um die Theorie, nicht um den Lehrplan und nicht um gute Noten.

Wer schon lange irgendwie spürt, dass weder die Medien, noch unsere Schulsysteme einen wirklich ehrlichen Zugang zur deutsch-jüdischen Freundschaft oder zur deutsch-Israelischen Freundschaft abliefern, sollte sich also aufmachen und seinen eigenen Zugangsweg finden. Und wenn er ihn gefunden hat, auch anderen vermitteln.

Klein und dankbar

Bei mir ist es das Wandern. Beim Wandern kann ich auch nach einem Streit wieder klare Gedanken finden, ich kann durchatmen, mich öffnen, werde klein und dankbar. Mit jedem Schritt erfahre ich, was in meinem Leben wirklich wichtig ist. Und auch: Was nicht. Ich kann loslassen von Vorurteilen und bin frei für das wahre Glück da draußen.

Und genau dieses wahre Glück habe ich auf meiner Extremwanderung „Israel Trail mit Herz – Das Heilige Land zu Fuß, allein und ohne Geld“ täglich erfahren. Niemand hat mich je nach meiner Herkunft gefragt, keiner hat mich wegen unserer Vergangenheit verurteilt. Jeder hat mir in Israel vorurteilsfrei geholfen, ein Stück Brot oder etwas Hummus geschenkt. Dass bei einem Stück geschenkten Brot immer wieder auch die Tränen fließen würden, hätte ich so nie für möglich gehalten. Die unglaubliche Hilfsbereitschaft und Nächstenliebe haben mich immer wieder überwältigt. Tiefe Scham, Demut, Dankbarkeit und Freude in einem Aufwasch – so ein intensives Gefühlsbad kannte ich so noch nicht. Es lässt mich auch nie mehr los!

Die ewigen Neinsager in meinem Bekanntenkreis hielten es für unmöglich, oder wenigstens für asozial, dass ich als „Dachauer“ ohne Geld ausgerechnet durch Israel laufen würde und dort 1.000 Kilometer um Brot und Wasser betteln würde. Andere hielten es für verantwortungslos gefährlich, schließlich hätte ich kleine Kinder und eine Frau. Allein die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Charlotte Knobloch, sagte mir weise und liebevoll: „Das wird funktionieren. Gehen Sie Ihren Weg! Man muss die Dinge selbst erleben, um sie (…) zu verstehen.“ Sie hat Recht behalten.

Viele, die sich heute auf den Israel-National-Trail begeben, scheitern, weil sie ihn als sportliche Herausforderung sehen. Der „Shvil Israel“, wie Israelis ihren Weg nennen, zählt laut „National Geographic“ nicht nur zu den 10 schönsten Fernwanderwegen der Welt, sondern auch zu den Härtesten. Meinen eigenen Weg sehe ich nicht als meine eigene Leistung, sondern er ist viel mehr die wunderbare Geschichte der vielen Menschen, die mir 50 Tage lang unterwegs Essen, Liebe und den Glauben geschenkt haben, „wenigstens für sie“ ein paar Meter weiterzugehen und nicht aufzugeben. Ihnen verdanke ich, all die wunderbaren Erfahrungen. Es ist die Geschichte der vielen Trail-Angels (Engel am Weg), die mich so sehr bewegt haben, dass sie mich ein Leben lang positiv begleiten wird. Es geht nicht darum, etwas allein durchzuziehen. Es geht darum, sich auf Israel und seine Menschen einzulassen, ihnen Glauben und Vertrauen zu schenken und am Ende etwas mit dem Herzen gesehen zu haben!

Heute versuche ich, andere für mehr Offenheit und den ersten Schritt zu begeistern. Als „Firmhelfer“ war ich letztes Jahr mit Jugendlichen in München in der Synagoge. Interesse: Mittelgroß. Dieses Mal wollte ich es besser machen und schrieb in den Veranstaltungsplan „Synagoge und Falafel“. Und siehe da: Volles Haus!

Wer also behauptet, junge Menschen interessierten sich nicht für jüdische Kultur, der liegt völlig falsch. Wir müssen es nur endlich richtig machen! Wir sollten erkennen, dass zum Verstehen zwingend auch Leidenschaft und Gefühle gehören. Fantasie ist gefragt. Und Geduld. Und Freude.

Bei meiner aktuellen Wanderung zum Mount Saharonim hatte Tina *) in den Felsen plötzlich Angst und erstarrte vor den Klettergriffen. Sie zitterte am ganzen Körper. Klar, ich hätte mit ihr umkehren können. Ich hätte sie auch anleinen und „hochziehen“ können. Oder ihr in purer Arroganz zeigen können, dass ich viel besser bin und die Gefahr lächerlich ist. Es hätte viele Möglichkeiten gegeben, um es – verzeihen Sie mir bitte den krassen Ausdruck – zu vermasseln.

Selbst geschafft

Tina hat keine Hilfe benötigt. Sie wollte diese Erfahrung ja selbst machen. Ich stand mit festem Grip hinter ihr, habe über die aufgehende Sonne erzählt, war begeistert und habe ihr gezeigt, wo sie ihren Fuß aufsetzen kann, um sich sicher abzustützen. „Wahnsinnig schön, oder?“ habe ich ihr dabei gesagt, obwohl ich wusste, welche Angst sie hatte. Tina hat es selbst geschafft und danach Tränen der Freude in den Augen gehabt. Und sie hat in Israel einen eigenen Baum für den JNF-KKL gepflanzt. Gefühle pur!

Israel. Juden. Holocaust. Antisemitismus. Alles hören wir immer nur in einem einzigen Atemzug. Dabei vergessen wir, dass unsere Kinder viele Fragen haben, neugierig sind, lernen und differenzieren möchten und durchaus verstehen wollen. Nehmen wir Ihnen doch endlich die Angst, etwas auf den ersten Schritten des Interesses falsch zu machen! Falsch ist nur, Freundschaft nicht zu wagen.

Als Adi und Eran, die ich auf den letzten Metern meines Israel Trails kennengelernt habe (und die vom Alter her meine Söhne sein könnten), uns hier besucht haben, hat es auch bei meinen Töchtern klick gemacht. Adi, Eran, Selina und Stella haben gemeinsam gekocht. Nicht israelisch. Auch nicht deutsch. Sondern nach eigener Fantasie. Adi und Eran hatten übrigens keine Kippa auf, zeigten aber meinen Mädels die mega-kitschigsten Kippas, die man auf Ebay überhaupt finden kann. Großes Gelächter und doch echtes Interesse, und endlich einen Interviewpartner, den man einmal alles fragen darf. Nebenbei haben sie über „koscher“ geredet, aber auch laut über die deftig bayrische Küche von Oma Brigitte gelacht. Die schmeckt nämlich auch hervorragend! Eran hat irgendwo ein Holzkreuz entdeckt (wusste gar nicht, dass wir eines haben) und lachend gemeint: „Jesus was a Jew. Nun essen wir gemeinsam das beste Essen der Welt!“ Ob man besser in Tel Aviv, Haifa, Berlin oder München studiert? Und dass Israelis die gleichen Noten auf der Gitarre spielen, wie Deutsche... Dass man sich in Tel Aviv besser verlieben kann als in München, blieb nicht unwidersprochen. Dass eine Geschichtslehrerin, die von Israel und/oder Juden keine Ahnung hat, so zielführend ist, wie eine Französischlehrerin, die noch nie in Frankreich war...

Die Kinder haben nicht bemerkt, dass ich meine Frau Conny gerade umarmt habe und unendlich glücklich war. Ja: Ich glaube an eine bessere Welt! Los geht's! Wir sind dran!

*) Name geändert

Autoreninfos:
Dipl.-Ing. Univ. Christian Seebauer, Jahrgang 1967, ist verheiratet und Vater zweier Kinder. Seit seiner Kindheit wandert er in den Alpen und betreibt Extremsport. Christian ist Webdesigner, Künstler und Bestsellerautor („Israel-Trail mit Herz“). Er setzt sich seit vielen Jahren mit Herzblut und großem medialen Echo für das deutsch-jüdische Zusammenleben ein.

Das Buch „Israel-Trail mit Herz“ gibt es direkt vom Autor signiert mit einer persönlichen handschriftlichen Widmung.

Hier gibt es mehr von Christian Seebauer zu sehen: www.israel-trail.com

Israelische Rabbis danken Trump für die Erfüllung biblischer Prophezeiungen

„Wir sind sicher, dass das Volk Israels Sie auf ewig hochpreisen wird."

(Israel Heute) US-Präsident Donald Trump steht einer Welle der Kritik und der Vorwürfe wegen Fehlverhaltens zu Hause gegenüber, und amerikanische Juden stellen sich meist gegen ihn. Doch im jüdischen Staat wird Trump weiterhin als das prophetisch bedeutendste US-Oberhaupt der jüngsten Vergangenheit gefeiert.

Ein Brief, der letzte Woche an das Weiße Haus geschickt wurde, dankte Trump und US-Außenminister Mike Pompeo dafür, dass sie die jahrzehntelange amerikanische Politik, die jüdischen Siedlungen in den biblischen Kerngebieten Judäa und Samaria als illegal anzusehen, rückgängig gemacht haben.

Der Brief wurde von nicht weniger als 250 prominenten israelischen Rabbinern unterzeichnet, darunter die beiden Oberrabbiner des Landes, Rabbi David Lau und Rabbi Jitzhak Josef.

Einige Passagen aus dem Brief:

„Vor über 2.500 Jahren stand der Prophet Jeremia auf und prophezeite, dass das Volk Israel in die Berge Samarias zurückkehren und dort Weinberge pflanzen wird: „‚Du sollst wiederum Weinberge pflanzen an den Bergen Samarias'. In den Städten Judäas sagte Jeremia: „Man wird noch dies Wort wieder reden im Lande Juda und in seinen Städten, wenn ich ihr Gefängnis wenden werde: Der HERR segne dich".

Wir fühlen uns geehrt, zu der Generation zu gehören, in der eine dieser Prophezeiungen erfüllt wird, so wie all die anderen Prophezeiungen. Vor 130 Jahren begannen Juden aus aller Welt, nach Israel zurückzukehren. Vor 72 Jahren wurden wir von der Fremdherrschaft befreit. Vor 52 Jahren durften wir nach Jerusalem, Hebron und anderen Städten von Samaria und Judäa zurückkehren.

Unsere Feinde schweigen nie und versuchen, den Prozess zu stoppen. Aber G-tt hat unserem Vorfahren Abraham bereits versprochen: „Und dein Same soll besitzen die Tore seiner Feinde". Und mit eigenen Augen sehen wir, was mit uns passiert: „Euer fünf sollen hundert jagen, und euer hundert sollen zehntausend jagen; denn eure Feinde sollen vor euch herfallen ins Schwert." Wir freuen uns besonders über den Segen des Friedens. Auf den schönen Bergen Israels, in der wachsenden israelischen Wirtschaft. Für die Welt, die Mission Israels zu erkennen, der Welt einen Segen zu bringen, den Glauben zu bringen, die Gerechtigkeit zu stärken und den Frieden zu bringen. Vor zwei Jahren haben Sie, die Vereinigten Staaten, uns und Jerusalem als unsere Hauptstadt anerkannt. Dann gab es die Ankündigung über die Golanhöhen und jetzt sind wir dazu gekommen, die Rechtmäßigkeit der Siedlungen in Judäa und Samaria anzuerkennen.

Die Vereinigten Staaten von Amerika waren welche der ersten, die die Gründung des Staates Israel unterstützten. Die Präsidenten der Vereinigten Staaten haben sich auf die Seite Israels gestellt und die Vision der Propheten von der Rückkehr Zions und des Staates Israel geteilt.

Sie haben jetzt ein besonderes Verdienst, der erste Präsident zu sein, der diese Anerkennung vornimmt. Wir sind sicher, dass man sich auf den Lippen des Volkes Israel für immer an Sie erinnern wird, als jemanden, der an vorderster Front stand und keine Angst hatte. Und Sie könnten das Versprechen erfüllen, das G-tt Joshua gegeben hat: „Siehe, ich habe dir geboten, dass du getrost und freudig seist. Lass dir nicht grauen und entsetze dich nicht; denn der HERR, dein Gott, ist mit dir in allem, was du tun wirst."

Rabbi David Lau, der aschkenasische Oberrabbiner Israels

Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!

Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!

Liebe Leserinnen und Leser,

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum. Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit.

Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung!

Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!

Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark.

Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!

Ihre JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion

„Woran ich auch denke, Auschwitz ist immer präsent“

Zum 90. Geburtstag des Literaturnobelpreisträgers Imre Kertész

Von David Schimanovskij

Imre Kertész nach der Nobelpreisverleihung in Stockholm 2002

AFP

Im Jahre 2002 jubelte Ungarn: Zum ersten Mal wurde der Literaturnobelpreis einem ungarischen Schriftsteller verliehen. Einige schienen jedoch konsterniert: „Soll er ‚unser‘ sein? Kertész ist ein Jude reiner Abstammung, und für den Nobelpreis wurde er auf Vorschlag der Deutschen hin nominiert.“

Imre Kertész wurde am 9. November 1929 in Budapest als einziges Kind in eine assimilierte jüdische Familie hineingeboren; seine Muttersprache war Ungarisch. Sein Großvater Adolf Klein wechselte in der Zeit der Magyarisierung (Assimilierung der nationalen Minderheiten, - Anm. d. Übers.) seinen Namen auf Kertész.

Mit zehn Jahren erlebte Imre die Scheidung seiner Eltern und kam ins Internat. Auch in Ungarn war Ende der 1930er eine schwere Zeit, es wütete das autoritäre Regime Horthys, der antisemitische Gesetze einführte. Im März 1944 okkupierte die deutsche Wehrmacht Ungarn und an die Macht kam der pronazistische Szálasi. Im Juli 1944 wurde Imre Kertész, der damals nicht einmal 15 Jahre alt war, verhaftet und nach Auschwitz deportiert; dank dem Rat eines erfahrenen Häftlings machte er sich bei der Selektion zwei Jahre älter und konnte so dem sicheren Tod entkommen: Kinder wurden als „Unbrauchbare“ in die Gaskammer geschickt; Erwachsene arbeiteten und hofften dies zu überleben.

Der Schriftsteller Imre Kertész war bereits über 70, als er eine Kopie der Häftlingsliste von der Gedenkstätte Buchenwald erhielt; eine Liste, in der das Datum „18. Februar 1945“ vermerkt wurde. Unter der Rubrik „Ausgeschieden“ las er über den Tod des Häftlings Nr. 64921 Imre Kertész… Damals wurde er jedoch, schwer krank, ins Lagerspital gebracht, und am 13. April 1945 befreiten amerikanische Truppen das Lager, was ihm das Leben rettete.

Zurück in Budapest beendete Imre seine schulische Ausbildung und bekam 1948 eine Stelle bei der Zeitung „Világosság“, welche 1951 zu einem Parteiorgan der Kommunisten wurde. Kertész als „ideologisch Ungefestigter“ verlor jedoch seine Stelle und musste zum Militärdienst. Danach verdiente er unregelmäßig seinen Lebensunterhalt beim Rundfunk, schrieb Texte für Radioinszenierungen und Musicals, jobbte bei der Hochschule für Kinematographie. In diesen Jahren regierte in Ungarn Mátyás Rákosi, ein totalitärer Stalinist. Um nicht als „Schmarotzer“ zu gelten und so in die „Umerziehung“ zu geraten (das typische Vokabular dieses Regimes), nahm Imre eine Festanstellung an. Tagsüber schuftete er als Fabrikarbeiter, seine Nächte widmete er der Literatur: Er schrieb Prosa „für irgendwann“ und machte Übersetzungen.

„Immer wollte ich verstehen, warum Menschen so sind“

Literarische Tätigkeit wurde für Kertész zum Synonym vom „Leben“, sein Leitmotiv – die Erinnerung an die Schrecken des Nazismus. Dennoch traute sich Kertész sein erstes Werk über den Holocaust erst im Jahre 1961 zu schreiben. Er arbeitete zehn Jahre daran, weitere fünf Jahre kämpfte er für die Veröffentlichung. Im sozialistischen Ungarn gab es keinen Bedarf für dieses Thema, sodass der Roman „Schicksalslosigkeit“ – auf Deutsch erschienen unter dem Titel „Roman eines Schicksalslosen“ – weder von den Kritikern noch vom Publikum beachtet wurde. Den Titel seines Buches deutete Imre Kertész auf folgende Weise:

„Was bezeichne ich aber als Schicksal? Auf jeden Fall die Möglichkeit der Tragödie. Die äußerste Determiniertheit aber, die Stigmatisierung, die unser Leben in eine durch den Totalitarismus gegebene Situation, in eine Widersinnigkeit presst, vereitelt diese Möglichkeit: Wenn wir also als Wirklichkeit die uns auferlegte Determiniertheit erleben statt einer aus unserer eigenen – relativen – Freiheit folgenden Notwendigkeit, so bezeichne ich das als Schicksalslosigkeit.“

(Zitiert aus: Imre Kertész, Galeerentagebuch, Eintrag vom Mai 1965, - Anm. d. Übers.)

Die Hauptfigur des Romans ist ein jüdischer Junge namens Düry Köves, welcher erst ins Ghetto und später ins KZ kommt; dort lernt er, „ein Leben zu leben, das kein Überleben zulässt“ und wird auch Zeuge dessen, wie die Gewaltopfer immer mehr physischen und psychischen Entwürdigungen ausgesetzt sind. Er ist erstaunt, wie durchdacht und logisch dieses System von den Deutschen aufgebaut ist. Und er kommt zu einer absurden, einer kafkaesken Schlussfolgerung: „Bereits am Gymnasium hätte man uns Auschwitz beibringen sollen.“

1977 wurden zwei Erzählungen von Kertész veröffentlicht („Der Spurensucher“ und „Detektivgeschichte“), 1988 „Fiasko“ und später „Kaddisch für ein nicht geborenes Kind“ – das letzte Buch in der Trilogie über die Odyssee von Imre Kertész. Er schrieb in seinem Tagebuch: „Denke ich an einen neuen Roman, denke ich wieder nur an Auschwitz. Es ist uns nicht gegeben, anzufangen, von neuem zu leben. Ich führe mein Leben fort – dieses immer gleiche leblose, erstarrte Leben.“

Protagonist des „Kadischs“ ist derselbe wie im ersten Roman. Er heiratet eine nach dem Krieg geborene Jüdin, die wunderschön ist und von einem Kind träumt. Der Ehemann verweigert ihr jedoch entschieden diesen Wunsch – er kann seine Angst, in dieser Welt, wo ein Holocaust möglich ist, nicht überwinden: „Niemals darf mit einem anderen Kind das geschehen, was mir in meiner Kindheit widerfahren ist… Was, wenn es später sagt: ‚Ich will kein Jude sein?‘“

Er blieb nach 1956 in Ungarn

Kertész wurde oft „Dissident“ genannt, verließ Ungarn nach 1956 jedoch nicht. In seinem Essay schrieb er: „Uns war klar, dass wir von einer kriminellen Bande regiert werden, welche nach den Gesetzen einer kriminellen Welt schaltet und waltet. Der Einmarsch der sowjetischen Truppen [1956] in Ungarn war das Paradebeispiel einer solchen kriminellen Aktion, und sie hat einen tiefen Einschnitt in unserem Gewissen hinterlassen.“

Er lebte eine Zeit lang in Berlin, ging aber irgendwann nach Ungarn zurück, obwohl er wusste, dass selbst nach dem Fall der kommunistischen Diktatur das Erbe des Vergangenen noch lange zu spüren sein wird. In der Erzählung „Protokoll“ (1991) zeigte Kertész die Willkür der knallharten, herzlosen Macht im postkommunistischen Ungarn; sein bitteres Fazit war: „In diesem Land, wo mir zuteilwurde, zu leben sind alle Gesetze immer […] gegen mich gerichtet und sind widerrechtlich. Jahrzehnte lang malträtiert, gedrillt, mit dem Bewusstsein eines Minderwertigen; wenn auch nicht gleich zu Tode gequälter Bürger; selbst hier und jetzt wurde ich von dem stechenden Mitleid zu mir selbst überwältigt… Bis zum heutigen Tag lebte ich wie ein Sklave, meine Gedanken, mein Talent, mein wahres

‚ich' tief vor allen verbergend, denn ich wusste: Nur als Sklave kann ich frei sein."

Außer Romanen und Essays schrieb Kertész Memoiren und Publizistik. Seine Bücher sind in zahlreiche Sprachen übersetzt, zwei Romane wurden verfilmt. Zu seinen Auszeichnungen zählen vier ungarische Literaturpreise und der St.-Stephan-Orden, die Goethe-Medaille, der Große Preis der Leipziger Buchmesse, der Preis der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung; Kertész wurde außerdem zum Mitglied der Berliner Akademie der Künste gewählt. Den Literaturnobelpreis bekam er „dafür, dass er mit seiner schöpferischen Tätigkeit nach einer Antwort auf die Frage sucht, wie ein Individuum in einer Zeit, in der die Gesellschaft sich eine Persönlichkeit immer eifriger unterwirft, weiterleben und denken kann..."

Imre Kertész starb am 31. März 2016 und wurde in Budapest beigesetzt.

„Man darf niemanden zwingen, Jude zu sein"

Über seine Kindheit schrieb Kertész: „Wir waren städtische, Budapester Juden, im Grunde genommen, keine Juden (allerdings auch keine Christen), welche jedoch am Jom Kippur streng fasten – unbedingt, bis zum Mittag…" Es gab entfernte Verwandte aus einem ungarischen Dorf, später wurden sie in Auschwitz verbrannt; sie waren „echte" Juden: „Morgens – Gebet, abends – Gebet, vor dem Essen – Gebet; Gebet, um Wein zu trinken… Und es waren gute, liebe Menschen."

Erst im Konzentrationslager verstand Imre, wer er ist: „Immer wichtiger wurde für mich, dass auch ich Jude bin, besonders, als klar wurde, dass dieser Umstand mit dem Tod bestraft wird. Später akzeptierte ich den Gedanken, Jude zu sein… Mit der Demut eines Untergehenden begriff ich: Diese Gedanken hören auf zu existieren, sobald ich zu existieren aufhöre."

Kertész legte keinen Wert auf traditionelles jüdisches Leben, betrachtete jedoch seine Zugehörigkeit zum jüdischen Volk als einen wegweisenden Umstand in seinem Schicksal. Mehrmals war er in Israel, unterstützte es und kämpfte unermüdlich gegen Antisemitismus.

Der Schriftsteller beschreibt mit einer großen psychologischen Genauigkeit die Verwirrung seines Protagonisten, als dieser von seinen jüdischen Wurzeln erfährt: Unter der Boshaftigkeit, Beschränktheit und dem Fanatismus einiger seiner Freunde und Kollegen litt er besonders. Die unumgänglichen und sinnlosen Diskussionen über Antisemitismus bedrückten ihn extrem, denn Antisemitismus sei keine Überzeugung, sondern „…Moral der Verzweiflung, Vitalität der Untergehenden."

Im Interview mit der Zeitung „Zeit" betonte Kertész, dass er sich in Budapest als Verbannter fühle: „Es ist sehr schwer dort zu arbeiten, wo ein unverhohlener Antisemitismus herrscht." Er verließ den Verband der ungarischen Schriftsteller, um ein Zeichen gegen die Toleranz seiner Führungsspitze gegenüber der Judophobie zu setzen: „Nach Jahrzehnten des Totalitarismus will ich nicht in die Definition des ‚Jüdischen' hineingepfercht werden. Nie verleugne ich meine Herkunft – diesen im Himmel entschiedenen Zufall –, werde aber nie zulassen aufgrund meiner Abstammungsurkunde diskriminiert zu werden… Ich verstecke mich hinter keiner Rassen-, National- oder Gruppenidentität, ich verlange keine Befugnisse, um lauthals ihre Rechte zu propagieren und in ihrem Namen zu richten, abzulehnen, zu verfluchen."

Die Gleichgültigkeit der Gesellschaft der Tragödie des Judentums gegenüber trieb Kertész nicht selten in die Verzweiflung: „So ist die moderne Welt; du hast hier kein eigenes Schicksal, keine Möglichkeit, dich deinem Ziel zu nähern, du wirst bloß von den Umständen geleitet. Du bist Jude? – was soll's, trage den gelben Stern, gehe dorthin, wo du hingehen sollst, auch wenn es die Gaskammer ist." Dabei konnte er sich weder den Agnostizismus von Wittgenstein („Es gibt keine Erklärung für Auschwitz"), noch Adornos Aussage, „…ob nach Auschwitz noch sich leben lasse", zu eigen machen.

Seine persönliche Erfahrung in der nazistischen Hölle war für ihn ausreichend, um ein Zeuge der Anklage wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu sein: „Als einen besonderen Glücksfall, ja ein Geschenk Gottes betrachte ich die Tatsache[…], als stigmatisierter Jude in Auschwitz gewesen zu sein… Dass ich dank meiner Herkunft etwas überlebt habe, dem in die Augen geschaut habe, etwas für alle Zeiten erfahren habe, von dem ich mich nie lossagen werde, niemals, um keinen Preis der Welt."

Kertész wandte sich der Thora zu und verspürte das Bedürfnis, der Welt bei der Aufarbeitung der apokalyptischen Geschichte der Schoah zu helfen: „Hätte Moses ein Tagebuch geschrieben, hätte er wahrscheinlich etwas Ähnliches formuliert, bevor er zu den Juden hinausgegangen wäre, um sie zu dieser 40-jährigen Wanderung auf der Suche nach Kanaan aufzurufen."

Genau darin sah er seine Mission: „Ein Medium zu sein, durch welches der Geist von Auschwitz zu den Menschen spricht. Auschwitz spricht aus mir heraus… Auschwitz und alles, was mit ihm zu tun hat, ist ein ultimatives Trauma eines europäischen Menschen. Es werden womöglich Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte vergehen, bevor wir es begriffen haben."

Übersetzung aus dem Russischen von Irina Korotkina

Die Ausstellung „Nicht mehr verschüttet" in Wien

Sensationsfunde jüdisch-österreichischer Geschichte im Haus der Geschichte Österreich

Von Wolfgang Peschel

Das „Haus der Geschichte Österreichs" in Wien

Sie schauen aus wie kleine Glasschuhe, sind etwa 10 Zentimeter groß – es sind sechs Tintenfässer. Daneben liegen mehrere Blechteller mit Dellen in einem Glasbehälter. Und dann: wiederum in einem Glasbehälter: zwei Brandbomben, die einen erschaudern lassen.

An die 100 Objekte sind seit kurzem im „Haus der Geschichte Österreich" (hdgö) in der Wiener Hofburg zu sehen. Es sind Sensations-Fundstücke, die bei einer Ausgrabung Anfang 2018 in den Kellerräumen in der Wiener Malzgasse 16 entdeckt wurden. An dieser Adresse befand sind früher – ab 1870 – eine Talmud-Thora-Vereinsschule. Ab 1904 war dort auch eine Synagoge. Und das 1895 gegründete erste jüdische Museum der Welt zog ab 1912 in die Malzgasse 16 ein. In der Pogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938 wurden dann Schule und Synagoge von Nazi-Schergen verwüstet. Das Museum war schon zuvor geplündert worden.

Die wechselvolle Geschichte der Malzgasse 16 erzählen nun die aus meterhohem Schutt geborgenen Objekte. Die Ausstellung „Nicht mehr verschüttet. Jüdisch-österreichische Geschichte in der Wiener Malzgasse" zeigt sie eindrucksvoll. Bis zum 19. April 2020 ist die Ausstellung, die in Kooperation mit dem Israelitischen Tempel- und Schulverein Machsike Hadass konzipiert und umgesetzt wurde, zu sehen.

„Die Kellerräume der Malzgasse 16 haben einen kulturhistorischen Schatz freigegeben. Auf wenigen Kubikmetern befand sich die komprimierte Geschichte eines besonderen Ortes. Stück für Stück wurden hier wertvolle religiöse Fundstücke neben architektonischen Kleinoden und Gegenständen aus dem Schulalltag freigelegt. Brandsätze zeugen vom gewaltvollen Ende des Lehrbetriebs. Jedes einzelne dieser mehr als 100 Objekte und Objektkonvolute erzählt Geschichten, die durch unsere Ausstellung ans Tageslicht kommen", erklärt Monika Sommer, Direktorin des hdgö.

Die 1870 gegründete Talmud-Thora-Schule sorgte sich von Beginn an um bedürftige Kinder. Als im Zuge eines Schulneubaus 1907 auch eine Schulküche eingerichtet wurde, konnte für etwa 80 Schulkinder aus ärmeren Verhältnisse auch Mittagessen gekocht werden. Über den Mittagstisch hinaus konnten die Bedürftigen auch Kleidung und Schuhwerk bekommen. Im Schutt fanden sich nun viele Lederschuhe für Buben und Mädchen. Aus dem Küchenbetrieb wurden etliche Gegenstände entdeckt wie Koch- und Essgeschirr, Topfhandschuhe und diverse Glasflaschen.

Zu den Überresten der ehemaligen Innenausstattung der Synagoge gehören drei Uhrenblätter mit römischen Ziffern, lateinischen und hebräischen Buchstaben. Zur religiösen jüdischen Praxis gehören drei Gebetzeiten am Tag, morgens, mittags und abends. Der Fund zeigt jene Zeiten, in denen sich Gläubige in der Malzgasse zum Gebet trafen: Ein Abdruck am großen Uhrenblatt kündigt das Morgengebet für zumeist 10 Uhr an, am kleinsten wird das Abendgebet nach Einbruch der Dunkelheit angezeigt.

„Ich freue mich, dass es in Zusammenarbeit mit dem Haus der Geschichte Österreich gelungen ist, nicht nur die öffentliche Präsentation unserer Fundstücke zu realisieren, sondern auch einen ersten Schritt in Richtung eines ‚Gedenkortes Malzgasse 16' zu setzen. Unser Ziel ist es, eine Möglichkeit zur dauerhaften Präsentation der Objekte und der Geschichte des Ortes zu schaffen und wir sind zuversichtlich, hier künftig breite Unterstützung zu erhalten, so Erwin Steiner, Obmann des Israelitischen Tempel- und Schulvereins Machsike Hadass.

Ein Jude allein gegen die DDR

Eine Rezension des Buches von Michael Berger

Von Dr. Nikoline Hansen

Auch wenn der Titel reißerisch klingt: Tatsächlich schildert das Buch den Kampf eines Einzelnen gegen ein System, das ihm keine Luft zum Atmen ließ. Und um es vorweg zu nehmen: Es ist ein wichtiges Buch. Gerade in Zeiten der „Ostalgie" leistet es einen bedeutenden Beitrag gegen das Vergessen, und es erklärt dabei auch einige der undemokratischen Tendenzen, unter denen wir derzeit leiden, wie das Erstarken des Rechtsextremismus gerade in den sogenannten Neuen Bundesländern.

Dass das Buch geschrieben werden konnte, indem es zugleich zurückblickt und doch auch die Vergangenheit teilweise akribisch wiedergibt, ist dem System der unglaublich aufwändigen Bespitzelung in der DDR-Diktatur zu verdanken, wie der Autor in seiner Danksagung schreibt, da die „hier beschriebenen Ereignisse minutiös protokolliert und so vor dem Vergessen bewahrt" wurden. Zeitweise wurde Gabriel Berger von drei IMs gleichzeitig beobachtet, darüber hinaus erhielt er regelmäßige Besuche einer „IM Bärbel", die die Ergebnisse ihrer Recherchen ebenfalls zeitnah an ihre Stasi-Vorgesetzten übermittelte.

In Frankreich geboren, als Kernphysiker in der DDR

Berger gehörte in der DDR einer kleinen privilegierten Minderheit an. Als Kind jüdischer Eltern 1944 in Frankreich geboren, war er als Verfolgter des Naziregimes anerkannt, nachdem sein Vater sich aufgrund des in Polen unerträglichen Antisemitismus 1957 für das Leben in der DDR entschied. Er durfte studieren, wurde Physiker und arbeitete im Kernforschungszentrum Rossendorf. Schon während seines Studiums hatte er enge Kontakte ins befreundete sozialistische Ausland, insbesondere nach Polen, und war den real existierenden sozialistischen Regimen gegenüber kritisch eingestellt. Seinen Ausreisewunsch, der immer stärker wurde, begründete er mit ausgefeilten philosophischen Texten mit Bezug auf die Menschenrechte. Viele dieser Schreiben sind in den Akten der Staatssicherheit im Original enthalten und werden im Buch zitiert. So etwa der überaus lesenswerte Brief „Keine Toleranz mit Intoleranz", den er an die Leitung seines Instituts richtete und in dem er unter anderem schreibt:

„Unter Toleranz verstehe ich die aus der menschlichen Unvollkommenheit folgende Anerkennung des Prinzips, wonach alle ihre Meinung äußern dürfen, auch diejenigen, von denen angenommen wird, dass sie sich irren. Dieses in der Naturwissenschaft selbstverständliche und allgemein anerkannte Prinzip der freien Meinungsäußerung wird in der Gesellschaftswissenschaft und in der gesellschaftlichen Praxis oft zugunsten des Diktats einer herrschenden Meinung missachtet. ... Das Prinzip der Toleranz setzt notwendig eine aktive Verteidigung der Toleranz voraus."

Schon aus diesem kurzen Zitat wird deutlich, dass Berger es seinen Widersachern – dem Staat und seinen Vertretern – nicht leicht gemacht hat. Er blieb hartnäckig. Dies hat dann wohl auch dazu beigetragen, dass die Ausreise nicht ohne vorherige Inhaftierung vonstattenging. Während der Haftzeit benutzte er seine jüdische Herkunft als Druckmittel, was wahrscheinlich noch härtere Konsequenzen verhinderte. Berger schreibt dazu:

„Die Verwendung jüdischer Symbole als Druckmittel mag manchen Lesern als unangemessen oder sogar missbräuchlich erscheinen, zumal mein Leben in der DDR von der kommunistischen Ideologie und nicht vom Judentum geprägt war. Allerdings ist mir, wie den meisten Jugendlichen in jüdischen Familien in der DDR, oft neben der kommunistischen Ideologie auf atheistischer Basis ein diffuses Zugehörigkeitsgefühl zur jüdischen Tradition vermittelt worden. Darüber hinaus gehörten wir, die Abkömmlinge jüdischer Eltern, im Gegensatz zu den uns umgebenden nichtjüdischen Deutschen, in unserer Empfindung zu den Siegern."

Vielleicht erklärt auch diese vermeintliche Position der Stärke, dass Gabriel Berger zu keinem Zeitpunkt gewillt war aufzugeben, und sich mit dem Gefängnis DDR zu arrangieren. Sein unbändiger Freiheitswille passte nicht in die DDR: „...sie benötigte gehorsame Bürger, deren Neugier genau an den Grenzen ihres Ministaates Halt machte."

Dass die Bezugnahme auf das Judentum allerdings auch nicht ungefährlich war, wurde Berger wahrscheinlich erst bewusst, als er nach verbüßter Haftstrafe in die Bundesrepublik ausreisen durfte. Denn der Zionismus wurde in der DDR als Gefahr wahrgenommen. Die Stasiprotokolle hielten fest: „Berger unterhielt persönliche Verbindungen zu Vertretern des Zionismus in der DDR, verweigerte aber die Aussagen ... Verbindungen des Berger zu Zionisten in Berlin wurden angedeutet, konnten aber nicht aufgeklärt werd

Tatsächlich hatte Berger, wie er schreibt, zahlreiche jüdische Freunde in der DDR, allerdings:

„Obwohl die Juden in der DDR seit Ende der 50er Jahre materiell und sozial privilegiert waren, überwog bei ihnen die Ängstlichkeit, sich als Jude zu outen. Denn trotz offizieller Beteuerungen, alle Erscheinungen des Antisemitismus hart zu bestrafen, waren doch die Juden über die jüngste nationalsozialistische Vergangenheit Deutschlands bestens im Bilde. Mein Vater war sicher keine Ausnahme mit seiner immer wieder geäußerten Vermutung, von ehemaligen Nazis umgeben zu sein. Bei unserer Ankunft 1957 in der DDR schärfte er den Kindern ein, nie unsere jüdischen Wurzeln preiszugeben."

Auch gegen dieses Verbot hat Berger sich aufgelehnt, indem er sich im Gefängnis auf diese Wurzeln berief und von dem „antifaschistischen Staat" auch Taten einforderte. Das war nicht ungefährlich, denn in den Gefängnissen waren neofaschistische und nazistische Ideologien durchaus verbreitet – eine Tatsache, in der er auch eine Gefährdung der Bundesrepublik durch freigekaufte DDR-Häftlinge sah. Auch eine weitere Gefahr erwähnt Berger quasi in einem Nebensatz – nämlich die Tatsache, dass in einigen Bereichen auch internationale Netzwerke agieren, deren Wirken nicht ungefährlich ist. So fand er das Original seiner Bewerbung bei der IAEA, der UNO-Atomenergie-Agentur, in seinen Stasiakten wieder – wahrscheinlich waren sie über sowjetische Kanäle dorthin gelangt, denn man hatte ihm bereits bei der Bewerbung gesagt, dass sowjetische Beamte dort ein Vetorecht hätten. Die Brisanz einer derartigen Einflussnahme liegt auf der Hand.

Das Buch ist zugleich Autobiografie und ein lesenswertes Stück Zeitgeschichte. Einige Dokumente sind im Original abgelichtet und zeugen von der Absurdität, die das System an den Tag legte, um eine einzige, vermeintlich gefährliche Person, zu bespitzeln, zu gängeln, und letztlich zu inhaftieren. Nur der internationalen Gemengelage verdankte Berger, dass er direkt nach Haftende aus der DDR abgeschoben wurde und ein neues Leben im Westteil des deutschen

Staates beginnen konnte. Seine Anerkennung als Verfolgter des Naziregimes war ihm übrigens in der DDR aberkannt worden, ein Widerspruch blieb erfolglos: „Erst im Jahre 2001, zwölf Jahre nach der Wende, erklärte das Sozialgericht Düsseldorf die gegen mich 1976 verhängte Aufhebung der VdN-Anerkennung für rechtswidrig."

Gabriel Berger: Allein gegen die DDR-Diktatur. Bespitzelt vom Ministerium für Staatssicherheit im Osten und Westen (1968-1989) Berlin: Lichtig Verlag
ISBN 978-3-99905-41-0

Tabubrüche und Grenzöffnungen

Marko Martins neuer Sammelband über die ehemaligen osteuropäischen Dissidenten, die zu einem großen Teil Juden sind

Von Chaim Noll

„Dissidentisches Denken" nennt Marko Martin sein Buch über Begegnungen mit Intellektuellen des 20. Jahrhunderts, im Untertitel „Reisen zu den Zeugen eines Zeitalters", und tatsächlich hat er etliche der 25 mehr oder weniger berühmten Jahrhundert-Zeugen noch persönlich getroffen.

Dabei sind die Lebensgeschichten der Dissidenten-Autoren so miteinander verwoben, dass ein Gesamtbild der wichtigsten geistigen Bewegungen des vergangenen Jahrhunderts entsteht, in Europa und darüber hinaus. Raissa Orlowa-Kopelew, Manés Sperber, Hans Sahl, Zofia Hertz, Melvin J. Lasky, Pavel Kohout, Arthur Koestler, Aharon Appelfeld, Alexander Spiegelblatt oder Edgar Hilsenrath – auffallend viele Texte des Buches gelten jüdischen Intellektuellen, die als Denker und Vordenker für die Geistesgeschichte des 20. Jahrhunderts entscheidend waren.

Wer kann überhaupt ein solches Buch schreiben? Die Männer und Frauen, die darin vorgestellt werden, lebten verstreut über die ganze Welt, und es bedurfte eines Weltreisenden, um so viele von ihnen zu besuchen. Sie haben Unmengen Bücher verfasst, aus Büchern zitiert und sich kritisch mit ihnen auseinandergesetzt, sie sind von den Werken berühmter Autoren beeinflusst, gehören zu philosophischen Schulen und geistigen Richtungen. Mit einem Wort – es bedurfte eines manischen Lesers, um all das zu überblicken. Und dann muss, wer diesen Menschen ein Denkmal setzen will, verstehen, worum es ihnen ging, muss ihren Impetus nachfühlen können, also Erfahrung mit totalitären Systemen haben, am besten am eigenen Leib.

Alle diese Qualifikationen kommen in Marko Martin zusammen, dem 1970 im sächsischen Burgstädt geborenen Publizisten, der sich seit Jahrzehnten mit der Dissidenten-Literatur des 20. Jahrhunderts beschäftigt. Diese Literatur, ein von Grund auf oppositionelles Schreiben, war von weltweiter Wirkung und hat das Denken kommender Generationen entscheidend geprägt. Die Freiheit heutigen westlichen Denkens ist ohne die Tabubrüche und Grenzöffnungen der Dissidenten nicht denkbar, eine Freiheit, die inzwischen wiederum – durch political correctness und neue Denkverbote – in Gefahr geraten ist. Umso wichtiger die Erinnerung an diese Schriftsteller, Philosophen und Überlebenden des Schreckens. Ihre Lebenshaltung, ihre Zivilcourage, ihr „dissidentisches Denken" sind auch heute Muster der Ermutigung.

Das 20. Jahrhundert war nicht nur die Epoche der totalitären Systeme, das „Jahrhundert der Wölfe", wie es Nadeshda Mandelstam, die Witwe des im Gulag zu Tode gekommenen Petersburger Dichters Ossip Mandelstam, einst summarisch nannte, das Zeitalter von Faschismus, Stalinismus, Nationalsozialismus, Realsozialismus, es war auch die Zeit des Aufbegehrens und intellektuellen Widerstands gegen die Diktatur, eines bekennenden Individualismus als Gegenbild zur anbefohlenen Vermassung, eines Außenseitertums zur Bewahrung des Humanen in Zeiten überhand nehmender Unmenschlichkeit.

Marko Martin ist mit dem Thema Außenseitertum und Dissidenz groß geworden. Sein Vater und Großvater haben – aus religiösen Gründen – in der NS-Zeit respektive in der DDR im Gefängnis gesessen, er selbst ist als 19-Jähriger aus der DDR in den Westen emigriert, um einem ähnlichen Schicksal zu entgehen. Von daher fühlt er sich den Dissidenten des 20. Jahrhunderts von Herzen verbunden und hat einen nicht unerheblichen Teil seines bisherigen Lebens mit dem Studium und der Bewahrung ihres gewaltigen Nachlasses verbracht. Ihm ist die biblische Chronistenpflicht vertraut, der Auftrag, man müsse „niederschreiben", was man erlebt, gesehen und gehört hat, und für die Nachwelt bewahren. Oder auch für eine zunehmend vergessliche Gegenwart, für Smartphone-Generationen, die bereits jetzt die unter größten Gefahren und widrigsten Umständen geleistete Vorarbeit der Dissidenten für ein vereintes Europa, ein Leben in Freiheit und geistiger Offenheit aus dem Gedächtnis verlieren.

Marko Martin entwickelte für sein Erinnerungswerk einen Stil literarischer Plauderei, gestützt auf genaueste Recherche, durch den das Historische nahegebracht wird ohne es zu profanieren. Seine Kenntnis der widerständigen Literaturen des 20. Jahrhunderts ist immens. Und er geht weit in seinem persönlichen Engagement, indem er die Überlebenden des geistigen Widerstands an ihren fernen Wohnorten – oft Orten des Exils – besucht, was seinen Essays etwas atemberaubend Authentisches verleiht. Er hat wirklich noch die damals 105-jährige Mariana Frenk-Westheim in Mexiko-Stadt oder die in Sri Lanka berühmt gewordene Dichterin Anne Ranasinghe kennengelernt und ausführlich befragt, deutsche Jüdinnen beide, Überlebende von ausgelöschten Familien, die eine als Marianne Freund in Hamburg, die andere als Anneliese Katz in Essen geboren, beide ungebrochen in ihrer „illusionslosen Menschlichkeit", wie Albert Camus diese durch kein noch so schreckliches Erlebnis zu zerstörende, zutiefst optimistische Weltsicht der Dissidenten genannt hat.

Eine Schwäche der Bücher Marko Martins ist seine Neigung, aktuell-tagespolitische Statements – oft solche des Autors – in die Gespräche mit den Granden des Geisteslebens einzustreuen. So wirkt Aharon Appelfelds angebliches Bekenntnis zu Angela Merkels verfehlter Einwanderungspolitik deplatziert, fast unglaubwürdig im sonst ganz anders gelagerten Geisteszusammenhang des 2018 verstorbenen israelischen Schriftstellers. Martins forciert vorgetragener „Liberalismus" mag nicht jedermanns Geschmack sein, doch wer die Größen europäischen Geisteslebens des vergangenen Jahrhunderts, die spirituellen Anreger des Widerstands gegen den Totalitarismus in einem Buch vereinigt haben möchte, sollte seinen Sammelband lesen. Auch, wer eine Ahnung von

der geistigen Blüte Europas vor der großen Katastrophe gewinnen möchte, eines Europas, als es dort noch Juden gab.

Marko Martin, Dissidentisches Denken. Reisen zu den Zeugen eines Zeitalters, Die andere Bibliothek, Berlin 2019, 540 Seiten, 36 Euro

„Als Hitler das rosa Kaninchen stahl“: Ein Remake der jüdischen Fluchtgeschichte aus dem NS-Reich als Weihnachts-Familienkino

Der neue Film ist handwerklich gut, aber hinterlässt einen faden Nachgeschmack.

Von Felix Perrefort

STEPHANE DE SAKUTIN, AFP

Regisseurin Caroline Link

Wer sich den Trailer zu „Als Hitler das rosa Kaninchen stahl“ ansieht, bevor er sich Caroline Links melodramatische Verfilmung der gleichnamigen zum Standardwerk avancierten Schullektüre im Kino anschaut, könnte üblen Kitsch befürchten, der die Geschichte für herrschende Politik instrumentalisiert. „Das ist die Anna aus Deutschland, der Flüchtling“, heißt es gleich Beginn des knapp über 2 Minuten dauernden Videos, in dem die kleine Anna sich noch zwei Mal als Flüchtling ausweisen wird. Glücklicherweise schielt damit nur der Trailer auf die ideologischen Bedürfnisse des aktuellen Deutschlands, das sich als flüchtlingsfreundlicher Ort wähnt und dessen Migrationspolitik sich als moralisches Kontrastprogramm zur judenfeindlichen NS-Politik rechtfertigt.

Der solide gespielte und schön fotografierte Film der Oscar-Preisträgerin („Nirgendwo in Afrika“) – insbesondere die schauspielerischen Leistungen von Oliver Masucci (Vater) und Riva Krymalowski (Tochter) stechen hervor –, macht nicht den Fehler, die Situation der in der Regel muslimischen Flüchtlinge, die meistens schlichtweg Migranten sind, mit der Situation der Juden im volksgemeinschaftlich enthemmten Deutschland unter einer falschen Prämisse zu parallelisieren: dass nämlich Antisemitismus nur eine von vielen gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeiten wäre, von denen aktuell die „Islamophobie“ die virulenteste sei. Vielmehr ist der Film dezidiert unpolitisch, doch das wird seinem Gegenstand auch nicht gerecht.

Dass sich das Genre des Melodramas wegen der Emotionalisierung des Zuschauers, die stets droht, ins Kitschige zu kippen, überhaupt als Form zur Darstellung von NS-Geschichte eignet, beweist „Als Hitler das rosa Kaninchen stahl“ jedenfalls nicht. Die omnipräsente Untermalung der Geschichte durch dramatisch-berührende Musik erzeugt eine immersiv-wohlige Atmosphäre, wovon der Trailer übrigens schon einen Eindruck abgibt, und zielt mitsamt der schön anzusehenden Aufnahmen in den Berggegenden der Schweiz sowie im urbanen Paris darauf, gemütliches Weihnachtskino fürs Herz und die ganze Familie bereitzustellen. Das mag dieser Jahreszeit zwar angemessen sein, doch nicht der Historie, die so brutal und hässlich ist, dass man gut daran täte, sich zwischen den Jahren mit ihr vielleicht einfach nicht zu beschäftigen – jedenfalls dann nicht, wenn man ein paar gemütliche und fröhliche Tage im Kreis der Familie zu verbringen beabsichtigt.

Der kindliche Blick der Deutschen

Anders als man hierzulande annimmt, muss man dieses Thema tatsächlich nicht ständig auf den Tisch bringen. Bestürzende 41 Prozent der Deutschen meinen laut einer neulich veröffentlichten Umfrage des Jüdischen Weltkongresses (WJC), dass Juden zu viel über den Holocaust reden, derweil es ja gerade die Deutschen sind, die keinen Wahlkampf mehr machen können, ohne sich negativ auf ihn zu beziehen, wenn sie nicht seinetwegen gar in die Politik gegangen sind. Sie gehen also sich selbst und der Welt mit ihrer „Erinnerungskultur“ auf die Nerven und geben am Ende noch den Juden die Schuld dafür; man könnte fast darüber lachen.

Dabei erinnert die deutsche Naivität an die von Kindern, die sie mit der Abgefeimtheit von Erwachsenen mischen; in gewisser Weise entspricht der Deutschen grobschlächtige Wahrnehmung noch dem kindlichen Blick, der auch derjenige des Films ist. Und darin liegt dann auch die Grundproblematik des Films: Zwar ließe sich historische Erfahrung durchaus aus der Sicht eines Kindes vermitteln, jedoch nicht in „kindgerechter“ Weise, also durch Ausblendung all dessen, was man den Kleinen aus guten Gründen (noch) ersparen will.

Der Film tut dies, indem er recht getreu der Buchvorlage die Narration entlang von Konflikten entfaltet, die dem Nationalsozialismus eher äußerlich sind: Im Wesentlichen beleuchtet er das Fremdsein vor allem der Kinder in der neuen Umgebung und den ökonomischen Abstieg der aus dem gehobenen Bürgertum entstammenden Familie, die sich schließlich in einer kleinen Wohnung in Paris bei kargen Mahlzeiten durchschlagen muss. So gerät Geschichte zur schwach durchschimmernden Hintergrundfolie, vor der gewöhnliches, handwerklich gut gemachtes Unterhaltungskino inszeniert wird. Damit sei nicht etwa erhobenen Zeigefingers behauptet, dass filmische Thematisierungen des NS nur schwer verdauliches Kino bedeuten müssen.

Es spricht nichts gegen unterhaltende Aspekte, wenn der Film zugleich über sie hinausschießt und so zu Erfahrung und Erkenntnis beiträgt. „Als Hitler das rosa Kaninchen stahl“ entlässt den Zuschauer ohne diesbezüglich nennenswerte Momente, dafür jedoch bruchlos in die deutsche Selbstgerechtigkeit zurück, die in der Aussage Eberhard Jäckels anlässlich des Berliner Holocaust-Mahnmals kulminierte: „In anderen Ländern beneiden manche die Deutschen um dieses Denkmal.“ So offen gehen wir mit unserer Vergangenheit um, werden sich viele Zuschauer denken, dass wir uns gar an Weihnachten mit ihr beschäftigen – jaja, es war schon alles sehr schlimm damals.

YOUTUBE

Die Darsteller Carla Juri, Riva Krymalowski und Oliver Masucci

Dass derweil Deutschland stetig judenfeindlicher wird, steht dazu nicht im Widerspruch. Vielmehr vollzieht sich die Verdrängung des Leids gerade dadurch, dass man ständig über den NS quatscht. Ob die Vorlage als gelingende „Aufarbeitung“ gelten kann, sei hier nicht beurteilt, weil dazu auch der andere historische Kontext berücksichtigt werden müsste. Zur heutigen Zeit aus dem Nationalsozialismus ein Melodrama für die ganze Familie zu machen, passend zur für Christen besinnlichsten Zeit des Jahres – das hinterlässt einen faden Nachgeschmack.

Henry Kissinger und die Mesusa in Wladiwostok

Ein Jude musste 1974 das Treffen zwischen US- und UdSSR-Staatschef in Wladiwostok organisieren – nicht ohne kuriose Verwicklungen.

Von Benzion Lemster

Wir schreiben das Jahr 1974. Es ist der Höhepunkt des Kalten Krieges. Die Wirtschaft in der UdSSR und in den USA läuft auf vollen Touren: Neue Waffen werden entwickelt und produziert, immer mehr davon, unter anderem auch Kernwaffen. Die politische Konfrontation ist so stark wie nie zuvor. Die Welt steht, scheint es, unmittelbar vor einem neuen Weltkrieg; niemand will ihn, und trotzdem kann die Situation jeden Moment eskalieren.

Die Landesväter in der ganzen Welt, seien sie noch so aggressiv, verstehen: Es sind politische Mittel nötig, praktische Schritte, welche die allgemeine Lage entschärfen könnten. Nach einer langen und schwierigen Vorbereitungsphase vereinbarten die Staatschefs der USA und der UdSSR – Gerald Ford und Leonid Breschnew – endlich ein Treffen, bei dem ein Abrüstungsabkommen – der Vertrag über die Begrenzung der strategischen Offensivwaffen – endgültig besprochen und unterschrieben werden soll. Das Treffen hat man auf den 23.-24. November 1974 gelegt – es soll in Russland, nahe Wladiwostok, stattfinden.

Auf höchster Ebene also wurde die Vereinbarung getroffen. Es mussten nur noch die Vorbereitungen unmittelbar am Ort des Geschehens stattfinden. Von jeder Seite erwartete man jeweils 60 Teilnehmer, hinzu kamen 70 ausländische Medienvertreter und 40 sowjetische Journalisten. Aber auch Personal aller Art, Sicherheitsdienste etc. Alle musste man unterbringen und für gute Bedingungen sowohl für die Arbeit, als auch für Freizeit und Erholung sorgen. Und das alles auf höchstem Niveau, gemäß den westlichen Standards: Klima-, Feuerbekämpfungs- und Alarmanlagen, moderne geräuschlose und schnelle Aufzüge… Nicht zu vergessen die Gebäude selbst, denn in der benötigten Menge gab es sie einfach nicht.

Für das Treffen wurde das Sanatorium des Fernöstlichen Militärbezirks ausgewählt. Man hatte also komplizierte und verantwortungsvolle Aufgaben zu bewältigen, die zudem für die eigene Karriere nicht ganz ungefährlich waren. Man suchte nach einem geeigneten Geschäftsführer: Es sollte ein erfahrener Spezialist sein, außerdem ein solcher, der im Falle eines Misserfolgs sofort zum Alleinverantwortlichen hätte erklärt werden können; sollte die Arbeit allerdings gelingen, hätte sein Vorgesetzter die Belohnung mit ihm „brüderlich“ geteilt. Und, natürlich, sollte dieser Kandidat „der kommunistischen Sache und der sowjetischen Regierung treu ergeben sein“, so, wie es immer in den Zeugnissen hieß.

Und so einer wurde gefunden – Oberstleutnant Daniil Kotljar, Abteilungsleiter im Hochbauamt der sowjetischen Armee, dessen praktische Erfahrung im Militärbau beinahe 30 Jahre zählte. Er leitete und nahm teil am Bau wichtiger Militärobjekte. Sein Vater war Arzt, der während des Zweiten Weltkrieges in einem Militärhospital als Chirurg tätig war; sein Onkel war während des Krieges Befehlshaber der technischen Streitkräfte der Roten Armee, der „Held der Sowjetunion“ Generaloberst Leontij Kotljar.

Staatstreffen in Wladiwostok, links Henry Kissinger

Kotljar war der richtige Mann

Kotljar hatte bereits Erfahrung in der Vorbereitung eines solchen Treffens. Am 20. Mai 1960 sollte in Chabarowsk ein fünfstündiges Treffen zwischen Nikita Chruschtschow und dem Präsidenten der USA, Dwight Eisenhower, stattfinden. Damals hatte Hauptmann Daniil Kotljar zusammen mit Mark Lubman unter der Leitung von Oberst Lochmanow auf dem Gelände des Chabarowsker Flughafen ein großes rundes Gebäude aus Glas gebaut – ein Restaurant, das bis heute existiert. Man muss dazu sagen, dass dieses Treffen nicht stattfand – der Spionageflug von Powers hat diesen Plänen einen Strich durch die Rechnung gemacht.

Kotljar war ein idealer Kandidat für die Aufgabe 1974, es gab allerdings ein Makel – er war Jude. Auf der anderen Seite konnte man selbst das positiv sehen: Umso einfacher könnte man alles auf ihn schieben, sollte das Projekt nicht gelingen. Hinzu kam, dass Kotljar seit bereits fünf Jahren die Stelle eines Obersten bekleidete, ohne jemals als solcher ernannt zu werden: Perfekt, so motiviert wird er noch mehr Energie und Fleiß in diese Arbeit investieren…

Als Unterkunft für die Leiter beider Delegationen wählte man einige Bauten auf dem Sanatoriums-Gelände aus, deren Umbau und Modernisierung bevorstand. Darüber hinaus musste die ganze Infrastruktur erneuert und drei neue Gebäude für die Unterbringung der Teilnehmer, der Journalisten, des Sicherheits- und Servicepersonals gebaut werden; alles auf hohem internationalem Niveau. Ein Medizinisches Zentrum mit einem 50-Meter-Schwimmbad durfte auch nicht fehlen. Und natürlich die üblichen „Kleinigkeiten“ wie Gehwege, Straßenbeleuchtung usw. Bis zu diesem wichtigen Treffen blieben zu der Zeit lediglich fünf Monate.

Es ging los. Man arbeitete Tag und Nacht, neue Technologien lernte man direkt während der Arbeit kennen; es gab sehr viel Neues, was in der Sowjetunion bis dahin kaum oder gar nicht eingesetzt wurde. Feuerlöschsysteme oder Klimaanlagen waren damals eine Seltenheit in der UdSSR, und daher recht primitiv.

Alle Schwierigkeiten wurden überwunden, die gesamte Arbeit fristgerecht erledigt – mit einer enormen physischen und psychischen Anspannung für alle Beteiligten. Endlich konnte man aufatmen. Und kaum wollte man sich eine wohlverdiente Erholung gönnen, just in diesen Moment schlug eine „Bombe“ ein. Es kam zu einem Eklat, welcher alle Pläne über Bord zu werfen drohte, bis hin zur Absage des Treffens, das seit langem, mit großem Aufwand und von Tausenden Menschen vorbereitet wurde. Was war geschehen?

Daniil Kotljar (rechts) mit dem Autor. Foto: A. Schmidt

Sind Sie Jude?

Zu dieser Zeit war Staatssekretär Henry Kissinger die rechte Hand von Präsident Ford. Er war es, der auf der amerikanischen Seite die akribischen Vorbereitungen traf und Gespräche führte, damit dieses Treffen stattfinde und die Welt vor der Gefahr eines neuen Weltkrieges gerettet werden konnte. Derselbe Kissinger, über den in der Sowjetunion folgende Anekdote die Runde machte: Kissinger soll den sowjetischen Reporter Valentin Sorin gefragt haben, ob dieser Jude sei. „Ich bin Russe“ (in der Originalsprache „Ich bin russisch“), habe Sorin geantwortet. „Aber sicher“, soll Kissinger erwidert haben. „Und ich amerikanisch.“ Ich erwähne diese Geschichte nicht umsonst. Kissinger ist Jude; kein Orthodoxer, dennoch einer, der die Traditionen pflegt. Was zur Folge hatte, dass an seiner Tür eine Mesusa angebracht werden musste! Und so kam es, dass die Vertreter der amerikanischen Seite kurz vor dem Treffen keine Mesusa an der Tür von Kissingers Haus entdeckten und verkündeten: Würde nicht umgehend eine Mesusa angebracht werden, so würde ihr Chef hier nicht erscheinen. Ein Skandal! Der Abrüstungsvertrag ist bedroht!

„Hast du es gehört, Kotljar?“, fragt der militärische Bezirksleiter W. Petrow.

„Habe ich.“

„Was für eine Mesusa meint er denn?“

Kotljar schweigt, sichtlich irritiert.

„Ich habe dich gefragt, was, zum Teufel, diese Mesusa ist?! Du bist doch Jude!“

„Nie gehört, dieses Wort.“

Kotljar war, so wie der Großteil der sowjetischen Juden – zumal im Militärdienst – assimiliert, er kannte weder Thora noch Traditionen.

Panisch begann Kotljar nach jemandem zu suchen, der sich mit jüdischer Religion auskannte. Mit einem Parteifunktionär fuhr er zum Kreisparteikomitee, um sich bei dem Religionsbeauftragten zu erkundigen. Und tatsächlich, dieser wusste Bescheid: Am Rande der Stadt Wladiwostok gebe es eine Synagoge… Offiziell natürlich nicht, man versteht sich, aber, du weißt schon… Mittlerweile war es bereits Nacht; um zwei Uhr fuhren Kotljar mit dem Genossen Politkommissar 20 Kilometer nach Wladiwostok, suchten das besagte Gebäude, wobei der Politkommissar für alle Fälle einen sicheren Abstand einhielt und Kotljar alleine weiterschickte. Kotljar klopfte an der Tür, es kam ein verängstigter Greis heraus. Lange brauchte er, um zu verstehen, was man von ihm wollte; dann, auf einmal begriffen, stellte er eine einzige Frage: „Bist du a Jid?“ – bist du ein Jude?“ Kotljar bestätigte und zeigte dabei auf seine Nase… Der Greis – es war wohl der Rabbiner – nickte, verschwand kurz, kam mit einer kleinen Schachtel zurück, in der sich eine Mesusa befand und legte einen Zettel hinein (Mesusa – eine Schriftkapsel aus Holz, Metall, Glas etc., die mit den Abschnitten „Schma Israel“ aus der Thora beschriftetes Pergament enthält – wird in einem traditionellen jüdischen Haushalt an jedem Türrahmen angebracht, Kellerräume, Badezimmer und Toilette ausgenommen; die Mesusa erinnert Juden an Gottes Gebote, - Anm. d. Übers).

Was tun mit der Mesusa?

Zum Schluss wurde Kotljar noch unterrichtet, wohin und wie eine Mesusa anzubringen wäre.

Mission erfüllt. Um fünf Uhr morgens wurde die Mesusa an Kissingers Tür angebracht. Das Abrüstungstreffen fand pünktlich statt, die Verhandlungen verliefen erfolgreich. In der Tat waren sie von großer Bedeutung für den Weltfrieden. Und Oberstleutnant Kotljar wurde endlich offiziell zum Oberst befördert.

Daniil Kotljar widmete dem Vaterland die 38 besten Jahre seines Lebens, der Großteil davon in Fernost und im Ural. Und das Vaterland belohnte ihn „großzügig“: Der russische Staat zahlt ihm keine Rente, denn seine letzten drei Jahre diente er in der Ukraine… Zwar quittierte der Held dieser Geschichte, Oberst Daniil Kotljar, seinen Dienst noch während des Bestehens der Sowjetunion, 1986. Dennoch haben seine Rentenanfragen an zuständiges Ministerium nichts gebracht, alle Anträge wurden abgelehnt.

Übersetzung aus dem Russischen von Irina Korotkina

Salomo Sachs, der jüdische Regierungsbauinspektor im Preußen Friedrich Wilhelms III.

Der Planer der Neuen Wache, der Prenzlauer Allee und zahlreicher anderer Bauten in Berlin, war der einzige Architekt im preußischen Staatsdienst, der seinem jüdischen Glauben nicht abgeschworen hatte.

Von Ulrich Buhrow

Die Neue Wache in Berlin

Diese jüdische Geschichte ist einfach unglaublich – und trotzdem wahr. Sie handelt von Salomo Sachs (1772-1855), dem fast vergessenen Universalgenie als Architekt, Astronom, preußischen Baubeamten, Mathematiker, Erfinder, Zeichenlehrer für Architektur und Maschinenzeichnungen, Schriftsteller, Entwickler von Gesellschaftsspielen und Sachbuchautor.

Sein großer Traum war die Judenemanzipation und Gleichberechtigung im Staatsdienst, die er nie erleben durfte. Salomo Sachs hatte seine Arbeit für den preußischen Staat getan, ohne sich zu beschweren, hatte sich aber aufgelehnt gegen die Diskriminierung seiner Person als Jude. Er und sein Cousin Meno Burg galten als aufrechte, ehrliche und unbeugsame preußische Staatsdiener jüdischen Glaubens. Sachs lebte nach eigenen Angaben bis zu seinem 18. Lebensjahr in einer Traumwelt, in der er sich dem Hebräischen und dem Rabbinischen Studium widmete, und nur notdürftig deutsch lesen und schreiben konnte. Unglaublich für ihn selbst war, dass er unter diesen Umständen in der Königliche Akademie der bildenden Künste und mechanischen Wissenschaften Baukunst und Zeichnen studieren durfte – um dann nahtlos am 9. Dezember 1792 als Schüler des Oberhofbauamtes Berlin vereidigt zu werden.

Erstmal war von Vorurteilen nichts zu spüren. Ein steiler Aufstieg mit den Patenten 1794 zum Oberhofbau-Conducteur und fünf Jahre später zum Oberhofbau-Inspektor beim Oberhofbauamt folgte. Von 1799 bis 1806 lehrte er als Zeichenlehrer für Architektur und Lehrer für Maschinenzeichnungen an der 1799 von König Friedrich Wilhelm III. neugegründeten Bauakademie. Salomo Sachs war als junger Beamter im Jahr 1806 so fasziniert von einer Preisaufgabe, dass er eigene Zeichnungen, Ideen und Entwürfe erarbeitete. Er legte sie seinem Lehrer, dem Geheimrat Bechere, vor, der die Zeichnungen zur Prüfung einreichte. Gegen alle Prachtzeichnungen der Spezialisten gewannen seine Entwürfe der Schlossbrücke und der Neuen Wache den Preis.

Einwohnermeldeamt

Durch den Ausbruch des Krieges (Frankreich gegen Preußen 1806/07) verzögerten sich die Pläne. Von der Regierung bezog er von 1806 bis 1816 Wartegeld. In der Zeit des Wartegeldes verfasste Sachs 1812 den ersten vollständigen Allgemeinen Straßen und Wohnungs-Anzeiger für die Residenzstadt Berlin. Es war ein bahnbrechendes Werk auch für zukünftige Adressbücher – selbst im Ausland fand dieses Meisterwerk seine Abnehmer. Die Polizeireviere orderten auch, da die Kartenpläne und Adressen sehr genau waren. Durch das Adresswerk öffnete sich noch eine andere Tür: Weil der Geheime Staatsrat Friedrich August von Staegemann, Vorstand der Finanzpartei, sich gerade mit der Organisation der Vermögenssteuer beschäftigte, war seine Idee eines fliegenden Katasters geboren. Sachs eröffnete für die Bewältigung dieser Aufgabe ein Büro, um mit möglichst geringem Personalaufwand die Kontrolle über die Steuerpflichtigen zu erlangen. So entstanden auch die ersten Einwohnermeldeämter und bei jedem Polizeirevier Berlins konnten polizeirelevante Teile des fliegenden Katasters aufgestellt und genutzt werden.

Vom Geheimen Oberfinanzrat von Staegemann erhielt Sachs den Auftrag, Vorschläge zu machen, um dem Staat Einnahmen von einigen Millionen Talern durch eine geeignete Steuer zu erbringen. Salomos Vorschlag führte zur noch heute gültigen Kommunalsteuer und wurde damals erstmals als sogenannte Mieth-Steuerabgabe umgesetzt, und die Gelder flossen fortan in die preußische Staatskasse.

Im Jahre 1813 erging die Order an Militärgouverneur Generalleutnant Anton Wilhelm von L'Estocq und Zivilgouverneur und Geheimen Staatsrat Dr. Johann August Sack, das 1. Militärgouvernement zwischen Elbe und Oder zu gründen. Diese Behörde betraute Sachs mit einer wichtigen Aufgabe. Ihm wurden Mitarbeiter unterstellt und ein Raum im Köllnischen Rathaus in Berlin zugeteilt, was er als Kontrollbüro einrichtete. Dort waren er und seine Kollegen Ansprechpartner für Anfragen, Beschwerden, Reklamationen und die Erarbeitung eines gerechten Einquartierungssystems für die Bürger.

Geniales Wertbon-System

Die zu bewältigenden Größenordnungen beliefen sich im März 1813 auf täglich 13.300 Soldaten und 4.000 Pferde des russischen Militärs und 8.100 Soldaten und 1.000 Pferde der preußischen Armee. Im Juli erreichten die Einquartierungen ein Maximum von 18.000 preußischen Soldaten, 2.000 Gefangenen und 5.500 Kranken. Salomo hatte eine geniale Lösung gefunden mit einem Wertbonsystem (Papiergeld), das nach Ende des Krieges ausgezahlt werden würde. Jeder, der sich innerhalb von 24 Stunden nach Ausquartierung meldete und sein Quartierungs-Billet abgab, bekam diese Bons. So konnte dieses gerechte System installiert werden. Zwischenzeitlich schrieb er Werk für Werk, immer bemüht in seinen Lehr- und Sachbüchern eine allgemeinverständliche Sprache für den Leser zu finden und sein Gehalt aufzubessern.

Erst nach Kriegsende nahm Schinkel die Pläne der Schlossbrücke und der Neuen Wache wieder auf, aber durfte sie mit seinen Adaptierungen umsetzen. Hier bemerkte Sachs, dass besonders die Neue Wache seinen Grundentwürfen glich, ausgenommen der meisterlichen Ausschmückungen des Gebäudes durch Schinkel. Sein Entwurf, sein Bauwerk, er der Vorreiter, und Karl Friedrich Schinkel der protegierte und weltgewandte Schöngeist als Nutznießer der Entwürfe und des Wissens seiner Lehrer und der Architekten bis 1806. Am 7. April 1816 bat Sachs den König um seine Wiederanstellung. Dieses Gesuch wurde abgelehnt aufgrund der Judenedikte § 9 von 1812. Seine zweite Bittschrift vom 24. April 1816 führte aber über den König, der die Ausnahme von der Regel zuließ, zum Erfolg. In dieser Zeit schlug ihm verstärkt der Antisemitismus seiner Kollegen entgegen.

Sachs versetzte man von 1816 bis 1820 nach Marienwerder in Westpreußen, dort sollte er als Landbaumeister Entwürfe Schinkels für Kirchen umsetzen. Sachs eröffnete dort eine Baugewerkschule, wo er auch kostenlos Unterricht anbot. 1820 bis 1830 war seine Rückversetzung nach Potsdam beschlossen und ihm wurde der 4. Baubezirk bei der königlichen Regierung Potsdam übergeben. Es erfolgte keine Aufwertung seiner Position, sondern ihm wurden immer mehr Fehler in seinen Arbeitsbereichen unterstellt. Unablässig kämpfte Sachs für seine Gleichstellung als Regierungsbauinspektor und Rehabilitierung von unberechtigten Vorwürfen.

Am 3. Dezember 1824 bewilligte man die Prenzlauer Allee. Sachs hatte hier alle Vorarbeit wie Vermessung, Entwurf, Situationsplan und Kostenplanung geleistet. 1825 begann Sachs die Planung für den Neubau des Fasanenmeisterhauses im Tiergarten. Den Auftrag gab der königliche Oberjägermeister Friedrich Detlef Graf von Moltke (1750-1825). Nach einem für Sachs vernichtenden Gutachten – ausgestellt von Friedrich Schinkel und Johann Carl Ludwig Schmid – über seine Pisé-Bauten (Lehmbauweise) konnte er sein Werk nicht ausführen. Schinkel durfte das Haus in klassischer Backstein-Bauweise bauen lassen. Das Militär war aber überzeugt von Sachs Lehmbauweise und orderte Bauten, die nur er persönlich ausführen sollte. Vonseiten der Vorgesetzten und der Regierung lagen sie schon als Backsteinentwurf vor und führte im Ganzen letztlich zu Sachs Zwangspensionierung.

Im Ruhestand widmete sich große Architekt der Literatur und hielt Vorträge zu naturwissenschaftlichen, astronomischen und jüdisch-emanzipatorischen Themen. Er erhielt nur eine kleine Rente und starb mit 82 Jahren 1855 in seiner Geburtsstadt Berlin.

Das kommunistische Kádár-Regime Ungarns und die Juden

Im Nachkriegs-Ungarn hatten die Juden nicht nur mit traditionellem Antisemitismus zu kämpfen, sondern auch unter der antizionistischen Politik des Ostblocks, der sie für das Handeln des Staates Israel in Haftung nahm.

Von Karl Pfeifer

Anfang 1983, nach meiner zweiten Ausweisung aus der Volksrepublik Ungarn, wurde ich zum damaligen Pressechef des ungarischen Außenministeriums, Peter Baló, bestellt. Er empfing mich stehend in seinem Büro und sagte mir:

„Herr Pfeifer, wir werden Ihnen nicht erlauben den Antisemitismus aus Österreich nach Ungarn zu importieren, wir haben dieses Problem ein für alle Mal 1945 gelöst".

Tatsächlich hatte man in Ungarn geglaubt, durch Tabuisierung des Problems sich immun gemacht zu haben.

Anfang November präsentierte András Kovács in Budapest sein neues, sensationelles Buch über „Das Kádárregime und die Juden" (A Kádár-rendszer és a zsidók, Corvina, 2019) mit bisher unveröffentlichten Dokumenten, die beweisen, dass der Glaube – das kommunistische System könne dieses Problem lösen – naiv war.

Bereits nach dem Krieg kam es zu Konflikten zwischen Juden, die den Holocaust überlebt hatten, und der Gesellschaft, die sie umgab. Die Erwartungen der Überlebenden waren legitim: die Abschaffung der antisemitischen Gesetze und deren Folgen, eine Justiz, die die Täter für ihre Verbrechen bestrafen sollte und die Rückgabe des geraubten Eigentums, vielleicht auch eine Kompensation für das Erlittene. Diesen Erwartungen standen aber die Interessen der vielen Ungarn entgegen, die von 1938 bis 1944 einen Anteil erhalten hatten aus diesem Eigentum, entweder legal (weil die Behörden es ihnen gaben) oder willkürlich nach der Deportation der Juden. Die damals agierenden Parteien mussten sich in dieser Frage positionieren und ihre Stellungnahmen waren sehr ambivalent.

Die Koalitionsregierung (1945 – 1949) akzeptierte, dass alle antisemitischen Gesetze abgeschafft gehören und dass die Täter bestraft werden müssen. Im Prinzip akzeptierte sie auch die Forderung, den jüdischen Gemeinden und Personen ihr Eigentum zurückzuerstatten oder zu kompensieren, aber sie hat sich nicht beeilt, dies durchzuführen, weil sie die Profiteure der antisemitischen Gesetze und der Deportation nicht verärgern wollte.

Antisemitische Morde nach dem Zweiten Weltkrieg

Während die kommunistische Partei vor der Befreiung nur ein paar hundert Mitglieder hatte, wurde nachher unter den Arbeitern und den einfachen Leuten kraftvoll geworben. Da man dachte, dass gerade unter diesen der Antisemitismus des Horthy-Regimes einen starken Einfluss ausgeübt hatte, nahm die KP einfach keine Kenntnis von den gerechtfertigten Forderungen der Juden. Darüber hinaus gab es im nördlichen Bergwerksgebiet kommunistische Funktionäre, die vorschlugen, man müsse nur ein wenig antisemitische Töne von sich geben und die Partei würde viel mehr Unterstützung von Bergleuten erhalten. Anderswo geriet während der demagogischen Kampagne gegen die Schwarzhändler diese Politik außer Kontrolle und es kam zu antisemitischen Lynchmorden wie z.B. in Miskolc. In Ungarn gab es so wie in Polen und der Slowakei nach 1945 Pogrome und in deren Folge eine Fluchtbewegung.

János Kádár, der Machthaber Ungarns ab 1956

Nach der kommunistischen Machtübernahme 1949 kam es, dem sowjetischen Beispiel folgend, zur Verdächtigung von Juden, sie würden ein illegales Netz bilden und sich illoyal dem Regime gegenüber verhalten. Das hatte mit dem Entstehen Israels zu tun, das von der Sowjetunion am Anfang unterstützt wurde. Sie hoffte auf einen prosowjetischen Kurs des jüdischen Staates und damit auf ein Zurückdrängen des Einflusses der Kolonialmächte (Großbritannien und Frankreich) im Nahen Osten. Doch Israel ging nicht in die erwartete Richtung und so übernahm auch Ungarn die antizionistische Rhetorik und Anfang der fünfziger Jahre kam es sogar zu Prozessen wegen „zionistischer Verschwörung".

Jüdische Auswanderung aus Ungarn nach Israel

Unmittelbar nach dem Krieg, zwischen 1945 und 1949 wanderten etwa 13.000 ungarische Juden ins Heilige Land. Nach der Rákosi-Diktatur und der Revolution 1956 kam es wieder zu einer größeren Emigration. Doch insgesamt wanderten mehr Juden aus Polen und der Tschechoslowakei aus. 1956-57 sind aus Ungarn 4.000 bis 5.000 Juden nach Israel, während 20.000 Juden anderswohin ausgewandert sind. Witzbolde in Budapest behaupteten, nach Israel gingen die Juden, weil es dort leichter war Jude zu sein und in den Westen, weil es leichter war sich vom Judentum zu befreien. Die legale Auswanderung 1956-57 wurde gestattet, weil die israelische Regierung bereit war die – wegen der Niederschlagung der Revolution 1956 als Paria behandelte – ungarische Regierung anzuerkennen. Im Sommer 1957 unterband Ungarn die weitere Auswanderung nach Israel. Als Vorwand diente ein diplomatischer Skandal. Ein Mitarbeiter der israelischen Botschaft hatte Geld und Eigentum von auswandernden Juden übernommen, um dann in Israel den Gegenwert auszuzahlen. Deswegen wechselte die Botschaft kein Geld bei der ungarischen Nationalbank. Der wahre Grund aber war sowjetischer und arabischer Druck, die Auswanderung nach Israel zu unterbinden.

Devisenmangel und der Sechstagekrieg

Ungarn, das ständig mit Devisenmangel kämpfte, erhoffte sich von besseren Beziehungen zum jüdischen Staat mehr Devisen, wollte aber keine engeren kulturellen, gesellschaftlichen oder sportlichen Beziehungen. Hingegen wollte die israelische Politik eben dies erreichen. Sie hoffte – wenn die ungarischen Juden mehr über Israel wissen, würde es zu einer größeren Anzahl von Einwanderern kommen. Aber weniger als zehntausend ungarische Juden waren bereit nach Israel einzuwandern. Nachdem der diplomatische Konflikt gelöst wurde, konnten jährlich ein paar hundert Juden nach Israel auswandern. Von den zwischen 1962 und 1965 eingereichten 1.400 Auswanderungsansuchen wurden weniger als 900 genehmigt. In der Mitte der sechziger Jahre, mit den Bestrebungen die Wirtschaft zu reformieren, wurde die Gruppe im Außenamt gestärkt, die engere Beziehungen zu Israel pflegen wollte, jedoch nahm eine andere Gruppe, die für die Beziehungen mit den arabischen Ländern verantwortlich war, entschieden dagegen Stellung. 1966 schien es, als ob die erste Gruppe die Oberhand behalten würde. Doch 1967 brach der Krieg aus zwischen Israel und seinen Nachbarn, und da wurden nicht nur die diplomatischen und politischen Verbindungen, sondern auch die wirtschaftlichen bis zur Mitte der achtziger Jahre unterbrochen.

Titos seltsame Rolle

Eine entscheidende Rolle bei der Unterbrechung der diplomatischen Beziehungen spielte Tito. Das hat viele überrascht, denn Jugoslawien war nicht Mitglied des Sowjetblocks und es unterhielt gute Beziehungen sowohl zu den arabischen Ländern als auch zu Israel, so dass man diesem Staat eher die Rolle eines Vermittlers zubilligte. Doch die im Buch veröffentlichten Dokumente zeigen, dass Tito zur Radikalisierung des sowjetischen Standpunkts beigetragen hatte. Sein Standpunkt war, man müsse keine Angst vor lokalen Konflikten haben, da es wegen dem atomaren Gleichgewicht keine Gefahr eines Krieges gäbe. Im Buch wird auch der Unterschied zwischen dem harten Standpunkt der DDR und der Tschechoslowakei, und dem eher gemäßigten der Polen und Ungarn deutlich.

„Fünfte Kolonne"

Kovács weist darauf hin, dass das Auf und Nieder der Beziehungen zu Israel ernsthafte Konsequenzen hatte für das Verhalten der ungarischen Regierung zu den Juden. Nach dem Sechstagekrieg forderte das Regime nicht nur von den Kadern „jüdischer Abstammung", und von einfachen Parteimitgliedern loyales Verhalten zur sowjetischen Linie, sondern auch von den nicht zur Partei gehörenden jüdischen Gemeinden. Kádár erklärte ein paar Tage nach diesem Krieg in einer Sitzung des Politbüros, „es darf nicht gestattet werden, dass wir Leute in guten Positionen mästen, die in einer kritischen Lage so auftreten. Man muss darüber denken und auch etwas tun…sollte ich irgendwo Menschen treffen, die Israel bedauern, dann werde ich ihnen energisch entgegentreten." Es kam auch zu Säuberungsaktionen, hauptsächlich in der Armee und im Außenministerium. Der Autor fand ein interessantes Dokument: Einen Bericht über den Parteisekretär einer Textilge-

nossenschaft, der erklärte:

„Wir Kommunisten, die auch Juden sind aufgrund unserer Abstammung, sind in dieser Frage nicht mit der Sowjetunion einverstanden, weil die Araber Antisemiten sind und immer antikommunistisch waren… Das israelische Volk ist viel fortschrittlicher [als die Araber], weil es dort drei kommunistische Parteien gibt."

Aus den veröffentlichten Dokumenten geht hervor, dass die ungarische Parteiführung dazu neigte, die ungarischen Juden als eine einheitliche, kompakte vernetzte Gruppe zu behandeln. Im Kopf der Parteifunktionäre gab es so etwas wie „das Judentum" und die damit verbundenen Stereotypen und Assoziationen ähnelten sehr denen, die vor dem Krieg in Ungarn so weit verbreitet waren. Sie waren überzeugt, die Juden seien eine über eigene Interessen verfügende gesellschaftliche Gruppe, die ein verborgenes Netz aufrecht erhalte, deren Mitglieder, auch wenn sie im Regime zu hohen Posten kommen, immer unzuverlässig sind, potentielle Agenten des Westens, die in Krisensituationen ihr wahres Gesicht zeigen. In einer live übertragenen Fernsehansprache denunzierte der Generalsekretär der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei, Wladyslaw Gomulka, im Juni 1967 die polnischen Juden als „fünfte Kolonne in unserem Land".

Juden-Listen in sozialistischen Ländern

Diese Überzeugung führte in mehreren sozialistischen Ländern zu Anfertigung von kompletten Listen der Juden. Während einer Aktion des tschechoslowakischen Sicherheitsdienstes wurde auch definiert, wer als Jude zu betrachten ist und diese Definition entspricht derjenigen, die aus den Rassengesetzen bekannt ist. Diese Aktion wurde während des Prager Frühlings 1968 eingestellt, doch nachher wieder aufgenommen und sie hielt noch während der achtziger Jahre an. Es gab es mehr als 10.000 Namen auf dieser Liste. Eine ähnliche Aktion gab es in Polen und Kovács fand im Stasi-Archiv auch eine solche Liste aus der DDR aus dem Jahr 1967 – die aber nicht einmal 1.000 Namen enthielt.

Im ungarischen Staatsarchiv der Sicherheitsdienste fand er keine derartige Liste, aber dafür Listen über die Eltern von Kindern, die in der jüdischen Schule lernten, oder über Menschen, die mit dem Rabbinerseminar zu tun hatten oder über jüdische Gemeinden bzw. über Besucher von Synagogen. Der Autor stellt die Hypothese auf, dass es einen sowjetischen Ratschlag gab, eine solche Liste vorzubereiten, aber in Ungarn wurde dieser von den zuständigen Behörden nicht befolgt. Freilich wurde in der ungarischen Gesellschaft – unabhängig von den weiter existierenden Vorurteilen – wahrgenommen, dass die Parteiführung in der Praxis der Nomenklatur eine Parität zwischen „jüdischen" und „völkischen" (népi) Kadern aufrechterhält.

Im Gespräch mit Kovács erzählte dieser, dass er rund um die Jahrtausendwende einen Vortrag hielt, bei dem im Publikum ehemals wichtige Kader des Kádár-Regimes anwesend waren. Als er davon sprach, dass man damals vermerkte, wer Jude ist und wer Nichtjude, sagte ein begriffsstutziger ehemaliger führender Parteifunktionär „Ja, natürlich war es so, ich verstehe nicht, warum das problematisch sein soll? Wir machten das gerade zum Schutz der Juden. Schlussendlich konnte man ihnen keine Positionen geben, die Antisemitismus provoziert hätten!" In der Armee, im Innenministerium, auf gewissen Gebieten der Außenpolitik und in der administrativen Führung der Partei, hat man nichtjüdische Kader bevorzugt, auf dem Gebiet der Wirtschaft und des Handels weniger.

Der Eichmann-Prozess

Ein Kapitel des Buches behandelt den Eichmann-Prozess. Israel bat Ungarn um Dokumente und Zeugen. Doch die Führung hatte damit ein Problem. Mit der Erfüllung der Bitte hätte man anerkannt, dass Israel auch im Fall der osteuropäischen Juden die Gerichtshoheit ausüben kann. Das wollte man nicht, aber man konnte sich auch nicht erlauben, dass der Anschein erweckt wird, Ungarn erschwere die Verurteilung eines nazistischen Massenmörders. Damals verbesserte sich das Verhältnis des jüdischen Staates mit der Bundesrepublik Deutschland (BRD) und es gab auch eine Abmachung zur Wiedergutmachung. Zu Beginn der Eichmann-Affäre neigte das Regime dazu, das Recht Israels zu akzeptieren, die außerhalb lebenden Juden zu vertreten, denn ihre Verwandten und Nachkommen lebten in Israel. Doch dieser Standpunkt wurde zuerst von den Tschechoslowaken, dann auch von der Sowjetunion scharf zurückgewiesen. Danach kam es zu einem gemeinsamen Standpunkt, offiziell wird nicht anerkannt, dass Israel berechtigt ist, diesen Prozess durchzuführen, aber durch die „gesellschaftlichen Organe" werden Dokumente geliefert – in Ungarn durch das „Komitee der Verfolgten des Naziregimes".

In zwei Sitzungen 1960 hatte das Politbüro sich auch mit dem Prozess gegen Eichmann auseinandergesetzt. Ende Juni 1960 erklärte dort Generalsekretär János Kádár: „Es ist nicht gut, aus diesen elenden faschistischen Angelegenheiten ausschließlich eine Judenfrage zu machen. Wenn wir in dieser Frage auftreten, soll das Entscheidende das sein, dass dieser Eichmann Tausende ungarische Staatsbürger ermordet hat. Diese Linie muss stark sein, nicht die Linie, dass wir aus dieser Sache eine Judenfrage machen."

Ungarn lieferte mit großer Verspätung Dokumente nach Israel, nachdem diese lediglich in deutscher, französischer und englischer, nicht aber in ungarischer Sprache veröffentlicht wurden.

Der alltägliche Antisemitismus innerhalb der Gesellschaft blieb bestehen, wie zahlreiche jüdische Grab- und Synagogenschändungen zeigen. In einem Vermerk aus dem Jahr 1968 wurde auf 15 Schändungen in ungarischen Gemeinden und auf zwölf Fälle in Budapest verwiesen. Nur in Ausnahmefällen kam es zu einer Verurteilung. Die größte Zahl der Anzeigen und Verfahren wurde eingestellt, oft mit der Begründung, es habe sich bei den Tätern um Minderjährige gehandelt. Gleichzeitig wurde die Auflassung von zwei jüdischen Friedhöfen erwähnt, ohne dass die betroffenen jüdischen Gemeinden darüber informiert wurden.

Kontrolle der jüdischen Gemeinden

Das Kádár-Regime hatte sich eher darum gekümmert, die jüdischen Gemeinden und Institutionen zu kontrollieren. Das ging umso leichter, weil diese von den staatlichen Subventionen abhängig waren. Dazu gehörte auch das System der Nomenklatura. Zur Ernennung von Leitern der jüdischen Gemeinden bzw. Institutionen musste die entsprechende Behörde ihr formelles Einverständnis geben, man wollte aber nicht rohe administrative Methoden einsetzen, sondern den Anschein einer Demokratie erwecken. Einige Dokumente im Buch zeigen, wie die Wahlen in den Kultusgemeinden mit politischen und geheimdienstlichen Methoden manipuliert wurden und wie die leitenden Funktionäre mit dem Staatlichen Kirchenamt, aber auch mit der politischen Polizei zusammenarbeiteten.

Aber nicht immer waren diese Aktionen erfolgreich. Es gelang beispielsweise nicht eine große Protestdemonstration gegen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der BRD und Israel zu veranstalten. Es gab zwei Institutionen, in denen die Partei und die Organe des Innenministeriums von den sechziger und bis in die achtziger Jahre die Führung übernehmen wollten, das war das von Prof. Sándor Schreiber geführte Rabbinerseminar und ein von Mihály Borsa geleitetes zentrales soziales Komitee, das Sozialhilfe verteilte. Die beiden konnten – wenigstens zum Teil – ihre Autonomie bewahren, auch dank ihrer aus dem Ausland kommenden materiellen Ressourcen. Schreiber wurde in der Welt, aber auch von der ungarischen Intelligenz hochgeachtet, so dass er nicht ersetzt werden konnte, während Borsa, der während der Koalitionszeit Abgeordneter der Kleinlandwirtepartei war, sehr geschickt seine alten Kontakte zu wichtigen Leuten pflegen konnte. Die Sicherheitsorgane berichteten wutentbrannt darüber.

Im Gegensatz zu den anderen Staaten des Ostblocks gab es in Ungarn keine offenen antisemitischen Kampagnen, doch unter der Oberfläche war man überzeugt, dass man die Juden kontrollieren muss. Die „jüdischen Angelegenheiten" wurden beachtet, doch nicht vor der Öffentlichkeit behandelt.

Als dann 1990 der Antisemitismus plötzlich offen erschien, kam er nicht aus dem Nichts. Es waren nicht nur die „eingefrorenen" Vorurteile der vierziger Jahre, die nach Jahren „auftauten". Auch im Kádár-Regime gab es eine „Judenfrage", über die intern gesprochen wurde, und die Sicherheitsbehörden unternahmen alles in ihrer Macht stehende, um „zionistische" Aktivitäten zu unterbinden.

BEAUVITÉ®
... wo die Schönheit zu Hause ist.
Kosmetik · Friseur · Maniküre · Pediküre · Permanent Make-up · Wimpernverlängerung
Dauerhafte Haarentfernung · Lipolaser · Kryolipolyse · Kavitation · Mesotherapie
Faltenunterspritzung · Multipolare Radiofrequenz
Fasanenstraße 40 · 10719 Berlin · Tel.: (030) 88 91 64 59
WWW.BEAUVITÉ.DE

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen von nun an regelmäßig die historisch interessanten Titelblätter der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

Jüdische Rundschau

Abonnementspreis
(Zusendung inbegriffen)
Vierteljährlich:
1. durch die Expedition:
a) in Berlin M. —,90.
b) nach auswärts M. 1,—
c) für das Ausland M. 1,50.
2. im Postabonnement M. 1,25

Inserate
die viergespaltene Petitzeile 25 Pf.
Inseratenbeilagen
15 M.

Organ
der
Zionistischen Vereinigung
für
Deutschland

Adresse für Geldsendungen und Bestellungen:
Verlag Jüdische Rundschau, E. G. m. b. H.
Berlin N 54, Augustistrasse Nr. 49a.
Sprechstunden:
v. 4—5 Uhr nachmittags.
Adresse der Redaktion:
Berlin NW. 52.
Melanchthonstrasse 4.

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck aus der „Jüdischen Rundschau" nur bei voller Quellenangabe gestattet.

No. 51. Berlin, 23. Dezember 1904. — 15. Tebêth 5665. IX. Jahrgang.

Inhalt.

Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina.
(Baseler Programm.)

An unsere Leser und Freunde

Frankfurt — Basel

Zum dreissigsten Todestage von Moses Hess

Mitteilungen vom Zentralbüro der zionistischen Vereinigung für Deutschland

Die Juden in Ostdeutschland
von Ofe Schachor

Aus der Bewegung

Rundschau
- Aus Russland
- Jüdische Krankenpflegerinnen
- Jüdische Stiftungen
- Theodor Herzls Nachlass
- Ein Pückler-Streich

Hammerstein oder Karfunkelstein

Rundschau der Presse.

Persönliches

Litteraturbericht.
- Die Juden der Gegenwart
- Roth, der Zionismus vom Standpunkte der jüdischen Orthodoxie
- Anzeigen

Nationalfond

Briefkasten der Redaktion

Register zu den Protokollen der ersten sechs Zionistenkongresse
Von Hugo Schachtel — Breslau
(Fortsetzung)

Gedenket des Herzlwaldes!

Bargeld ist Freiheit – insbesondere für verfolgte Juden

Regierungen und multinationale Unternehmen drängen zur bargeldlosen Wirtschaft. Der Verbraucher hingegen, der nicht zum Gläsernen Bürger werden will, möchte sich nicht von seinem physischen Geld trennen. Eine jüdische Sicht auf die Wichtigkeit des Bargeldes in der jüdischen Geschichte.

Von Michael Selutin

Bargeld bedeutet Freiheit – damals wie heute.

Für Regierungen ist Geldwäsche und Steuerhinterziehung ein großes Problem und Bargeld ist ein wichtiger Faktor, der das Verstecken von Geld vor den hungrigen Augen des Staates möglich macht. Bargeld kann in einem unauffälligen schwarzen Koffer oder anderen mehr oder weniger kreativen Verstecken transportiert werden und hinterlässt keine Spuren. Hier in Israel (sicherlich passiert das in Deutschland niemals) fragt ein Handwerker manchmal, ob man bar zahlt – falls ja, wird keine Umsatzsteuer veranschlagt und die Kosten für seine Arbeit sind 17 % niedriger. Das ist für den Staatshaushalt natürlich ein großes Problem.

Geld waschen und verstecken

Bei der Geldwäsche läuft es andersherum: hier wird illegal erworbenes Geld durch Bargeld wieder in den Wirtschaftskreislauf gebracht. Nach Angaben des Bundesfinanzministeriums sollen in Deutschland jedes Jahr bis zu 100 Milliarden Euro illegal gewaschen werden. Der Staat hat also ein großes Interesse an einer bargeldlosen Wirtschaft, denn dann kann Geld nicht einfach verschwinden oder auftauchen, sondern lässt sich verfolgen. Indirekt profitiert natürlich auch der Bürger von einer prall gefüllten Staatskasse, aber muss das Bargeld wirklich abgeschafft werden, um dies zu erreichen?

Große, multinationale Unternehmen haben ebenfalls ein Interesse, vor allem am bargeldlosen Einkaufen. Kreditkartenabieter verdienen an allen Transaktionen mit ihren Karten, Online-Geschäfte können Kunden mit nur einem Klick zum Kauf anregen, niemand muss mehr sein Haus verlassen, um sein Geld auszugeben und die Zukunft verspricht, Bargeld sogar ganz überflüssig zu machen. Die Vorstellung von einem Smart Home, das feststellt, wenn im Kühlschrank die Mayonaise zu Ende geht und automatisch eine neue Tube bestellt, beruht auf Online-Einkäufen, bei denen natürlich kein physisches Geld den Besitzer wechselt. Wenn jemand zu Hause sagt „Alexa, bestell mir eine Pizza“, dann wird Amazons Alexa-Gerät eine Transaktion vom Konto des Besitzers zum Konto des Pizzalieferanten durchführen, Trinkgeld für den Pizzaboten wird gleich mit angegeben (Da in diesem Fall das Trinkgeld nicht bar bezahlt wurde, kann der Pizzabote dieses nicht heimlich in die eigene Tasche stecken, sondern muss es mit seinen Kollegen teilen, wenn am Ende des Tages alles zusammengerechnet wird). Aus Sicht des progressiven Verbrauchers wird Bargeld in naher Zukunft also kaum noch benötigt, alles lässt sich mit Kreditkarte bezahlen oder online bestellen. Natürlich gibt es bereits verschiedene Apps, die Zahlungen per Smartphone oder Smartwatch erlauben.

Es gibt jedoch einen Bereich, der Bürgern und Verbrauchern Angst vor einer bargeldlosen Wirtschaft macht – der Verlust der Anonymität. Auch als guter Bürger, der seine Steuern zahlt und als guter Verbraucher, der kein Problem damit hat, dass ein Algorithmus von Google oder Facebook ihm perfekt zugeschnittene Werbeangebote macht, da diese wissen, was er gekauft oder angeschaut hat, hat man doch ein ungutes Gefühl, wenn man weiß, dass jede finanzielle Transaktion nachverfolgt werden kann.

Wir wollen nicht, dass eine Behörde oder Marketingabteilung über alle unsere Schritte informiert ist, auch wenn man nichts zu verbergen hat. Außerdem – wer weiß denn schon, ob man nicht doch einmal in eine Situation gerät, in der man auch als guter Bürger gezwungen ist, seine Finanzen vor staatlicher Überwachung zu schützen?

Bargeld bei jüdischen Flüchtlingen

Für den „wandernden Juden“ Europas war Bargeld immer ein überlebenswichtiges Asset. Im Laufe der über 2000 Jahre alten Geschichte der Juden in Europa (die ersten Juden kamen bereits vor der Zeitrechnung unter den Römern nach Europa) wurden Juden immer wieder von ihren Wohnorten vertrieben oder sie flüchteten vor Pogromen und Unterdrückung. Münzen, Schmuck und Edelmetalle waren ein Weg, um Mobilität zu gewährleisten, während feste Assets wie Immobilien im Falle einer Auswanderung eher hinderlich und während des größten Teils der europäischen Geschichte für Juden sowieso nicht zugänglich waren.

In den 1930er Jahren wurde Bargeld für jüdische Flüchtlinge noch wichtiger, da es einerseits genutzt wurde, um die hohe von den Nazis eingeführte Ausreisesteuer aus Deutschland zu zahlen, und andererseits, um in einem Zielland aufgenommen zu werden. So durften zwischen 1933 und 1937 nur Personen in das britische Mandatsgebiet Palästina einreisen, die als „Kapitalisten“ klassifiziert waren. Das bedeutete, dass sie über 1.000 britische Pfund in nicht festen Assets besassen oder ein Einkommen von über 4 britischen Pfund pro Woche erhalten mussten. Ausgenommen von dieser Regelung waren religiöse Pilger und von der Jewish Agency finanziell unterstützte Handwerker.

Papiergeld war im Vergleich zu Wertgegenständen besonders leicht zu schmuggeln, wenn man als Flüchtling unterwegs war. Es wurde oft in Kleidungsstücke eingenäht oder auch klein gefaltet und gut versteckt, zum Beispiel in einem Bilderrahmen und per Postpaket außer Landes gebracht. Auch später, während der Vertreibung der Juden aus den arabischen und muslimischen Ländern zwischen 1948 und 1979, mussten sie ihre Vermögen heimlich mit sich nehmen, am besten in Scheinen, die versteckt werden konnten und leicht zu transportieren waren. Etwa 850.000 Juden verließen in diesem Zeitraum ihre Heimat – jedoch nicht freiwillig und ohne ihren Besitz. Viele Juden hatten es vor der Vertreibung zu Wohlstand in den arabischen Ländern gebracht und es wird geschätzt, dass ihr Landbesitz in diesen Ländern insgesamt etwa 100.000 Quadratkilometer betrug. Das ist etwa viermal die Größe Israels. Ihr gesamter, zurückgebliebener Besitz wird auf einen Wert von etwa 300 Milliarden US-Dollar geschätzt. Sie hätten weit weniger zurückgelassen, hätte es nicht strenge Beschränkungen auf die Mitnahme von Besitz und Geld gegeben.

Aktuell gibt es keine jüdischen Flüchtlinge mehr, aber solange es Juden in der Diaspora gibt, besteht die Gefahr, dass sie es einmal werden könnten. Es mag unrealistisch klingen (in der jüdischen Geschichte sollte man jedoch immer auf Überraschungen gefasst sein), aber angesichts einer Corbyn-Regierung in Großbritannien oder eines lebensgefährlichen Antisemitismus in Frankreich oder den USA, könnte es möglicherweise bald wieder jüdische Flüchtlinge geben, die ihren Besitz irgendwie außer Landes bringen müssen. Bargeld würde zum Beispiel bei einer britischen Labour-Regierung, die mit großen Steuergeschenken in den aktuellen Wahlkampf geht (jedoch nicht weiß, wie sie diese bezahlen soll), ein wichtiges Asset für die dortige jüdische Gemeinde werden. Der Oberrabiner Großbritanniens, Ephraim Mirvis, hat bereits jüdisches Leben unter Corbyn in Frage gestellt und geschichtsbewusste Juden haben möglicherweise bereits begonnen, ihre Pfunde in ihre Matratzen einzunähen.

Doktrin der Frömmigkeit

Der Chassidismus und sein Platz in der modernen Welt

Von Michail Rumer

An einem Samstagabend, als ich auf einer Berliner Uferpromenade in Tiergarten spazieren ging, fiel mir plötzlich eine Gedenktafel auf: „Hier in der Uferstraße 7 wohnte 1928-1931 Ljubawitscher Rebbe Rabbi Menachem Mendel Schneerson“.

Berliner Dämmerung. Die dunklen Gewässer der Spree fließen langsam. Autos erholen sich neben den Gehsteigen. Das Haus, welches die Tafel auszeichnet, ist ein modernes graues Gebäude mit quadratischen Fenstern, das wohl nach dem Krieg gebaut wurde, anstatt eines Zerstörten. Der Name des berühmten Menschen scheint in dieser modernen städtischen Landschaft irgendwie komisch…

„Vorbringen“

Ja, das stimmt, es gab in seiner Biographie so eine Zeitspanne – ein Studium an der Berliner Universität. Diese Beschäftigung passt irgendwie nicht zu seiner Lebensweise – Sohn eines Rabbiners aus dem ukrainischen Nikolaew, zu diesem Zeitpunkt schon Schwiegersohn des 6. Ljubawitschen Rebben Rabbi Josef Jizhak Schneerson. Dieser Berliner Student war durchtränkt mit talmudischer Denkweise und Weisheit.

Doch es gab sie – die Berliner Universität, die Uni in Paris (vermutlich die Sorbonne), dann New York, wo sich damals schon das Zentrum der chassidischen Bewegung Chabad etabliert hatte – dort, wo er zum Nachfolger seines Schwiegervaters wurde, und wo er ein halbes Jahrhundert gelebt hat.

Samstags saß er auf dem Podium vorne im Saal der großen Brooklyner Synagoge in Eastern Parkway 770 umringt von Studenten und Gästen, unter denen man viele Prominenten der jüdischen Welt treffen konnte, und sprach ganz verschiedene Themen an, von theologischen bis zu gesellschaftlichen.

Es waren die berühmten „Farbrengen“ – ein jiddisches Wort, das entweder vom „Vorbringen“ (im Sinne von vortragen, argumentieren) oder vom „Verbringen“ stammt. Diese Reden von Rabbi Schneerson wurden sowohl während seines Lebens, als auch nach seinem Tod im Jahre 1994 zusammengefasst und in vielen Sprachen herausgegeben.

Eine bemerkenswerte Geschichte passierte auf einer der ersten Tagungen der Leitung des Russischen Jüdischen Kongresses, wo die führenden Persönlichkeiten aller Strömungen des Judentums anwesend waren. Die Vertreter von Chabad erwähnten nebenbei, dass sie sich mit dem Rebben beraten haben. Der Vorsitzende der Tagung, Bankier Gusinki, wandte darauf verblüfft ein, „der Rebbe sei ja schon gestorben!“. Jemand von seinen sachkündigen Assistenten schubste ihn schnell mit dem Fuß unter dem Tisch. Die chassidischen Vertreter wiederholten mit Nachdruck: „Also, nach der Beratung mit dem Rebben…“.

Woran liegt es also, dass diese religiöse Bewegung bis heute ihre lebendige Kraft nicht verloren hat, und immer noch die spirituellen Bedürfnisse hunderttausender moderner Juden nährt?

Die Lehre

Die Geschichte der Entstehung des Chassidismus als Lehre der Frömmigkeit und Bewegung der Erneuerung ist ziemlich vollständig beschrieben und dokumentiert. Beginnend mit dem Gründer des Chassidismus im 18. Jahrhundert, dem berühmten Tzaddik und Mystiker Rabbi Israel ben Eliezer (ca. 1700-1769). Berühmt wurde er unter dem Namen Bescht (Abkürzung für Baal Schem Tov – „Besitzer des Guten Namen“). Rabbi Israel versammelte um sich eine Anhänger-Gruppe, die er für seine neue Konzeption der Verbindung zu G’tt begeistert hatte. Diese Idee wurde nach dem Ableben des großen Lehrers von seinen Schülern aufgeschrieben. Dieses Konzept der Frömmigkeit („Chassid“ bedeutet „Frommer“) basiert auf den Ideen aus der Lurianischen Kabbala, die für die breiten Massen angepasst wurden. Auf der Grundlage solcher komplexen theosophischen Begriffe wie „Selbstbeschränkung G’ttes“, „Bruch der Gefäße“ und „Reintegration der Welten“ erschafft der Chassidismus eine Weltanschauung, in deren Zentrum sich die Frage der Existenz des Menschen, der Arbeit an sich selbst und des individuellen Dienstes dem Ewigen gegenüber befindet.

Oder wie es der Historiker Dubov ausgedrückt hat: „Die Lehre von Bescht und seinen Jüngern war die Antwort auf das Leid und das Elend des jüdischen sozialen Lebens“. Auch wenn der Chassidismus, nach der Meinung von Dubov nichts an der damals schweren Lebenssituation der Juden ändern konnte, so schaffte er trotzdem eine Realität, wo sie sich selbst als würdevoll und wichtig betrachten konnten.

AFP

Rabbi Schneerson ist in den Augen vieler seiner Anhänger der Messias.

Pantheismus im Judentum

Zentral für die Herangehensweise von Bescht war der jüdische religiöse Pantheismus – die Gleichsetzung von G’tt und der Welt. „So wie der Kniff im Kleid ein Teil des Kleides ist, so ist die Welt – sie wird von G’tt gemacht und bleibt für immer ein Teil von Ihm“, sagte Bescht. Aus diesem Postulat des Chassidismus lassen sich folgende Prinzipien ableiten. Wenn in der Welt alles nur G’ttlichkeit ist, dann kann nichts das absolut Böse sein. Das Böse ist nur eine besondere provisorische Erscheinung im Dienst von G’tt. Niemand und nichts ist böse per se, jeder Mensch, egal wie tief er gefallen ist, kann trotzdem zum Allmächtigen zurückkehren. G’tt befindet sich sowohl in einem Gerechten, als auch in einem Sünder. Der Mensch soll anstreben sich selbst als einen der Aspekte des G’ttlichen zu erkennen und das Gefühl der Nähe zum Ewigen erfahren. Diese Verbundenheit erreicht man nicht nur durch das Lernen des Gesetzes, sondern auch mit begeistertem Beten und durch Erfüllen von Geboten, pausenlosem G’ttesdienst in allen Bereichen des menschlichen Lebens.

Wenn jede Handlung im Leben eine Erscheinungsform des G’ttlichen ist, dann soll der Mensch so leben, dass seine irdischen Handlungen Spiritualität anstreben. Das Leben für G’tt soll fröhlich, voller Elan, gefüllt mit Optimismus bezüglich des Lebens und der Menschen sein. Auch ein Sünder darf nicht der eigenen Vergangenheit nachtrauern, er soll sich sogar darüber freuen, dass die himmlische Stimme in ihm erklang, die ihn zu der Umkehr gerufen hat. Ein ehemaliger Sünder verdient Respekt und Ehre, was ihm zusätzlichen Ansporn auf seinem Weg zu G’tt geben könnte.

Das Novum dieser Lehre, die später als „Religion des Herzens“ bezeichnet wurde, definierte sich hauptsächlich über ihr Verhältnis zum ausschließlich rationalen Zugang zum Glauben. Ohne die Heiligkeit des Gesetzes abzustreiten, rückte Bescht das religiöse Gefühl und hochmoralische Leben in den Vordergrund. Der Kern der Religion sei nicht im Verstand, sondern im Gefühl. Ein begeisternd betender einfacher Mensch, der voll des ehrlichen Glaubens ist, kann höher als ein hochgelehrter Weiser sein.

Persönlichkeit und Doktrin

Eine solche Rückbesinnung auf die Ursprünge, eine Art Widerstand gegen Bücherwissen aus der Perspektive eines einfachen aufrichtigen Menschen, ist charakteristisch für die Bewegungen von religiöser Renaissance auch in anderen Religionen, zum Beispiel dem Christentum. Jedes Mal, wenn ein religions-philosophisches Gebilde und die geistige Gesinnung sich völlig von den Bedürfnissen der Massen entfernen, passiert ein Durchbruch zu den Ursprüngen des Glaubens und gleichzeitig ein Rückgriff auf seine mystischen Wurzeln. Denn im Kern der Mystik liegt das Gefühl der unmittelbar wahrnehmbaren Verbindung mit G´tt. Das ist die Religion in ihrem wirksamsten und lebendigsten

Stadium. Und der Chassidismus erbte seine Ideologie aus dem Erbe der jüdischen Mystik (Kabbala), popularisierte ihre Ideen und passte sie der Massenwahrnehmung an.

Der eigenständige Beitrag des Chassidismus zum religiösen Gedanken ist verbunden mit dem Vorrücken der Existenz der Persönlichkeit in den Vordergrund. Allgemeine Ideen werden zu individuellen ethischen Werten. Dabei wird, wie in jeder Volksbewegung, die Persönlichkeit des Anführers zum Zentrum der Ideen, in diesem Fall spielt der Zaddik, ein heiliger Weiser, diese Rolle. Sein Erscheinen wurde zum Beweis der Möglichkeit das Ideal zu erreichen. Wobei sich dieses neue Ideal von dem bis dato gelehrten thorakundigen Weisen unterschied. Der Zaddik selbst wurde zur lebendigen Thora. Den Platz der Doktrin hat die Persönlichkeit eingenommen.

Religiöse Werte, die sich im Zusammenhang mit dem In-den-Mittelpunkt-rücken der großen religiösen Persönlichkeit entwickelt haben, sind irrational. Bildhaft hat es ein Chassid ausgedrückt, indem er sagte: „Ich bin nicht dafür zum Mesritscher Maggid gekommen, um von ihm Thora zu lernen, sondern um zu schauen, wie er seine Schuhe zubindet“.

Im Grunde genommen war Bescht selbst der erste Zaddik. Durch seine Schüler hat der Chassidismus eine breite Verbreitung unter den osteuropäischen Juden erfahren – in der Ukraine, Polen, Litauen, Weißrussland. Die Erinnerung an die Gründer der Bewegung – die großen Zaddikim des 18. Jahrhunderts – lebt bis heute. Es reicht schon aus, das wunderbare Buch von Martin Buber „Die Erzählungen der Chassidim“ zu lesen, um zu spüren wie einfach und weise ihre Helden sind und wie tief ihre religiöse Philosophie ist.

Sie leben in den Orten der Siedlungsgrenze, erwerben ihr Brot durch Handel und Handwerk, tragen Schafspelzjacken, tanzen und trinken Wodka in den Kneipen mit ortsansässigen Bauern und denken dabei intensiv über den Ursprung des Lebens nach, beten ungestüm und nähern sich geistig G´tt an.

Sie haben eine besonders enge Beziehung zu G´tt. Rabbi Shneur Zalman aus Liady nennt ihn „Tatenu“ – „Papa“. Und diese Nähe, die Schärfe des religiösen Gefühls, verbindet sich mit der Schärfe des philosophischen Gedankens.

Chabad und Rabbi Schneerson

Zum Nachfolger von Bescht wurde der ihm am nächsten stehende Schüler Rabbi Dov-Ber aus Mesritsch – der Große Maggid (gest. 1772). Er ist derjenige, der die theoretische Lehre des Chassidismus detailliert ausgearbeitet hat. Im Kern seiner Lehrer liegt das Konzept der überall zerstreuten g´ttlichen Funken. Entsprechend der kabbalistischen Lehre von Lurija ist der Prozess der Wiedergutmachung („Tikkun“) der Welt das Ziel der Schöpfung. Somit sollen diese Funken aus den irdischen Hüllen („Klippot“) herausgelöst und stufenweise zur Ursprungsquelle gehoben werden, bis sich die vollkommene Einheit zwischen dem Schöpfer und der Schöpfung einstellt.

Eine besondere Rolle in diesem Prozess spielt der Mensch. Im ekstatischen Gebet können sich die in der materiellen Welt enthaltenen Funken sofort über alle Stufen und Niveaus, die sie ansonsten bei allen anderen Formen des Dienstes dem Ewigen hätten durchlaufen müssen, hinweg erhöhen.

Den eigenartigsten Charakter hat der Chassidismus in Litauen und Weißrussland erfahren, wo seine Entwicklung mit der Tätigkeit von Rabbi Shneur Zalman aus Liady – dem Alten Rebben (gest. 1813) – zusammenhängt. Er war der Stammvater der Dynastie der Schneersons und der Gründer einer der wichtigsten Bewegungen im Chassidismus – dem „Chabad“-System (Abbreviatur von drei hebräischen Worten: „Weisheit“, „Verstand“, „Wissen“). Seine Lehre kombinierte die Lurianische Kabbala mit den Ideen von Bescht. Dabei systematisierte er den Chassidismus und machte damit möglich, dass dieser auch mit Verstand und nicht nur mit der Intuition angeeignet werden kann. Damit näherte er ihn gewissermaßen sowohl dem klassischen rationalen Zugang, als auch den Bedürfnissen des Alltäglichen an.

Der Alte Rebbe erschuf ein ethisches Konzept – die Lehre vom „Beinoni“ – einem gewöhnlichen normalen Menschen. Der Zaddik ist ein seltener Typ, eine Persönlichkeit, die eine angeborene Möglichkeit besitzt, alle seine geistigen Kräfte darauf zu lenken, Menschen G´tt näherzubringen. Zwischen dem Zaddik und dem gewöhnlichen Menschen liegt eine Kluft, die fast unüberwindbar ist. Deswegen soll man nicht versuchen in den verborgenen Tiefen der Seele nach der kompletten geistigen Vereinigung mit G´tt zu suchen. Man soll alle seine Gefühle und seinen Verstand darauf verwenden, die Perfektion im Alltagsleben zu erreichen. An dieser Stelle kann der Beinoni, der gegen die bösen Triebe in seiner Seele ankämpft und die höchsten Stufen der religiösen Perfektion dank der ständigen Praxis der Besinnlichkeit auf G´tt erreicht, zum Vorbild werden.

Wie alle anderen jüdischen religiösen Denker, widmete sich Rabbi Shneur Zalmen in seinen Werken ausgiebig der Fragestellung der Gegenseitigkeit zwischen G´tt und der Welt, G´tt und dem Menschen. Die Welt, so lehrt der Alte Rebbe, hat im Ursprung den geheimnisvollen, verborgenen Aspekt der Natur G´ttes. Da sie aber eine Realität besitzt, ist sie damit auch gleichzeitig der höchste Ausdruck der g´ttlichen Substanz. Daraus folgt, dass das Erfüllen der Mizwot (der Ge- und Verbote des Judentums), sowie das Lernen der Thora höher als eine rein theoretische Annährung an G´tt sind.

Ein herausragender Denker war der Sohn vom Alten Rebben, Rabbi Dov Ber, der das Chabad-Zentrum in das Örtchen Lubawitsch (heute in der Region von Smolensk) verlegte. Deswegen heißt diese Bewegung heute Chabad Lubawitsch.

Für die Lubawitscher Chassiden ist eine hohe religiöse Aktivität charakteristisch. Sie sind die ersten unter den anderen chassidischen Bewegungen, die angefangen haben, Yeshivot zu etablieren, sie verbreiteten die Lehren des Judentums und kamen dabei nicht selten in Konfliktsituationen mit den Staatsmächten. Fast alle Zaddikim, die in Russland tätig waren, waren im Gefängnis. In Abhängigkeit vom Weltgeschehen verlagerte sich auch das Zentrum von „Chabad“. Vor dem Ersten Weltkriegt war es Weißrussland (damals war es der Schtetl Lubawitschi im Mogilewer Gubernium), dann wurde es nach Litauen, Polen und schließlich in die USA verlegt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg führte der Sechste Rebbe Rabbi Joseph Izchak Schneerson den Kampf für den Erhalt des jüdischen Lebens in der UdSSR an. In der Zeit vom Siebten, dem letzten Zaddik, Rabbi Menachem-Mendel verbreitete sich die Lubawitscher Bewegung außerhalb der Grenzen von Europa, USA und Israel auf alle Kontinente.

Mit den Augen des Zeitgenossen

In der jüdischen Geschichte ist die Rolle des Chassidismus und seiner größten Bewegung „Chabad“ sehr wichtig. Die Lehre von Bescht und seiner Nachfolger hat entscheidend zur Überlebensfähigkeit der jüdischen Religion beigetraten. Der Realismus dieser Lehre befruchtete sie und näherte sie dem einfachen Menschen an. Der Chassidismus gab den Anstoß zur weiteren Entwicklung des Judentums und wurde zu einer starken Säule der jüdischen religiösen Welt.

Die emotionale Welt des Chassidismus lockte Menschen an, die ihr Ziel in der geistigen Renaissance des Judentums sahen. Sogar ein solch chassidismus-ferner zionistischer Denker wie Achad haAm schrieb im Jahre 1990: „... wenn wir heute zumindest eine Spur von eigenständiger jüdischer Literatur auf Ivrit entdecken möchten, dann müssen wir uns der Literatur des Chassidismus zuwenden: hier können wir eher als in der Literatur der Haskala eine wahre Tiefe des Denkens, die durch den Stempel des eigenständigen jüdischen Genies geprägt ist, entdecken“.

Heute kann der Chassidismus sehr wohl zu einer der strengsten Formen des orthodoxen Judentums gezählt werden. Aber die Tatsache, dass immer mehr durchaus moderne Menschen zu einer solchen Orthodoxie kommen, spricht dafür, dass sie im Rahmen dieser Bewegung eine solche Vollständigkeit des geistigen Lebens, ein solches Gefühl der Erfüllung des Daseins finden, dass sie nichts Anderes mehr brauchen.

Übersetzung aus dem Russischen von Rabbiner Elischa Portnoy

TuS REISEBÜRO
IHR SPEZIALIST FÜR ISRAELREISEN
Ihr zuverlässiger Partner für organisierte Reisen
Flüge weltweit | Reiseberaatung und Planung | Visum in GUS-Länder | Reisen auf Kredit
www.TUS-REISEN.COM

Das Heilige Land
GRUPPENREISEN NACH ISRAEL
Ganzjährig möglich
AB 878€ pro Person HP/ DZ/ 1 Woche
HOTEL, TRANSFERS, AUSFLÜGE

Buchen Sie über unser Reisebüro
Flüge nach Israel mit:
EL AL, ISRAIR, EasyJet, UP AB 99€

HOTELS:
TEL AVIV
Armon Hayarkon 3* 461€ |7T| ÜF
JERUSALEM
Prima Park 3* 392€ |7T| ÜF
NETANYA
Galil 3* 337€ |7T| ÜF

NEU EXCLUSIVE TOURS TuS Reisebüro
Sri-Lanka ab 724€ (10T, HP) (Hotels, Transfers, Ausflüge)
VIETNAM ab 1920€ (15 Tage)
MADEIRA ab 699€ (7 Tage)
GEORGIEN ab 650€ (7 Tage)
ASERBAIDSCHAN ab 850€ (7 Tage)
ST. PETERSBURG ab 450€ (4/5 Tage)

KUR URLAUB (Sanatorium)
Baltyk 3* (Kolberg) ab 258 p.P | 15 Kur. | 6T | VP
Jaunkemeri (Lettland) ab 252 p.P | 20 Kur. | 6T | VP
Belvedere 4* (Karlsbad) ab 255 p.P | 15 Kur. | 6T | HP

Kur am Toten Meer:
Kibbutz Ein Gedi + SPA Paket
DZ | HP p.P. ab 850€ p.P.
Hotel Lot 3* | DZ | HP p.P. ab 650€

Pauschalreisen Weltweit
Spanien ab 370€
Italien ab 470€
Zypern ab 360€
Emirates ab 880€
Kuba ab 970€
Griechenland ab 480€
Türkei ab 385€
Kanaren ab 525€
Thailand ab 760€
Bali ab 990€

Адрес: Kantstr. 97, 10627 Berlin, Тел: 030/217 61 17, 375 911 31 E-Mail: info@tus-reisen.com Web: www.TUS-REISEN.com

Der „politisch unkorrekte“ Rabbi von Sarajevo

Interview mit Dr. Eliezer Papo, dem Rabbiner von Sarajevo, über die Rolle seiner Stadt für den Zionismus und das Ladino des Balkan

Die ersten Juden kamen nach der Vertreibung aus Spanien Ende des 15. Jahrhunderts nach Sarajevo, das damals Teil des Osmanischen Reiches war. Sarajevo, die heutige Hauptstadt von Bosnien-Herzegowina, wurde auch als Jerusalem Europas bezeichnet, weil hier die drei Weltreligionen für lange Zeit friedlich zusammenlebten und das jüdische Leben in der Stadt gedieh. In der Stadt gab es kein jüdisches Viertel im engeren Sinne, erst recht keine Art abgeschlossenes Ghetto, in dem alle Juden hätten leben müssen. Die zentralen jüdischen Institutionen befanden sich jahrhundertelang in prestigeträchtiger Lage beim großen Basar der Stadt. Dennoch lebten in manchen Vierteln Sarajevos mehr, in anderen weniger und in wieder anderen gar keine Juden. Dr. Eliezer Papo, ein gebürtiger Sarajlija (Bewohner Sarajevos) und nicht-residenter Rabbiner der Jüdischen Gemeinde von Sarajevo, lebt heute in Jerusalem und lehrt an der Universität Ben Gurion in Be'er Schewa. In seiner Funktion als Rabbiner kommt er zu den hohen jüdischen Feiertagen nach Sarajevo. Die JÜDISCHE RUNDSCHAU hatte Gelegenheit, Herrn Dr. Papo in seiner Jerusalemer Wohnung zu besuchen und zu interviewen.

Die jüdische Gemeinde Sarajevos

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Herr Dr. Papo, viele Leute verbinden mit dem Namen Sarajevo leider nur Begriffe wie den 28. Juni 1914, die Winterolympiade 1984 oder die Belagerung der Stadt – wenn überhaupt. Was glauben Sie, welchen Stellenwert die Stadt für die Leser der JÜDISCHEN RUNDSCHAU und an der Geschichte des Judentums und Israels Interessierte haben sollte?

Dr. Papo: Assoziationen sind spontan, oft persönlich und noch öfter kollektiv; abhängig von der Erfahrung des Einzelnen oder der Gruppe, der er angehört, den Informationen, die er erhalten hat usw. Deswegen glaube ich nicht, dass man von Assoziationen sprechen kann, die irgendetwas, auch Sarajevo, in irgendjemandem wecken werden. Obwohl diese Zeit der politischen Korrektheit und allumfassenden Nicht-Authentizität, die die Menschen oft so klingen lässt, wie man es für richtig hält, und nicht wie freie Individuen. Auf jeden Fall glaube ich, dass für einen Großteil der Leute heutzutage eine der ersten fünf Assoziationen an Sarajevo die Haggadah von Sarajevo ist – und es ist schön, dass es so ist. Einer meiner Wünsche ist es auch, dass Juden auf der ganzen Welt Sarajevo als Geburtsstadt des Ribi Yehuda (Ben Shlomo Chai) Alkalai (*1798) assoziieren. Alkalai gilt als der Vater des modernen politischen Zionismus. Glücklicherweise habe ich einige leichter zu erfüllende Wünsche im Leben.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Bei Theodor Herzl denken die meisten wohl eher an Basel, aber nicht an Sarajevo. Welche Rolle spielt Sarajevo für den modernen politischen Zionismus?

Dr. Papo: Unter der Führung von Miloš Obrenović erkämpften die Serben eine Autonomie innerhalb des Osmanischen Reiches. Mit diesen Eindrücken gewappnet, dass eine Autonomie innerhalb des Osmanischen Reiches möglich ist, zog Ribi Yehuda Alkalai von Sarajevo in die heute serbische Stadt Zemun. Diese grenzte an das Osmanische Reich. Er war der erste Visionär der großen jüdischen Rückkehr nach Eretz Israel und der Schaffung der jüdischen Autonomie innerhalb des Osmanischen Reiches, sowie der Begründer der ersten zionistischen Gesellschaft und Bewegung. Er weckte das Interesse für den Zionismus bei Herzls Großvater, einem gebürtigen Zemuner, und verfasste ein Empfehlungsschreiben für den Bruder von Herzls Großmutter, in welchem er ihn als einen „wahrhaften Zionisten“ lobte. Soviel zum Hirngespinst, dass Herzl ein assimilierter Jude gewesen und erst durch die Dreyfus-Affäre auf die „Unvermeidlichkeit eines jüdischen Schicksals“ aufmerksam gemacht worden sei.

Interessanterweise sollte in der Vision von Ribi Alkalai als offizielle Sprache dieser jüdischen Autonomie das wiederhergestellte Hebräisch fungieren. Ein Schüler seines Schülers, Dr. Theodor Herzl, hatte weniger Vertrauen in die Vitalität und Vielseitigkeit der hebräischen Sprache, weshalb er als realistischere Alternative Deutsch in die überarbeitete alkalaische Vision einbrachte.

Nun, im Einklang mit dem Motto der jüdischen Geschichte: „Seien wir realistisch, fordern wir das Unmögliche“, setzte sich auch in diesem Segment die Vision von Alkalai durch. Wenn man diesem noch die Prophezeiung von Alkalai hinzufügt, dass ab 1840 das Jahrhundert der göttlichen Gnade beginne, welches die Juden für die Rückkehr nach Israel nutzen sollten, weil ab 1940 die Zeit der schrecklichen Verfolgung beginne, bekommt man einen vollen Eindruck von der Größe der Vision des Sarajevoer Begründers des Zionismus.

> „Diese Zeit der politischen Korrektheit und allumfassenden Nicht-Authentizität lässt die Menschen oft so klingen, wie man es für richtig hält, und nicht wie freie Individuen.“

Die Haggadah ist ein reich bebildertes Buch, das Juden als Handlungsanweisung für den Seder am Pessach-Vorabend dient. In ihm wird der Exodus aus Ägypten erzählt. Die Haggadah von Sarajevo soll um das Jahr 1350 in Barcelona oder Saragossa angefertigt worden sein und ist, nach der Vertreibung der Sepharden von der iberischen Halbinsel im Zuge der Reconquista, über Umwege mit nach Sarajevo gebracht worden. Das Museum von Sarajevo kaufte die Haggadah 1894 an, um sie ausstellen zu können. Während des Zweiten Weltkrieges suchten die Nazis gezielt nach der Haggadah, und nur durch den selbstlosen Einsatz vieler Einwohner Sarajevos konnte diese gerettet werden. Während der Belagerung der Stadt in den 1990ern haben zwei Museumsangestellte sie unter Einsatz ihres Lebens aus der Stadt geschmuggelt. In beiden Fällen waren die Retter bosnische Muslime. Heute zählt man sie zu den größten Schätzen jüdischer Buchkunst. Ihre Geschichte ist ein kleines Wunder und birgt Stoff für mindestens drei Hollywoodfilme.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Sie sind gebürtig aus dem ehemaligen Jugoslawien, dem heutigen Bosnien-Herzegowina, wo man früher Serbokroatisch und heute – angeblich – Kroatisch/Bosnisch/Serbisch spricht. Wie bezeichnen die bosnischen Juden ihre Sprache?

Dr. Papo: Bosnische Juden nennen ihre Sprache Ladino. Nur weil es ihre Sprache ist, heißt das aber noch lange nicht, dass sie diese auch sprechen. Wir wissen auch warum! Die deutsche Besatzung, die Einrichtung des deutschen Satellitenstaates: Der kriminelle Unabhängige Staat Kroatien (Anm. JR: der Ustascha-Staat) und der Völkermord an den bosnisch-herzegowinischen Juden hatten ein solches Ausmaß, dass es zu einem Linguizid (Sprachmord) führte. Eine Handvoll bosnischer Juden, die die Schrecken des Zweiten Weltkriegs überlebt hatten, zuvörderst dank der Italiener und dann durch den Sieg der Partisanen; stellt, biologisch gesehen, keine kritische Masse mehr dar, um das Ladino als bestimmte ethnische Sprache „aufrechterhalten“ zu können. Die Sprecher des bosnischen Ladino in Bosnien und Herzegowina können an den Fingern einer Hand und im Rest der Welt an den Fingern der anderen Hand abgezählt werden.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Wie viele Sprecher des Ladino gibt es heute noch und wo wird es am meisten gesprochen?

Dr. Papo: Die meisten Sprecher des Ladino leben heute in Israel, logischerweise. Mit der Rückkehr der Juden kehrte auch das Ladino nach Hause zurück. Leider scheint es, dass es nur zurückgekehrt ist, um schließlich hier seinen letzten Atemzug zu tun. Anders gesagt: sehnsüchtig nach Hause gekommen, um dann hier zu sterben. Heute spricht in Israel kein einziges Kind Ladino als Muttersprache. Und selbst die erwachsenen Muttersprachler können sich nicht einer einzigen Person rühmen, die ausschließlich Ladino spräche. Verschiedene Institutionen in Israel versuchen, das Erbe des Ladino zu retten und arbeiten unermüdlich daran, dass möglichst viele Errungenschaften der sephardischen Kultur und Erfahrungen Teil des israelischen Mainstreams werden. Man schätzt die Sprechergemeinde des Ladino in Israel auf etwa 200.000 Menschen, aber ihre Sprachkenntnisse sind sehr unterschiedlich. Darunter solche, die Ladino nur kulinarisch kennen (Nona, no me me meta kajmak nel sendvich, savi ki ich no mi plazi - Oma, tu mir keine Butter in mein Sandwich, das mag ich nicht), bis zu denen, für die es wirklich eine Sprache ist. Zum Beispiel Moshe Haelon, ein Holocaust-Überlebender aus Thessaloniki, der kürzlich in Israel die Ilias und die Odyssee ins Ladino übersetzte.

20.000 Juden leben ungefähr in der Türkei, und den Ältesten ist Ladino die

Muttersprache. Den Übrigen ein Repositorium des Kollektivgedächtnisses, ein Identitätsreservoir, ein Objekt des Stolzes – aber leider kein Kommunikationsmedium. Ladino ist in der Türkei in erster Linie ein Kommunikationsmittel mit der eigenen Identität. In Bulgarien ist die Situation ein wenig besser als in den sephardischen Ländern Jugoslawiens, aber bei weitem nicht so gut wie in der Türkei. Der Holocaust an den griechischen Juden hatte ähnliche Folgen wie der Holocaust an den bosnischen, serbischen und dalmatinischen Juden: Linguizid.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Wie ist die jetzige Situation in der jüdischen Gemeinde von Sarajevo?

Dr. Papo: Es gibt einen sehr schönen Ausdruck auf Serbisch-Kroatisch-Bosnisch, den die bosnischen Sephardim auch ins Ladino übersetzten: Si kazo mejor ki pinso – Sie heiratete besser, als sie es sich erhofft hatte. In Anbetracht der Tatsache, wie wenige Juden in Sarajevo diesen letzten Bürgerkrieg „erwartet" haben, und in Anbetracht seiner Grausamkeit und Dauer, in der Kinder, meist in Begleitung ihrer Mütter, und ältere Gemeindemitglieder in Sicherheit gebracht werden mussten, ist die Situation in der jüdischen Gemeinde in Sarajevo heute besser, als zu erwarten war. Einige Kriegsflüchtlinge kehrten zurück, prozentual gesehen wahrscheinlich sogar mehr als in den anderen bosnisch-herzegowinischen Ethnokonfessionsgruppen – aber in absoluten Zahlen lächerlich gering im Vergleich zur Größe dieser anderen Ethnokonfessionsgruppen.

Die Zeiten, in denen jeder fünfte Sarajlija jüdisch war, es Aufführungen auf Ladino im Nationaltheater gab, das neben der größten sephardischen Synagoge Europas stand, sind unwiderruflich vorbei. Sarajevo hat heute einen außergewöhnlichen jungen Chasan (Kantor), Bensijon Igor Kožemjakin, einen regelmäßigen G'ttesdienst am Schabbat und an Feiertagen, einen aktiven Jugendclub, eine noch aktivere Frauenabteilung, benannt nach der ersten Verfasserin von Dramen auf Ladino, Laura Papo Bohoreta, einer gebürtigen Einwohnerin Sarajevos. In der Stadt wirkt auch die jüdische Wohltätigkeitsorganisation „La Benevolencija", die den Bürgern Sarajevos ihrer kolossalen, im Krieg geleisteten Hilfe wegen in Erinnerung geblieben ist. Archimedes jedenfalls wäre in Zeiten moderner Kommunikationsmittel erstaunt darüber, an wie vielen Orten der Mensch gleichzeitig agieren kann, ohne sich von der Stelle zu bewegen. Das können Sie an mir sehen: Aus Jerusalem heraus diene ich als nicht-residenter Rabbiner der jüdischen Gemeinde in Bosnien-Herzegowina. In die Stadt selbst komme ich zu wichtigen jüdischen Feiertagen. Brauchen die Gemeindemitglieder einen Rat, wissen sie, wo und wie sie mich finden können, und ich stehe in ständigem Kontakt mit der weltlichen Gemeindeführung.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Deutsche und europäische Politik haben Auswirkungen auf den Balkan und natürlich auch auf Israel. Verfolgen Sie die politischen Geschehnisse im Deutschland und Europa der letzten Jahre?

Dr. Papo: Ehrlich gesagt versuche ich, diese so wenig wie möglich im Auge zu behalten, vor allem meiner mentalen Hygiene wegen. Wenn ich sie doch mal verfolge, rege ich mich nur unnötig auf. Trotzdem werde ich ohne Bezug zu irgendeiner Funktion, die ich ausfülle (oder auch nicht), meine persönlichen Ansichten mit Ihnen teilen. Juden in Europa sind eine Minderheit par excellence. Historisch betrachtet, und ohne irgendwelche Verallgemeinerungen, kann man immer noch sagen, dass Juden traditionell eher mit der Linken sympathisierten, und diese auch mit ihr. In der Zwischenzeit hat die Linke dem Mythos zugestimmt, dass der Kapitalismus die Verwirklichung des Reiches G'ttes auf Erden sei, das vollkommenste System, das die Menschheitsgeschichte seit jeher angestrebt habe. Ein System, in dem die Arbeitnehmerrechte endgültig erfüllt und in dem wir von jetzt an und immer weiter fort in messianischen Zeiten leben würden. In Zeiten, in denen der Kampf um soziale Gerechtigkeit nichts weiter als eine blasse Erinnerung ist, hat die Linke ihren Fokus auf andere Minderheiten gerichtet: nämlich auf sexuelle. Dieser Irrglaube, die Rettung der Welt läge in der absoluten Akzeptanz der „Gender-fluid"-Theorie, ist eine Verballhornung des Religiösen und der Religiosität in der westlichen Öffentlichkeit. Hiermit meine ich vor allem die Europäer, aber auch die Amerikaner, insbesondere jene, deren „Bewusstsein für einen gemeinsamen europäischen Ursprung" ausgeprägter ist. Es scheint, als ob die Menschen versuchen würden, die Maxime zu beweisen, der zufolge die menschliche Seele von Natur aus religiös sei. Die ausgeprägtesten Atheisten unter uns haben ein Dogma erschaffen, das die Trennlinie zwischen „Geretteten" und „Nicht-Geretteten", „Söhnen des Lichts" und „Söhnen der Dunkelheit" zieht. Wäre es nicht beängstigend, könnte man drüber lachen! Ein Dogmatismus, für den sich das Mittelalter nicht schämen müsste.

Der Autor Filip Gaspar (rechts) mit Rabbi Papo

> „Die jüdische Minderheit in Europa wird von der Neu-Linken nicht mehr wie ein Underdog – eine Sorte, welche die Neu-Linke gerne hegt und pflegt – wahrgenommen, sondern als ein verlängerter Arm Israels und seiner rechten Regierung."

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Aber Religionen leben doch auch von der Debatte.

Dr. Papo: Und dies ist auch der traditionelle Unterschied zwischen einer Weltanschauung und einer Religion. Ersteres ist eine mehr oder weniger leidenschaftliche Debatte, mit dem Ziel, das Gegenüber für seine eigene Idee zu gewinnen. Bei letzterem hilft die Diskussion nicht weiter. Diejenigen, die das Gegenteil behaupten, verkörpern ihrem Wesen nach das existenzielle Böse, – und als solche gehören sie ausgerottet. Glücklicherweise verfügen die Vertreter dieser neuen Religion nicht über die Machtinstrumente, die beispielsweise der katholischen Kirche im Mittelalter zur Verfügung standen.

Ansonsten würde es allen, die es wagen, anders oder überhaupt zu denken, schlecht ergehen. Fügt man hinzu, dass trotz der Existenz eines starken Israels, das in den letzten Jahren größtenteils von einer rechten Regierung geführt wurde, die jüdische Minderheit in Europa von der Neu-Linken nicht mehr wie ein Underdog, eine Sorte, welche die Neu-Linke gerne hegt und pflegt, wahrgenommen wird, sondern als ein verlängerter Arm Israels und seiner rechten Regierung, bekommt man einen neu-linken Antisemitismus, in dem ein irrationaler Hass auf Israel in eine Haltung gegenüber allen Juden überall mündet. Gleichzeitig existiert die Neu-Rechte, die seit der Entstehung Israels bis dato in den Juden oft „ein normales Volk sah, das am Wohle seiner eigenen Nation arbeitet. Viele Anhänger der Neu-Rechten sind Erben des traditionellen Antisemitismus, der, milde ausgedrückt, die jüdische Integration in die europäische Gesellschaft mit Argwohn betrachtete und in den Juden ein anationales oder gar transnationales Element sah, deren Interessen nicht im Einklang mit derjenigen europäischen Nation, in der sie lebten, standen. Oftmals warf man Juden vor, dieselben Interessen wie andere Juden in anderen Staaten zu haben.

Natürlich repräsentieren diese beiden vereinfachenden Ansichten, die eigentlich zwei Seiten derselben Medaillen sind, weder alle Neu-Linken, noch alle Neu-Rechten, noch sind sie geeignet, wenn man die wirklichen Ansichten der europäischen Juden erfahren will. Aber all diese formellen rechtlichen Mängel hindern sie nicht daran, unbewusste Meinungen zu schaffen, die oft weitaus mächtiger als die bewussten sind. Eines ist sicher: Uns wird nicht langweilig und mit großer Wahrscheinlichkeit wird es immer „interessanter" und „interessanter" (lächelt). Traditionelle Religionen haben zumindest ihre Anhänger dazu inspiriert, mehr Kinder zu bekommen. Religionen der Neuzeit sind dagegen infantile Peter Pans. Dennoch funktioniert die Welt nicht so, wie es sich Klein Hänschen vorstellt, und so wird mit Sicherheit auch die Zukunft des alten Kontinents in den Händen derer liegen, die ihren Fokus auf noch ein weiteres Kind, und nicht auf noch ein weiteres Gadget, richten. Mögen wir lang genug leben, um es noch zu erleben.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Was denken Sie über die aktuellen Geschehnisse in der Europäischen Union?

Dr. Papo: Jede Religion hat zwei traditionelle Anführertypen: Propheten, die dem Heute das Zukünftige aufzwingen, und Priester, die dem Heute das Gestrige aufzwingen wollen. Natürlich leben die Menschen im Gegensatz zu den Propheten und Priestern weder im Morgen noch Gestern, sondern ausschließlich im Hier und Jetzt. Gleichzeitig ermöglicht es erst die gesunde Spannung zwischen der Faust des Propheten, der zum Morgen, und der Faust des Priesters, der zum Gestern tendiert, dass die Menschen fest im Hier und Jetzt stehen. Meine langatmige Antwort auf diese Behauptung soll mich vor eventuellen Vorbehalten derer schützen, die eine freudigere Antwort erwartet haben. Ich finde es sehr wichtig, dass ein jeder weiß, was genau seine Berufung und Aufgabe ist.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Herr Dr. Papo, vielen Dank für das Gespräch.

Das Gespräch führte und übersetzte Filip Gašpar.

Vergebliche Mühe

Wie jüdische Zeitungsverleger und Redakteure im Russischen Zarenreich gegen die Diffamierung und für die Gleichstellung kämpften

Was sich die Herausgeber der ersten jüdischen Zeitungen in Russland erhofften, wie die Polemik „Zion" mit dem ukrainischen Magazin „Osnova" über das ganze Kaiserreich ertönte und warum die Publikation „Russischer Jude" von dem überzeugten Antisemiten Pjotr Ratschkowski redaktiert wurde – dazu und noch viel mehr in einem Interview mit Roman Vilensky, Absolvent des Masterstudiengangs Judaistik der Nationalen Universität Kiew-Mohyla-Akademie.

Odessa, Ende des 19. Jahrhunderts

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Roman, wen könnten wir als die Eltern des Phänomens der russisch-jüdischen Presse benennen, die in der Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden ist?

Roman Vilensky: Die Väter waren junge jüdische Erzieher, die die Staatssprache erlernt hatten und davon träumten, Teil der russischen Gesellschaft zu werden. Die Mutter war das Imperium selbst – genau genommen die Regierung, die bemüht war, „die Untertanen der Religion von Moses" zu assimilieren und „das Böse zu beseitigen, welches von diesen kam". Die erste Generation der russisch-jüdischen Intelligenz sah sich als Mittler zwischen der Gemeinde und der Regierung, als ein Art Einflussfaktor in beiden Bereichen. Obwohl es sich der bezeichnenden Bemerkung des Historikers John Clear nach, um Namensbetrüger handelte – denn weder das jüdische Volk noch der russische Staat hatten sie dazu ermächtigt. Die Maskilim glaubten, sie wären in der Lage, die „Judenfrage" in Russland zu lösen.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Wie sehr vertraten sie ihr potenzielles Klientel?

Roman Vilensky: Äußerst oberflächlich. Die überwiegende Mehrheit der in der „Ansiedlungsgrenze" lebenden Juden beherrschte die russische Sprache nicht, und sie beschäftigten sich mit der Frage der zivilen Gleichstellung lediglich im Zusammenhang mit der Wehrpflicht und der Steuerlast.

Die ersten russisch-jüdischen Journalisten glaubten jedoch, dass sie vor allem von „Nichtjuden" gelesen werden würden, von welchen auch die Lösung der berüchtigten „Judenfrage" abhing. Ein charakteristisches Zitat des herausragenden Historikers Shimon Dubnov: „Das Magazin ‚Tag' (Anm.d.R. День) wandte sich nicht so sehr an die Juden als vielmehr an die russische Öffentlichkeit, in der angenehmen Illusion, dass diese den ‚Tag' liest und dass sie...die Notwendigkeit unserer Gleichheit erkennen wird.

Die Verleger jüdischer Zeitungen hofften ernsthaft, dass ihre Tätigkeit zu Veränderungen der Staatspolitik führen und den traditionellen Antisemitismus der Großmacht untergraben würde. Das war extrem naiv: Die russische Gesellschaft war solchen Publikationen gegenüber zutiefst gleichgültig, und die russische Leserschaft war noch kleiner als die jüdische. Es genügt zu sagen, dass der erste Band der „Jüdischen Bibliothek" mit einer Auflage von 400 Exemplaren veröffentlicht wurde, die Zeitschrift „Aufgang" (Anm.d.R.: Rassvet) begann 1881 mit 950 Exemplaren und erreichte ihre maximale Auflage – 4.397 Exemplare – 1895, als es in Russland etwa 4 Millionen Juden gab.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Ist das Erscheinen der ersten russisch-jüdischen Ausgaben ausgerechnet in Odessa eine Selbstverständlichkeit?

Roman Vilensky: Auf jeden Fall. In der Mitte des 19. Jahrhunderts hatten in dieser Stadt bis zu einem Drittel der Juden eine weltliche Ausbildung, sprachen Russisch und teilten liberale Ansichten. Odessa war damals das Hauptzentrum des russischen Judentums, und nirgendwo – auch nicht in St. Petersburg – gab es einen so engen Kontakt zwischen der jüdischen Intelligenz und der russischen Kultur.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Es wird gesagt, dass Nikolai Ivanovich Pirogov selbst – ein herausragender Chirurg, der die Position des Kurators des Bildungsbezirks Odessa innehatte – an der Veröffentlichung der ersten russisch-jüdischen Zeitschrift im Reich beteiligt war?

Roman Vilensky: Ja, 1856 befürwortete Pirogov die Idee des Publizisten Osip Rabinovich von einer jüdischen Zeitschrift, die laut dem Gründer „von einem konservativen und loyalen Sinn" geprägt sein sollte. In seiner Ansprache an Pirogov hob Rabinovich hervor: „Die Publikation wird die wahre Religiosität und Moral, die Liebe zum Vaterland sowie die Bestrebung, die Juden für das Erlernen der Landessprache zu gewinnen, verfolgen."

Trotz solch einer ansehnlichen Botschaft erhielt Rabinovich zuerst eine Absage. Allerding trug der Einfluss von Pirogov Früchte und die Erlaubnis zur Gründung der russisch-jüdischen Zeitschrift „Aufgang" wurde erteilt. Ihr Hauptziel wurde „die Aufklärung des Volkes mittels der Aufdeckung der Rückständigkeit der jüdischen Massen und das Näherbringen dieser mit der umliegenden Bevölkerung". Ihr Motto proklamierten die Verleger in einem Programmartikel:

„Der ‚Aufgang' wird nicht schweigen, nicht über unsere Nöte, noch über unsere Mängel, weil ohne das Aufdecken der letzteren das erstere nicht befriedigt werden kann... die jüdische Gesellschaft verfügt über genügend Weisheit und Reife, und ist bei weitem nicht so konservativ wie üblicherweise geglaubt wird, und die Zukunft der Juden in Russland wird hell erleuchtet sein. Wer dies anzweifelt, sieht die Zeichen der Zeit nicht."

Die Redaktion suchte nach Verbündeten unter der russischen liberalen Intelligenz, doch brachten die Parolen über den Frieden und die Freundschaft zwischen dem jüdischen und russischen Volk nicht das erwartete Resultat. Allerdings, ungeachtet des „loyalistischen Geistes" wandte die Zensur oftmals die Schere an und Rabinovich wurde oft mit der Schließung seiner Zeitschrift „Aufgang" gedroht.

Nichtsdestotrotz wurde der „Aufgang" zu einer symbolhaften Erscheinung in der Historie der russischen Juden. Seine traurige Erkenntnis bewies, dass der Schlüssel für die Lösung der „Judenfrage" nicht in der Wahl der Sprache lag, sondern in der Politik der Regierung gegenüber den Juden. Vertan haben sich auch die Beamten, die annahmen, dass eine solche Zeitschrift die Assimilierung der jüdischen Minderheit beschleunigen würde. Teilweise wurden diese Erwartungen erfüllt, aber als Reaktion auf die berechtigten Forderungen der Zeitschrift, die Rechte der Juden anzugleichen, kehrten die Zensoren wieder zur Praxis des Schraubenanziehens zurück.

Zur Schließung des „Aufgangs" legte auch der neurussische Generalgouverneur Graf Stroganow Hand an, ein Liebling der liberalen Intelligenz und ein Anhänger der jüdischen Gleichheit. „Nun, so wird mir ein Artikel aus deiner Zeitschrift nicht gefallen, weil ich gelangweilt oder schlecht gelaunt bin, nun, mein Magen arbeitet einfach nicht gut – und ich werde deine Zeitschrift sofort schließen", zitierte Rabinovich den Graf.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Nichtsdestotrotz, direkt nach der Schließung des „Aufgangs" übernahm der „Zion" die Staffel – ebenfalls in Odessa.

Roman Vilensky: Ja, er hat seinen Vorgänger fast kopiert und war bemüht, noch weniger die Regierung zu kritisieren und die scharfen Kanten abzurunden...

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Und dann kreuzte die „Judenfrage" unerwarteterweise auf die ukrainische Frage...

Newski Prospekt, St. Petersburg

Roman Vilensky: Die Polemik des „Zion" mit der in St. Petersburg publizierten ukrainischen Zeitschrift „Osnova" (Anm.d.R.: direkte Übersetzung: Basis) ertönte im ganzen Imperium. Die Publikationen nahmen gegenüber der Nationalpolitik der Regierungsmächte eine polare Position ein: „Zion" deklarierte, dass „die Angelegenheit der Juden als russische Untertanen eine allrussische ist", „Osnova" bestand auf einer ukrainophilen Position. Die Redaktion des „Zion" befürwortete die russischsprachige Bildung an jüdischen Bildungseinrichtungen, während die „Osnova" auf die Lehre in ukrainischer Sprache an nationalen Schulen bestand.

Alles fing mit den Beschuldigungen der „Osnova" gegenüber den Juden an. „Der jüdische Stamm lebt immer noch separat und hat keinen einzigen Schritt in Richtung einer Annäherung an die südrussische Bevölkerung getan, ganz im Gegenteil, er agiert im Widerspruch zum Geiste und Nutzen unseres Volkes." Im „Zion" wurde dies für Judophobie erklärt und geäußert, dass „Osnova" nicht nur „den alten Hass der Ukrainer gegenüber den Juden nicht verurteilt, sondern die Meinung vertritt, die Juden als nicht freundschaftlich gegenüber der Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung angesehen werden sollten." Dabei sah der „Zion" die Ukrainer als einen Teil des russischen Volkes an und sahen in „Osnova" eine direkte Gefahr für die allrussischen Interessen.

Es muss dazu gesagt werden, dass die Autoren von „Osnova" Pantelejmon Kulisch, Nikolai Kostomarow, Taras Schewtschenko, Marko Wowtschok und viele andere waren. Alle oben genannten Meister der ukrainischen Literatur (Anm.d.R.: deren Werke nicht frei von antijüdischen Stereotypen waren) sprachen sich im Jahr 1858 auf den Seiten der Zeitschrift „Russky Vestnik" gegen die antisemitische Veröffentlichung der russischen Zeitschrift „Illustration" aus. Ihr Protestbrief wurde getrennt vom analogen Protest russischer Schriftsteller veröffentlicht.

Diese Diskussion hat allen Seiten geschadet. Der „Zion" und „Osnova" wurden fast gleichzeitig geschlossen, was symbolisch erscheint.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Symbolisch ist auch, dass beide Zeitschriften eigentlich das gleiche Ziel vertraten – die Emanzipierung ihrer Völker im Rahmen des Russischen Reiches...

Roman Vilensky: Ja, und die ukrainischen und jüdischen Verlage waren von der nationalen Intelligenz erschaffen. Die Redaktionen beider Zeitschriften bestanden aus Historikern, Journalisten, Literaten – Menschen, die recht weit von der Lebens- und Denkweise der großen Mehrheit ihrer eigenen Völker entfernt waren. Ebenso wie der traditionelle Jude aus dem podolischen Schtetl nicht davon träumte sich zu russifizieren, so hat auch der ukrainische Landwirt nicht in nationalen Kategorien gedacht, so wie es für die aufgeklärten Autoren der „Osnova" kennzeichnend war.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Es entsteht der Eindruck einer vollständigen Unterwerfung der russisch-jüdischen Publikationen gegenüber dem imperialen Mainstream, der sie zu Spielzeugen in den Händen der Regierung machte...

Roman Vilensky: Das ist nicht so. Die russische Sprache hat zwar ihre Position unter der jüdischen Intelligenz gestärkt. Aber diese Intelligenz wurde nicht „zahm" – im Gegenteil, mit der Erlangung von Bildung und Gewicht in der Gesellschaft, wurde damit angefangen, die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte einzufordern. Das führte zur Zensur der gesamten russisch-jüdischen Presse.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Der Nachfolger von „Aufgang" und „Zion" – die Zeitschrift „Tag" (Anm. d. Red.im Russischen „День") – wurde 1869 gegründet, wieder in Odessa. Wodurch unterschied er sich von seinen Vorgängern?

Roman Vilensky: Die Zensur hat die neue Publikation direkt unter die Lupe genommen; die Zeitschrift war voller Anmerkungen darüber, dass die ein oder anderen Materialien aus „uns nicht bekannten Gründen" nicht gedruckt werden dürfen. Die Reaktion des „Tages" auf das Pogrom in Odessa (1871) und der Vorwurf der Tatenlosigkeit gegenüber der Regierung führten dazu, dass über die Hälfte der Texte in der entsprechenden Ausgabe für die Veröffentlichung verboten wurde. Währenddessen haben sich in der Redaktion Fraktionen von „Radikalen" gebildet, die die Übergabe der Initiatoren und Anführer des Pogroms an das

strengste Gericht forderten, ebenso wie der „Gemäßigten“, die sich fürchteten, die „administrativen Gänse“ zu necken. In diesen Umständen veröffentlichte am 8. Juli 1871 der Herausgeber Semyon Orenstein die Annonce über die Einstellung der Publikation der Zeitschrift aufgrund der Verfolgungen durch die Zensur.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Danach verlagerte sich das Zentrum der russisch-jüdischen Presse nach Sankt Petersburg?

Roman Vilensky: Ja, das war die Zeit der rasanten Emanzipation des russischen Judentums. Die Zahl der Juden in den mittleren Schulen stieg um 228 %, ebenso wie die Zahl der jüdischen Schüler insgesamt. Was St. Petersburg betrifft, so lebten hier bis 1881 17.000 Juden, viele von ihnen mit Hochschulbildung. Gleichzeitig verloren die Ideen von der „Annäherung“ und „Zusammenführung“ des jüdischen mit dem russischen Volk allmählich ihre Anhänger. So verschwand 1873 der „Bote der russischen Juden“, der die Juden lediglich als religiöse Gruppe innerhalb der Russen sah.

Erst 1879 erschienen in St. Petersburg gleichzeitig zwei russisch-jüdische Zeitschriften – der zweite „Aufgang“ (Anm.d.R.: Rassvet) und „Russischer Jude“. Der „Aufgang“, dessen Redaktion aus der assimilierten Intelligenz bestand, stand ideologisch den russischen Volkstümlern nahe. Im Gegensatz zu allen vorherigen jüdischen Zeitschriften, waren für ihn die national-religiösen Werte, die Wiederbelebung der hebräischen Sprache und die Unterstützung der Auswanderung aus dem Russischen Reich, einschließlich Palästina, von oberster Priorität. Die Redaktion sympathisierte mit den Ideen des „Chibbat Zion“.

Die Gründung der Zeitschrift fiel mit dem Wachstum der antisemitischen Stimmung in der russischen Gesellschaft und einer Welle blutiger Pogrome in Jelisawetgrad, Kiew, Chisinau, Jalta und Odessa zusammen. Der „Aufgang“ kritisierte die Behörden rücksichtslos, wenn nicht wegen ihrer Mitwirkung, dann wegen ihrer passiven Unterstützung der Pogrome.

Am 16. Januar 1882 empfing der Innenminister, Graf Ignatiev Dr. Ilya Orshanski, einen der Herausgeber vom „Aufgang“, und informierte ihn darüber, dass „die Westgrenze für Juden offen“ ist. Die Veröffentlichung dieses Gesprächs schockierte die Mehrheit der russisch-jüdischen Intellektuellen – von da an wurde der „Aufgang“ zum Hauptorgan der organisierten Auswanderung von Juden aus dem Russischen Reich. Zwei weitere russisch-jüdische Zeitschriften aus St. Petersburg, der „Russische Jude“ und der „Aufstieg“ (Anm.d.R.: Voskhod), lehnten eine solche Lösung der Judenfrage kategorisch ab.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Stimmt es, dass für die Position des Redakteurs des „Russischen Juden“ Pjotr Ratschkowski, einer der Organisatoren der antijüdischen Pogrome und der Initiator der „Protokolle der Weisen von Zion“, vom Herausgeber des „Russischen Juden“ eingeladen wurde?

Roman Vilensky: Ja, darüber berichten viele Quellen. Ratschkowski – damals ein einfacher Gerichtsermittler, war in seiner Jugend ein Volksaktivist, hatte liberale Ansichten und gab vier Monate lang den „Russischen Juden“ heraus. Ebenfalls 1879 wurde er wegen seiner Verbindung zu den Revolutionären verhaftet und von den Wachen rekrutiert. Bemerkenswert ist die Warnung des Vorstands von „Narodnaja Wolja“ (Anm.d.R.: Volkswille), die am 20. August 1879 in der gleichnamigen Zeitung veröffentlicht wurde: „Der Vorstand teilt mit, dass Pjotr Ratschkowski, ein ehemaliger Gerichtsermittler in Pinega.... ein Mitarbeiter der Zeitungen „Novosti“ (Anm.d.R.: Nachrichten) und „Russischer Jude“, Gehalt von der dritten Abteilung bezieht...“.

„Aufstieg“ von Adolf Landau

Wie dem auch sein – nach dem Weggang von Ratschkowski bezog die Zeitschrift eine unabhängige Position, gab die Idee der „gegenseitigen Annäherung von Juden und Russen“ auf, und stellte die Judenfrage offen als nationales Problem dar.

> Die Verleger jüdischer Zeitungen hofften ernsthaft, dass ihre Tätigkeit zu Veränderungen der Staatspolitik führen und den traditionellen Antisemitismus der Großmacht untergraben würde. Das war extrem naiv.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Am längsten von allen jüdischen Publikationen – fast ein Vierteljahrhundert – existierte der „Aufstieg“, der 1881 gegründet wurde. Worin liegt das Geheimnis einer solchen Langlebigkeit?

Roman Vilensky: In vielerlei Hinsicht lag das an der Persönlichkeit des Herausgebers Adolf Landau, der die Zeitschrift zu einem Zentrum des jüdischen politischen, wissenschaftlichen und literarischen Lebens machte. Shimon Dubnov, der seine Artikelreihe „Briefe über das alte und neue Judentum“ veröffentlichte, schrieb: „Russische Juden hatten noch nie ein literarisches Podium, auf dem mit solcher Kraft Empörung gegen alle möglichen Erscheinungsformen von Judophobie, gegen physische und moralische Pogrome zum Ausdruck kamen.“

Das hohe Niveau des Inhalts und die Überparteilichkeit des „Aufstiegs“ boten ihm ein breites Auditorium, bestehend aus jüdischen und auch russischen Lesern. Die Auflagen des Magazins waren durchaus vergleichbar mit denen so großer liberaler Publikationen wie „Europas Bote“ (Anm.d.R.: Вестник Европы) und „Woche“ (Anm.d.R.: Nedelya).

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Man möchte wahrlich an die Verheißung des ersten „Aufgangs“ zurückdenken: „... die Zukunft der Juden in Russland wird eine helle sein, und wer daran zweifelt, sieht die Zeichen der Zeit nicht.“

Sie waren keine guten Propheten. Und das nicht nur in Bezug auf die „Zeichen der Zeit“. Die russischsprachige jüdische Intelligenz war dem Großteil der jüdischen Gemeinschaft fremd. Sie ignorierte weitgehend die Versuche der jüdischen Zeitschriften, Unterstützung im Kampf für jüdische Gleichheit zu gewinnen.

Der „Aufstieg“ wurde nach der Revolution von 1905 geschlossen, als jüdische politische Gruppen in der Staatsduma vertreten waren. Jetzt konnten russische Juden ihre Rechte in den höchsten staatlichen Gremien verteidigen, und der Bedarf an sogenannten „unparteiischen“ Zeitschriften war verschwunden.

Das Interview führte Michail Gold.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de/shop zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung

Weihnachtsgeschichte: König Herodes war besser als sein Ruf

Was Sie über die Geburtskirche in Betlehem und den jüdischen König wissen sollten

Das Herodion, eine von König Herodes errichtete Festungsanlage im heutigen Westjordanland

Von Ulrich W. Sahm

Während man in Nordeuropa mit Stollen, Spekulatius und der Kerze am Christbaum Weihnachten feiert, begibt sich der christliche Pilger auf den Spuren der Heiligen Familie nach Bethlehem. Mit der biblischen Erzählung im Gepäck reisen jährlich Zehntausende zur Geburtsstätte Jesu, oder wie die heutigen Nachrichtenagenturen politisch korrekt schreiben würden: an jenen Ort, wo der christliche Messias „mutmaßlich" geboren wurde. Aber nicht nur die Frommen versammeln sich hier. Seit jeher ist dieser Ort auch ein Spielball der Politik.

Alles ist „mutmaßlich", da die Archäologen bis heute keinen Beweis für die Existenz des Königs David – dem berühmten Vorfahren Jesu – oder für jenen weltweit bekannten Sohn eines Zimmerers aus Nazareth gefunden haben. Unklar ist auch, was die Forscher eigentlich finden wollen, einen Ausweis, den es damals noch nicht gab, eine Visitenkarte oder nur eine „zeitgenössische" Inschrift? Es ist nicht einmal gewiss, ob die berühmte Geburtsstadt Jesu südlich von Jerusalem das wahre Bethlehem ist, oder vielleicht eher ein kaum bekanntes Dorf nahe Nazareth in Galiläa, wo Jesu Familie doch angeblich wohnte.

Köstliche Legenden ranken sich rund um Jesus und seine Geburt. Maria und Josef waren ja nur „verknastet", wie es in einer jiddischen Übersetzung des Neuen Testaments heißt. Das bedeutet, dass sie nur „verlobt" waren und nicht verheiratet. Gemäß damaligen Moralvorstellungen und teilweise noch heute üblichen Sitten und Gebräuchen, durften sie sich nicht einmal berühren. Aus der Bibel entnehmen wir, dass Maria mit dem „Sohn Gottes" schwanger wurde, indem der Erzengel Gabriel ihr ins Ohr flüsterte. Dazu haben mittelalterliche Rabbiner in einer antichristlichen Polemik festgestellt, dass Maria sogar nach der Geburt noch eine „Jungfrau" blieb. Denn sie sinnierten: „wo der Samen reingeht, kommt das Kind auch heraus". Gemäß dieser rabbinischen Logik war also Maria „durch das Ohr" geschwängert worden. Demnach muss das Jesus-Kind auch durch das Ohr auf die Welt gekommen sein.

Historische Propaganda

Wenn tatsächlich der berühmte König Herodes zur Geburt Jesu noch lebte und ein Massaker an Kindern in Bethlehem angerichtet hätte, um seinen frisch geborenen „Widersacher" aus der Welt zu schaffen, dann muss die Geburt Jesu schon im Jahr 4 vor Christi Geburt stattgefunden haben. Denn Herodes war nachweislich im Jahr 1 der christlichen Zählung schon längst tot. Forscher meinen übrigens auch, dass bei dem berühmten Kindermord in Bethlehem, wenn es ihn denn gegeben hätte, kaum mehr als 6 oder 7 Kinder getötet worden sein könnten. Denn Bethlehem hätte damals nur wenige Einwohner gehabt und von denen sollten nur die Erstgeborenen umgebracht worden sein. Das wäre in der damaligen Zeit eine so geringe Zahl von Toten gewesen, dass Historiker kaum davon Notiz genommen hätten. Herodes hatte überhaupt eine schlechte PR. Jede denkbare Missetat wurde ihm angehängt und sei dann hochgespielt worden, behaupten moderne Forscher. Sicher erscheint nur eines: Herodes war einer der größten Bauherren des Heiligen Landes. Zu den Werken seiner Ära gehörten unter anderem die Erweiterung des Jerusalemer Tempels und der Neubau des Hafens von Caesarea. Er beschäftigt die Archäologen noch heute: Erst im Mai 2007 hat der israelische Archäologe Ehud Netzer, ein Sohn von Puah Ben-Tovim, der Hebräisch-Lehrerin Franz Kafkas, auf dem riesigen künstlich aufgeschütteten Herodion-Berg bei Bethlehem das Grabmal des Herodes und sogar dessen mutwillig zertrümmerten Sarkophag entdeckt.

Legionäre aus Germanien bei Herodes' Begräbnis

Netzer, Professor an der Hebräischen Universität in Jerusalem, war ein Experte für die Architektur des Königs Herodes und hatte sein Leben lang nach diesem Grab gesucht. Der römische Historiker Josephus Flavius hatte das Staatsbegräbnis des Königs Herodes in allen Einzelheiten beschrieben, und festgestellt, dass sogar Legionäre aus Thrakien und Germanien Spalier standen, als er auf einer goldenen Bahre liegend entlang einer säulengesäumten Prachtstraße zu seinem Mausoleum getragen wurde. „Legionäre aus Germanien" – das klingt in heutigen Ohren

Der Archäologe Ehud Netzer

beeindruckend und für den damaligen Leser sollte es die Bedeutung dieser Figur unterstreichen. So ändern sich die Zeiten. Ein Besuch von Bundeswehrsoldaten in Israel ist heutzutage eine kurze Meldung unter „Vermischtes“. Deshalb versucht man im Nahen Osten auch heute noch, Geschichte umzuschreiben, um sich im Glanz der alten Zeiten zu sonnen. So wird behauptet, dass Jesus nicht nur der „erste Palästinenser“ war, sondern auch, dass der Gekreuzigte sogar als „Märtyrer beim Aufstand gegen die römischen Besatzer“ gestorben sei und deshalb den palästinensischen Selbstmordattentätern Vorbild sein sollte. Versöhnlichere Töne schlug Professor Hamid Dabashi von der Columbia University auf „Al Jazeera“ an, als er zu Weihnachten 2018 zwar der Existenz Israels nichts abgewinnen konnte, aber doch feststellte, dass das Judentum seinen Platz im Heiligen Land hat. Er sagt: „Jesus war ein palästinensischer Jude, der Aramäisch sprach, eine Sprache in derselben Familie wie Hebräisch und Arabisch. Er stammte aus derselben prophetischen Tradition wie die Propheten Moses und Mohammad.“

Vertreter unterschiedlicher christlicher Richtungen in Bethlehem

Weihnachten in Bethlehem heute

Man kann auch „ernsthaft“ über die Traditionen rund um Bethlehem berichten. Im 3. Jahrhundert hat Helena, die Mutter des Kaisers Konstantin, das Heilige Land besucht. Dabei hatte sie zahlreiche christliche Stätten „wiedergefunden“, darunter auch die Grotte unter der heutigen Geburtsbasilika in Bethlehem, wo die Krippe Jesu gestanden habe. Da der römische Kaiser Hadrian über der Stelle einen Adonis-Tempel errichtet habe, war klar, dass so eine ältere, von Juden oder Christen verehrte Stelle „versteckt“ werden sollte. Die Höhle, die Christen als Geburtsstätte Jesu ansehen, wurde ab dem 2. Jahrhundert verehrt. Kaiser Konstantin der Große und seine Mutter Helena ließen an der Geburtsstätte eine Kirche mit bunten Mosaikböden errichten, die teilweise heute noch zu sehen sind. In die Grotte gelangen die Pilger durch eine riesige und wunderschöne Basilika, gesäumt von mächtigen Säulen, auf die Kreuzfahrer Figuren von Heiligen gemalt hatten. In einer dieser Säulen auf der rechten Seite befinden sich 5 kleine Löcher in Kreuzform. Diese werden von insbesondere von muslimischen Frauen verehrt. Sie kommen und stecken ihre Finger in die Löcher, um schwanger zu werden.

Heiliger Besitz im Wandel der Zeit

Das Hauptschiff der im Jahr 335 geweihten Kirche gehört heute der griechisch-orthodoxen Kirche. Es ist eines der ältesten erhaltenen christlichen Gotteshäuser und seit Anbeginn eines der wichtigsten. 386 kam der heilige Hieronymus nach Bethlehem, wo er seine lateinische Bibelübersetzung „Vulgata“ vollendete. In der 2. Hälfte des 5. Jahrhunderts wurde die konstantinische Basilika vollständig neu erbaut. Man vermutet, es habe zuvor einen Brand oder ein Erdbeben gegeben. Wesentliche Änderungen des Neubaus waren das Abdecken des Mosaikbodens mit Steinplatten, die Vergrößerung des Ostabschlusses mit drei Apsiden und ein doppelter Treppenabgang zur Grotte, so dass nun die Pilger auf einer Treppe zur Geburtsstätte gelangen und sie über die zweite Treppe wieder verlassen konnten. Während andere Kirchenbauten 614 von vorrückenden Persern beschädigt wurden, blieb diese Kirche verschont. Möglicherweise haben die Perser eine Darstellung der drei Könige aus dem Morgenland gesehen und geglaubt, dass es sich um ein persisches Heiligtum handelte. Die Kreuzfahrer restaurierten (1161–1169) die Kirche. Unter den Osmanen verfiel die Kirche zunehmend. 1670 begann die griechisch-orthodoxe Kirche, die Basilika zu renovieren. Am mutmaßlichen Geburtsort in der Geburtsgrotte wurde exakt auf der Mittelachse der Basilika 1717 von der römisch-katholischen Kirche ein silberner Stern mit der Inschrift „Hic de virgine Maria Jesus Christus natus est“ („Hier wurde Jesus Christus von der Jungfrau Maria geboren“) angebracht. Seine 14 Zacken symbolisieren die 14 Geschlechter im Stammbaum Jesu. Gegenüber der Geburtsstelle sollen der Ochs und der Esel gestanden haben. Das ist wohl eher symbolisch gemeint, wobei der Esel das jüdische Volk und der Ochse die „Völker“ darstellte, also Jesu Bestimmung, als jüdischer Messias alle Völker der Welt zu „erlösen“.

Immer wieder kam es zu Auseinandersetzungen zwischen den Konfessionen über die Verwendung des Gebäudes, sodass die „Hohe Pforte in Istanbul“ 1757 eine Regelung zum „Status quo“ festlegen musste. Demzufolge gehören heute noch der Hauptaltar und die rechten Seitenaltäre den Griechen und zwei Seitenaltäre links den Armeniern. Den römischen Katholiken (Lateiner) blieben neben dem Dreikönigsaltar und dem Stern unter dem Geburtsaltar nur die Hieronymus-Grotten und ein Platz links von der Kirche, wo sie einen Kreuzgang und ab 1881 eine eigene Kirche errichteten, die Katharinen-Kirche. Im armenischen Teil sind auch schwarze Kreuze im goldenen Mosaikboden eingelassen, ein Zeichen, dass dieses Mosaik vor dem 4. Jahrhundert geschaffen worden war. Denn sowie das Kreuz zu einem „heiligen Symbol“ erklärt worden war, durfte es keinen Fußboden mehr schmücken, um nicht mit Schuhen beschmutzt zu werden, wie ein Tourguide bei einer Führung erklärte, nachdem er die schützende Holzklappe über dem Mosaik geöffnet hatte.

Nachdem der silberne Stern in der Geburtsgrotte 1847 entfernt worden war, wurde er zwar 1852 von Sultan Abdelmid I. neu gestiftet, doch führte dieser Vorfall zum Ausbruch des Krimkriegs. Nach starker Beschädigung durch ein Erdbeben (1927) ließen die britische Mandatsverwaltung und später die Franziskaner Ausgrabungen und Restaurierungen durchführen.

Streit unter Christen

Auch in neuerer Zeit gibt es immer wieder Streitigkeiten zwischen den Konfessionen über die Nutzung der Kirche. Ende Dezember 2007 und 2011, beim traditionellen Kirchenputz für das orthodoxe Weihnachtsfest, kam es zu Raufereien zwischen armenisch- und griechisch-orthodoxen Priestern. Die Polizei musste dabei eingreifen und schlichten. Als „Kompromiss“ darf der Armenier auf einem Fenstersims stehen und nur so weit die Wand abwischen, wie sein „kurzer“ Besen reicht. Die halbrunden Spuren des geschwungenen Besens waren anschließend auf den weißgetünchten Mauern der Kirche deutlich zu erkennen.

Eine notwendige Dachrenovierung scheiterte jahrelang an der Frage nach der Finanzierung, wurde aber 2013 begonnen und ist inzwischen abgeschlossen. Jahrelang waren das Hauptschiff und die Säulen eingerüstet und mit Tüchern verhüllt. Inzwischen erstrahlt die Kirche in neuem Glanz, vor allem dank der unter dem alten Putz neu entdeckten Mosaiken an den Seitenwänden über den Säulen.

Zu den architektonischen Besonderheiten der Kirche gehört das monumentale Eingangstor. Man sieht, wie es im Laufe der Geschichte immer wieder verkleinert worden ist. Heute muss man sich tief bücken, um durch den kleinen niedrigen Eingang aus drei mächtigen Felssteinen in das Gotteshaus zu langen. So wollten die Bauherren verhindern, dass man hoch zu Ross in die Kirche hineinreiten konnte.

Die Weihnachtsfeiern beginnen am 24. Dezember morgens, wenn der katholische Patriarch mit seiner Autokolonne von Jerusalem nach Bethlehem einzieht. Genau auf halber Strecke gibt es beim griechischen Mar-Elias-Kloster eine „Wachablösung“. Während bis dorthin israelische Polizisten hoch zu Ross den Patriarchen-Konvoi begleiteten, übernehmen ab dort „palästinensische“ Pfadfinder die Ehrenbegleitung. Das Mar-Elias-Kloster befindet sich nahe einer älteren Heiligen Stätte, „Kathisma“ oder „Stuhl der Maria“ genannt. Am Straßenrand sieht man zwischen Olivenbäumen noch die Grundmauern einer im 3. Jahrhundert rund um einen bloßen Felsen errichteten oktogonalen Kirche mit wunderbaren bunten Mosaiken und einer griechischen Inschrift unter dem Eingangsbereich. Die Mosaiken sind nach Ausgrabungen zu ihrem Schutz wieder mit Sand bedeckt worden.

Gemäß der Legende ist an dieser Stelle die hochschwangere Maria von ihrem Esel herabgestiegen und habe sich auf den Felsen gesetzt. Da habe sich der Felsen ihrer Körperform angepasst, damit sie gemütlich sitzen könne. Dieses wurde von den Griechen dann zur Heiligen Stätte erklärt, an der die Pilger auf dem Weg von Jerusalem nach Bethlehem beten und prozessieren mussten. Das war ein ausgeklügeltes Geschäftsmodell. Denn so wurden die Pilger lange genug aufgehalten, dass sie die Geburtsstadt Jesu erst bei Dunkelheit erreichten. Dort mussten sie dann ein Hotel buchen, frühstücken und Andenken einkaufen, ehe sie nach Jerusalem zurückkehren konnten. Heute ist diese Masche zum Schaden der Tourismus-Industrie in Bethlehem wieder vergessen. Die Touristen reisen in ihren Bussen an, werden von den Tourguides mal eben schnell durch die Geburtskirche gejagt, um kurz bei der Krippe innezuhalten. Danach besteigen sie wieder ihre Busse und eilen zurück nach Jerusalem, ohne auch nur einen Pfennig in Bethlehem ausgegeben zu haben.

1994 übernahm Arafat das Ruder

Seit 1994 werden die Weihnachtsfeierlichkeiten in Bethlehem für politische Zwecke missbraucht. Am Tag vor Weihnachten 1994 hatten sich die israelischen Besatzer aus Bethlehem zurückgezogen und die Stadt der „palästinensischen“ Autonomiebehörde übergeben.

Arafat war mit seinem Hubschrauber bei den Hirtenfeldern vor Bethlehem gelandet und zog nach Bethlehem. Die Weltpresse durfte ein hohes Geschäftshaus zwischen dem Krippenplatz und dem „Friedenszentrum“ besteigen. Von dort konnte man gut sehen, was sich auf dem Dach der Geburtskirche abspielte. Eine riesige „palästinensische“ Flagge hing an der Außenmauer unter der Stelle, wo Arafat Tausenden johlenden „Palästinensern“ eine Rede hielt. Unsichtbar für die Feiernden auf dem Krippenplatz unten, aber gut erkennbar für die Presseleute auf dem Dach des Geschäftshauses war ein großes Modell des muslimischen Felsendoms mitsamt der vergoldeten Kuppel von Arafat auf das Dach der christlichen Heiligen Stätte gehievt worden. Das war ein höchst symbolischer Akt, um der Menschheit zu zeigen, dass jetzt der Islam übernommen habe. Eigentümlicherweise hat außer dem Schreiber dieser Zeilen keiner der anwesenden Journalisten diesen Vorgang fotografiert und in seinen Berichten dokumentiert. In den Jahren danach nutzten immer wieder „Palästinenser“ die Anwesenheit von viel ausländischer Presse während des Patriarcheneinzugs, um mit englischsprachigen Schildern gegen Israel und die Besatzung zu demonstrieren. Gleichzeitig hing wie eine Ikone das Abbild Arafats über dem Eingang der Geburtskirche, wenn die Geistlichen warteten, um den einziehenden Patriarchen vor dem Tor zu begrüßen.

Während der Zweiten Intifada kam es dann im April 2002 zu einer 39 Tage dauernden Belagerung der Anlage durch israelisches Militär, nachdem 40 bewaffnete „palästinensische“ Kämpfer in die Geburtskirche geflüchtet und sich dort verschanzt hatten. Außerdem waren ca. 160 weitere Personen (Friedensaktivisten sowie 60 Priester, Mönche und Nonnen) in dem Kirchenkomplex eingeschlossen. Die Vertreter der christlichen Kirchen verweigerten später eine Bestattung von zwei erschossenen „Palästinensern“ im Kirchenkomplex, aus Angst, dass militante Muslime hier einen Verehrungsplatz einrichten könnten.

Die Stadt Maria Magdalenas

Die Erlebnisse des pensionierten Bäckermeisters Wilfried Schroths, der ehrenamtlich in Israel bei archäologischen Ausgrabungen hilft

Von Michael G. Fritz

Der ehrenamtlicher Ausgrabungshelfer Wilfried Schroth

„Als die Legionäre Christi hier am See Genezareth einige Grundstücke erwarben und ein mexikanischer Investor ein Hotel bauen wollte, beteten sie zu Gott: Bitte lass uns nichts finden, aber wenn schon, dann etwas sehr Großes. Ihr Gebet wurde erhört. Was sie fanden, war ein Geschenk Gottes“, erzählt Wilfried Schroth. Er stammt aus dem Bodenseegebiet, ist Bäckermeister gewesen; nun im Rentenalter lebt er sechs Monate im Jahr, Herbst und Winter, mit seiner Frau im Heiligen Land. Seit 2000 ist er in Israel, zehn Jahre später zog er nach Migdal und beteiligt sich an den Ausgrabungen – ohne Bezahlung, versteht sich. Bald wird er für immer hier wohnen. Er trägt ein tiefblaues T-Shirt mit der Aufschrift „Duc in altum“, was so viel wie „Fahr hinaus ins Weite“ bedeutet.

Warum folgt jemand so einem Plan? Er könnte doch sein Leben in aller Ruhe in seinem Haus in einem der beschaulichen Teile Deutschlands verbringen und seine Rente genießen.

„Gerade das will ich nicht“, stellt er fest und unterstreicht seine Worte mit energischen Handbewegungen. „Ich bin kein Israel-Fan, aber ich trage Israel im Herzen. Dann muss man etwas tun.“ Er sagt es so selbstverständlich, dass ich gar nicht dazu komme, die Worte pathetisch zu empfinden. Schroth gehört keiner der Volkskirchen an, er ist Christ, jedoch freikirchlich. Migdal sei Hebräisch, erfahre ich, und bedeute übersetzt „Turm“. Auf Aramäisch, der Sprache Jesu, heißt die

Stadt Magdala. Die Stadt gab Maria Magdalena den Namen, wahrscheinlich wurde sie sogar hier geboren. Fest steht, dass Jesus sie besucht hat. Sie war nicht nur seine Begleiterin, sondern auch Zeugin seiner Kreuzigung und Auferstehung.

Im Philippusevangelium, das 1945 in Ägypten gefunden wurde, heißt es, Jesus liebte Maria Magdalena mehr als alle Jünger und küsste sie oft auf den Mund. Vor einigen Jahren stieß man in der Ruinenstätte Qumran am Toten Meer erneut auf Schriftrollen aus dem antiken Judentum in Tongefäßen; in den fünfziger Jahren hatte man bereits über 800 entdeckt. Jesus wird nun auf einem Stück Papyrus zitiert, er spricht von Maria Magdalena als seiner Frau, was einer unerhörten Offenbarung gleichkommt. Ohne in Spekulationen à la Dan Brown verfallen zu wollen: Diese Aussage bestätigt nicht nur seit Langem gehegte Vermutungen, Jesus erhöht Maria Magdalena und gesteht der Frau an sich eine ganz neue Würde zu.

Die Speisung der 5.000

Schroth erzählt, dass Magdala einer der größten Orte Galiläas gewesen sei, in dem nach dem römisch-jüdischen Geschichtsschreiber Flavius Josephus 37.000 Einwohner lebten. Wie leicht konnten 5.000 von hier in Tabgha gewesen sein, um Jesus zu hören, denke ich, und anschließend von ihm beköstigt zu werden; für die wenigen Kilometer brauchte man zu Fuß nicht mehr als ein paar Stunden. Die römisch-katholische Kirche in Tabgha, die auf byzantinischen Vorgängerbauten aus dem vierten und fünften Jahrhundert errichtet wurde, erinnert an die wundersame Brot- und Fischvermehrung. Nazareth dagegen wies in dieser Zeit nicht einmal eintausend Einwohner auf. Die jüdische Rebellion 66 nach Christus läutete das Ende der Stadt ein, zwei Jahre später eroberten römische Legionäre Magdala, sie griffen von der Seeseite her an, das Wasser soll vom Blut der Opfer rot gefärbt gewesen sein. Die Sieger verkauften 30.000 Menschen in die Sklaverei, die Stadt wurde zerstört.

Wilfried Schroth führt mich durch die vom Schutt der fast 2.000 Jahre befreiten Straßenzüge. Es ist, als führte er mich durch seine eigene Stadt. Die Wände der Häuser erheben sich kniehoch. Wir betreten die Synagoge, sie ist die älteste in Galiläa. Anhand der mit vielen Schmuckelementen gestalteten Steine ist zu erkennen, dass die Stadt reich gewesen sein muss. Im Zentrum des Baus erhebt sich das Podest, auch Magdala-Stein genannt, auf dem die Thora zum Gebet abgelegt wurde. Er zeigt auf der Frontseite eine eingravierte Menora, den siebenarmigen Leuchter, der die Tage der Woche symbolisiert. Die Ausgrabung dieses Steins ist nach offiziellen Angaben der aufsehenerregendste archäologische Fund der letzten 50 Jahre in Israel (natürlich sehen wir nur eine Kopie). Wir erreichen die Wohnbereiche der Wohlhabenden, dann die Viertel der ärmeren Bevölkerung mit den kleineren Räumen und schmaleren Wänden, schließlich die Ställe und Fisch verarbeitenden Orte.

> „Dagegen verstehen Juden das Interesse an Jesus nicht unbedingt: Für sie ist er niemand anderer als ein Schreinersohn aus Nazareth.“

Magdala bezog seinen Reichtum aus dem See, die Fische von hier waren sogar in Rom beliebt. Sie wurden dort lebend angeboten. Ob sie die weite Strecke tatsächlich überstanden? Wilfried Schroth nickt heftig, Flavius Josephus ist sein Gewährsmann.

Die israelische Denkmalschutzbehörde verbietet, Häuser wieder aufzubauen, etwa um sich ein plastisches Bild von der Stadt machen zu können. Die Behörde kontrolliert regelmäßig, was sich auf dieser Anlage abspielt. Als wir den Marktplatz betreten, haben wir im Gegensatz zu allen anderen Bereichen den originalen Fußboden unter uns, kleinteiliges Pflaster, Mosaiken, alles sorgfältig restauriert. „Hier, ganz sicher über diese Steine ist Jesus gelaufen. Wir wissen nicht, wo Maria Magdalena gewohnt hat. Aber über den Marktplatz ist er auf jeden Fall gegangen.“ Schroths Stimme bleibt so unprätentiös wie zuvor. Es ist ein kleines, überschaubares Areal, das nur einen Teil des ursprünglichen Platzes repräsentiert, der andere Bereich harrt noch der Ausgrabung. Auf der gegenüberliegenden Seite der Straße erheben sich die Ausläufer des Berg Arbel. In die offenen Höhlen haben sich Ziegen zurückgezogen, die gelassen auf die Überreste der Stadt, auf den in der Hitze flirrenden See blicken – wie in biblischen Zeiten. In diesen Höhlen suchten Menschen vor Unwetter Schutz, versteckten sich vor Soldaten, dort wurden die Toten bestattet.

Ich erkundige mich nach der jüdischen Umgebung, wie sie auf die Ausgrabungen reagiert, die von Ausländern, von Christen zumal, vorgenommen werden.

„Sie schauen schon etwas verwundert“, meint Schroth und fährt sich durchs graue Haar, „es ist ja ihre eigene Geschichte, die sie im Grunde selbst in die Hand nehmen würden. Sie fühlen sich übergangen. Aber wer das Geld hat, hat das Sagen. Das ist schließlich überall so.“ Dagegen verstehen Juden das Interesse an Jesus nicht unbedingt: Für sie ist er niemand anderer als ein Schreinersohn aus Nazareth. Unmittelbar neben dem antiken Marktplatz erhebt sich eine Kirche mit hohen Räumen, die Wände mit Mosaiken geschmückt. Der neue Sakralbau soll eine Stätte der Ökumene werden. So weist der zentrale Gebetsraum kein Kreuz auf, lediglich ein Mast mit Querbalken in einem Boot bestimmt die Stelle neben dem Altar. Neben Katholiken, Protestanten und Orthodoxen sollen sich hier ebenso Nichtchristen wohlfühlen.

Überallher aus Deutschland kommen engagierte Menschen und wollen mitarbeiten. „Dort drüben, die Häuserzeile haben junge Leute aus Duisburg mitausgegraben. Woher kommen Sie?“, fragt Schroth unvermittelt.

Sächsische Israelfreunde

Er spricht voller Anerkennung von den Sächsischen Israelfreunden, die vor kurzem hier gewesen seien. Es handelt sich überwiegend um Handwerker, um Maurer, Maler, Fliesenleger und Installateure. Sie opfern ihren Urlaub, bezahlen den Flug, die Unterkunft. Die Sachsen richten Wohnungen vor, reparieren, was instandgesetzt werden muss, und liefern noch das Material dazu. Sie kümmern sich um die Holocaustüberlebenden, die nun um die neunzig sind. Von den noch 200.000 lebt über ein Drittel unterhalb der Armutsgrenze. Der Verein der Sächsischen Israelfreunde mit Sitz in Rossau wurde 1998 anlässlich des 50-jährigen Bestehens des Staates Israel gegründet. Natürlich könnte man auch Geld spenden, aber dann käme das Zwischenmenschliche zu kurz. Sie reden miteinander und hören vor allem zu, sie singen und beten mit den Leuten, die fragen, warum ihnen so viel Gutes angetan wird. Wiedergutmachen lässt sich nicht, was geschehen ist. Aber für die Aussöhnung kann man etwas tun.

„Auf Wiedersehen“, sagt Wilfried Schroth, der Mann, der seine Aufgabe gefunden hat, „ich muss dringend weiter.“

Ich schlendere zum Wagen, während ich Mispeln esse, handtellergroße säuerliche Früchte, die teigig schmecken und den Durst löschen.

Hamburg bekommt eine neue Synagoge

Die 1938 zerstörte Synagoge am Bornplatz soll mehr als 80 Jahre nach der Zerstörung wieder aufgebaut werden. Ein Interview mit dem Gemeindevorsitzenden Philipp Stricharz.

Die Jüdische Gemeinde Hamburg kann auf eine lange Tradition zurückblicken. Die ersten Juden, die nach Hamburg kamen, waren Sepharden und siedelten sich im Zuge der Reconquista und der damit einhergehenden Vertreibung von der iberischen Halbinsel Ende des 16. Jahrhunderts über Umwege in Hamburg an. Die einstige Hauptsynagoge der jüdischen Gemeinde – damals noch unter dem Namen Deutsch-Israelitische Gemeinde – in der Hansestadt Hamburg im Grindelviertel bot einst Platz für mehr als 1.200 Gläubige. Das Schicksal in der Reichspogromnacht am 9. November 1938 nicht angezündet zu werden, verdankte sie dem Umstand, dass die Nationalsozialisten befürchteten, dass ein Feuer auf die umliegenden Häuser übergreifen würde. Dem Schicksal einer Plünderung und Verwüstung, das auch viele andere jüdische Gotteshäuser und Geschäfte, ereilte, entkam sie jedoch nicht, wurde dabei schwer beschädigt und später auf Kosten der jüdischen Gemeinde abgerissen. Hamburg plant den Wiederaufbau der 1939 zerstörten Synagoge.

Der gebürtige Hamburger Philipp Stricharz ist Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Hamburg, und empfängt zum Gespräch auf dem Bornplatz.

Die alte Synagoge am Bornplatz vor 1938

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Der Bund bewilligt 600.000 Euro, um eine Machbarkeitsstudie für den Wiederaufbau der Synagoge am Bornplatz zu finanzieren. Was umfasst diese Machbarkeitsstudie?

Philipp Stricharz: Im Wesentlichen geht es darum, welche Optionen für einen Wiederaufbau bestehen, welche Varianten am ehesten realistisch und sinnvoll sind und vor allem, was das Ganze kostet. Die Synagoge soll im Inneren so ausgestaltet sein, dass sie heutigen und künftigen Ansprüchen an die Nutzung entspricht. Die Details stimmen wir aktuell noch intern und mit dem Rathaus ab.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Welche Fragen stellen sich hierbei zu Beginn?

Philipp Stricharz: Die entscheidende Frage zu Beginn ist sicherlich, wie genau wir die Synagoge nutzen wollen. Dafür muss man sich gut überlegen, was unser Bedarf ist und im Blick haben, dass auf und um den Bornplatz das Zentrum der gesamten Gemeinde entstehen soll.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Wann geht es los?

Philipp Stricharz: Wir hoffen, dass die Machbarkeitsstudie im Laufe des kommenden Jahres alle wesentlichen Fragen soweit klären kann, dass dann kurzfristig die eigentliche Umsetzung erfolgen kann.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Wie viel Zeit ist für den Wiederaufbau angesetzt?

Philipp Stricharz: Das ist aktuell noch schwer zu sagen. Fünf Jahre sind eine Erwartungshaltung, die ich von einigen Seiten gehört habe und selbst für realistisch halte.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Die bis vor kurzem noch als verschollen gehaltenen Baupläne sind wieder aufgetaucht. Wird man sich an diesen orientieren oder einen komplett neuen Ansatz verfolgen?

Philipp Stricharz: Die Außenhülle wird sich sicherlich daran orientieren. Die Pläne sind eine große Hilfe.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Wie viele Mitglieder umfasst die Jüdische Gemeinde Hamburg derzeit?

Philipp Stricharz: Die Gemeinde hat relativ konstant 2.500 Mitglieder. In unserem Jüdischen Bildungshaus gehen 170 Kinder zur Schule und 60 besuchen den Kindergarten.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Dieses Mal hat die Politik schnell reagiert, weil auch alle Parteien an einem Strang gezogen haben. Warum klappt es nicht immer so schnell?

Philipp Stricharzz: Eine gute Frage, auf die ich gern die Antwort wüsste. Sie

Philipp Stricharz

haben völlig recht, was den Wiederaufbau der Bornplatzsynagoge angeht, ziehen alle an einem Strang, nicht nur in der Politik, sondern auch entscheidende Stimmen in der Stadtgesellschaft.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Die Synagoge von 1906 bot Platz für ca. 1.200 Personen. Soll wieder eine Synagoge mit so viel Platz gebaut werden?

Philipp Stricharz: Viel Platz brauchen wir zwar. Aber nicht 1.200 Plätze im eigentlichen Betsaal, da reichen 500. Wir möchten zum Beispiel auch einen angemessen großen Veranstaltungsraum in dem Synagogengebäude unterbringen, damit wir auch größere jüdische Veranstaltungen nach Hamburg holen können. Uns ist wichtig, dass die ganze Stadt etwas von der Synagoge hat, und das bedeutende jüdische Veranstaltungen auch mal in Hamburg stattfinden, wäre ein solcher Aspekt.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Welche Pläne haben Sie für die neuen Räumlichkeiten?

Philipp Stricharz: Wir möchten die gesamten Aktivitäten der Gemeinde am Bornplatz ansiedeln. Die Machbarkeitsstudie soll auch zeigen, welche dieser Aktivitäten sinnvoll in der wiederaufgebauten Bornplatzsynagoge stattfinden können.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Man hört, die ehemalige Talmud-Tora-Realschule platzt aus allen Nähten. Was hat es damit auf sich?

Philipp Stricharz: Die Schule wächst, und vor allem auch der Kindergarten. Darüber sind wir sehr froh, aber wir müssen zügig Platz schaffen. Die ganze Gemeinde rund um den Bornplatz anzusiedeln, heißt deswegen auch, dass wir die Schule baulich erweitern. Aktuell sind wir zum Beispiel dabei, die Verwaltung und die Sozialabteilung der jüdischen Gemeinde aus dem Gebäude der ehemaligen Talmud-Tora-Realschule in ein Rückgebäude zu verlagern, damit der Kindergarten und die Schule das komplette Schulgebäude nutzen können.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: In meiner Heimatstadt Sarajevo wurde Ribi Yehuda (Ben Shlomo Chai) Alkalai geboren, der als der Begründer des modernen Zionismus gilt, und trotzdem relativ unbekannt ist. Welche Rolle spielt Hamburg für die jüdische Geschichte?

Philipp Stricharz: Hamburg spielt eine große Rolle, und zwar in vielerlei Hinsicht. Bekannte Beispiel sind die berühmten Rabbiner Emden und Eybeschütz, die bis heute einen großen Einfluss auf das Judentum haben. Hamburg ist auch bekannt als Entstehungsort des liberalen Judentums. Für mich persönlich ist aber ehrlich gesagt eines relevant: Dass Hamburg eine positive Rolle für die jüdische Gegenwart und Zukunft spielt. Wir müssen den Blick auch nach vorne richten.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Dr. Felix Klein, riet Juden davon ab, überall in Deutschland die Kippa zu tragen. Gilt das auch für Hamburg bzw. für gewisse Teile Hamburgs?

Philipp Stricharz: Die kippatragenden Juden, die ich kenne, lassen sich eh von niemandem sagen, ob und wann sie sie tragen sollen. Ob es bestimmte Teile von Hamburg gibt, in denen es ein gravierenderes Problem gibt, ist schwer zu sagen. Ich glaube, dass es jedenfalls rund um Eimsbüttel und den Grindel weniger Aufmerksamkeit erregt, eine Kippa zu tragen, als in anderen Stadtteilen.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Die Stadt Hamburg bezuschusst den gemeindlichen Wachdienst der jüdischen Gemeinde mit jährlich 100.000 Euro, wenn auch erst seit kurzem. Kann die Gemeinde die Kosten mit dieser Summe voll decken?

Philipp Stricharz: Nein, damit wird nur etwa ein Drittel der Kosten gedeckt. Wir freuen uns zwar, dass nach vielen Jahren immerhin ein Zuschuss kommt. Angesichts der Verlautbarungen auf Bundes- und EU-Ebene, dass man die jüdischen Gemeinden bei den Sicherheitsaufwendungen entlasten will, reicht das aber nicht. Ich finde, dass jüdische Familien nicht für den Schutz jüdischer Einrichtungen aufkommen sollten. Das passiert aber, wenn die jüdische Gemeinde zwei Drittel der ihr entstehenden Kosten selbst trägt.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: In der Bürgerschaft haben sich alle Parteien dafür ausgesprochen, die Gemeinde bei den Sicherheitskosten voll zu unterstützen. Musste erst Halle geschehen, damit sich etwas bewegt?

Philipp Stricharz: Halle hat sicherlich viele daran erinnert, dass es einen realen Grund für die Sicherheitsmaßnahmen gibt.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Hat sich das Sicherheitsgefühl der Hamburger Juden verändert?

Philipp Stricharz: Ich denke, in den ersten Stunden nach Halle gab es eine gewisse Verunsicherung, weil man nicht wusste, was möglicherweise noch kommt. Diejenigen, die mich angesprochen haben, waren dankbar, dass die jüdische Gemeinde sich seit Jahren intensiv mit dem Thema beschäftigt und trotz Defizit auch viel Geld in Sicherheitsmaßnahmen investiert hat, auch wenn wir bislang überwiegend auf den Kosten sitzen bleiben.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Hamburg will jetzt auch einen Antisemitismusbeauftragten ernennen. Was halten Sie von dieser Idee?

Philipp Stricharz: Jede Unterstützung ist uns recht, aber bei dem Beauftragten darf es nicht bleiben. Insofern ist für uns die Schaffung der Stelle gar nicht die entscheidende Frage. Die wichtigere Frage ist, wie das Amt ausgestaltet und ausgestattet wird und auch, wie es an die jüdische Gemeinde angebunden wird.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Ignatz Bubis, ein ehemaliger Präsident des Zentralrates, hat sich in Jerusalem beerdigen lassen. Wie sehen Sie das Verhältnis deutscher Juden zu Israel im Vergleich zur Nachkriegszeit?

Philipp Stricharz: Ich denke, nahezu alle Juden in Deutschland haben ein besonderes, sehr enges und meistens herzliches Verhältnis zu Israel. Die meisten sind sicherlich auch stolz darauf, was ein so kleines Land trotz aller widrigen Umstände erreicht hat.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Herr Stricharz, viele Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Filip Gaspar.

Gerettetes Scheit aus dem Feuer

Scharfe Zurechtweisungen, spannende Prophezeiungen und das Geheimnis der Engel in der Übersicht von den Haftorot der Wochenabschnitte, die im Dezember gelesen werden.

Von Rabbiner Elischa Portnoy

Die Haftorot (die öffentliche Lesung aus den Prophetenbüchern, die von den Rabbonim zusätzlich zu den Wochenabschnitten der Tora eingeführt wurde) können sehr verschieden sein. Es sind manchmal Zurechtweisungen des jüdischen Volks, manchmal sind es Verheißungen, die die Erlösung und eine glorreiche Zukunft des jüdischen Volkes versprechen, manchmal aber auch spannende Geschichten aus dem Zeitalter der Richter und Könige.

Die Haftorot, die an vier Schabbatot des Monats Dezember gelesen werden, beinhalten keine spannenden Geschichten, aber die Prophezeiung vier verschiedenen Propheten haben es in sich.

WIKIPEDIA

Der Prophet Amos auf einem Fresko in der Basilika in Loreto bei Ancona (Italien).

Ein warnendes Beispiel

Am ersten Schabbat im Dezember wird der Wochenabschnitt Wajetze gelesen, und als Prophetenabschnitt dazu die Prophetie von Hosea. Die Verbindung zum Wochenabschnitt ist mehr als offensichtlich – der Vers 12:13 ist quasi die Quintessenz dieses Wochenabschnittes: „Als Jakob in die Landschaft Aram floh, da diente Israel um ein Weib; um ein Weib hütete er die Herde“.

Das Hauptthema dieser Prophetie ist die Zurechtweisung der Menschen im nördlichen Königreich und des größten Stammes dieses Reichs namens Ephraim. Hosea macht den Menschen heftige Vorwürfe und prophezeit die komplette Zerstörung des Königsreiches, die von grausamem Blutvergießen begleitet sein wird.

Unsere Weisen zeigen die sehr spannenden Hintergründe dieser Prophezeiung. So zum Beispiel der Vers 13:1, der sehr poetisch klingt: „Wenn Ephraim redete, herrschte Schrecken; war er erhoben in Israel; als er sich aber mit dem Baal versündigte, starb er“. Was meint der Prophet mit „Wenn Ephraim redete…“? Unsere Weisen enthüllen, dass es hierbei um Jarowam ben Nawat aus dem Stamm Ephraim handelt. Er war derjenige, der den König Schlomo kritisiert hatte. Der Grund für die Kritik war schon richtig: die zahlreichen ausländischen Frauen von Schlomo (die natürlich alle zum Judentum übergetreten waren) haben trotzdem weiterhin an ihren Götzen festgehalten. Auch wenn König Schlomo groß und einflussreich war, so hielt das Jarowam nicht davon ab, ihm die Wahrheit ins Gesicht zu sagen.

Das jüdische Nordreich Israel wird zum Götzendienst verleitet

Für diesen Mut wurde Jarowam von G’tt belohnt und er wurde zum König des Nordreiches. Das war jedoch nicht nur eine Belohnung, sondern auch eine Prüfung, ob König Jerowam auch in dieser Position seinen Prinzipen treu bleiben würde. Und diese Prüfung bestand dieser Mensch nicht: Wegen des Neides und übermäßigen Ehrgeizes verwickelte sich Jerowam in politische Intrigen, was ihn sogar dazu brachte, sein ganzes Königreich zum Götzendienst zu verleiten! Sein Niedergang war entsprechend dramatisch: sowohl er, als auch seine ganze Familie wurden ausgelöscht, und unsere Weisen betonen, dass Jarowam sogar seinen Anteil an der zukünftigen Welt verloren hat!

Daraus lernen wir eine wichtige Regel für unser Leben: es ist gut und richtig, wenn wir richtige Werte haben und uns dafür auch einsetzen. Ein Mensch, der in der Lage ist, mutig die Sünder zurechtweisen, wird von G’tt für seinen Einsatz reichlich belohnt. Jedoch müssen wir aufpassen, dass wir selber nicht den gleichen Fehler machen und nicht das, wofür wir gekämpft habe, selber übertreten und deswegen alles verlieren.

Untergang durch Verlust des Verstandes

Zum Wochenabschnitt „Wajischlach“, der eine Woche später gelesen wird, wird die Prophetie von Ovadia gelesen. Diese Prophezeiung ist gleich in zweifacher Hinsicht einzigartig: sie besteht aus nur 21 Versen und wurde von einem Proselyten verfasst. Und dabei ist der Edomiter Ovadia ein ganz besonderer Ger: er hat den Untergang seines Volkes (Edomiter) prophezeit. In diesem Kontext ist eine Bemerkung unserer Weisen interessant: die Proselyten kommen zu unserem Volk ausschließlich von Edom (europäische Völkern), und nicht von Jischmael (arabische Völker). Diese Erkenntnis ist wohl bis heute gültig.

Die Wahl dieses Abschnittes als Haftora zum Wochenabschnitt „Wajischlach“ ist mehr als treffend: in der Tora wird von dem sehr besonderen Treffen zwischen zwei bekannten Zwillingen berichtet, von unserem Vorvater Jakow und dem Vorvater der Edomiter, Esaw. Nach dem vermeintlichen Diebstahl des Segens – Jakow statt Esaw hat den Segen seines Vaters Jizhak bekommen hat, begann Esaw seinen Zwillingsbruder glühend zu hassen. Unsere Weisen betonen, dass dieser Hass bis ans Ende der Tage dauern wird! Bemerkenswerterweise sind die Nachkommen von Esaw (Edom) unter anderem die zwei bekannten europäischer Völker, die den Juden sehr viel Leid zugefügt haben, die Römer und die Deutschen (nicht umsonst haben die Nazis sich als Nachfolger des Heiligen Römischen Reiches definiert).

> Die Stehenden, die im Vers erwähnt sind, sind die Engel. Und sie werden als Stehende bezeichnet, weil die Engel keinen freien Willen haben. Und deshalb stehen sie spirituell auf einem Level und können in der Spiritualität weder fallen noch steigen.

Der Prophet sagt klar, dass alle großen und mächtigen Imperien der Edomiter am Ende zerstört werden. Und zwar nicht wegen ihrer Schwäche, sondern nur weil sie Juden grausam verfolgt haben. Interessant ist auch die Art und Weise, wie diese großen Völker besiegt werden (1:7) „Deine Bundesgenossen schicken dich an die Grenze zurück; getäuscht, überwältigt haben dich die Männer, mit denen du Frieden hieltest; die dein Brot aßen, haben dir Schlingen gelegt, ohne dass du es merktest“. Also werden die Nachkommen von Edom nicht durch militärische Übermacht besiegt – dafür sind sie zu stark und zu kriegserfahren. Sie werden von diejenigen überlistet, denen sie geholfen und die sie unterstützt haben. Wie es soweit kommen kann, dass erfahrene Krieger hintergegangen werden, erklärt Ovadia (1:8): „Werde ich, spricht der HERR, an jenem Tage nicht die Weisen aus Edom vertilgen und die Einsicht vom Gebirge Esau?“. Mit anderen Worten: eine solche Niederlage ist nur dann möglich, wenn die Intellektuellen und die Regierung den gesunden Menschenverstand verlieren und die Gefahr nicht mehr bemerken und richtig einschätzen können.

Interessant ist auch der letzte Vers in dieser Prophetie: „Und es werden die Befreier auf den Berg Zion hinaufziehen, um das Gebirge Esaus zu richten. Und die Königsherrschaft wird dem HERRN gehören“. Dieser Vers ist entsprechend dem Talmud ein Hinweis auf das Kommen von Maschiach (Erlöser). Das wird die Zeit sein, wenn alle Feinde des jüdischen Volkes besiegt und alle Völker den jüdischen G’tt anerkennen werden.

Dieser Vers kann auch anders gelesen werden: nicht „Und es werden die Befreier nach dem Berge Zion hinaufziehen,…“, sondern „Und es werden die Geretteten auf den Berg Zion hinaufziehen“. Diesbezüglich erzählt man, dass in den 1930er Jahren, als der Zweite Weltkrieg sich langsam abzeichnete, man einen berühmten europäischen Rabbiner fragte, wohin man sich vor drohender Vernichtung ret-

ten könne. Der große Rav antwortete, dass die Antwort bei den Propheten zu finden sei und zitierte diesen Vers in der 2. Version („die Geretteten"). Er erklärte, dass der einzige sichere Platz während des Krieges das Land Israel sein werde. Wie wir jetzt wissen, hatte er damit absolut recht: Diejenigen, die es vor dem Krieg schafften ins damalige Palästina auszuwandern, haben den Holocaust überlebt.

Der brüllende Löwe

Die Prophetie von Amos ist der Prophetenabschnitt, der zur Parascha „Wayeschew" vorgelesen wird, falls dieser nicht mit dem Chanukka-Fest zusammenfällt. Ein relativ kleiner Abschnitt, der aus nur 16 Versen besteht, hat keinen offensichtlichen Zusammenhang mit dem wöchentlichen Abschnitt. Jedoch sehen unsere Weisen im Vers 2:6 einen Hinweis auf die Ereignisse in der Tora: „So spricht der HERR: Wegen drei und wegen vier Übertretungen Israels wende ich solches nicht ab, weil sie den Gerechten um Geld und den Armen für ein Paar Schuhe verkaufen". Dieser Gerechte, der fürs Geld verkauft wurde, könnte Josef sein, der von seinen Brüdern verkauft wurde.

Auch hier kritisiert der Prophet seine Zeitgenossen für ihre Sünden. Der Schwerpunkt dieser Zurechtweisung sind die korrupten Richter. Amos erinnert an G'ttes Wunder, dank derer die Juden ihr Land erkämpft haben. Lasche Urteile, Benachteiligung von Armen und Schwachen im Gerichtssaal drohen die G'ttliche Präsenz aus Israel zu vertreiben. Dann werden die Feinde der Juden erfolgreich sein: weder die militärische Stärke, noch der Mut der Soldaten werden dagegen helfen. Wie es König Schlomo schön ausgedrückt hat: „Wo der HERR nicht das Haus baut, da arbeiten umsonst, die daran bauen; wo der HERR nicht die Stadt behütet, da wacht der Wächter umsonst". Und das gerechte Richtersystem ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass G'tt hilft.

Einer von Amos' Kritikpunkten ist, dass die korrupten Mächtigen seine Zurechtweisung unterdrücken wollen: „Ihr aber gabt den Nasiräern Wein zu trinken und befahlt den Propheten: Ihr sollt nicht weissagen!". Darauf antwortet der Prophet mit einer starken rhetorischen Frage: „Der Löwe brüllt; wer sollte sich nicht fürchten? Gott, der HERR, redet; wer sollte nicht weissagen?". Mit anderen Worten – es ist eine falsche Herangehensweise eine Prophetie zu ignorieren. Es ist so, als ob man das Gebrüll eines Löwen ignorieren wollte, weil man die Gefahr nicht wahrhaben will, die von dem wilden Tier ausgeht. Leider existierte das Problem mit korrupten Richtern nicht nur in der Zeit von Amos…

Interessant ist auch diese chassidische Auslegung des erwähnten Verses. Die chassidischen Weisen sehen in den Wörtern „Der Löwe brüllt; wer sollte sich nicht fürchten?..." einen Hinweis auf die Monate Elul und Tischrej, wenn in den Schofar geblasen wird, damit wir aus der tagtäglichen Routine gerissen werden und an die Tschuwa (Umkehr) denken. Das hebräische Wort Arie (Löwe) schreibt man mit den Buchstaben „Alef", „Resch", „Jud" und „Hej". Alef steht für Elul, Resch für Rosch Haschana, Jud für Jom Kippur und Hej für Hoschana Rabah (der 7. Tag des Sukkot-Festes, wenn noch die letzte Chance zur Umkehr besteht).

Nur nicht stehen bleiben!

Da die Parascha „Miketz" fast immer mit Chanukka zusammenfällt, wird als Haftora nicht über die wunderbare Weisheit von König Schlomo gelesen (was eine Verbindung zu den Träumen im Wochenabschnitt „Miketz" darstellen würde), sondern die Prophetie von Zacharia.

Damit wird die Verbindung zum Chanukka-Fest hergestellt (4:1-2): „Da kam der Engel wieder, der mit mir zu reden pflegte, und weckte mich auf wie einen, der aus seinem Schlafe geweckt wird. Und er fragte mich: Was siehst du? Ich sprach: Ich schaute und siehe da, ein Leuchter, ganz von Gold, und sein Ölgefäß oben darauf und seine sieben Lampen daran, und sieben Gießrohre zu den sieben Lampen, die auf dem Leuchter saßen".

Auch wenn der ganze Abschnitt (2:14-4:7), der als Haftora vorgelesen wird, hochinteressant ist und viele fantastische, fast irreale Visionen erwähnt, sind zwei Verse darin nicht nur interessant, sondern auch lehrreich.

„Da sprach der Ewige zum Satan: Der HERR schelte dich, du Satan; ja, der HERR schelte dich, er, der Jerusalem erwählt hat! Ist dieser nicht ein Scheit, der aus dem Feuer gerettet ist?" Darauf kommentiert der berühmte Verfasser von „Schulchan Aruch" Rabbi Josef Karo (1488-1575): „Nur ein kleiner Teil des jüdischen Volkes ist geblieben, und du (Satan) willst sie anklagen?".

Dazu merkt der 7. Ljubawitscher Rebbe Rabbi Menachem Mendel Schneerson (1902-1994) an: Jeder Jude in der Post-Holocaust-Generation ist buchstäblich ein „aus dem Feuer gerettetes Scheit". Die scharfe Kritik von G'tt an Satan, sagt der Rebbe, lehrt uns eine wichtige Idee: gerade in unserer Zeit müssen wir betonen wie wichtig und einzigartig jeder einzelne Jude und jede einzelne Jüdin ist – und dass G'tt jeden Juden liebt und schätzt, unabhängig vom Level seiner Frömmigkeit. Das könnte helfen jedem seine einzigartige Verbindung zu G'tt herzustellen.

Ein paar Verse später sehen wir einen Vers, der nicht unbedingt auffallen würde: „So spricht der Ewige der Heerscharen: Wirst du in meinen Wegen wandeln und meinen Dienst fleißig versehen, so sollst du auch mein Haus regieren und meine Vorhöfe hüten, so gewähre ich dir Gänge zwischen den hier Stehenden".

Jedoch ist auch hier eins von den Grundprinzipien des Judentums verborgen. Die Stehenden, die im Vers erwähnt sind, sind die Engel. Und sie werden als Stehende bezeichnet, weil die Engel keinen freien Willen haben. Und deshalb stehen sie spirituell auf einem Level und können in der Spiritualität weder fallen noch steigen.

Bei den Menschen ist es aber anders: die Menschen sind ständig in Bewegung. Wenn sie sich mit Spiritualität und mit G'ttlichkeit befassen und die Verbindung zu G'tt suchen, dann steigen sie auf. Wenn sie sich aber dafür entscheiden „auszuruhen", eine „Auszeit von unserer Tradition zu nehmen", so bleiben sie in ihrer geistigen Entwicklung nicht stehen, sondern fallen mehr und mehr, bis sie zu fürchterlichen Sünden fähig sind.

Deshalb ist es fundamental wichtig sich jeden Tag mit der Tora zu befassen. Man sollte ständig „in Bewegung" sein – lässt man es einen Tag lang aus, so beginnt das Fallen. „Etz chaim hi, lemachasikim bo" – „Sie ist ein Baum des Lebens (die Tora) für die, die sich an sie halten". Wenn man leben möchte (und hier ist spirituelles Leben gemeint), dann reicht es nicht aus, nur ab und zu den „Baum des Lebens" anzufassen.

GREGORY'S
JOAILLIER

Unser Service für Sie

Gregory's Joaillier am Kurfürstendamm zeichnet sich nicht nur durch innovatives Design unter der Verwendung edelster Schmucksteine aus. Eine Besonderheit ist die haus-interne Werkstatt mit Goldschmied und Steinfasser, die vor Ort individuell auf Kundenwünsche eingehen können. Exklusive Sonderanfertigungen oder das sensible Umarbeiten von altem Schmuck wird hier professionell und mit größter Sorgfalt erledigt. Sowohl Fasser als auch Goldschmied können jahrelange Erfahrung und Expertise vorweisen und arbeiten auf höchstem Niveau.

Umarbeiten

Geliebter alter Schmuck hat oft einen starken emotionalen Wert, entspricht manchmal aber nicht mehr dem eigenen Geschmack. Gregory's Joaillier hilft Ihnen ein neues Lieblingsstück daraus zu machen, ohne dass es den ursprünglichen Charakter verliert. Von kleinen Änderungen bis hin zur kompletten Neufassung von Steinen und Umnutzung des Trägermaterials erstrahlen die antike Kette oder ein alter Ring in neuem Glanz.

Unikate

Entweder wählen Sie eines der bereits fertigen Unikate von Gregory's Joaillier oder aber Sie bringen einen eigenen Entwurf mit. Gemeinsam mit dem Inhaber Gregroy Loeb wird die Auswahl der Materialien und Steine sowie die Umsetzung besprochen. Leidenschaftlich gerne designt Gregory's Joaillier

Reparaturen und Reinigung

Ein Standard-Service für unsere Kunden: kleine Reparaturen und regelmäßige Reinigung Ihres vielgetragenen Schmucks gehören zum Standard-Repertoire. Selbstverständlich sind wir durch unsere hauseigene Werkstatt in der glücklichen Lage Ihre Schmuckstücke selbst zu reparieren. Gerne stehen wir Ihnen beratend zur Verfügung und machen Ihnen einen unverbindlichen Kostenvoranschlag.

Kurfürstendamm 50A I0707 Berlin

Tel.030 88917555
contact@gregorysjoaillier.com
www.gregorysjoaillier.com

„Und ich bin ja nicht einmal tot!“

Eine neue Sonderbriefmarke würdigt den ersten jüdischen NASA-Astronauten Jeff Hoffman, der die erste Thora ins Weltall brachte.

(Israelnetz) Sie ist kleiner als üblich, hat dafür aber eine ganz besondere Geschichte hinter sich: Die erste Thorarolle im Weltall ist nun Motiv eines neuen israelischen Briefmarkenbogens – und mit ihr Jeff Hoffman, der Mann, der die Schriftrolle einst in luftige Höhen transportierte.

Hoffman verschlug es erstmals 1985 für die NASA ins All. Der inzwischen 75-Jährige war damals der erste amerikanisch-jüdische Astronaut, der sich auf den weiten Weg in die Schwerelosigkeit machte. Vier weitere Male sollten folgen. Immer wieder führte Hoffmann dabei jüdische Gegenstände mit sich, feierte etwa mit einer kleinen Menora Chanukka im All. 1996, bei seinem letzten Flug, nahm er schließlich eine Thora mit an Bord des Space Shuttles Columbia.

Aufgenommen von einer Videokamera, las er an einem Schabbat aus der Schrift vor: „Bereschit bara Elohim et HaSchamajim, ve-et HaAretz“ – „Im Anfang schuf Gott Himmel und Erde“. Eine große Sache habe er nicht daraus machen wollen, erzählte Hoffmann nun dem Portal „collectSPACE“. „Ich habe das privat getan und für meine Gemeinde.“ Die Idee hatte Hoffmans Rabbi in Houston gehabt. Er war es auch, der die besonders kleine Schriftrolle extra für ihn organisierte. Eine Thora von normaler Größe hätte der Astronaut nicht in die enge Raumfähre mitnehmen können.

Zum Briefmarkenmotiv wurde das Ereignis nun dank Rachel Raz. Die engagierte Pädagogin aus Boston hörte erstmals 2016 von der Geschichte der Thorarolle und wunderte sich, dass diese kaum bekannt ist. Um das zu ändern, ging sie auf Hoffmann zu. Die Idee: Einen Dokumentarfilm über die Geschichte zu produzieren. Dafür stellte sie ein professionelles Team zusammen.

Die Kosten für die Produktion schätzte Raz zu Beginn auf etwa 100.000 US-Dollar. Inzwischen befindet sich das Projekt auf der Zielgeraden. Zur Fertigstellung fehlen allerdings noch etwa 20.000 Dollar – womit die Briefmarken ins Spiel kommen.

Mit einem Preis von 100 Dollar pro Bogen soll deren Verkauf einen Beitrag zur Finanzierung der letzten Produktionsarbeiten leisten. Die Auflage ist auf 200 Bögen limitiert. Für 360 Dollar gibt es die Marken sogar mit Signatur von Hoffman selbst. Es sei eine Ehre, auf einer Briefmarke zu sein, freut sich der Astronaut – „und ich bin ja nicht einmal tot“. Bereits im Oktober hatte das „Projekt Thora im All“ eine Mesusa versteigert, die ebenfalls mit Hoffman auf großer Tour gewesen ist. Die Thora selbst wird es allerdings nicht zu kaufen geben: Sie wird weiterhin in Houston genutzt. „Hier inspiriert sie neue Generationen von Träumern und Juden“, hofft Rachel Raz.

Der jüdische Astronaut Jeff Hoffman.

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung
Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH
Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin
Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin
Tel.: (030) 54 71 02 50 Fax: (030) 23 32 88 60
E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de
Redaktion: Simon Akstinat (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski
Kontaktmöglichkeiten
• per Post: **J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin** • per Mail: **redaktion@juedische-rundschau.de**
• per Telefon: **(030) 54 71 02 51** (Redaktion), **(030) 54 71 02 50** (Verwaltung) • per Fax (auch Anrufbeantworter): **(030) 23 32 88 60**
• per Website: **www.juedische-rundschau.de**
Werbeabteilung: Tel.: **(030) 54 71 02 50** • E-Mail: **werbung@juedische-rundschau.de**
Druck: Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam
Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.
Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.
© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel „AFP“ gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.
Es gelten AGB vom 01.05.2014 und Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 01.09.2014

COUPON ABO-BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung „Jüdische Rundschau“ im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

- ☐ **39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)**
- ☐ **49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)**
- ☐ **73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)**
- ☐ **32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).**

Name, Vorname _____
Strasse, Hausnummer _____
PLZ _____ **Wohnort** _____
Geburtsdatum _____ **Telefon:** _____ **E-Mail:** _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen von dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____ **Unterschrift** ✕ _____

Ich zahle gegen Rechnung:
Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeiten werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Jeder neuer Abonnent der Zeitung „Jüdische Rundschau“ erhält einen Gutschein vom TuS-Reisebüro im Wert von 50 Euro, die bei Buchung einer Reise nach Israel verrechnet werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (030/23328860) oder als Scan per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de. Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.

Unsere Kontaktadressen

J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin
(030) 54 71 02 51 (Redaktion, auch Anrufbeantworter)
(030) 54 71 02 50 (Verwaltung, auch Anrufbeantworter)
redaktion@juedische-rundschau.de
(030) 23 32 88 60 (auch Anrufbeantworter)
www.juedische-rundschau.de
www.facebook.com/jrundschau
@jrundschau